vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

ADRIAN MANNING

Die Niederlande und Europa im ersten Jahrzehnt nach 1945

PETER KRÜGER

Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht

BERND MARTIN

Zur Tauglichkeit eines übergreifenden Faschismus-Begriffs

SEEV GOSHEN

Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939

CHRISTOPHER BROWNING

Eine Antwort auf Martin Broszats Thesen zur Genesis der "Endlösung"

DOKUMENTATION

"Grüne Front" oder "Harzburger Front"
Der Reichs-Landbund in der letzten Phase der Weimarer Republik
(Dieter Gessner)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit

Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen, Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:

Martin Broszat, Horst Möller, Hermann Graml, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz Geschäftsführender Redakteur: Hermann Graml

Anschrift:

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 089/180026

AUFSÄTZE	INHALTSVERZEICHNIS
Adrian Manning	Die Niederlande und Europa von 1945 bis zum Beginn der fünfziger Jahre
Peter Krüger	Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht. Kritische Über-
Bernd Martin	legungen zur neuesten Forschung 21 Zur Tauglichkeit eines übergreifenden Faschismus-Begriffs. Ein Vergleich zwischen Ja-
MISZELLEN	pan, Italien und Deutschland 48
Seev Goshen	Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939. Eine Fallstudie zur NS-Judenpolitik in
	der letzten Etappe vor der "Endlösung" 74
Christopher Browning	Zur Genesis der "Endlösung". Eine Antwort an Martin Broszat 97
DOKUMENTATION	91
Dieter Gessner	"Grüne Front" oder "Harzburger Front". Der Reichs-Landbund in der letzten Phase der Weimarer Republik zwischen wirtschaft- licher Interessenpolitik und nationalisti-
	schem Revisionsanspruch 110
NOTIZEN	
BIBLIOGRAPHIE	
INHALTSVERZEICHNIS des 28. Jahrgangs Beila	
VERFASSER- UND SACHTITELREGISTER zu Jahrgang 27–28 Beilage	
BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEI	TGESCHICHTE, Jahrgang 27–28 Beilage

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Neckarstr. 121, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/2151-1. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Preis ab 1981: Einzelheft DM 18,- (zuzüglich Versandspesen); Jahresabonnement = 4 Hefte DM 58,80 (DM 3,60 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Für Studenten im Abonnement jährlich DM 46,80 (DM 3,60 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten). Bezieher der "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene "Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 37,30 (DM 1,70 Versandspesen und die Mehrwertsteuer enthalten) zu beziehen.

Das Fotokopieren und Vervielfältigen aus "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser der Verfasse Inhaltsverzeichnis: http://www.iiz-muenchen.de/nettarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heffalehiv/1964: Georg Appl, Wemding

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zeitgelchichte

Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

29. Jahrgang 1981

Heft 1

ADRIAN F. MANNING

DIE NIEDERLANDE UND EUROPA VON 1945 BIS ZUM BEGINN DER FUNFZIGER JAHRE

Kurz nach der Befreiung von 1945 gab es in der öffentlichen Meinung der Niederlande eine starke Strömung, die eine Erneuerung der Nation anstrebte. Man wollte politisch und sozial einen Durchbruch erzielen und um jeden Preis eine Neuauflage der Zersplitterung des öffentlichen Lebens verhindern, die vor 1940 auf der Grundlage von vier religiös bezw. ideologisch orientierten Weltanschauungen aufgetreten war. Damals nämlich hatte es für Protestanten, Katholiken, Sozialisten und für Vertreter einer nationalen Einheit je eigene Gewerkschaften, Sportvereine, karitative Einrichtungen, Schulen, Reiseorganisationen, Zeitungen und Rundfunkanstalten gegeben. Diese innenpolitische und gesellschaftliche Zersplitterung, die man in den Niederlanden auch "Versäulung" nennt, wollten die Vertreter einer Neuordnung überwinden. In den gleichen Kreisen wuchs auch die Hoffnung auf ein neues und besseres Europa, das nicht länger nationalistischen Gegensätzen ausgeliefert wäre.

Es zeigte sich jedoch, daß das Beharrungsvermögen alter Strukturen weit stärker war, als die Reformer vermutet hatten. Überdies fehlte es ihnen an politischer Schulung und Erfahrung, da sie meist noch jung waren und vor dem Krieg abseits des politischen Geschehens gestanden hatten. Cum grano salis gilt dies auch für die Vertreter des Europagedankens. Betrachtet man dagegen die politischen Konzepte und Planspiele des Außenministeriums, so gewinnt man nicht den Eindruck, hier hätten Verfechter der europäischen Einigung bahnbrechende Arbeit geleistet.

Nun ist es zwar einerseits sinnvoll, ein bestimmtes Phänomen in seiner historischen Entwicklung zu thematisieren, doch droht bei einer solchen isolierenden Betrachtungsweise die Gefahr, den Kontext auszuklammern, innerhalb dessen sich diese Entwicklung vollzieht, so daß man die Relation zwischen vordergründigen Hauptund unterschwelligen Nebenströmungen aus dem Auge verliert. Es gilt daher zu betonen, daß die niederländische Regierung in dem Zeitraum von 1945 bis 1958 von anderen Problemen als der europäischen Integrationspolitik voll in Anspruch genommen wurde. Die Dekolonisierung bzw. die Indonesienfrage, das deutsche Problem, ganz besonders aber der Wiederaufbau und die Neubelebung der Wirtschaft, die auf die überraschende Hochkonjunktur der fünfziger Jahre hinausliefen, hatten einen weit höheren Stellenwert als die sich allmählich entwickelnde Orientierung auf Europa. Daher kann die nun folgende Darlegung nicht ausgesprochen "europäisch" sein. Desto aufmerksamer werden wir zum Schluß dieser Ausführungen die Initiative



der niederländischen Regierung aus dem Jahre 1952 zu betrachten haben. Damals nämlich leitete der Außenminister Beyen eine in der niederländischen Zeitgeschichtsforschung anerkannte Wendung ein und gab Anstöße, die zur Bildung einer politischen europäischen Gemeinschaft beitrugen.

Man tut übrigens gut, sich zunächst den Mangel an Interesse für die Außenpolitik in der öffentlichen Meinung und ebenfalls im Parlament der dreißiger und vierziger Jahre klarzumachen. Das hat sich erst in den sechziger Jahren geändert. J. L. Heldring hat dazu in der Tageszeitung NRC-Handelsblad und als Generalsekretär der Gesellschaft für Internationale Beziehungen (Haag) viel beigetragen. Zur gleichen Zeit gewannen die Debatten über Außenpolitik und europäische Zusammenarbeit, über internationale Rüstung und Abrüstung an Bedeutung. Die Themen zeichneten sich ab: die Zeitgenossen interessierten sich für die internationale Lage der Niederlande im Zusammenhang mit der Entkolonisierung Indonesiens, weiter für den Neuaufstieg Deutschlands und für die Wahl atlantischer und europäischer Bündnisse statt der Rückkehr zur Vorkriegsneutralität. Selbstverständlich spielte im Hintergrund der Kalte Krieg eine wichtige Rolle. Die Niederlande strebten nach Beteiligung an westeuropäischer Zusammenarbeit, aber ohne Lösung des atlantischen Bündnisses, nach einem "offenen" (West-)Europa, in das England aufgenommen werden und das den Vereinigten Staaten gegenüber Loyalität beweisen sollte.

Die wissenschaftliche Erforschung dieser Entwicklung und der vorangegangenen Zeit ist vom staatlichen Ausschuß für die Geschichte der Niederlande (Rijkscommissie voor de Vaderlandse Geschiedenis)¹ angeregt worden. Der Ausschuß hat die Veröffentlichung der Dokumente zur Außenpolitik der Niederlande 1919–1945 (Documenten betreffende de buitenlandse politiek van Nederland, DBPN) A. E. Kersten, W. Klaassen, A. F. Manning und J. Woltring anvertraut². Ferner hat die "Rijkscommissie" das Verlangen der Volksvertretung nach einer Edition der Akten zur Entkolonisierung Indonesiens³ erfüllt: dadurch sind wir in der Lage, die Beziehungen zwischen den Niederlanden und den indonesischen Nationalisten zu skizzieren, ebenso die internationale Situation der Niederlande während der entscheidenden Jahre 1945–1949, besonders 1947 und 1948, als die Großmächte über den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Regierung im Haag unter Druck setzte.

Auch an den Universitäten sind die Zeithistoriker auf diesem Gebiet aktiv. In Utrecht analysieren J. C. Boogman und H. von der Dunk die Tendenzen und Hintergründe der Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, nicht zuletzt auch die niederländisch-deutschen Beziehungen. An der Universität zu Nimwegen sind die Herausgeber der "DBPN 1940–1945", N. A. Bootsma, A. E. Kersten, A. F. Manning u. a., tätig

³ S. L. van der Wal (Hrsg.), Officiële bescheiden betreffende de Nederlands-Indonesische betrekkingen 1945–1950, Den Haag 1977 ff. Bisher sind acht Folgen erschienen.



Büro: Kazernestraat 44, 2514 CV Den Haag.

Bisher sind erschienen: Periode A (1919–1930), Bd. I (1. Juli 1919–1. Juli 1920), Den Haag 1976;
 Bd. II (1. Juli 1920–31. Aug. 1921), Den Haag 1977; Periode C (1940–1945), Bd. I (10. Mai 1940–31. Oktober 1940), Den Haag 1976;
 Bd. II (1. November 1940–31. Mai 1941), Den Haag 1977);
 Bd. III (1. Juni 1941–7. Dezember 1941), Den Haag 1980.

und publizieren Studien über die Periode 1919–1955. In Leyden studieren A. van Staden u. a. die Beteiligung an westeuropäischen und atlantischen Bündnissen. Mit den internationalen Aspekten der Entkolonisierung beschäftigen sich in Utrecht – nach dem 1978 verstorbenen S. L. van der Wal – P. J. Drooglever und in Leyden C. Fasseur.

Die Archive des Außen- und des Wirtschaftsministeriums wie des ehemaligen Ministeriums für die Kolonien sind zugänglich, wenn auch für die Nachkriegszeit und für Einsichtnahme in die Protokolle des Ministerrates eine formelle Zustimmung erforderlich ist. Man hat damit zu rechnen, daß eine Anzahl Akten aus den dreißiger Jahren im Mai 1940 verbrannt worden sind⁴. Das Staatsarchiv im Haag⁵ hat Familienarchive verschiedener Minister und Beamter in seinen Kollektionen. Indes muß man gestehen, daß es an einer befriedigenden Gesamtdarstellung der niederländischen Außenpolitik in diesem Jahrhundert fehlt; nur Einzeldarstellungen stehen zur Verfügung⁶.

Die Tradition und die Nachkriegssituation

Vor dem Zweiten Weltkrieg hatten die Niederlande im internationalen System eine äußerst bescheidene Position inne⁷. Weder ihre Lage am Delta der wichtigsten westeuropäischen Flüsse noch ihre Handelsflotte und ihre Kolonien hatten darauf irgendeinen Einfluß. Die Niederländer hatten den Ruf, fleißig, politisch ausgeglichen und antikommunistisch zu sein. Es war bekannt, daß sie militärisch nahezu machtlos waren und daß ihre immer wieder fast krampfhaft beteuerte Neutralität sie an den Rand des politischen Geschehens drängte.

Nach eigenem Selbstverständnis vertraten die Niederlande nicht etwa eine "passive Neutralität", vielmehr verfolgten sie eine selbständige und aktive Neutralitätspolitik.



⁴ L. J. Ruys, Het Sonderkommando Van Künsberg en de lotgevallen van het Ministerie van Buitenlandse Zaken in Den Haag 1940–1945, in: Nederlands Archievenblad (1961), S. 135–153; W. F. Renaud, De toestand van het archiefmateriaal van het Ministerie van Buitenlandse Zaken over de periode 1931–1940, in: Bijdragen en Mededelingen betreffende de Geschiedenis der Nederlanden (BMGN) 90 (1975), S. 479–484; E. N. van Kleffens, Belevenissen I: 1894–1940, Alphen a. d. Rijn 1980, S. 309–313.

⁵ Anschrift: Prins Willem Alexanderhof 20, Den Haag.

⁶ Für eine erste Orientierung: H. de Buck, Bibliografie der Geschiedenis van Nederland, Leiden 1968; J. Brok-ten Broek/Th. S. H. Bos u. a., Repertorium van boeken en tijdschriftartikelen betreffende de geschiedenis van Nederland verschenen in de jaren 1960–1978, Den Haag 1969–1979, 9 Bde.; C. Smit, Diplomatieke geschiedenis van Nederland, Den Haag 1950; C. B. Wels, The Foreign relations of the Netherlands between 1813 and 1945, in: International Law in the Netherlands I, Groningen 1978; J. Voorhoeve, Peace, profits and principles. A study of Dutch foreign policy, Den Haag-Boston-London 1979; L. de Jong, Het Koninkrijk der Nederlanden in de Tweede Wereldoorlog, Deel 9, London/Den Haag 1979, 2 Bde; A. F. Manning, Archival Sources in the Netherlands for the History of European Integration (1945–1955), in: W. Lipgens (Hrsg.), Sources for the History of European Integration (1945–1955). A Guide to Archives in the countries of the Community, Leyden-Stuttgart-Bruxelles-Firenze 1980, S. 89–98.

⁷ A. F. Manning, De internationale positie van Nederland, in: Algemene Geschiedenis der Nederlanden, Bd. XIV, Haarlem 1979.

Im Prinzip hatten sich die Niederlande dazu bereit erklärt, im Rahmen des Völkerbundes ihre Selbständigkeit und die Erfordernisse kollektiver Sicherheit aufeinander abzustimmen. In den dreißiger Jahren zogen sie sich wieder ins politische Abseits zurück, weil es sich gezeigt hatte, daß der Völkerbund kein geeignetes Instrument war, die verschärften internationalen Gegensätze auszugleichen. Die Kontakte mit den Ex-Neutralen, den sogenannten Oslo-Staaten, waren nur von untergeordneter Bedeutung, interessant, aber unergiebig. Die Niederlande hielten es in den dreißiger Jahren auch gar nicht für wünschenswert, eine größere politische Zusammenarbeit mit anderen Staaten anzustreben. Und eine kräftige Wirtschaftsentwicklung anzukurbeln, war gänzlich ausgeschlossen, bildeten doch die Weltwirtschaftskrise und der schnell um sich greifende Protektionismus eine unüberwindliche Barriere.

Der Europagedanke wurde nicht aufgegriffen. Natürlich nahm man Publikationen wie die des Grafen Coudenhove-Kalergi zur Kenntnis, sie blieben jedoch ohne Wirkung. Dieser Verfechter des europäischen Einigungsgedankens hatte dem niederländischen Außenminister sein Buch "Pan-Europa" geschickt und ihn gebeten, zu der von ihm vorgeschlagenen "Schaffung eines europäischen Zollvereins" Stellung zu nehmen. Im Ministerium war aber niemand geneigt, Konferenzen oder Kongresse neben den Völkerbund-Aktivitäten ernsthaft in Betracht zu ziehen. Schon gar nicht, wenn diese, wie man sich ausdrückte, von "Strebern" oder "Idealisten" initiiert wurden. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet zogen die Niederlande eine autonome Politik allerlei utopischen Plänen vor. So war denn auch ihre Reaktion auf Coudenhove-Kalergis Entwurf eines paneuropäischen Vertrags durchaus ablehnend. Es wäre doch wohl recht abwegig, so lautete die Stellungnahme der Regierung, in Konkurrenz zum Völkerbund einen europäischen Staatenbund mit eigenen Organen zu errichten. Überdies impliziere das eine Diskriminierung nicht-europäischer Staaten und würde jedenfalls einen Gegensatz zwischen Europa und Amerika heraufbeschwören.

Vor den Krisen der dreißiger Jahre, an denen der Völkerbund scheitern sollte, hatten sich die Niederlande zu aktiver Teilnahme in Genf bereit gefunden; sie hofften, die Organisation werde sich universell, nicht regional entwickeln. Dabei behielten sie sich selbständige Entscheidungen vor, sobald Sanktionen oder andere schwierige Fragen zur Debatte standen. Zu einer echten internationalen Zusammenarbeit seitens der Niederlande ist es mithin eigentlich nicht gekommen. Ihre Position als kleine Macht strichen sie stets dadurch heraus, daß sie versuchten, die juristische Funktion des Völkerbunds genauer zu definieren und zur Geltung zu bringen. Ein kleiner Staat hofft auf das Recht, weil er keine Macht besitzt.

Die niederländische Außenpolitik wurde während der Zwischenkriegszeit wegen ihres krampfhaften Bestehens auf juristischen Prinzipien und wegen ihrer prononcierten Außenseiterposition wiederholt kritisiert. Es erhebt sich jedoch die Frage, ob ihr andere Möglichkeiten offengestanden hätten. Das Parlament lehnte den Aufbau einer starken Flotte, als dies noch möglich gewesen wäre, ab, und für Land- und Luftstreitkräfte, die sich hätten sehen lassen können, wollte es ebenfalls kein Geld ausgeben. Ein Bündnis mit einem oder mehreren der drei großen Nachbarstaaten erwies sich in der Praxis aus verschiedenen Gründen als höchst unerwünscht. Die Oslo-Staaten



Jahrgang 29 (1981), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de waren politisch und wirtschaftlich zu schwach und unbedeutend. Die niederländische Außenpolitik war damals wahrhaftig nicht imponierend, eine Alternative hatte sie jedoch wohl kaum.

Der Überfall Nazi-Deutschlands stellte die niederländische Außenpolitik vor eine gänzlich neue Situation. Das vordringliche Ziel der Exilregierung in London war nun natürlich die Befreiung der Niederlande, seit der japanischen Besetzung Niederländisch-Indiens im Dezember 1941 die Befreiung aller niederländischen Gebiete. Dies machte die Hilfe Großbritanniens und der USA erforderlich; mithin war die niederländische Außenpolitik bemüht, diese beiden Mächte nicht vor den Kopf zu stoßen. Andererseits aber schien eine allzu enge Bindung an diese Verbündeten nicht opportun: Die Amerikaner nämlich waren ihres Antikolonialismus wegen gefürchtet und die Engländer würden, so glaubte man, stark geschwächt aus dem Kriege hervorgehen. Die Engländer spielten sich nach dem Geschmack der niederländischen Exilregierung zu stark als Wortführer der europäischen Staaten auf. Nach der Meinung der niederländischen Exilpolitiker wurden sie bei wichtigen Beratungen nicht hinzugezogen. So gelangte die niederländische Exilregierung zu der Erkenntnis, internationale Fragen wie Wiederaufbau, Friedenssicherung und Wirtschaft werde man im europäischen Zusammenhang zu lösen haben. Sie dachte dabei an eine europäische Haltung, nicht etwa an eine Blockbildung, bei der kleine Länder wie die Niederlande dem Druck der stärkeren Partner ausgesetzt sein würden⁸. Im Spätsommer des Jahres 1945 beherrschte die Indonesienfrage das politische Leben in den Niederlanden. Einer der damaligen Minister stellte einmal zynisch fest, der Krieg im Fernen Osten sei eigentlich zu früh beendet worden.

Denn im Mutterland hatte sich die Lage noch keineswegs normalisiert, und der Regierung fehlten die Mittel, in Übersee ihre Hoheitsrechte auszuüben: Es gab keine Flotte, keine Truppen, keine Waffen. Hinzu kam, daß man die Lage völlig falsch einschätzte. Unter Befreiung der ostindischen Kolonien verstand man nicht etwa Entkolonisierung, sondern Wiederinbesitznahme durch die Niederländer. Die beruhigend erscheinende Aussicht, die Engländer könnten statt der Amerikaner auf Java landen und die kolonialen Interessen der Niederlande wahren, zerschlug sich rasch. Bei ihrer Rückkehr in die Kolonien mußten die Niederländer hingegen die Erfahrung machen, daß sie in ihrem Versuch, die indonesischen Unabhängigkeitskämpfer auszuschalten, auf sich selbst gestellt waren und keine Unterstützung seitens der Bündnispartner erhielten.

Die Dekolonisierung Niederländisch-Indiens bzw. die Indonesienfrage hat von 1945 bis 1948 die niederländische Außenpolitik und das parlamentarische Leben im Haag außerordentlich stark belastet. Nachdem Indonesien 1949 zwar selbständig geworden war, Neu-Guinea jedoch weiterhin niederländische Kolonie blieb, hat in den fünfziger Jahren die Neuguinea-Frage in der öffentlichen Meinung hohe Wogen



⁸ A. F. Manning, The position of the Dutch Government in London up to 1942, in: Journal of Contemporary History 13 (1978), S. 117 ff.; ders., De Nederlandse regering in London en de "Vrije Fransen", in: BMGN 92 (1977), S. 438 ff.

geschlagen⁹. Vor allem diese Dekolonisierungsproblematik hat Ausländer an der niederländischen Zeitgeschichte interessiert; ihre Besuche beim Allgemeinen Reichsarchiv in Den Haag lassen sogar den Schluß zu, ausschließlich dieser Fragenkomplex habe ihr Interesse gefunden.

Die Vereinten Nationen wurden seitens der Niederlande anfangs als ein Instrument kollektiver Sicherheit betrachtet, und zwar vor allem gegen eine noch immer gefürchtete deutsche Gefahr. Wiederum erschien den niederländischen Abgeordneten eine juristische Definition der internationalen Ideale als der Weisheit letzter Schluß. Recht und Moral waren die Grundsätze, von denen die Niederlande ausgehen wollten. Außerdem wollten sie auch jetzt wieder die Position der kleinen Staaten gegenüber den größeren Mächten stärken. Wie bereits in den beginnenden zwanziger Jahren und wie bereits im Völkerbund hofften die Niederländer, mit ihrer Botschaft "Recht statt Macht" die Welt verbessern zu können. Machtpolitik lehnten sie ab, da aber der Unterschied zwischen "Recht haben" und "Recht bekommen" nicht immer klar genug erkannt wurde, mußten sie in ihrer Außenpolitik wiederholt frustrierende Erfahrungen hinnehmen.

Nachkriegseuropa war vom Ost-West-Gegensatz, vom Kalten Krieg geprägt. Sicherheit wurde zum Thema Nummer Eins. So traten denn auch die Niederlande aus Selbsterhaltungstrieb, aus schierem Sicherheitsbedürfnis, einem militärischen Bündnis bei: sie wurden in den fünfziger Jahren ein treuer Bündnispartner der NATO¹⁰. Die späteren Differenzen zwischen dem niederländischen Außenminister Luns und den Amerikanern, speziell den Brüdern Kennedy, aus Anlaß der Neuguinea-Frage taten dieser Bündnistreue keinen Abbruch. Es ist bemerkenswert, daß die öffentliche Meinung weiterhin mit einer idealistisch-moralistischen Ideologie an die Fragen internationaler Zusammenarbeit heranging, ob diese sich nun auf die NATO oder auf die europäische Integration bezogen; das Außenministerium nahm zwar einen realistischeren Standpunkt ein, war darin aber relativ leicht zu verunsichern und glaubte sich oft rechtfertigen zu müssen.

Innenpolitisch kam dem Wiederaufbau höchste Priorität zu. Gemessen an westeuropäischen Ländern – nicht an Staaten wie Jugoslawien, Polen oder der Sowjetunion – waren die Niederlande vergleichsweise stark zerstört worden. Infolgedessen wurde ihnen pro Kopf der Bevölkerung ein beträchtlicher Teil der Marshall-Plan-Hilfe zugesprochen. 1950/51 erreichte die Wirtschaft das Vorkriegsniveau, und es brachen bessere Zeiten an. Arbeitgeber, Gewerkschaften und Regierung verfolgten gemeinsam eine wirksame und erfolgreich durchgeführte Lohnpolitik. Durch eine effektive Finanzpolitik und durch Investitionsförderungsmaßnahmen, die der Industrialisierung des Landes dienten, konnte der Verlust der Kolonien überraschenderweise ohne nennenswerte Rückschläge verkraftet werden. Im Bankwesen setzte 1948 ein Trend zu größeren Zusammenschlüssen ein, doch erst Mitte der sechziger Jahre wurden hier

bondgenootschap 1960-1971, Baarn 1974.



A. Lijphart, The Trauma of Decolonization. The Dutch and West New Guinea, New Haven 1966.
 S. I. P. van Campen, The Quest for Security: some aspects of Netherlands Foreign Policy 1945–1950, Den Haag 1958; A. van Staden, Een trouw bondgenoot. Nederland en het Atlantisch

spektakuläre Erfolge erzielt. Ebenfalls erst seit 1964 gibt es Zusammenschlüsse mit ausländischen Industrieunternehmen aus der EWG. Daß die Niederlande zunächst eher weltweit denn westeuropäisch engagiert und orientiert waren, erhellt auch aus den Handelsbeziehungen: Bis 1958 wurden weniger als 42% der Exportgüter in westeuropäische Länder ausgeführt¹¹.

Auch eine noch so skizzenhafte Beschreibung der Situation in den Niederlanden nach 1945 kann die geistige Entwicklung des Landes nicht außer acht lassen. Bereits eingangs wurde jene Neuerungsbewegung erwähnt, die die sogenannte "Versäulung" der Vorkriegszeit überwinden wollte, eine "Niederländische Volksbewegung", die auf christlicher und humanistischer Grundlage einen strukturellen Durchbruch erreichen wollte. Diese erhoffte soziale und politische Neustrukturierung ist - jedenfalls bis in die sechziger Jahre - nicht zustande gekommen; wir erlebten nicht den Aufbruch zu neuen Ufern, vielmehr setzte sich - wie anderwärts in Europa auch - eine restaurative Tendenz durch. In den Niederlanden wurde sie von verschiedenen Faktoren begünstigt. Die Vorkämpfer des geistigen Strukturwandels propagierten weder Individualismus noch Kollektivismus, sondern einen personalistischen Sozialismus nach französischem Vorbild, den sie freilich nur in sehr allgemein gehaltenen, vagen Formulierungen zu definieren vermochten. Den jungen Idealisten fehlte zweitens die Fähigkeit, sich im gesellschaftspolitischen Kräftespiel gegenüber ihren Kontrahenten aus den Vorkriegsorganisationen zu behaupten. Und schließlich konnten es die Politiker, Gewerkschaftler und Funktionäre von Jugendvereinen als einen Vorteil für sich buchen, daß ihre Organisationen von der deutschen Besatzungsmacht verboten worden waren. Dieser Sachverhalt allein schon sicherte ihnen einen hohen Vertrauensbonus, war doch ihre vaterländische Gesinnung, gemäß dem seither in den Niederlanden üblichen Sprachgebrauch, "gut" und nicht "falsch" gewesen. Daraus leiteten sie ihren Anspruch auf Wiedererlangung ihrer alten Geltung in der Gesellschaft ab. Dem Neuerungswillen stand mithin der Beharrungswille der alten Organisationen gegenüber, ein Antagonismus, der zwar in Debatten ausgetragen wurde, jedoch nicht zu einer Änderung der hergebrachten Strukturen führte¹². So war Ende der vierziger Jahre von einer Dynamik in der niederländischen Gesellschaft wenig mehr zu verspüren.

Europäische Zusammenarbeit als Ideal

Während der Besatzungszeit waren natürlich auch in den Niederlanden Europaideen entwickelt worden. In vielen Untergrundblättern wurde betont, die Schaffung einer internationalen Rechtsordnung sei dringend geboten – ein Gedanke, der nicht gerade



¹¹ H. Baudet, Netherlands retreat from empire, in: Internationale Spectator (1967); Johan de Vries, De Nederlandse economie tijdens de 20ste eeuw, Antwerpen/Utrecht 1973.

¹² A. F. Manning, Geen doorbraak van de oude structuren, in: De Confessionelen, Utrecht 1968; Jan Bank, Opkomst en ondergang van de Nederlandse Volksbeweging, Deventer 1978; J. C. H. Blom, The Second World War and Dutch Society. Continuity and Change, in: A. C. Duke and C. A. Tamse (Eds.), Britain and the Netherlands, vol. VI, The Hague 1977, S. 228 ff.

neu war –, darüber hinaus aber entwickelte man das Modell eines föderativen Europa. Daß dies eine Einschränkung der Souveränität implizieren mußte, wurde durchaus erkannt und hingenommen. Zeitweilig hat eine Gruppe "Europäische Aktion" von sich reden gemacht: sie propagierte den Föderalismus wie eine befreiende Botschaft¹³. Ihre Ideen fanden zwar eine gewisse Resonanz, doch waren ihre Wortführer Außenseiter und Enttäuschte, die das Erneuerungsstreben im nationalen Rahmen scheitern sahen und sich daraufhin – in der Hoffnung auf einen Neubeginn – in umfassendere europäische Vorstellungen geflüchtet hatten.

Diese Europäische Aktion ist nur ein Beispiel aus einer Unzahl ähnlicher Gruppierungen, die einer Wiedergeburt Europas das Wort redeten. Sie gingen samt und sonders davon aus, in Zukunft hätten nationale Probleme in einem europäischen Gesamtkonzept aufzugehen. Beispielsweise glaubten sie die deutsche Frage dadurch lösen zu können, daß das Nachbarland in kleinere Territorien aufgeteilt würde und daß diese – etwa Ostfriesland, Schleswig-Holstein, Hessen, Schwaben etc. – als gesunde föderative Elemente Teile eines Vereinigten Europa bilden könnten. Sie debattierten über Themen wie Europäische Staatsbürgerschaft und Europäisches Parlament als gesetzgebende Gewalt, über eine Europäische Bundesregierung, europäische Außenpolitik und dergleichen mehr. Was dabei herauskam, waren allenfalls schöne Zukunftsträume, keine operationalisierbaren politischen Konzepte.

Bekannt wurden Persönlichkeiten wie der 1936 aus Deutschland emigrierte H. O. Salinger und Niederländer wie W. Verkade, Henk Brugmans und Alfred Mozer. Ihre Vorstellungen waren – machtpolitisch betrachtet – merkwürdig abstrakt und konstruktivistisch. Ihr Aufruf, die europäische Staatenanarchie ebenso unerbittlich zu bekämpfen wie zuvor im Widerstand die Tyrannei, war nicht mehr als ein zwar verständlicher, jedoch ohnmächtiger Appell: sympathisch und interessant, doch ohne politische Umsetzung und ohne jeden sichtbaren politischen Effekt.

1947/48 erregte die niederländische "Europäische Föderative Bewegung" ein gewisses Aufsehen. Ihre Anhänger beschworen die kulturelle Einheit Europas, kennzeichneten die Aufsplitterung Europas in kleinere und größere Staaten als ein Hauptübel, das zu Nationalismus und Krieg führe, und betonten die wirtschaftliche Notwendigkeit einer europäischen Zusammenarbeit. Auch diese engagierten Europäer standen in der Tradition idealistischer Privatorganisationen, wie sie bereits mit ähnlichen Zielsetzungen vor dem Kriege bestanden hatten, jedoch weder den harten politischen Realitäten gewachsen noch fähig gewesen waren, die erforderlichen langwierigen und zähen Vorbereitungen auf behördlicher und diplomatischer Ebene auf sich zu nehmen.

Auch in den Niederlanden wurden unablässig zahllose Artikel und Essays über die europäische Zusammenarbeit publiziert. Der bekannteste und wohl auch wichtigste Verfechter des europäischen Gedankens war Henk Brugmans, doch jede Zeitung und jede Zeitschrift hat das Thema tage- oder wochenlang diskutiert. Es fand eine breite Resonanz, denn auch in den Niederlanden ging die Erleichterung über das Ende des

¹³ Walter Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950, Stuttgart 1977.



Krieges einher mit einem Trend, den das Schlagwort "Nie wieder Krieg!" treffend bezeichnet. Der Europagedanke wurde vor allem von der jüngeren Generation begeistert aufgenommen, da sie noch unbelastet von Organisationen und Strukturen war, die zu Beginn des Krieges Verantwortung getragen und existiert hatten. Um die Verbreitung des Europagedankens in der Jugend haben sich insbesondere Jugendzeitschriften verdient gemacht. Unter den Publizisten ist namentlich Thijs Booy hervorzuheben, ein engagierter, wiewohl nicht gerade tief in die Probleme eindringender junger Mann, der sich in den fünfziger Jahren durch Gespräche mit Prinzessin Wilhelmina über religiöse und soziale Ideen einen Namen gemacht hat. Booy war protestantisch erzogen worden, hatte in der Widerstandsbewegung eine Rolle gespielt und propagierte unter seinen Altersgenossen die Ideale internationaler Verständigung, Versöhnung und Verbrüderung. 1946 zog er durch Westeuropa, stets – und zwar bis Anfang der fünfziger Jahre – bestrebt, seinen Idealen Gehör zu verschaffen und die Jugend durch Wort und Schrift aufzurütteln. Sein missionarischer Eifer ist schon an den Untertiteln seiner Schriften ablesbar¹⁴.

Andere wiederum verbanden die Idee eines europäischen Föderalismus mit dem umfassenden Ideal einer in einem Weltstaat geeinten Menschheit. Beispielsweise propagierte der etwas verworrene Weltverbesserer Greyghton, ein Journalist, der ein marktschreierisches katholisches Wochenblatt herausgab¹⁵, einen katholischen Weltföderalismus. Dieser Jesuit brachte es fertig, Aussprüche Papst Pius' XII. über europäische Zusammenarbeit und die Idee einer katholischen Internationale in eine ebenso ehrgeizige wie unklare Konstruktion einzubeziehen, gleichzeitig aber die Nouvelles Equipes Internationales der Christlich-Demokratischen Parteien abzulehnen.

Es wäre eine sinnvolle Aufgabe, eine Bibliographie, besser noch eine Soziographie der Verfechter eines föderativen neuen Europa zu erarbeiten; denn bislang ist stets nur sehr selektiv auf einige Autoren hingewiesen worden. Wahrscheinlich würde man aufgrund einer solchen Spezialuntersuchung feststellen, daß die meisten von ihnen sympathische Propagandisten waren, ohne Bindung an eine der für die Niederlande so typischen "Säulen"-Organisationen und mithin ohne Zugang zum gesellschaftspolitischen Establishment. Henk Brugmans brachte im Grunde diesen Sachverhalt zum Ausdruck, als er am 8. Oktober 1946 seinen Freunden schrieb, er strebe eine wirkliche Neuordnung auf personalistisch-sozialistischer Grundlage in europäischem Rahmen an, weil – so formulierte er – "wir uns in den Niederlanden in einem Klima bewegen, worin alle möglichen Organisationen überempfindlich reagieren, sobald man konkrete Initiativen ergreift"¹⁶.

Es erhebt sich natürlich die Frage, wie sich innerhalb der beiden größten Parteien jener Zeit die Meinungsbildung über Föderalismus und ein Vereinigtes Europa ent-



¹⁴ Thijs Booy, Europese Jeugd. Een Marsroute, Amsterdam o. J.; ders., De jeugd in West-Europa. Een rondblik en een boodschap, Amsterdam 1946; ders., Ons groter vaderland Europa, Amsterdam 1953.

¹⁵ B. R. C. A. Boersema, De Linie 1946–1963. Een weekblad in handen van Jezuieten, Amsterdam 1978, S. 276ff.

¹⁶ J. Bank, a a. O., S. 255.

wickelte¹⁷. Es handelt sich dabei um die sozialdemokratische Arbeiterpartei (PvdA) und um die Katholische Volkspartei (KVP). Sie trugen jahrelang die sogenannte Römisch-Rote Koalitionsregierung.

Die KVP war der Überzeugung, Westeuropa stehe vor der Alternative: "Untergang in materialistischer Barbarei oder Wiederaufblühen eines immateriellen Christentums"¹⁸. Bedrohlich erschienen Faschismus, Kommunismus und last not least ein für verflachend gehaltener Amerikanismus. Die christliche Kultur sollte die Grundlage eines Vereinigten Europa bilden, und die päpstlichen Enzykliken lieferten hierfür die Ideologie. Dem entspricht es, daß in jenen Kreisen der Brüsseler Vertrag mitunter für – wie man sich in den Niederlanden ausdrückt – zu "humanistisch" gehalten wurde, ein Terminus, der in diesem Zusammenhang eine allzu diesseitig-weltoffene und dem Atheismus nicht ferne Tendenz bezeichnen will. Ebenso reserviert verhielten sich katholische Politiker dem Marshall-Plan gegenüber; sie schätzten ihn als nicht ganz ungefährlich ein, da er die Möglichkeit eines Wiederauflebens des kapitalistischen Systems in sich berge. Es muß übrigens betont werden, daß auch die protestantischen Parteien – es gab und gibt deren mehrere in den Niederlanden – fürchteten, die christlichen Prinzipien, die einem Vereinigten Europa zugrunde liegen sollten, könnten sich nicht kräftig genug entwickeln.

Dagegen stand die sozialdemokratische Arbeiterpartei dem personalistischem Sozialismus der europäischen Föderalisten nahe. Allerdings wollte diese Partei auf längere Sicht überall Sozialdemokratien schaffen. Den europäischen Föderalismus betrachtete sie vor allem als ein Instrument. Henk Brugmans erklärte mit einem gewissen Recht, die niederländischen Sozialdemokraten dächten zu wenig international.

Der Sturz der demokratischen Regierung in Prag durch einen kommunistischen Staatsstreich führte im Jahre 1948 auch niederländische Politiker zu der Erkenntnis, daß die Idee, Europa könne zwischen den USA und der Sowjetunion, zwischen Kapitalismus und Kommunismus eine Art Brückenfunktion erfüllen, illusorisch geworden war. Der Prager Putsch von 1948 beschleunigte die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit. In den Niederlanden traten sozialdemokratische Wortführer des Europagedankens wie Vorrink, Nederhorst und Serrarens mit der Erklärung hervor, gegen eine teilweise Übertragung nationaler Souveränität auf supranationale Organe sei ihres Erachtens nichts einzuwenden. Bei der Konkretisierung dieser allgemein gehaltenen Bereitschaftserklärung stießen sie jedoch innerhalb ihrer Partei auf Widerspruch. Trotzdem trugen sozialdemokratische Europaspezialisten wie Geert Ruygers und J. van der Kieft weiterhin einen professionellen Optimismus zur Schau. Als weitere Wirkung des Prager Putsches wird man die Abnahme der Vorbehalte gegen die Vereinigten Staaten und den allmählichen Ausgleich der ideologischen Gegensätze zwischen den Koalitionsparteien betrachten dürfen. Die Sozialdemokraten erklärten sich nun dazu bereit, in der Vorbereitungsphase eines Vereinigten Europa den geisti-

¹⁷ Th. J. Kerkhof, Een onderzoek naar het denken en de meningsvorming t. a. v. een Verenigd Europa binnen de K. V. P. en P. v. d. A., Examensarbeit Universität Nimwegen, Institut f. Gesch. d. 20. Jhrh., 1975.
¹⁸ De Opmars, Febr. 1950.



gen Werten von Christentum und Humanismus Geltung zu verschaffen, und baten ihre Partner, mit ihnen gemeinsam auf eine Lösung der sozialen Probleme in Europa hinzuwirken. Politische Erwägungen und die internationalen Entwicklungen bestimmten nun die Haltung der Arbeiterpartei gegenüber Europa.

Fragt man sich nun, welche Problemstellungen die Debatte der Koalitionsparteien, der Katholiken und der Sozialdemokraten, im Blick auf Europa und den Föderalismus prägten, so schälen sich die folgenden Themata heraus: der Kommunismus und die mit ihm einhergehende Kriegsdrohung, die Definition der Größe Europas, die deutsche Frage, die Marshall-Plan-Hilfe und die Frage ihrer organisierten Verteilung, schließlich das Problem der nationalen Souveränität. Die Standpunkte der beiden Parteien zu diesen Fragen sollen im folgenden kurz beleuchtet werden.

Für die Katholiken war der Kommunismus aggressiv, staatsabsolutistisch, materialistisch, gottlos, ja die Verkörperung des Bösen schlechthin. Die Arbeiterpartei war dem Kommunismus um einige Grade günstiger gesonnen. Vor dem Prager Putsch war ihr wichtigster Einwand, der Kommunismus gehe zu weit, vor allem gehe er in der Kollektivierung zu rigoros vor. Nach dem kommunistischen Staatsstreich in Prag aber lehnten sie den Kommunismus ebenso entschieden ab wie die Katholiken.

Selbstverständlich war man davon überzeugt, daß die Sowjetunion den Weltfrieden bedrohe. Seit 1948 war diese Angst eine der Haupttriebfedern des Bemühens um eine europäische Gemeinschaft. Man stellte fest, daß die drei Großmächte wegen der Deutschlandfrage aneinandergeraten waren, und erkannte die offenkundige Ohnmacht der Vereinten Nationen, internationale Waffengänge zu verhindern. Der Koreakrieg sollte diese Einsicht bestätigen. Konnten die Vereinten Nationen keine Sicherheit bieten, so mußten andere Bündnisse ins Auge gefaßt werden. Diese Überlegungen liegen dem Beitritt zum Brüsseler Vertrag und zur NATO zugrunde. Die Koalitionsparteien erkannten, daß die Bündnisse geeignet waren, nationale Unabhängigkeit und Sicherheit zu gewährleisten und einen Krieg zu verhindern. Der Sozialdemokrat J. de Kadt erklätte im Parlament, das Atlantische Bündnis werde eine weitergehende europäische Einigung nicht behindern.

Was die Definition der Größe Europas betrifft, so erkannte man sehr früh, daß das erhoffte Vereinigte Europa nicht von Irland bis zum Ural reichen konnte. Jedenfalls verlautete bereits im Juni 1947 aus Kreisen der Katholischen Volkspartei, eine europäische Föderation werde unter Ausschluß Rußlands zu bilden sein. Im Laufe der Jahre 1947 und 1948 begann sich auch in den Niederlanden die Neigung bemerkbar zu machen, die Termini Europa und Westeuropa nahezu synonym zu verwenden. Unter Europa wurde damals das "freie und demokratische" Westeuropa verstanden. Portugal und Spanien wurden zunächst ausgeklammert, verbot es sich doch sozusagen von selbst, die dort herrschenden Regimes in das freie und demokratische Europa einzubeziehen. Andererseits aber ging man in den Diskussionen auch nicht weiter auf die skandinavischen Länder ein, da diese es selbst vorzogen, sich herauszuhalten. Überhaupt vermied man es, klare und eindeutige Definitionen dessen zu geben, was geographisch unter einem Vereinigten Europa zu verstehen sei.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die deutsche Frage. Selbstverständlich war eine



Jahrgang 29 (1981), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf

europäische Einigung ohne Deutschland undenkbar, seine Einbeziehung aber bildete ein Problem. Der katholische Historiker B. Vlekke, der spätere Generalsekretär der Gesellschaft für Internationale Angelegenheiten in Den Haag, schrieb 1949 in dem Monatsblatt der Katholischen Volkspartei: "Gewissermaßen befindet sich Westeuropa in dem Dilemma, Westdeutschland auf dem Gebiet von Handel und Industrie eine Mittlerrolle zwischen Ost und West spielen lassen zu müssen, was aber politisch gesehen für England und Frankreich ein wahres Schreckgespenst darstellt¹⁹." Das wat eine realistische Einschätzung der ökonomischen und politischen Konstellation. Auch der Sozialdemokrat Alfred Mozer beklagte den chauvinistischen Standpunkt, den Frankreich gegenüber Deutschland einnahm. Hatten die Föderalisten während ihres Kongresses in Den Haag und die Sozialisten auf der Sozialistischen Internationale in Wien im Juni 1948 den Standpunkt vertreten, Deutschland sei in die europäische Gemeinschaft aufzunehmen, so beschränkten sich die niederländischen Koalitionsparteien darauf, lediglich die wirtschaftlichen Aspekte der deutschen Frage zu berücksichtigen. Über den Rest schwiegen sie sich aus.

Der Marshall-Plan war gezielt gegen die kommunistische Bedrohung Westeuropas entwickelt worden, denn nur in armen Ländern kann der Kommunismus wirksam Fuß fassen. Die Marshall-Plan-Hilfe bewirkte in erster Linie eine Anhebung des Lebensstandards in Westeuropa und zugleich eine Sympathiewelle für Amerika. Die europäische Zusammenarbeit, die zur Durchführung des European Recovery Program erforderlich war, wollten viele Politiker zum Ausgangspunkt weitergehender Zusammenarbeit machen. In diesem Sinne, dabei allerdings mehr oder minder stark ideologisch geprägt, äußerten sich 1947 der Vertreter der katholischen Jugend L. de Gou und 1948 E. Sassen, ein starkes politisches Talent aus der Katholischen Volkspartei. Die Sozialdemokraten boten ein uneinheitliches Bild. Alfred Mozer etwa hatte gewisse Vorbehalte gegen den Dollarsegen, da er in ihm eine Stärkung des kapitalistischen Systems erkannte. Der antikommunistische Sozialdemokrat de Kadt dagegen begrüßte es, daß durch dieses europäische Entwicklungsprogramm ein koordiniertes Handeln in Europa ermöglicht wurde. Überhaupt waren die Wortführer der Arbeiterpartei überzeugt, mit dem koordinierten Wiederaufbau Europas verbinde sich die Chance auf eine europäische Einigung. Freilich gab es für den Wiederaufbau einen Plan, für die Einigung hingegen nicht. So konnte auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in London der niederländische Wortführer G. Nederhorst den naiven Ausspruch tun, aus der wirtschaftlichen Zusammenarbeit werde eine dazu passende politische Struktur von selbst erwachsen.

Die Frage der nationalen Souveränität wurde als das schwierigste Problem empfunden. Sie beschäftigte das Parlament bereits bei der Debatte über den Brüsseler Vertrag. Damals, im April 1948, setzte die Regierung dem Parlament, namentlich den Sozialdemokraten, einen Dämpfer auf, indem sie deren Antrag, gewisse Machtbefugnisse übernationalen Organen zu übertragen, durch die Formel "so weit möglich und wünschenswert" erweiterte, so daß dieser Antrag den Charakter einer unverbindlichen



¹⁹ Katholiek Staatkundig Maandschrift 1949, S. 542.

Absichtserklärung erhielt. Die Parteiblätter verbreiteten weiterhin einen oberflächlichen Optimismus, indem sie wiederholt versicherten, um der großen Probleme willen, vor die Europa sich gestellt sehe, müsse die Souveränität eingeschränkt werden. Als sich aber die Regierung der englischen Schwesterpartei keineswegs gesonnen zeigte, übernationalen Organen irgendwelche Machtbefugnisse zu übertragen, machte sich bei den niederländischen Sozialdemokraten eine kaum verhohlene Enttäuschung breit. Sie nämlich hatten sich in ihrem Grundsatzprogramm von 1947 durchaus dazu bekannt. Dort hieß es: "In dieser zukünftigen Weltordnung wird jeder Staat dazu bereit sein müssen, einen Teil der eigenen Souveränität übergeordneten Organen zu übertragen." In dieser Absichtserklärung steckt wiederum der traditionelle niederländische Moralismus; er mag für Politiker und Bürger kleiner Staaten charakteristisch sein.

Die Regierungspolitik und die Wendung im Jahre 1952

In den ersten Nachkriegsjahren war die niederländische Regierung von einer "oneworld"-Vorstellung nicht von einem europäischen Föderalismus ausgegangen. Das
Außenministerium war davon überzeugt, ein föderativer, ganz Europa umfassender
Staat könne doch nicht realisiert werden, dagegen könnten derartige Bestrebungen zu
einer gefährlichen Blockbildung führen²⁰. Nachdem die Niederlande aufgrund der
Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen dem Brüsseler Vertrag und der NATO
beigetreten waren, erklärte der damalige Außenminister Stikker, er befürworte eine
funktionalistisch auf einzelne Wirtschaftszweige hin orientierte europäische Zusammenarbeit. Im Gegensatz zu den eher politisch ausgerichteten Förderalisten plädierten
die Funktionalisten für die Gründung von zweckorientierten und spezialisierten Organisationen wie z. B. die Montanunion oder die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die allerdings scheiterte.

Stikker war aber kein Funktionalist mit Leib und Seele. Er war recht unglücklich darüber, daß sich nur eine beschränkte Zahl von Staaten der ersten übernational errichteten funktionellen europäischen Organisation, der Montanunion, anschloß. In dem Maße, in dem die Zusammenarbeit, die zur Realisierung des Marshall-Plans von der amerikanischen Regierung mehr oder weniger angeordnet worden war, besser funktionierte, nahm bei Stikker die Überzeugung zu, daß von diesem breiteren Verband aus ein vereinigtes Europa entstehen konnte. Er unterschätzte die Wichtigkeit organisatorischer Strukturen, wie sie der Vertrag von Brüssel und der Europarat brachten, nicht, aber seiner Meinung nach öffnete die OEEC der Vereinigung Europas die meisten Perspektiven. Auf allmähliche Weise konnte eine europäische Einheit als "vielumfassende Staaten-Organisation" wachsen²¹. Die Gefahr der Übereilung und



²⁰ V. S. E. Falger, Bibliographie van de Nederlandse buitenlandse politiek, Amsterdam 1976; S. I. P. van Campen, a. a. O.; Dirk Stikker, Men of responsibility. A Memoir, London 1966.

²¹ Handelingen der Tweede Kamer, Sitzung 1948–1949, Bijlage A, stuk 1000 III 12 (Memorie van Antwoord), S. 12.

aller daraus entstehenden, nicht wieder gutzumachenden Schäden drohte in Stikkers Sicht vor allem durch die "Europäische Bewegung", die den Föderalismus zu einer "neuen Pseudo-Religion"²² zu machen schien. Solange sich aber ihr Einfluß nur auf dem indirekten Weg der öffentlichen Meinung und der nationalen Parlamente Geltung verschaffte, meinte Stikker, daß die betroffenen Regierungen den Schaden in Grenzen halten könnten.

Ernsthafter besorgt war Stikker folglich auch über die geringe stimulierende Kraft, die auf die wirtschaftliche Einheit Europas ausging. Technische Maßregeln wie die Vereinfachung des Zahlungsverkehrs durch die Errichtung einer Europäischen Zahlungsunion schienen kein Mittel zu sein, um die wirtschaftliche Planung der OEEC-Staaten zu koordinieren. Am Ende des Jahres 1949 stellte Stikker fest, daß der politische Wille zur Integration in Westeuropa zu fehlen schien. Daß man bei der Übertragung wirtschaftlicher Befugnisse an eine übernationale Autorität Zurückhaltung übte, akzeptierte er, solange die europäische Einheit auf politischem und kulturellem Gebiet sowie in der Verteidigung ebensowenig Fortschritte machte. Im Rahmen der OEEC fochten die Niederlande aber weiterhin für eine weitergehende Zusammenbindung der verschiedenen nationalen Wirtschaften²³. Nicht überwiegend deshalb, weil das die europäische Integration näherbringen konnte, sondern sicherlich deshalb, weil die niederländische Wirtschaft nach dem Verlust Indonesiens für den verlorengegangenen Markt einen Ersatz im Handel mit westeuropäischen Staaten suchte. Je größer dieser Markt sein würde, desto besser.

In einem Plan vom 14. Juni 1950 gab Stikker an, wie der gemeinsame Markt als logische Fortsetzung der Marshall-Plan-Zusammenarbeit erreicht werden konnte. Als erste Phase wollte er eine schrittweise Verminderung bestehender Handelsbeschränkungen auf 25%. Im folgenden Stadium sollten diese wegen der Integration einer Anzahl lebensnotwendiger Betriebszweige völlig verschwinden. Ein europäischer Integrationsfonds sollte die Spezialisierung der Produktion und die Verbesserung des Arbeitsmarkts in den betreffenden Sektoren finanziell begleiten²⁴. Mit seinem Plan erreichte Stikker aber gerade das, was er vermeiden wollte: die Beschränkung der Integration auf eine kleine Gruppe kontinentaler Staaten. Das übernationale Element in der Integration lebensnotwendiger wirtschaftlicher Bereiche war für einige OEEC-Staaten, insbesondere Großbritannien und die skandinavischen Staaten, nicht akzeptabel. Sie lehnten folglich sowohl den Stikker-Plan als auch den ausschließlich auf Kohle und Stahl zugeschnittenen Schuman-Plan ab. Stikkers Entwurf für eine europäische Integration erlitt dadurch Schiffbruch. Die Mitgliedschaft in der EGKS konnte er wohl noch als einen vorläufigen ersten Schritt ansehen, zumal dabei die Tür für weitere Mitglieder offenstand. Mehr Mühe bereitete ihm die EVG. Die Perspektiven, in welchen Stikker und seine engsten Mitarbeiter Van der Beugel und Spierenburg dachten, wurden dabei deutlich: das kontinentaleuropäische Integrationsmodell war

²⁴ Jaarboek van het Ministerie van Buitenlandse Zaken 1949-1950, Den Haag 1950, S. 36-38.



²² Ebenda, S. 1188 (4. Februar 1949).

²³ Handelingen der Tweede Kamer 1949–1950, Bijlage A, stuk 1400 III 17, S. 10–12.

ihnen zu eng, sicherlich solange weitere Alternativen, von vornehmlich atlantischem Umfang, bestanden. Dieser Weg schien aber zum Zeitpunkt von Stikkers Abtreten im September 1952 für die folgenden Jahre verbaut. Der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas, der im Jahre 1947/48 ein guter Nährboden für eine europäische wirtschaftliche Integration zu sein schien, war 1952 so weit fortgeschritten, daß die nationalen Interessen und die europäischen wieder übereinstimmen konnten.

Eine Durchsicht von amtlichem Archivmaterial aus der Zeit zwischen Herbst 1951 und Herbst 1952 erlaubt den Schluß, daß wirtschaftliche Belange die niederländische Haltung gegenüber einer europäischen Zusammenarbeit bestimmten und daß man sich im Haag diese Kooperation selbstverständlich unter Einbeziehung Englands, wenn möglich auch der USA wünschte. Diese Politik Stikkers sollte von seinem Nachfolger Beyen im Herbst 1952 entscheidend modifiziert werden. Nach den Parlamentswahlen im Sommer 1952 wurde ein neues Kabinett gebildet, in dem Beyen Außenminister wurde. Die Ablösung Stikkers durch Beyen hatte weniger mit der europäischen Problematik als mit der weit brisanteren Neu-Guinea-Frage zu tun. Übrigens war bereits Stikker der Überzeugung, daß sich die Niederlande nach dem Verlust Indonesiens aus wirtschaftlichen Gründen andere Märkte, vor allem den europäischen Markt, erschließen müßten.

Ebenfalls im Jahre 1952 wurde in der Sechsergemeinschaft die Bildung einer politischen Einheit diskutiert. Es wäre sicherlich übertrieben, wollte man behaupten, im Haager Außenministerium habe man sich in jenem Sommer 1952 in einer Sackgasse befunden, aber immerhin war hier damals davon die Rede, eine Europäische Politische Gemeinschaft ohne materielle Interessengrundlage sei ein höchst bedenkliches Unterfangen, das aber bereits reale Formen anzunehmen drohe. Zugleich mußten sich niederländische Botschafter im Ausland sagen lassen, die Haager Regierung möge ihren abweisenden Standpunkt gegenüber der Idee einer Politischen Gemeinschaft revidieren. Eden hatte am 29. Juni im "Observer" erklärt, seines Wissens wolle Stikker mit den Sechs keine engeren politischen Bande knüpfen. De Gasperi dagegen gab in Rom dem neuen niederländischen Botschafter Boon zu verstehen, daß es überaus wünschenswert sei, eine politische Gemeinschaft zu entwickeln. Schließlich empfahlen die katholische Abgeordnete Frau Marga Klompé und der Sozialdemokrat Van der Goes van Naters dringend, den niederländischen Standpunkt den neuen Entwicklungen anzupassen.

Damals hielten viele "Europäer" die politische Integration für vordringlich, wogegen die niederländischen Politiker glaubten, man müsse zunächst einmal eine größere politische Solidarität erreichen, da es gerade an ihr fehle. Diese Solidarität aber könne sich nur auf der Grundlage gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen herausbilden. In diesem Zusammenhang setzte man große Hoffnungen in die zukünftige Entwicklung der Montanunion. Bündig zusammengefaßt lautete die niederländische Devise: keine politische Integration ohne wirtschaftliche Integration. Angesichts der Tatsache aber, daß zwischen England und dem Kontinent engere Bande nicht zu knüpfen waren, wurde die Verzögerungstaktik der Stikkerschen Europapolitik aufgegeben.

Die Entscheidung zwischen der Alternative Politische Allianz oder Föderation



Jahrgang 29 (1981), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de schien nicht sehr vordringlich. Negative Erwägungen wie die Angst vor den Russen spielten im Haag eine durchaus untergeordnete Rolle. Eine militärische Allianz schien aufgrund des Scheiterns der EVG nicht erreichbar. Wie Beyen rückblickend darstellte²⁵, hat das Scheitern der EVG die niederländische Regierung in weit geringerem Maße als andere europäische Politiker verwirrt und beunruhigt, war doch hier, in den Niederlanden, die Europapolitik vor allem wirtschaftlich motiviert. Daher konnten die Niederlande nach relativ kurzer Zeit für die Bildung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft plädieren. Beyen selbst trat dabei als Initiator und Verfechter einer übernationalen Zusammenarbeit auf; er vertrat die Überzeugung, eine europäische Integration müsse auch dann realisierbar sein, wenn die Zielvorstellung einer Föderation aufgegeben werde.

Seit der Vereidigung des neuen Kabinetts am 2. September 1952 bot sich das seltsame Bild, daß ein kleines Land wie die Niederlande zwei Außenminister hatte: Luns und Beyen. Luns erklärte das scherzhaft mit dem Hinweis, die kleinen Niederlande seien von so viel Ausland umgeben, daß ein einzelner der Fülle der außenpolitischen Aufgaben nicht gewachsen sei. Aber wie üblich hatten auch hier, auch bei diesem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen, parteipolitische Erwägungen den Ausschlag gegeben²⁶. Der mit der Kabinettsbildung Beauftragte hatte dem parteilosen Beyen den Vorzug gegeben, weil dieser als Bankier über große internationale Erfahrungen verfügte und Wirtschaftsprobleme eine immer stärkere Rolle spielten. Luns hatte sich als Diplomat einen Namen gemacht, man traute ihm jedoch noch nicht zu, das Außenministerium allein lenken zu können. Die Zusammenarbeit zwischen dem parteilosen Beyen und dem Katholiken Luns stand unter keinem guten Stern, in der Europapolitik aber bewies Beyen eine glückliche Hand. Er war fähig und ehrgeizig, hatte die Niederlande seit Mitte der dreißiger Jahre und während des Krieges auf vielen monetären und wirtschaftlichen Kongressen vertreten und engagierte sich stark für die europäische Integration.

Beyens Europapolitik bedeutete keine gänzliche Kehrtwendung von der Stikkerschen atlantischen Orientierung zu einer kontinentalen Politik. Bereits während des Krieges hatte Beyen darauf hingewiesen, eine einseitige Kontinentalpolitik sei für die Niederlande riskant. Er hat lediglich die Akzente verschoben: Die übernationale europäische Zusammenarbeit war nach seiner Auffassung eine wichtige Vorbedingung für erfolgreiche atlantische Zusammenarbeit. Ebenfalls im Unterschied zu Stikker lehnte Beyen die Aufsplitterung der Volkswirtschaft in Wirtschaftszweige ab, denn er erkannte, daß übernationale Branchenzusammenschlüsse die Gefahr von Kartellbildungen nach sich ziehen würden²⁷.

Während der Konferenz in Luxemburg vom 8. bis 10. September 1952 hatte Beyen einen guten Start. Er verhinderte, daß die geplante Politische Gemeinschaft den Charakter einer geschlossenen kontinentalen Union erhielt, und regte an, die Bildung der



²⁵ J. W. Beyen, Het spel en de knikkers. Een kroniek van vijftig jaren, Rotterdam 1968, bes. die Kapitel 13 und 14.

²⁶ F. J. F. M. Duynstee, De kabinetsformaties 1946-1965, Deventer 1966, S. 66ff.

²⁷ J. W. Beyen, a. a. O., S. 206 ff.

Politischen Gemeinschaft eng mit der Schaffung einer gemeinsamen Basis für die wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedstaaten zu verknüpfen. In der Präambel der Resolution von Luxemburg wurde denn auch festgeschrieben, vorrangiges Ziel sei eine fusion des intérêts essentiels.

Die funktionalistische Politik, deren wichtigstes Ergebnis die Montanunion gewesen ist, versuchte Beyen durch ein umfassenderes Modell zu überwinden: sein Ziel war die Bildung eines gemeinsamen Marktes. Die Dynamik, die der neue Minister im Auswärtigen Amt entfaltete, kontrastierte anfangs stark mit der Verzögerungstaktik der Ministerialbeamten, die die Denkgewohnheiten der Stikkerschen Außenpolitik noch nicht abgelegt hatten und sich auf die Bildung einer "Staatskommission für Europäische Integration" konzentrierten. Die Administration verlor vorübergehend ihren Einfluß auf die politische Führung, und es bildete sich um Beyen eine neue Beratergruppe. Zu ihr gehörten C. L. W. Fock vom Ministerium für Allgemeine Angelegenheiten, I. Samkalden vom Landwirtschaftsministerium und van Kleffens, der auch Luns zur Aufgabe der Verzögerungspolitik zu bewegen versuchte.

Bevor Beyen sein Ministerium in den Griff bekam, hatte er schwerwiegende Kompetenzstreitigkeiten mit seinem Amtskollegen Luns auszutragen. Daher gibt es aus dem Oktober 1952 nahezu kein Archivmaterial, das Beyens Amtstätigkeit, namentlich seine Europapolitik, im Ministerium oder im Kabinett dokumentieren könnte. Zwar erklärte Luns noch unlängst, Beyen habe regelmäßig seinen europapolitischen Standpunkt modifizieren müssen, um von ihm, Luns, die Zustimmung zu bestimmten Schritten zu erhalten, und ministerielle Verlautbarungen seien nur mit seiner Unterschrift an die Öffentlichkeit gelangt, einschließlich jener, die sich um die Europapolitik drehten²⁸ – dennoch wird man sagen dürfen, daß Beyen und nicht Luns die Europapolitik der Niederlande bestimmt hat.

Innerhalb des Ministeriums hat Beyens neue Europapolitik heftige Diskussionen ausgelöst. Die Ministerialbürokratie sah sich nämlich nun vor die Wahl gestellt, entweder die bisherige politische Linie fortzusetzen – das hieß Anerkennung einer politischen Gemeinschaft, deren Kompetenz auf spezifische Gebiete wie etwa in der Montanunion oder der EVG beschränkt blieb – oder aber neue Wege zu beschreiten und das Ziel einer allgemeinen Integration auf breiter wirtschaftlicher Basis zu verfolgen. Mitte November bekam Beyen das Auswärtige Amt in den Griff. Seine politischen Zielvorstellungen wurden nun von seinem Generaldirektor Eschauzier, von C. L. Patijn und von dem Chef der Abteilung Westeuropäische Zusammenarbeit G. C. Stuyt mitgetragen. Auch Parlamentarier der niederländischen Delegation im Europarat unterstützten die Politik Beyens²⁹. Am 16. November legte er dem Parlament einen Bericht über die europäische Integrationsproblematik vor, den er selbst geschrieben hatte. Seine Hauptthese, die er bereits in Luxemburg vorgetragen hatte, lautete: eine



²⁸ J. L. Heldring, Onsterfelijken en andere notabelen, in: NRC-Handelsblad, 6. Februar 1979.

²⁹ G. M. V. Mans, De wending in het standpunt van de Nederlandse regering ten aanzien van een Europese Politieke Gemeenschap in 1952, Examensarbeit Universität Nimwegen, Inst. f. Gesch. d. 20. Jhrh., 1969.

europäische Politische Gemeinschaft sei für die Niederlande nur unter der Voraussetzung akzeptabel, daß mit ihr eine soziale und wirtschaftliche Integration einhergehe. Um dieser Integration willen erklärte er sich zum teilweisen Verzicht auf Souveränität für den Fall bereit, daß legislative Zuständigkeiten auf die Beratende Versammlung des Europarats übertragen werden sollten. Als nächstliegendes Ziel schlug er eine Zollunion vor. Er erhielt die Zustimmung des Kabinetts, den Partnerländern auf diplomatischem Wege den niederländischen Standpunkt darzulegen.

Nun wußte Beyen, daß seine ausländischen Amtskollegen wenig Interesse für die niederländischen Vorstellungen aufbrachten. Eine diplomatische Note erschien ihm als das geeignete Mittel, das Terrain zu sondieren. In dem Dokument, das am 11. Dezember 1952 den Regierungen der fünf Partnerstaaten zugeleitet wurde, war Mansholts Anliegen berücksichtigt, die Integration der europäischen Landwirtschaft ausdrücklich als einen Teil der wirtschaftlichen Integration zu behandeln; auch waren die Einsichten des damaligen Wirtschaftsministers Zijlstra (des heutigen Präsidenten der Niederländischen Notenbank) über die wirtschaftliche Grundlage einer Europäischen Politischen Integration verarbeitet. Mansholt und Zijlstra, im Ministerium u. a. Samkalden und van der Beugel - die geistigen Väter dieses Dokuments waren, auch rückblickend betrachtet, in der Tat hochkarätige Politiker. Wie zu Beginn dieser Skizze angeregt wurde, eine soziographische Untersuchung der Befürworter eines föderativen Europa durchzuführen, so sei jetzt, da es um die "Macher" in der Politik geht, der Hinweis erlaubt, daß es für die Aufhellung eines historischen Prozesses erforderlich ist, Archivmaterial unter Berücksichtigung der Bedeutung der Verfasser und der Initiatoren der Texte zu analysieren. Als von den Niederlanden neue Impulse ausgingen, gab es dort jedenfalls eine Gruppe fähiger und sachkundiger Pragmatiker.

Die Note forderte die fünf Partnerländer auf, die Resolution von Luxemburg vom September 1952 konkret umzusetzen, auch und gerade im Sinne einer wirtschaftlichen Integration. Als nächstliegendes Ziel schlug sie konkret eine Zollunion vor, eine Harmonisierung der Preise von Industrie- und Landwirtschaftsprodukten. Beyen hatte in Luxemburg einen Anstoß gegeben; in seiner weiteren Amtsperiode setzte er sich unermüdlich dafür ein, daß der eingeschlagene Weg konsequent fortgesetzt wurde.

Eine Würdigung der Impulse, die von Den Haag ausgingen, wäre unvollständig, würde man die Gespräche des niederländischen Botschafters in Rom, Dr. H. Boon, eines der bekanntesten niederländischen Diplomaten der vergangenen Jahrzehnte, unerwähnt lassen. Im November 1952 hatte er einen intensiven Gedankenaustausch mit De Gasperi über das Problem der europäischen Integration. Nach der Luxemburger Konferenz waren solche Gespräche an sich nicht überraschend, hatte sich doch De Gasperi gemeinsam mit Adenauer leidenschaftlich für ein föderatives Europa eingesetzt, wogegen die Niederlande und in wachsendem Maße auch Belgien der Föderationsidee reserviert gegenüberstanden. Weit heftiger aber gestaltete sich der Gegensatz zwischen dem niederländischen und dem französischen Standpunkt. Die französische Delegation vertrat die Auffassung, die Europäische Politische Gemeinschaft konkretisiere sich lediglich in der Montanunion und der EVG; für Beyens weiter gesteckte



Integrationsziele hatte auch Jean Monnet, zu jenem Zeitpunkt Verfechter branchenorientierter Zusammenschlüsse, nichts übrig³⁰.

Den nächsten Schritt bildete ein Plan, den Beyen im Februar 1953 vorlegte. Er enthielt den Vorschlag, bereits in der Formulierung der Zielsetzungen der Politischen Gemeinschaft ausdrücklich die Errichtung eines "gemeinsamen Marktes" anzukündigen. Als Vorbereitung könne hierfür zunächst eine Zollunion geschaffen werden. Beruhigend fügte er hinzu, den Mitgliedstaaten müßten zugleich Schutzbestimmungen für den Fall eingeräumt werden, daß sie durch die Aufhebung der Handelsbeschränkungen in fundamentale Schwierigkeiten geraten sollten. Seine politische Linie setzte sich schließlich durch, nachdem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft durch die Haltung Frankreichs gescheitert war, wodurch Deutschland in politischer und militärischer Hinsicht ein Problem zu bleiben drohte. Spaaks, Beyens und Bechs geduldige Arbeit in Paris und Messina führte endlich zum Vertrag von Rom, der die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft begründen sollte. Die vorbereitenden Besprechungen im Jahre 1955 sind nicht an die Öffentlichkeit gedrungen, doch sie illustrieren, wie und wo der politische Prozeß in Gang kam.

Überblicken wir nun den Entwicklungsprozeß der niederländischen Haltung gegenüber den europäischen Einigungsbestrebungen, so stellen wir zunächst fest, daß er sich nicht schematisieren läßt, da seine Elemente zum Teil widersprüchlich und ambivalent waren und in engem Zusammenhang mit dem größeren Prozeß der internationalen Entwicklung standen. Abschließend und zusammenfassend läßt sich der Wandel der niederländischen Außen- und insbesondere der Europapolitik in fünf Punkten skizzieren:

- 1. Die traditionelle Auffassung über die Stellung der Niederlande im internationalen Kräftefeld und die Grundprinzipien der niederländischen Außenpolitik waren von der Hoffnung geprägt, statt der Macht könne das Recht die internationale Ordnung in einer aus den Fugen geratenen Welt bestimmen. Die Niederlande fühlten sich zu intensiver Mitwirkung bei der Entwicklung einer neuen Rechtsordnung aufgerufen, die hohe sittliche Werte konkretisieren sollte.
- 2. Vor dem Jahre 1940 hatten sich die neutralen Niederlande energisch für die Anerkennung des Neutralitätsstatus eingesetzt, für eine Definition der Rechte der Neutralen und für den Schutz ihres Handels und ihrer Seefahrt. Während der Kriegsjahre erkannte die niederländische Exilregierung, daß sie ihr Selbstverständnis als Middle Power revidieren mußte: ihre Versuche, in den internationalen Beziehungen und in der neuen Völkerorganisation der Vereinten Nationen diesen Status zu erwerben, mißlangen. Das führte dazu, daß sich die niederländische Regierung der sich abzeichnenden Blockbildung gegenüber äußerst reserviert verhielt, da sie als kleine Macht den Druck der größeren Mächte fürchtete. Der protestantische Politi-



³⁰ H. N. Boon, Afscheidsaudiënties. Tien studies uit de diplomatieke praktijk, Rotterdam 1976, S. 181; J. W. Beyen, a. a. O., S. 206; Jean Monnet, Mémoires, Paris 1976, S. 471. Nach Monnets Darstellung soll Beyen Spaak um einer Union économique totale willen unter Druck gesetzt haben.

20

- ker Algra prägte 1947 die Formel, bei einer Blockbildung seien die größeren Staaten Gangster und die kleineren Prostituierte.
- 3. In den ersten Nachkriegsjahren wurde in den Meinungsblättern die Idee eines Vereinigten Europa lebhaft diskutiert, betrieben Anhänger des europäischen Föderalismus intensive Öffentlichkeitsarbeit. Sie gehörten größtenteils zu einer intellektuellen Elite, der die machtpolitischen Wirkungsmöglichkeiten verschlossen waren. Einen direkten Einfluß auf die konkrete politische Entwicklung der Niederlande haben sie denn auch kaum gehabt.
- 4. Die niederländische Regierung mußte sich in den ersten Nachkriegsjahren vor allem auf die Indonesienfrage konzentrieren. Erst durch den Kalten Krieg und durch die Organisation der Marshall-Plan-Hilfe wurden die Niederlande in die Diskussionen um eine europäische Zusammenarbeit einbezogen. Aus politischem und militärischem Sicherheitsbedürfnis und zur Wahrung ihrer Wirtschaftsinteressen entschieden sich die Niederlande für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit Westeuropas, allerdings soweit irgend möglich unter Einbeziehung Englands und der USA. Andersherum formuliert: je kontinentaler sich die europäische Zusammenarbeit zu gestalten drohte, desto reservierter verhielten sich die Niederlande, denn sie fürchteten das Übergewicht Frankreichs und der Bundesrepublik.
- 5. In der hier behandelten Zeitspanne hat der niederländische Beitrag zum Entwicklungsprozeß der europäischen Zusammenarbeit vor allem unter dem Außenminister Beyen konkrete Formen angenommen. Nach Stikker, der auf den angelsächsischen Raum orientiert war, sorgte Beyen dafür, daß die Niederlande auch in Westeuropa verankert wurden. Beyens Standpunkt war nicht von ideologischen Erwägungen bestimmt, sondern von politischem Pragmatismus und von Wirtschaftsinteressen. Das ist von einem Großbankier denn auch nicht anders zu erwarten.



Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

PETER KRÜGER

DAS REPARATIONSPROBLEM DER WEIMARER REPUBLIK IN FRAGWÜRDIGER SICHT

Kritische Überlegungen zur neuesten Forschung

Unter dem Blickwinkel der Stellung Frankreichs in Europa und des französisch-deutschen Machtverhältnisses als Folge und Erfahrung aus dem Ersten Weltkrieg haben sich amerikanische Historiker in den letzten Jahren erneut in die Reparationsfrage vertieft. Angeregt und begünstigt durch die Öffnung französischer Archive, entdeckten sie neue Fakten und Zusammenhänge, bemühten sie sich um neue Wertungen, riefen sie aber auch neue Fragen hervor. Die American Historical Association ermöglichte auf ihrer Jahrestagung Ende Dezember 1976 der Debatte einen gewissen Kristallisationspunkt, und zwar in einer eigenen Sektion unter dem Titel "Reparations Reconsidered". Mit diesen dankenswerten Bemühungen hielt allerdings die redaktionell mangelhafte Veröffentlichung der Ergebnisse kaum Schritt¹. Trotzdem kann man



Jahrgang 29 (1981), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf

¹ Ein Beitrag wurde in Central European History (CEH) 11 (1978), S. 231-55, veröffentlicht, nämlich von Sally Marks: "The myths of reparations". Sie verweist auch auf weitere Beiträge während der AHA-Tagung, und zwar von Walter McDougall und Marc Trachtenberg, sowie auf Stellungnahmen von Stephen Schuker und Gerhard Weinberg. Der ganze Aufsatzteil des 1. Heftes von Journal of Modern History (JMH) 51 (1979) wurde dann offensichtlich der Tagung gewidmet, ohne daß der Leser dies erfährt; nur McDougall weist auf die Herkunft seines Beitrags hin, und schließlich tauchen noch ohne jede Erläuterung Stellungnahmen auf von Charles Maier – der seinerseits Marks' Beitrag erwähnt, ohne den Abdruck in CEH zu zitieren -, Klaus Schwabe und Gordon Wright, nicht aber die von Marks erwähnten Kommentare Schukers und Weinbergs. - Die wichtigsten einschlägigen Beiträge der letzten Jahre, mit denen ich mich hier nicht weiter befasse, sind: Jacques Bariéty, Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale, Paris 1977; Walter McDougall, France's Rhineland diplomacy 1914-1924, Princeton 1978; Hermann Rupieper, The Cuno government and reparations 1922-1923, The Hague 1979; Stephen Schuker, The end of French predominance in Europe, Chapel Hill 1976; die Aufsätze von Georges Soutou seit 1974 in Revue Historique (1974, 1978), Relations internationales (1974, 1976), Francia (1974), Revue d'Allemagne (1976) und in VfZ (1975); schließlich für den weiteren Rahmen der Enrwicklung in Deutschland Otto Büsch/Gerald Feldman (Hrsg.), Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914 bis 1924, Berlin 1978; Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation 1914-1923, Berlin 1980.

wohl davon ausgehen, daß die meisten Erträge dieser Tagung nun veröffentlicht vorliegen. Die Ergebnisse müssen grob auf zwei Bereiche verteilt werden: einmal neue Erkenntnisse über die Reparationspolitik der Siegermächte im einzelnen – hierfür ist vor allem der Beitrag von Trachtenberg bemerkenswert –, zum andern der Versuch, das Reparationsproblem überhaupt neu zu bewerten. Während sich im ersten Bereich die Kenntnis über Fakten und Entwicklungen erweitert hat, erscheinen die Fortschritte im zweiten Bereich, der allgemeinen Bewertung des Reparationsproblems und seiner Verzweigungen, fragwürdig. Hierauf soll nun eingegangen werden². Folgende Gesichtspunkte müssen wohl im Vordergrund stehen: das Verhältnis zwischen wirtschaftswissenschaftlich-abstraktem und historisch-konkretem Reparationsproblem, die inneren Voraussetzungen in Deutschland sowie die Bedeutung der Reparationen für die Machtverteilung und die Neuformung eines europäischen Staatensystems nach dem Ersten Weltkrieg.

Diese Fragen zu erörtern, könnte ein mehrbändiges Werk erforderlich machen; hier geht es nur darum, an Hand einer konkreten Auseinandersetzung, gewisse Schlußfolgerungen aus dem gegenwärtigen Stand der Forschung zu ziehen und einige Fragen zu beleuchten, die auf Grund dieses Forschungsstandes jetzt stärker zu berücksichtigen wären, falls man nicht wieder auf den öffentlichen Streit der 20er Jahre zurückfallen will. Die Gefahr ist nach den letzten Beiträgen gar nicht so gering, wenn man die Hauptgesichtspunkte nimmt: Wieviel mehr hätte Deutschland zahlen können, wie wenig hat es tatsächlich gezahlt, und das noch auf Kredit; außerdem war es üblen Willens und hat sogar die Inflation inszeniert, um den Reparationen zu entgehen, sich selbst zu entschulden und die Last der Reparationen aufs Ausland abzuwälzen, während das Transferproblem maßlos überschätzt und die im Grunde gemäßigte französische Haltung nicht gebührend gewürdigt wurde. Dies sind gewiß beachtenswerte Gesichtspunkte, sie bilden aber doch nicht mehr als einen Anlaß oder Auftakt zu eingehenderen Untersuchungen, die es ja z.T. auch schon von verschiedenen wissenschaftlichen Fragestellungen her gibt. Und es lassen sich in dem ausgedehnten Bereich von der Wirtschaftsgeschichte bis zur politischen Geschichte weitere Ansatzpunkte finden, die das Reparationsproblem im engeren Sinne aus den traditionellen Auseinandersetzungen herausführen. Das ist im Grunde - bei allen Unterschieden im einzelnen - auch die Absicht von Marks, McDougall, Trachtenberg und Maier als Kommentator: Das Reparationsproblem im weiteren Sinne, in den größeren Zusammenhängen der europäischen Entwicklung, wird von ihnen allen mehr oder weniger in den Rahmen der machtpolitischen Auseinandersetzung eingefügt, die zwischen Frankreich und Deutschland über ihr Verhältnis zueinander und ihre künftige Stellung in Europa entbrannte. So erfreulich es aber ist, daß endlich der französische Standpunkt viel klarer und verständlicher hervortritt und besonders von Marks und McDougall engagiert vertreten wird, so geschieht doch hier des Guten gelegentlich zu

² Auf die Neueinschätzung, die dahin tendiert, einen gewichtigen Teil der Verantwortung für die Fehlentwicklungen auf der Friedenskonferenz und danach vor der Haustür der Engländer und Amerikaner abzuladen, kann hier nicht eingegangen werden.



viel, und die nicht mehr hinreichende geschichtswissenschaftliche Bewältigung der Reparationsfrage selbst mit den erwähnten Feststellungen über die maßvollen Forderungen der Franzosen, das Verhalten der Deutschen und die geringe Bedeutung des Transferproblems beeinträchtigt auch die Schlüssigkeit der Äußerungen über die größeren Zusammenhänge.

Marc Trachtenberg, der mit guten Gründen und detaillierten Untersuchungen über die Pariser Friedenskonferenz der gängigen Auffassung entgegentritt, als lasse sich eine "karthagische" und intransigente Reparationspolitik Frankreichs einer gemäßigten und realistischen Haltung der Angelsachsen gegenüberstellen, zieht das berechtigte Fazit: "The way historians have treated reparation in 1919 has not been based on careful study of the sources" und bekräftigt dann, daß sichere Ergebnisse nur "through the prosaic and detailed study of the negotiations at Paris" gewonnen werden könnten³. Dieselbe mühevolle und unentbehrliche Arbeit steht, trotz einiger Vorstöße in Detailfragen, für den Zeitraum nach Versailles und bis zur Dawes-Plan-Phase im Hinblick auf die deutsche Reparationspolitik noch aus. Schon insofern sind einerseits summarische und dezidiert vorgetragene Urteile über das deutsche Verhalten, seine Voraussetzungen, Gründe und Ziele, vorsichtig ausgedrückt, noch etwas verfrüht; andrerseits läßt sich diese Lücke nicht - oder vorerst nur hypothetisch und fragend - durch allgemeine Urteile schließen, weder auf Grund übergreifender Epochenkonzeptionen - Kontinuitäten - der deutschen Geschichte noch wirtschaftswissenschaftlicher Feststellungen über theoretische Aufbringungs- und Transfermöglichkeiten der Reparationen. Vor allem aber wächst in solchen Phasen der Forschung, wenn einiges bekannt, manches fraglich und anderes nur zu vermuten ist, die Gefahr unklarer, nicht genügend durchdachter Vermischung der lückenhaften historischempirischen Befunde mit theoretischen oder sehr allgemein gehaltenen Argumenten.

Sowohl gewisse Unschärfen als auch die Vordringlichkeit intensiver Erforschung der Vorgänge aus den Quellen heraus sollen an vier keineswegs umfassenden Überlegungen erläutert werden: Zur Verwendung von Zahlen und Zahlenvergleichen; zur Benutzung theoretischer Erkenntnisse am Beispiel der Transfertheorie; zu Zusammenhängen der Reparationen mit anderen zeitgenössischen Entwicklungen in Deutschland; und zu den Reparationen als Mittel zur Änderung der Machtverteilung in Europa.

I. Zur Problematik der Zahlen und Zahlenvergleiche bei den Reparationen

Genaue Untersuchung von Zahlen und Behutsamkeit bei ihrem Vergleich stellen zwar für die Reparationen keineswegs immer eine Selbstverständlichkeit dar, wie man erwarten sollte, sind aber schon aus dem Grunde besonders erforderlich, weil gerade in der kritischen Periode von 1918–1923 der Sprachgebrauch unterschiedlich war,



³ JMH 51 (1979), S. 54f.

zuweilen aus politischen Gründen sich bewußt unklar gestaltete und den Reparationsplänen komplizierte Formulierungen verlieh. Zur Analyse der Zahlen gehört nicht nur die Erfassung ihres "Wertes"; denn sie verknüpfen oft unterschiedliche Forderungen -Gold, Bargeld, Sachlieferungen, verschiedene Fälligkeiten und Verzinsung etc. - zu abstrakten Rechengrößen, die sich somit aus Posten unterschiedlichen Wertes und unterschiedlicher Belastung für den Schuldner zusammensetzen, mit unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Folgen möglicherweise. Ein als Einführung in die Schwierigkeiten geeignetes Beispiel dafür bietet gleich die erste vorläufige offizielle Forderung im Versailler Vertrag, die insgesamt 100 Milliarden Goldmark ausmachte. Diese Summe wird in den wissenschaftlichen Darstellungen gewöhnlich recht pauschal angegeben, obwohl sie in sich sehr differenziert ist und - wollte man in die verschlungene Materie typologisch etwas Licht bringen - schon einen Vorläufer in der Art des Londoner Zahlungsplans von 1921 insofern bildet, als dessen C-Bonds ähnlich der letzten Serie von Obligationen über 40 Milliarden Goldmark im Versailler Vertrag hinsichtlich Tilgung und Verzinsung auf einen noch ganz ungewissen Zeitpunkt verschoben wurden⁴. Schon hier kann man also auch den bei späteren Zahlungsplänen wichtigen Unterschied von Nominalwert und tatsächlichem Gegenwartswert dieser 100 Milliarden feststellen, der sich noch vertieft, wenn man die unterschiedliche Verzinsung der einzelnen Serien sowie die u. U. bestehende Differenz zum Marktzinssatz betrachtet. Später setzte sich in den Plänen angesichts des umgehend zu befriedigenden Kapitalbedarfs der Gläubiger immer mehr durch, größere Vorwegleistungen, also frühere Zahlungen als geplant z. B. auf Grund einer erhofften internationalen Anleihe, durch großzügige Rediskontierung zu honorieren, was den Gegenwartswert weiter reduzierte. Man sieht jedenfalls, daß sich auf diese Weise bedeutsame Veränderungen in der Beurteilung von Zahlungsplänen, ihres politischen Hintergrunds und der politischen Reaktionen ergeben können.

Hiermit läßt sich ein weiteres Beispiel verknüpfen. Marks hat schon 1969 und nun wieder 1978⁵ das Londoner Reparations-Ultimatum, den Zahlungsplan vom 5. 5. 1921 mit seinen Forderungen von 132 Milliarden Goldmark, auf sein tatsächliches Gewicht zu reduzieren versucht, indem sie auf die geringe Bedeutung der dritten Partie dieses Planes, der sogenannten C-Bonds in Höhe von 82 Milliarden Goldmark, hinwies und auch weitere Differenzierungen anbrachte. Das ist alles nicht so neu, wie ihr Angriff – "Historians have focused upon the figure of 132 billion without examin-

⁵ Sally Marks, "Reparations reconsidered. A reminder", in: CEH 2 (1969), S. 356-65. Dazu die Erwiderung von David Felix, "Reparations reconsidered with a vengeance", in: CEH 4 (1971), S. 171-79, und die Entgegnung von Marks, "Reparations reconsidered. A rejoinder", in: CEH 5 (1972), S. 358-61. Bedenkenswerte Einwände von Felix behandelt Marks ziemlich oberflächlich und schließt (1972, S. 361): "I fail to see what the controversy is about". Schlimm genug – doch auch ihr Beitrag von 1978 (s. Anm. 1) bringt keine neuen Gesichtspunkte, im Gegensatz zu David Felix: Walther Rathenau and the Weimar Republic. The politics of reparations, Baltimore 1971.



⁴ Art. 235 und § 12 c der Anlage II zu Teil VIII des Versailler Vertrags; Londoner Zahlungsplan: Aktenstücke zur Reparationenfrage vom Mai 1921 bis März 1922, Berlin (Reichsdruckerei) 1922, bes. S. 10f.

ing the nature of its implementation" - vermuten läßt, was trotzdem Maier nicht hindert, diese offene Tür noch einmal einzurennen⁷, der dabei allerdings bedenkt, daß nichtsdestoweniger auch der Zahlungsplan für die restlichen 50 Milliarden Goldmark (A- und B-Bonds) große Schwierigkeiten aufwarf - und darum ging es ja wohl den meisten, die sich bisher intensiver mit der Frage beschäftigten. Darüber hinaus sollte man nicht zu leichtfüßig über die C-Bonds hinweggehen, sie waren ein weiterer belastender Faktor in der Politik, denn sie konnten etwa als ständiges Druckmittel für deutsches Wohlverhalten benutzt oder von Frankreich als Pfand gegenüber den USA in der Frage der interalliierten Schulden verwendet werden: Man erklärte sich bereit, die C-Bonds zu streichen, in dem Maße, wie die USA Nachlaß bei der Schuldenrückzahlung gewährten8 - und wenn es dazu nicht kam? Poincaré hat sich jedenfalls als Ministerpräsident 1928, als die endgültige Regelung der Reparationsfrage näher rückte, auf den Standpunkt gestellt, daß der Londoner Zahlungsplan noch gültig sei⁹. Schließlich muß bei dem Urteil über die vorläufige Zurückstellung der C-Bonds ebenso wie der letzten Serie von 40 Milliarden Goldmark im Versailler Vertrag das Zinsproblem beachtet werden: Bei Gesamtverzinsung konnten die Reparationszahlungen am Zins ersticken. Man vergegenwärtige sich 5% von 132 Milliarden!

Schließlich muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es zu erheblichen Verzerrungen führt, wenn undifferenziert Reparationssummen als Ergebnisse bestimmter Pläne und Konferenzen aufgezählt werden. Man muß deutlich unterscheiden zwischen Gesamtsummen, die umfassend sind und sich aus der Addition von Annuitäten (abgesehen von zusätzlichen variablen Größen wie Prozentsätzen vom Export) ergeben, und solchen, die einen Gesamtbetrag der Forderung darstellen, dann aber noch – in welcher Form auch immer – zu verzinsen sind. Das klingt im Grunde selbstverständlich, ist es aber keineswegs¹⁰.

Zurück zu den problematischen Zahlenspielen. Sie verführen Marks dazu, im Sinne ihrer These von den sehr gemäßigten alliierten Reparationsforderungen das deutsche Angebot über 50 Milliarden Goldmark vom 24. 4. 1921¹¹ seinem tatsächlichen Wert



⁶ CEH 11 (1978), S. 237; berechtigt ist dies im Hinblick auf einige Handbücher u. ä.; die Spezialliteratur, wie etwa Erich Wüest, Der Vertrag von Versailles in Licht und Schatten der Kritik, Zürich 1962, zitiert Marks nicht.

⁷ JMH 51 (1979), S. 60, 64.

⁸ Rupieper (s. Anm. 1), S. 7f. Auch hier kommt man eben mit der Erörterung von Zahlen und Zahlungsmodalitäten nicht aus, sondern muß zur genaueren Beurteilung der Zahlungspläne auch die Quellen der politischen Geschichte heranziehen.

S. u. a. Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945, Serie B: 1925-1933, Bd. IX, Göttingen 1976, S. 329.

¹⁰ Marks etwa, CEH 2 (1969), S. 357, reiht \(\tilde{\ensuremath{e}}\) infach die qualitativ unterschiedlichen Summen von der Friedenskonferenz 1919 bis zum Ultimatum von Londen (Mai 1921). Was es z. B. mit den 248 Mrd. von Paris (Januar 1921), die mit den Londoner 132 Mrd. direkt nicht vergleichbar sind, in Wirklichkeit auf sich hat, erl\(\tilde{a}\) utert Georges Soutou, "Die deutschen Reparationen und das Seydoux-Projekt 1920/21", in: VfZ 23 (1975), S. 265 f.

¹¹ Die den Alliierten seit Waffenstillstand übermittelten deutschen Angebote und Vorschläge zur Lösung der Reparations- und Wiederaufbaufrage, Berlin (Reichsdruckerei) 1923, S. 17ff.

nach höher zu nennen als den Londoner Zahlungsplan, reduziert auf die 50 Milliarden Goldmark der A- und B-Bonds¹². Das ist hier nicht im Detail zu erörtern, allgemein interessanter ist nur folgendes: Marks geht von einer bei genauer Analyse der Texte ziemlich formalistischen und am Kern der Dinge vorbeidiskutierenden Unterscheidung beider Pläne aus; der Londoner sei nur ein Nominalwert, weil bei der niedrigen Verzinsung von 5% der tatsächliche Gegenwartswert unter Marktbedingungen geringer sei. Das ist richtig. Nun kommt in dem deutschen Angebot von 50 Milliarden Goldmark die Formulierung "Gegenwartswert" vor; das nimmt Marks für bare Münze, und es bringt sie auf den abwegigen Gedanken, diese Summe nun künstlich auf einen Nominalwert heraufzurechnen, obwohl es sich, bei Lichte besehen, schon vorher um nichts anderes handelte. Denn: a) Während die im Londoner Plan vorgesehenen Reduktionen (Art. 1) besonders hinsichtlich des Zeitpunkts völlig vage blieben - wahrscheinlich wären sie erst zur Reduzierung der C-Bonds herangezogen worden - und ihnen auch noch die zusätzliche Forderung auf Ablösung der belgischen Kriegsschulden in Höhe von an die 6 Milliarden Goldmark gegenüberstand, setzten die Deutschen von vornherein einen Abzug der nach ihrer Rechnung nicht unbedeutenden Vorleistungen seit Kriegsende voraus, über deren Bewertung unter deutscher Beteiligung, also nicht einseitig durch die Reparationskommission, noch verhandelt werden sollte. b) Das eigentliche "Gegenwartswert-Angebot" beschränkte sich auf den Vorschlag einer großen interalliierten Anleihe, die den Reparations-Gläubigern zugute kommen sollte, von der aber niemand wußte, wie hoch die Zeichnung sein würde (jedenfalls wohl kaum zweistellige Milliardensummen). c) Der "Rest" sollte mit 4% verzinst werden, also noch niedriger als die Londoner Bonds. Die beiden Pläne lagen also grob gesehen nicht weit auseinander, wenn man nur die A- und B-Bonds in Betracht zieht, doch umfaßte der deutsche etwas weniger und vor allem anderes, was ein bloßer Zahlenvergleich nicht verdeutlicht. Da es sich hier ja nicht um die letzte Konfrontation alliierter Forderungen mit deutschen Angeboten handelte, außerdem die Unterschiede in der je eigenen Kontinuität der Argumentationen beider Seiten über Zusammensetzung und Aufbringungsmodalitäten der Reparationssummen immer wieder aufeinanderprallten, sind derartige Einschätzungsfragen schon wichtig; in den Details und in den Absichten, die jeweils dahinterstanden, deuten sich die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge und Ziele an. Sophistische Zahlenerörterungen zum Zwecke des Nachweises deutscher Unseriosität und verfehlter alliierter Großzügigkeit sind angesichts der schweren Belastungen und Auseinandersetzungen, welche die Reparationen innerhalb der beteiligten Länder wie zwischen ihnen auslösten, für ebenso unangemessen zu halten wie der Aufsatztitel "The myths of reparations".

Eine andere Art fragwürdiger Zahlen sind Prozentwerte, u. a. weil sie den ohnehin schon starken Abstraktionsgrad konkreter Zahlen als summarischer Rechengrößen noch steigern. Das kann in mehrfacher Hinsicht zu problematischen Äußerungen führen. Trachtenberg setzt die britischen von den geringeren amerikanischen und



¹² CEH 2 (1969), S. 363 f. u. 11 (1978), S. 237.

französischen Forderungen auf der Pariser Friedenskonferenz ab und ist deshalb bemüht, die amerikanische (100-140 Milliarden Goldmark) und die französische Gesamtsumme (124–188 Milliarden Goldmark) als gemäßigt nahe aneinanderrücken zu lassen; "differing somewhat (by about 25 percent [!]) on the figures⁴³. Dies heißt aber die Großzügigkeit weit treiben, denn man kann Unterschiede in der Größenordnung von 25% nicht mehr als "differing somewhat" einschätzen; das wird noch klarer, wenn man sich vor Augen hält, daß diese kleine Differenz mit 36 Milliarden Goldmark¹⁴ - eine damals ungeheure Summe - sich in den Bereichen bewegte, die man in Deutschland als höchstmögliche Gesamtbelastung betrachtete. Außerdem sind die genannten Summen immer noch ganz außerordentlich (man bedenke nur die Verzinsung), und man muß sich hüten, den heute üblichen lockeren Umgang mit Milliarden-Beträgen unserer vergleichweise inflationierten Währungen auf die Goldwert-Forderungen von damals zu übertragen.

Eine andere großzügige Feststellung (ungeachtet der im übrigen sehr verdienstvollen Klarlegung der englischen und französischen Haltung) Trachtenbergs lautet, daß eine Annuität von 6,4 Milliarden Goldmark als "relatively modest" (der Ausdruck fällt häufiger im Hinblick auf die oben genannten Größenordnungen) anzusehen sei¹⁵. Irgendeine objektive Grundlage, derartige Summen so zu bezeichnen, hat er nicht, es sei denn den Vergleich mit absurden Größen wie 26,4 Milliarden Goldmark, die ja in Paris auch auftauchten.

Solche Urteile werden leicht weiterverwendet, wie etwa McDougall zeigt, der, gestützt auf Äußerungen von Marks, Trachtenberg, Schuker und Weinberg, den Londoner Zahlungsplan als "easily within Germany's means"16 bezeichnet. Jedoch ist bei Marks eine eingehendere wirtschaftliche Analyse, die ihre Behauptung stützte, nicht zu entdecken; die übrigen Außerungen standen nicht zur Verfügung. Immerhin hat Schuker, auf den sich Marks mehrmals beruft, an andrer Stelle dazu etwas gesagt, das wieder auf die Problematik von Prozentzahlen verweist: Die jährlichen Zahlungen nach dem Londoner Zahlungsplan hätten etwa 7% des deutschen Volkseinkommens ausgemacht und folglich keine "insuperable burden"¹⁷ dargestellt. Die Bundesrepublik hatte 1978 ein Volkseinkommen von annähernd 1000 Milliarden DM, 7% wären also rund 70 Milliarden DM. Wenn sie das zahlen müßte! Und dabei ist zu bedenken, daß die wirtschaftliche und finanzielle Position der Bundesrepublik unvergleichlich viel besser ist als die der Weimarer Republik 1921. Maier nimmt diese Zahl von ca. 7% auf, behandelt sie aber kritischer und behutsamer. Trotzdem sieht er hierin eine Diskussionsgrundlage; denn er betrachtet es als besonders nützlich, daß der Chicagoer Wirtschaftstheoretiker Harry G. Johnson errechnet habe, auch bei



¹³ JMH 51 (1979), \$. 39f.

¹⁴ Auf Grund der Mittelwertdifferenz.

¹⁵ JMH 51 (1979), \$. 34.

¹⁶ JMH 51 (1979), S. 16.

¹⁷ Schuker (s. Anm. 1), S. 15; ähnlich auch bei Büsch/Feldman, S. 351. Dabei sei einmal ganz davon abgesehen, daß einigermaßen genaue Volkseinkommenszahlen für 1921 oder 1922 gar nicht vorliegen.

Zollsätzen des Empfängerlandes zwischen 25 und 33 [1/3]% "reparations transfers of about 7–10 percent of GNP [= gross national product] should have reduced the transferer's national spending only about 10 percent 18.

Dies leitet schließlich - nach Beispielen an Hand von Globalsummen und Prozentsätzen - die Zahlenerörterungen zu einem dritten Bereich über, den wieder beliebter werdenden Berechnungen über den Anteil von Reparationen am Sozialprodukt und die Möglichkeiten des Vergleichs mit der Bundesrepublik. Maier selbst führt eine Neuerung ein, indem er, ausgehend von Berechnungen Wolfram Fischers, die Reparations-Belastung in der Dawes-Plan-Phase vergleicht mit einer prozentual ähnlichen in Deutschland durch die Ölverteuerung 1974¹⁹. Abgesehen von der ganz anderen wirtschaftlichen Position heute, vor allem dem ungewöhnlich hohen Ausfuhrüberschuß, der trotz erhöhter Zahlungen für Ölimporte übrigblieb, sind derartige Vergleiche schon deshalb fragwürdig, weil ein verteuertes Importgut in seinen Wirkungen etwas anderes ist als eine Reparationszahlung. Maier geht im übrigen vom Bruttosozialprodukt (BSP) aus, obwohl die Reparationen zunächst einmal keine direkten Auswirkungen auf das BSP, sondern auf das Volkseinkommen haben und das Rechnen in Netto-Größen klarer und üblicher ist. Vielleicht möchte er die Gesamtleistung der Volkswirtschaft zugrunde legen, wobei dann in Prozentzahlen der Anteil der Reparationen geringer ist als beim Volkseinkommen, oder er hat sich nach Wolfram Fischer gerichtet, von dessen Berechnungen er ausgeht.

Diese Fischerschen Berechnungen für die Jahre 1925–1931²⁰ sind problematisch. Abgesehen davon, daß Fischer nur die ruhigere Phase behandelt, muß eine Betrachtung des Anteils der Reparationen am BSP und der Vergleich mit anderen Phasen der Wirtschaftsgeschichte wie etwa der Bundesrepublik an der Oberfläche bleiben. Derartige Betrachtungen geben höchstens Anregungen und Anlaß zu weiteren Fragen; die Arbeit beginnt danach erst. Denn damit wird wenig ausgesagt über die konkrete Leistungsfähigkeit, die Rahmenbedingungen, den jeweiligen Stand und die Struktur einer Volkswirtschaft, die Voraussetzungen aus der vorangehenden Phase und vieles andere mehr. Außerdem kann man nicht vom (rechnerischen) Ergebnis her auf die Ausgangslage zurückschließen: Wenn schließlich nicht mehr gezahlt wurde, heißt das nicht, daß nicht anfangs mehr verlangt wurde oder drohte. Deshalb ist auch die

Wolfram Fischer, "Die Weimarer Republik unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der Zwischenkriegszeit", in: Hans Mommsen u. a. (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 46f. Auf Fischers These (S. 46) von der Überschätzung der ökonomischen Bedeutung des Reparationsproblems, die er mit seinen Berechnungen stützen möchte, gehe ich im folgenden nicht mehr explizit ein. Es zeigt sich aber, daß eine Beschränkung der Betrachtung auf Prozentsätze vom Bruttosozialprodukt nicht ausreicht und überhaupt kein abschließendes Urteil über die ökonomische Bedeutung der Reparationen erlaubt.



¹⁸ JMH 51 (1979), S. 65f. Johnson ist allerdings gerade an diesem Punkt – "The classical transfer problem. An alternative formulation", in: Economica 42 (1975), S. 25f. – viel zu knapp und in der Art der Einfügung der Zölle in sein Modell nicht ganz einleuchtend. Im übrigen spricht er nicht, wie Maier meint, von Prozentsätzen des Bruttosozialprodukts, sondern des Volkseinkommens, was ein beträchtlicher Unterschied ist.

¹⁹ JMH 51 (1979), S. 64f.

Errechnung eines Durchschnittsbetrags der Reparationen in Höhe von 1,7% des durchschnittlichen, geschätzten (warum eigentlich?) BSPs für 1925–1931 abwegig. Die Phase umfaßt Dawes- und Young-Plan, aber in Ausnahmesituation; es handelt sich nämlich jeweils nur um Anlaufphasen mit zunächst stark reduzierten, allmählich ansteigenden Annuitäten (vom Wohlstandsindex für später ganz zu schweigen). Außerdem enthalten die Berechnungen einige Unklarheiten. Die Zahlen für das Nettosozialprodukt (NSP) zu Faktorkosten (= Volkseinkommen) und zu Marktpreisen, von denen Fischer ausgeht, sind verblüffend. Obwohl laut Definition das NSP z.M. höher sein muß als das NSP z.F. und dementsprechend der prozentuale Anteil der Reparationen am NSP z.M. niedriger als am NSP z.F., ist es hier genau umgekehrt²¹.

Dabei ist gar nicht einzusehen, wofür die Angabe der Reparationen in Prozent des NSP z.M. eigentlich gut ist. Weiter verwendet werden jedenfalls nur die erwähnten 1,7% Reparationen vom BSP, und zwar wird das in Beziehung gesetzt zu Leistungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, die ja auch als Prozentsatz des BSPs berechnet werden. Hier kommt es zu weiteren Ungenauigkeiten: a) Es wird nur global gesagt, die europäischen Länder hätten 1-2% an Entwicklungshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg geleistet, das sei keine große Belastung, und so hätten sich die 1,7% Reparationen ökonomisch "durchaus im Rahmen des Erträglichen" bewegt. Zwischen 1960 und 1970 sind aber weniger als 1-2% Entwicklungshilfe gezahlt worden, von Europa²² wie vor allem von der Bundesrepublik. b) Um einen Vergleich mit Reparationsleistungen herstellen zu können, darf man nicht diese globalen Prozentzahlen benutzen, denn sie enthalten öffentliche und private Leistungen (vor allem privaten Kapitalexport). Deshalb wird seit langem eine Erhöhung der staatlichen Leistungen (also die Belastung des Haushalts wie bei den Reparationen) auf 0,7% des BSPs gefordert²³, und wenn man sieht, wie die Bundesregierung sich z. Z. abmüht, auch nur über die Hälfte dieses Satzes hinauszukommen, dann scheinen 1,7% nicht so ganz unproblematisch zu sein²⁴. Sozialprodukt ist nicht gleich Sozialprodukt, und gleiche Prozentsätze an Abzügen können ganz unterschiedliche Folgen haben. Man muß also, wenn man schon Vergleiche anstellt, genau differenzieren und sich darüber klar sein, wozu sie eigentlich gut sind.



²¹ Fischer stützt sich auf die Tabellen bei Walther Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, hat aber für das Nettosozialprodukt zu Marktpreisen versehentlich Tabelle 249 genommen, die in Preisen von 1913 rechnet, statt Tabelle 248.

²² Hierbei muß man noch die besondere Situation der alten Kolonialmächte unterscheiden.

²³ Zahlen und Erörterungen zur Entwicklungshilfe in: Auswertung der Dokumentation der dritten Welthandels- und Entwicklungskonferenz Santiago de Chile 1972 (Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung), Stuttgart 1974, besonders Heft 2, S. 3924., 399–402.

Damit möchte ich im übrigen keineswegs sagen, daß 1,7% des Bruttosozialprodukts für Reparationen zuviel gewesen sei. Nur genügen keine abstrakten Argumente; es kommt auf die konkrete Situation und auf eine Vermehrung der Indikatoren als Beurteilungsbasis an. Einige allgemeine Bemerkungen zur Frage der deutschen Leistungsfähigkeit in meinem Aufsatz "Die Reparationen und das Scheitern einer deutschen Verständigungspolitik auf der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919", in: HZ 221 (1975), S. 333-36.

Diese Überlegungen zum Gebrauch der Zahlen und Vergleiche bei den Reparationen sollten einige kritische Punkte beleuchten. Das heißt aber in keinem Falle, daß dies eine grundsätzliche Ablehnung der erörterten Verfahren bedeutet – im Gegenteil, sie sind wichtig, gerade auch in ihrer anregenden, kontrollierenden und das Urteil erleichternden Funktion. Sie brauchen nur mehr Behutsamkeit und müssen in ihren Grenzen erkannt werden. Sie können niemals Ergebnisse bringen, sondern rufen erst Fragen und präzisere, gezieltere Überlegungen hervor und begleiten, zur Prüfung und Kontrolle anregend, die eigentliche historische Arbeit. Ebenso steht es mit den Theorien und umfassenden Konzepten. Eine theoretische Annahme stand im übrigen auch schon – implizit und nicht bewiesen – hinter den bisher erörterten Zahlenvergleichen, nämlich daß ein bestimmter Teil des BSPs jederzeit einseitig in andere Volkswirtschaften transferiert werden könne. – Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß bei diesem Springen von Epoche zu Epoche mit allgemeinen Argumenten der Sinn für die je spezifische Zeit und für historische Abläufe verlorenzugehen droht.

II. Die Verwendung theoretischer Erkenntnisse: Das Beispiel der Transfertheorie

Auf Grund der vorangegangenen Überlegungen wie auch wegen der überragenden Bedeutung für 60 Jahre wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Reparationsfrage sollen einige Bemerkungen über die Benutzung von Theorien am Beispiel der Transfertheorie folgen.

Im weiteren Umkreis der Transfertheorie sind die gedanklichen Unschärfen und die Erklärung konkreter Situationen durch theoretische oder, simpler, generalisierende Annahmen ohne genaue Erfassung oder Verknüpfung des konkreten historischen Tatbestandes besonders greifbar. "Transfer" nimmt deshalb einen so entscheidenden Rang im Rahmen der Reparationsfrage ein, weil es sich um die Übertragung der im Schuldnerland durch Steuern oder sonstwie aufgebrachten Reparationssumme in die Währung der Empfängerländer handelt, und zwar auf Goldwertbasis. Das wirkt sich sowohl auf die Zahlungsbilanzen als auch auf das Verhältnis zwischen deutscher und ausländischer Währung aus. Die Kernfrage lautet deshalb in diesem Zusammenhang, woher die zum Reparations-Transfer notwendigen Devisen kommen, welche Auswirkungen die Aufbringung der Devisen auf das Schuldnerland, die Gläubigerländer sowie - oft vergessen - auf die unbeteiligten Länder und welche Konsequenzen der Devisenabfluß im zahlenden und der Devisenzustrom im empfangenden Land hat. Die Neigung geht in letzter Zeit dahin, das Transferproblem für mehr oder weniger unerheblich zu halten. Dafür werden beachtliche theoretische Gründe ins Feld geführt, auch wenn sie sich als geschichtswissenschaftlich kaum verwendbar erweisen. Dabei braucht die entwaffnende Feststellung, daß das Transferproblem keines gewesen sei, weil das Ausland mit Krediten geholfen, der Dawes-Plan Schutzklauseln enthalten und es mit dem reduzierten Young-Plan ohnehin keine Schwierigkeiten gege-



ben habe, hier wohl nicht weiter in Betracht gezogen zu werden²⁵. Sie stellt zweifellos eine rigorose Nichtbeachtung wirtschaftlicher Zusammenhänge und der kritischen Entwicklungen während der Dawes-Plan-Phase dar.

Anders steht es mit Auffassungen, die aus transfertheoretischen Erkenntnissen den Schluß ziehen, daß Deutschland dieses Problem leicht hätte lösen und höhere Reparationen leisten können. Dies natürlich nur unter der Bedingung, daß in Deutschland durch Einkommensentzug und Konsumsenkung auf dem Wege hoher Besteuerung eine beträchtliche Kontraktionswirkung erzielt wird, die im Schuldnerland jene vier wichtigsten, für das Funktionieren der Transfertheorie, also die Ermöglichung eines Leistungsbilanzüberschusses in Höhe des Reparationstransfers, unumgänglichen Voraussetzungen schafft: deutliche Einschränkung der Nachfrage nach Importgütern; Senkung des Preisniveaus; Verbilligung und Steigerung der Exporte; Erhöhung der Staatseinnahmen und Senkung der Staatsausgaben zum Ausgleich des Haushalts trotz der Reparationsleistung. Das Gläubigerland muß sich natürlich entsprechend verhalten, die empfangenen Reparationen in Einkommens- und Kaufkraftzuwachs umsetzen, die Nachfrage nach Importen aus dem Schuldnerland steigern (oder zumindest nach Importen aus Drittländern, wenn der verstärkte Export des Schuldnerlandes dahin gehen sollte) etc.²⁶ Daraus wird zweierlei deutlich, 1) daß tatsächlich die Reparationsleistung eines entwickelten Industriestaates unter bestimmten Voraussetzungen sehr hoch sein kann, und zwar hängt das theoretische Maximum - dies erscheint als sehr wichtig - davon ab, wie weit man bei bester Nutzung aller Produktionsfaktoren den allgemeinen Lebensstandard senken und die Steuern erhöhen kann (auch eine Frage des Existenzminimums); 2) daß Aufbringung – das andere große Teilproblem der Reparationen - und Transfer theoretisch gar nicht völlig zu trennen sind, daß also bei Wirksamwerden der Ausgleichsmechanismen zwischen den Ländern auf Grund modellgerechter Aufbringung kein Transferproblem auftritt. Dies ist gerade in Deutschland seit den 20er Jahren bekannt. McDougall, Marks und Trachtenberg gehen auf die theoretische Diskussion nicht ein, das tut bloß Maier in seiner Stellungnahme, allerdings zitiert er neben den großen Transfer-Kontrahenten vom Ende der 20er Jahre - Keynes, Ohlin und Rueff - nur angelsächsische Theoretiker späterer Jahrzehnte, nicht aber die vorangegangene wissenschaftliche Diskussion der 20er Jahre in Deutschland²⁷ – hochinteressant übrigens für die Geschichte der deutschen Wirtschaftswissenschaft und ihre Richtungen, man braucht nur an die Namen Eucken und Salin zu erinnern.

Das ist deshalb erwähnenswert, weil sonst der Eindruck entstehen könnte, die transfer- und reparationstheoretischen Erkenntnisse seien an Deutschland – schon gar an den Zeitgenossen der Reparationsauseinandersetzungen – spurlos vorbeigegangen



²⁵ Marks, CEH 11 (1978), S. 247f.

²⁶ Es sollen hier nur vereinfacht einige Hauptgesichtspunkte wieder in Erinnerung gerufen werden.

Auch die neuere deutschsprachige Literatur, in der man sich darüber informieren kann, fehlt, erwa Eckhard Wandel, Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für das deutsche Reparationsproblem 1924–1929, Tübingen 1971.

oder die historische Forschung habe sie mißachtet. Bemerkenswert ist, daß dabei auch frühzeitig die Restriktionen erörtert wurden, die einen modellgerechten Ablauf von Aufbringung und Transfer in der Realität weitgehend erschweren. Zusätzlich zu den späteren amerikanischen Autoren, die Maier zitiert, sei noch auf Metzler²⁸ hingewiesen, der, ausgehend von der allgemeinen Theorie der Kapitalbewegungen, denkbare Fälle der Voraussetzungen und des Verhaltens von zahlendem und empfangendem Land systematisch analysiert. Es treten dabei Konstellationen auf, in denen die Bemühungen des zahlenden Landes keinen für den Transfer hinreichenden Devisenüberschuß erzielen können. Darunter findet sich ein Fall, in dem alle Kontraktionen im zahlenden Land keinen Überschuß herbeiführen, weil das empfangende Land nicht entsprechend reagiert. Metzler verbindet diesen Fall im Anschluß an Keynes mit dem Dilemma der deutschen Reparationen. Man kann daraus u. a. noch den Schluß ziehen, daß zur Beurteilung des Reparations-Transfers mehr Daten als nur der Prozentsatz vom BSP nötig sind, z. B. wie sich Handels- und Leistungsbilanzen tatsächlich zwischen den Ländern entwickeln, und daß schon in modelltheoretischer Erörterung sehr unterschiedliche Fälle auftreten, die vor simplifizierender Beurteilung der Transfer-Möglichkeiten warnen sollten. Auch hier ist aber zu sagen, daß es sich nur um weitere Hinweise und die Ermöglichung differenzierterer Fragestellungen handeln kann, die für die eigentliche Untersuchung dessen, was nun wirklich vor sich ging, den Blick schärfen und Hilfen bieten, keineswegs aber um die Lösung des deutschen Transferproblems.

Dementsprechend ist es für den Historiker auch von geringerer Bedeutung, daß Maier²⁹ einen weiteren, und zwar modernen Theoretiker zur Transferproblematik einführt, Harry G. Johnson³⁰, was mit sichtlichem Interesse, wenn auch deutlichem Vorbehalt bei der Anwendung auf den historischen Fall geschieht. Theoretisch mag die neue monetaristische Behandlung der Frage ja bedeutsam sein, praktisch ändert sich wenig: Auf anderem Wege - unter Benutzung einer Cobb-Douglas-Funktion wird erneut bestätigt, daß ein sehr hoher Transfer, höher als bisher theoretisch angenommen, unter genügend restriktiven Bedingungen möglich ist. Ohne mit der Wimper zu zucken, schreibt Maier: "His admittedly highly simplified model suggests that a transfer up to the total of the reparation payer's export or import proportion of GNP could conceivably be extracted". Zugegeben, Exportwert = Reparation ist ein konstruierter Extremfall, aber sollte man nicht anmerken, welcher Grad an Abstraktion dahintersteht, wenn der Export Deutschlands 1929 rund 13,6 Milliarden, 1978 284,6 Milliarden Mark in laufenden Preisen betrug, wenn sich Fragen über Fragen stellen hinsichtlich der Substituierbarkeit von Gütern sowie des Grades und der Folgen der Importdrosselung (vor allem im Interesse der deutschen Handelspartner), der Einkommens- und Lebensstandardsenkung, der Elastizitäten von Angebot und Nach-



²⁸ Lloyd Metzler, "The transfer problem reconsidered", in: Readings in the theory of international trade, London 1958, S. 179–97.

²⁹ JMH 51 (1979), S. 65f.

³⁰ Siehe Anm. 18.

frage, der Differenziertheit und immer geringeren Spezialisierung des Exports (das Modell geht von extremer Spezialisierung aus)? Sind das nicht dieselben phantastischen Zahlen und Überlegungen, mit denen 1918/19 operiert wurde? Da genügt doch wohl nicht der Hinweis, daß es fraglich sei, wie schnell im Falle hoher Reparationsleistungen zahlendes und empfangendes Land sich in ihrer Nachfragestruktur umstellen und den neuen Gegebenheiten anpassen konnten³¹!

Johnson³² meint abschließend, bis zu einer genauen wirtschaftshistorischen Untersuchung der Reparationen an Hand seines Modells könne man Keynes' Bemerkungen über notwendige ungeheure Exportsteigerungen Deutschlands zunächst als Maßstab für die Reparationslast nehmen. Vielleicht ist das ein Sarkasmus – Johnson liebt Keynes nicht gerade –; jedenfalls sind wir hier beim Kern oder wieder beim alten: Jetzt ist die konkrete Nachforschung wieder aufgerufen. Wer z. B. sollte diese Exportmengen damals aufnehmen?

Es genügt aber nicht, empirische Daten zu sammeln, so wichtig sie sind; sie dienen entweder nur als Material dafür, wie weit das Modell nun reicht (was für das Modell, die Theorie interessant sein mag, weniger jedoch für die Erklärung der historischen Begebenheiten), oder aber als Präzisierung der wirtschaftshistorischen Abläufe, als quantifizierbarer Niederschlag der Entwicklung. Aber gerade die Entscheidungen, die ienen Datenbestand schufen, ihre spezifischen und allgemeinen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, die Hemmnisse, die auftraten, und die Kräfte, die zu berücksichtigen waren, als die Reparationen ihren merkwürdigen Lauf nahmen, das muß der Historiker erforschen. Hier liegt die Grenze für die Theorie. Mögen auch weitere theoretische Ansätze gefunden werden: über weitere Differenzierung, Aufzeigen von möglichen Zusammenhängen, Bedingungsanalysen für alle möglichen Fälle hinaus kann sie das Transferproblem keinesfalls "lösen". Rein theoretisch ist es ja gelöst. Bei Erfüllung der Voraussetzungen gibt es kein Transferproblem. Deswegen ist es sinnlos, auf weitere theoretische Lösungen zu hoffen. Im Gegenteil, das Fehlen eines modellhaften Verlaufs nach 1918, ja die ungewöhnlich starken Abweichungen davon, die fortwirkenden, traditioneller gleichgewichtstheoretischer Analyse nicht unterzuordnenden Ungleichgewichte begründen erst, warum ein spezielles, sozusagen historisches Transferproblem auftauchte. Dieses darf man eben mit dem theoretischen nicht verwechseln. Nur deshalb tritt auch eine Trennung zwischen Aufbringung und Trans-



Jie Probleme des Empfangs von Reparationen und längerer Anpassungsfristen hat im übrigen zusammenfassend schon Wüest, S. 127f., behandelt. Sie sind spätestens seit der französischen Kriegsentschädigung von 1871 – auch wenn sie heute meist zu Unrecht vernachlässigt werden – bekannt und bereits von Ludwig Bamberger, "Die fünf Milliarden", in: Preußische Jahrbücher 31 (1873), S. 441–60, behandelt worden. Er meinte (S. 451), die auf zwei Jahre zusammengedrängte finanzielle Operation der Tilgung der Kriegsentschädigung durch Frankreich stelle nur eine scheinbare Liquidation dar; die "wirkliche Absorbirung einer solchen Werthmasse" dauere viel länger, "und zwar soviel Zeit als nötig ist, um durch erleichterte und beschleunigte Produktion im Inland [...] oder durch die günstigen Wechsel-Verhältnisse zum Ausland [...] den Nationalvorrath an brauchbaren Gütern zu vermehren".

³² Economica 42 (1975), S. 31 Anm. 2.

fer auf; die Zeitumstände haben eine automatische, modellgerechte Transferlösung nicht erlaubt, wie die Fachleute etwa im Dawes-Plan ausdrücklich anerkannten. Also mußte man etwas für den Transfer tun, eine ganz neue Aufgabe³³. Und die meisten Schwierigkeiten, die in Abschnitt I über die Zahlen behandelt wurden, beruhen auf theoretischen Annahmen über Zahlungsmöglichkeiten, die in der Praxis nicht oder so nicht vorhanden waren, auf der Vermischung der theoretischen und der historischkonkreten Ebene der Reparationen. Ob die Reparationen tragbar waren oder nicht, oder noch viel zu gering – das ist nicht mehr die richtige Frage, vielmehr: welche Voraussetzungen zur Reparationsleistung bestanden eigentlich oder ließen sich ermöglichen? Damit kommen viele, gerade auch außerwirtschaftliche Faktoren ins Spiel, und man nähert sich schließlich der Frage, ob und inwieweit die Reparationen überhaupt sinnvoll und nützlich waren, eine nach jahrzehntelangen Erörterungen doch wohl naheliegende Frage, die aber seltsamerweise von denen, die sich in letzter Zeit so intensiv mit den Reparationen beschäftigt haben, nicht gestellt wurde.

III. Über das Verhältnis der Reparationen zur inneren Entwicklung in Deutschland

Mit Hilfe der Untersuchung von Einwirkungen politischer und wirtschaftlicher Faktoren auf die Reparationen gelangt man zu einer vertieften Erklärung der wechselseitigen Zusammenhänge und damit der Geschichte der Reparationen selbst. Maier regt mit seinen jeweils mehrere Seiten eines Problems abwägenden Bemerkungen dazu an. Aber während er den richtigen Schluß zieht, daß es zweifelhaft sei, auf Grund wirtschaftstheoretischer Erkenntnisse zu klaren Ergebnissen zu kommen, und deshalb den Historiker auf die politischen Aspekte des Reparationsproblems verweist, bleibt sein Fazit an diesem wichtigen Punkt sehr knapp und eingeschränkt: Die Deutschen weigerten sich zu zahlen, weil sie die Reparationen von Beginn an als Ungerechtigkeit empfanden und sich als schlechte Verlierer erwiesen, vor allem die konservativen Kreise³⁴. Das ist nicht zu bestreiten. Aber waren wirtschaftliche Gründe wirklich nur vorgeschoben, der mangelnde gute Wille und die Empörung über ungerechte Behandlung ausschlaggebend? Schließlich fühlt sich jeder Verlierer eines Krieges ungerecht behandelt, Interesse erwecken erst die jeweils besonderen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Umstände und Prozesse. Der gleiche Einwand gilt im Hinblick auf allgemeine Gründe und Vorwürfe - sosehr man sie auch berücksichtigen sollte wie nationalistisches Großmachtstreben, die Tilgung aller Kriegsfolgen, den Revisionismus. Diese Tendenz der übergreifenden Betrachtung wird noch akzentuiert, weil die 20er Jahre im Schatten des Kommenden liegen, der Epoche des Nationalsozialismus. Das beeinträchtigt die Sicht auf die Weimarer Republik. Die Neigung, den üblen

Das praktisch-historische Transfer-Problem war schon seit 1918, ja seit dem Krieg klar. Die Deutschen haben nicht erst 1921, als die Mark abrutschte, dieses Problem betont – so Maier, JMH 51 (1979), S. 63 –, nur trat es vor der Zeit des Kabinetts Wirth nicht so in Erscheinung, weil Barleistungen bis dahin nicht verlangt wurden.
 JMH 51 (1979), S. 66f.



Willen der Deutschen zu betonen, hängt außerdem auch mit einem mehr methodischen Problem zusammen: Es gibt neben Deutschland praktisch keinen vergleichbaren weiteren Fall, es ist deshalb schwer zu beurteilen, ob ein Sonderfall vorliegt oder andere Großmächte in ähnlicher Lage ähnlich gehandelt hätten. Im zweiten Fall würde u. a. sich die Böswilligkeit relativieren und man müßte auch von daher untersuchen, ob und unter welchen Bedingungen Reparationen überhaupt von Nutzen sind.

Maier erwähnt die Rolle konservativer Kreise und führender Industrieller. McDougall hat einen Versuch unternommen, die traditionellen Eliten und ihr Verhalten für die deutsche Reparationspolitik verantwortlich zu machen; ein wichtiger Schritt, über die Zahlenerörterungen hinaus zu den Ursachen der Entwicklung vorzudringen. Dabei wird zusammengefaßt, was die Forschung an Problematischem über die Ära des Übergangs vom Kaiserreich zur Weimarer Republik als Teil der kennzeichnenden Grundzüge deutscher Geschichte von 1871-1945 ermittelt hat, die Kontinuität der Außenpolitik und der traditionellen Machteliten, besonders der "aggressive business elites". Dann folgen die Konsequenzen: "Weimar democracy was stunted from birth by the surviving power of pre-1918 elites"; also könne Frankreich nicht mehr deswegen verurteilt werden, weil es mit seiner Politik neue, demokratische Ansätze in Deutschland vernichtet habe³⁵. Das deutsche Fehlverhalten in der Reparationspolitik³⁶ wird durch die übergreifende Kontinuität der Gesamtentwicklung erklärt, weshalb die französische Politik 1918-1923 gerechtfertigt, die deutsche hingegen sehr fragwürdig geworden sei. Es gibt da aber eine Schwierigkeit. Ist es zulässig, die aus langfristigem Überblick vom Historiker für eine abgeschlossene Periode der Geschichte erarbeiteten Grundzüge als Argument für eine entsprechende Beurteilung der konkreten Entwicklung im Detail, in einem bestimmten Zeitabschnitt innerhalb dieser Periode zu verwenden? Der Weg kann doch immer nur anders herum gehen: Wenn man nicht einen unabänderlichen, alternativlosen Gang der Dinge unterstellt, muß man - unter Nutzung der heuristischen Funktion von Modellen und umfassenden Konzeptionen – die Vorgänge möglichst präzise und detailliert herausarbeiten, um dann festzustellen, wie nah oder fern sie den Wesenszügen der Gesamtperiode stehen, welche Möglichkeiten für neue Entwicklungen sich zeigten, und wie, wann und warum sich doch die Kontinuitäten durchsetzten - oder nicht.

Zu den einflußreichen Faktoren gehören aber nicht nur innenpolitische, sondern auch außenpolitische – gerade nach einem verlorenen Weltkrieg, als die Siegermächte ihren politischen Druck geltend machen konnten, und zwar bis in die Gestaltung der Weimarer Reichsverfassung hinein. Möglicherweise hatten die äußeren Einwirkungen erhebliche Bedeutung für das Schicksal der labilen republikanischen Ansätze in Deutschland. Jedenfalls konnten die Franzosen etwa in der kritischen Phase von 1919 bis 1923 noch gar nicht wissen, daß bei der ersten deutschen Republik schließlich



³⁵ JMH 51 (1979), S. 5, 78. Daß die Verwirklichung der französischen Kriegsziele mit dem Friedensvertrag keineswegs beendet war, konstatiert Gitta Steinmeyer, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917–1919, Stuttgart 1979, S. 1191.

³⁶ Dies ist allerdings nur ein Element unter anderen in den Ausführungen McDougalls.

Hopfen und Malz verloren waren; es hat sie wohl auch zunächst nicht sonderlich interessiert, ebensowenig wie die Frage nach den längerfristigen Folgen ihrer Handlungen für die innere Entwicklung Deutschlands. Man braucht deshalb sicher nicht fortzufahren, "to condemn the French"³⁷, was in jedem Fall nach allem, was geschehen ist, für inakzeptabel gelten muß; daß aber die Franzosen gut dastehen, weil inzwischen die Historiker im nachhinein, nach Abschluß der gesamten Epoche, die Kontinuität aggressiver deutscher Eliten und außenpolitischen Vorgehens festgestellt und bewiesen zu haben glauben, kann nun wirklich nicht einleuchten. Man scheint dann auch der Gefahr einer Verengung oder bloßen Verschiebung der Fragestellung nicht ganz zu entgehen; denn es tauchen dabei noch viele Fragen auf.

Trotzdem hat McDougall dazu beigetragen, die Reparationsforschung auf einem erfolgversprechenden Weg voranzubringen: die wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und ihr Verhalten und die Voraussetzungen ihres Verhaltens zu untersuchen, ihren Einfluß auf die reparationspolitischen Entscheidungen sowie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einerseits und die politischen Ziele und Auseinandersetzungen andererseits zu beachten. Ein Hinweis läßt aufhorchen: die besonderen Bedingungen, die Adenauer stellte, als die Neubildung der Reichsregierung im Frühjahr 1921 zur Debatte stand³⁸. McDougall betont etwas einseitig nur den Aspekt einer quasi-Diktatur im Sinne der traditionellen Kräfte, wichtiger ist im Zusammenhang mit den Reparationen, daß demnach nur eine diktatorische Gewalt in der Lage gewesen wäre, die Voraussetzungen für Reparationen zu schaffen und allgemein - wie McDougall schreibt - die Erfüllung des Versailler Vertrags zu sichern. Dann hätten Reparationen und Friedensvertragspolitik ja einen schlimmen Preis gefordert und einen erheblichen Beitrag zur deutschen Kontinuität geliefert. Weiterhin wäre bei der konstatierten Schwäche der "normalen" Reichsregierungen wohl doch nicht mehr so deutlich auszumachen, wie es um ihren guten oder bösen Willen stand, wenn sie – auch angesichts der täglichen Nöte – kaum noch eine Wahl hatten. Aber weiter: Wenn man von den aggressiven Eliten hört, dann muß dahinter die Auffassung stehen, als wenn die anderen Schichten der Gesellschaft brav Reparationen gezahlt hätten - sonst gäbe diese Heraushebung keinen Sinn. Mochte aber das Entgegenkommen auch gewisse Unterschiede aufweisen, gravierende Diskrepanzen des Verhaltens gab es nicht: Welche politische Konstellation man sich in Deutschland auch vorstellen mag, bis hin zum revolutionären Sozialismus, keine Regierung hätte auch nur annähernd sich bereit gefunden, den französischen Reparationsforderungen zu entsprechen. Also muß es außer den aggressiven Industriellen wohl noch ein paar weitere Gründe für die deutsche Reparationspolitik geben.

Weil die innere Friedensvertrags-Diktatur nicht zustande kam, blieb konsequent nur der verschärfte Druck von außen – McDougall spricht viel davon –, quasi eine

³⁸ JMH 51 (1979), S. 16. Darüber ausführlicher Hugo Stehkämper, "Konrad Adenauer und das Reichskanzleramt während der Weimarer Zeit", in: ders., Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln, Köln 1976, S. 408.



³⁷ JMH 51 (1979), S. 78.

äußere Diktatur: "internationalization of the German economy" heißt das hier. Trachtenbergs Beitrag kann man dazu eine treffende Bemerkung von Clémentel aus dem September 1918³⁹ entnehmen – obgleich Trachtenberg selbst im weiteren Verlauf seiner Ausführungen über die französische Reparationspolitik keinen weiteren Gebrauch davon macht: "Clémentel noted 'the material impossibility for Germany to rebuild' the devastated areas and warned that to hold Germany financially liable for all war damages 'would completely crush her and reduce her to a state of economic bondage which would strip away from humanity all hope of a lasting peace'". Eine bedrückende Perspektive des äußeren Drucks, die nicht abwegig war und zumindest erörtert werden müßte. McDougall ist jedoch von keinerlei Zweifeln geplagt⁴⁰.

Als nächster Punkt wäre zu erwähnen, daß man die Dinge nicht so betrachten darf, als hätte es nur das Reparationsproblem gegeben. Nachhaltig die Lage erschwert und auf die Reparationspolitik eingewirkt haben weitere Beeinträchtigungen (von den übrigen wirtschaftlichen und finanziellen Regelungen des Versailler Vertrags soll hier nicht weiter die Rede sein). Zunächst einmal macht man sich die psychologische Wirkung - für die Wirtschaft stets von besonderer Bedeutung - meist nicht genügend klar, die gerade in der kritischen Periode von 1919-23 der Druck der hohen Forderungen und zu erwartenden jahrzehntelangen Belastungen ausübte. Dies läßt sich nur ermessen, wenn man die durchaus ungefestigte Situation der jungen Republik berücksichtigt. Nicht einmal die Staatseinheit war gesichert, die Gesellschaft von scharfen Gegensätzen zerrissen, die innere Ordnung in Gefahr. In dieser Lage wurde der wirtschaftliche Aufschwung, um wenigstens einige der Ansprüche an den neuen Staat zu erfüllen, geradezu lebenswichtig; er war praktisch eine Grundlage des inneren Kompromisses von 1918/19. Und genau da schlug der Versailler Vertrag hinein: die häufigen ultimativen Forderungen, weitgehende Sperrung der Absatzmärkte, einseitige Öffnung des deutschen Marktes für die Sieger (besonders das "Loch im Westen"), die Kohlenfrage, die Besetzungen und die französische Rheinpolitik. So drohte das letzte Potential, über das Deutschland noch verfügte, seine Wirtschaftskraft, zugrunde zu gehen, und das betraf jeden einzelnen in Deutschland. Dieser Druck hat dazu beigetragen, daß indirekt die traditionellen Kräfte gestärkt wurden, weil ungeachtet scharfer innerer Auseinandersetzungen alle sich darin einig waren, keine weitere Gefährdung oder Schwächung der materiellen Grundlagen von außen hinzunehmen. Bei der



³⁹ JMH 51 (1979), S. 27.

⁴⁰ Er stellt mit vielen Konditionalsätzen eine Art französischen Maximalprogramms, das die Deutschen im Laufe der Zeit unter Druck schon hingenommen hätten, als einzig adäquate Lösung vor: Vorherrschaft und Kontrolle Frankreichs über Deutschland, besonders militärisch, wirtschaftlich und finanziell, praktische Abtrennung des Rheinlandes, freier Zugang zum deutschen Markt, Abtretung deutscher Kohlebergwerke, Übernahme von Beteiligungen an deutschen Unternehmen, Einschränkung der deutschen Souveränität, Teilung Deutschlands etc. – das alles mit einem flotten europäischen Anstrich im Lichte der Entwicklung der EWG nach dem Zweiten Weltkrieg. Alle wesentlichen Probleme und Gefahren der 20er Jahre werden kurzerhand mit einbezogen und schließlich die USA und England damit belastet, die rettende und einzig richtige französische Politik, vor allem Poincarés, nicht unterstützt zu haben.

nationalistischen Grundstimmung wirkte sich dann zusätzlich die von Maier erwähnte Ablehnung der Reparationen wegen ihrer Ungerechtigkeit aus. Das lag aber auch an der neuen Form. Was bis dahin als Kriegsentschädigung der Gewalt des Siegers anheimgestellt blieb, wurde nun als rechtlich und moralisch begründete Forderung der Wiedergutmachung von Schäden vorgelegt. Der negative Eindruck verschärfte sich noch durch den Anstrich von Kriegsschuld und Buße. Da setzte sich z. T. die Kriegsstimmung fort.

Und dann die Kohlenfrage. Mit ihrer Hilfe, mit den dauernden Pressionen wegen der Kohlenlieferungen auf Reparationskonto, ist es den Franzosen vor allem gelungen, der deutschen Schwerindustrie in der Reparationsfrage, in der deutschen Wirtschaft und in wichtigen Fragen der Reichspolitik eine Schlüsselstellung zu sichern. Das geschah auf Grund eines ehrgeizigen und, wie in Frankreich üblich, sehr scharfsinnigen, aber die Wirklichkeit verfehlenden außenpolitischen Konzepts zur Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Stellung Frankreichs in Europa. Die Franzosen wollten sich in diesem Zusammenhang mit billiger Kohle versorgen, über die allerdings die deutsche Schwerindustrie verfügte, und sie nutzte diese Situation weidlich aus.

Was nun das immer wieder beschworene deutsche Machtpotential angeht – gewiß vorhanden, gewiß bedrohlich –, so stehen doch manche Autoren offensichtlich unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Entfaltung der Bundesrepublik Deutschland. Es wird leicht vergessen, daß auch in dieser Beziehung die krisenhafte Gefährdung der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg die Zukunft kaum absehbar machte. Man fühlte sich bedroht. Eine vordergründige Betriebsamkeit und Konjunktur konnte über die mangelnde Fundierung und die gesunkenen Erträge nicht hinwegtäuschen. Ein defizitärer Haushalt, eine inflationierte Währung machten den Berg an Schulden und Kosten für die Reichsregierung erträglich, brachten die Wirtschaft leidlich in Gang, reduzierten die Arbeitslosigkeit und belebten den Außenhandel auf gesunkenem Niveau.

Eines begriff man sehr schnell, gerade angesichts der Abschirmungstendenzen der Alliierten im Krieg und danach: die Außenwirtschaft wurde noch wichtiger als je zuvor. Das verkündeten auch die Wissenschaftler. Ein großer Exportüberschuß hätte ja auch im Sinne des theoretischen Transfermodells gelegen, doch entwickelten sich die Reparationen von Beginn an derart widersprüchlich, daß darunter selbst bei gutem Willen ihre Annehmbarkeit erheblich leiden mußte. Zunächst einmal waren es die Jahre der großen Exportüberschüsse der wichtigsten Siegermächte gegenüber Deutschland, allen voran des Hauptreparations-Gläubigers Frankreich. Das konnte auch auf dritten Märkten nicht ganz ausgeglichen werden, um so weniger, als auch hier die alliierten Gegenwirkungen spürbar waren und die osteuropäischen Märkte sich nach dem Zusammenbruch Rußlands und der Habsburger Monarchie drastisch verringerten. Innenpolitisch kam eine modellgerechte, rapide Deflationspolitik mit all ihren konjunkturellen Folgen, Arbeitslosigkeit etc. aus den genannten Gründen weder wirtschaftlich in Frage noch war sie politisch durchzusetzen, ganz gleichgültig, ob außerdem auch die Ablehnung und Sabotage des Versailler Vertrags oder das Bestreben, möglichst rasch wieder Großmacht zu werden, dahinterstanden. Hinzu kam der



richtige Eindruck, daß Deutschland mit Hilfe der Reparationen nachhaltig geschwächt werden sollte und es keineswegs nur um wirkliche Wiedergutmachung oder den Wiederaufbau der französischen Gebiete ging. Binnen- und außenwirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Zusammenhänge engten also den Handlungsspielraum der Reichsregierung in der Reparationspolitik entscheidend ein. Daß im übrigen auch rigorose Haushalts- und Deflationspolitik keine Reparationsgarantie darstellt, hat ja dann Brüning bewiesen, wenn auch unter veränderten Umständen. Schon Hermann Graml⁴¹ hat auf einen ähnlichen Zug zwischen Wirth und Brüning in dem Bestreben beider hingewiesen, sich der Reparationen möglichst weitgehend zu entledigen⁴², und daß Wirths Aureole als Erfüllungs- und Verständigungspolitiker in den vorliegenden Beiträgen Einbußen erleidet, ist nur zu begrüßen. Allerdings hat Wirth wohl kaum in dem Maße und so bewußt die Inflation als Mittel gegen die Reparationen vorangetrieben wie Brüning die Deflation.

Es scheinen also vielmehr der vielfältige Druck auf die Regierung und die häufig aufgetretenen Zwangslagen dahin gewirkt zu haben, daß die Reichsregierung unter den vielen mißlichen Alternativen den Weg des geringsten Widerstandes wählte, und das war die Geldvermehrung. Erleichterung und mehr politischen Spielraum erhofften sich die Verantwortlichen in dieser Lage vornehmlich über Außenhandel, Auslandskredite und Verringerung der Reparationslasten. Hier kann keine Erörterung im einzelnen erfolgen, sondern bloß auf gewisse Begleiterscheinungen der Reparationen verwiesen werden. Deshalb dazu nur noch so viel: Offenbar hat man bisher in Betrachtung der frühen 20er Jahre Äußerungen der Regierungspolitiker, etwa Rathenaus, über die Zahlungsbilanzdefizite als Quelle der Inflation doch etwas unterschätzt, wenn man sie lediglich als Rechtfertigung und Pression zur Senkung der Reparationen begriff. Das waren sie ohne Frage. Es steckte aber noch die Überlegung dahinter, daß ohne eine Beseitigung der zahlreichen Handelshemmnisse und ohne beträchtliche Steigerung der deutschen Ausfuhren Reparations- und Zahlungsbilanzprobleme unlösbar seien. Gegen eine Liberalisierung des internationalen Handels wehrten sich aber wichtige Länder, obwohl das Zurückbleiben des Handels hinter der Produktionssteigerung an sich schon ein ernstes weltwirtschaftliches Krisenzeichen jener Jahre war. Infolgedessen standen die Hauptreparationsgläubiger aus diesen und einer Reihe von anderen - Gründen vor der Frage, ob sie mit Gewalt gegen die Deutschen vorgehen sollten, notwendigerweise verbunden mit neuen, gewaltsamen Erhebungsmethoden; denn modellgerecht mit Deflation im Innern und überdimensionierten Exportüberschüssen klappte es ja wohl nicht. Man mußte entweder die Reparationen reduzieren oder zu Maßnahmen direkter Kontrolle und Ausbeutung der deutschen Wirtschaft schreiten. Das bedeutete praktisch in der allgemein schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage der Nachkriegszeit, daß die Reparationen innerhalb Deutschlands wie international krisenverschärfend, sozusagen prozyklisch wirkten.



⁴¹ VfZ 21 (1973), S. 139.

⁴² Es gab aber dazwischen Phasen, wo von ernsthafter Bereitschaft zu begrenzter, langfristiger Reparationszahlung gesprochen werden kann, was in den vorliegenden Beiträgen übersehen wird.

Gab es also Versäumnisse auf beiden Seiten, so lag der Anfang der Reparations-Schwierigkeiten doch in dem Unvermögen der Reichsregierung, die notwendige große Überschußbildung im Haushalt, Deflation, scharfe Besteuerung etc. durchzuführen. Dies ist aber nur ein Symptom, noch keine Erklärung, wie man vielfach meint. Überblickt man die in diesem Abschnitt erwähnten Zusammenhänge, so ist der ausschlaggebende Grund für die rasche Krise der Reparationen, was Deutschland im Innern anlangt, ein struktureller, er findet sich in der gesellschaftlichen Situation. In einer entfalteten Industrie-Gesellschaft mit politisch einflußreichen Interessen aller wichtigen Gruppen und ihrer Fähigkeit, diese Interessen zu artikulieren und zu organisieren, mit der wachsenden Forderung nach allgemeiner Wohlstandssteigerung und verbesserten Lebensbedingungen sowie der Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am politischen Leben ist es der Regierung nicht mehr ohne das Risiko innerer Instabilität und Unruhen möglich, weitgehende Entbehrungen zu erzwingen⁴³. Unabhängig davon, daß Teile der führenden Schichten diese Situation bedenkenlos zugunsten ihrer Interessen und einer traditionellen gesellschaftlichen Ordnung auszunutzen versuchten, war in diesem Punkt der Widerstand gegen die Reparationen allgemein - nicht, weil man sie für ungerecht hielt, oder höchstens in dem Sinne, daß es jeder für ungerecht hält, wenn man ihm seine Lebensumstände verschlechtern will. Deshalb scheint einer der wichtigsten Ansatzpunkte für Fortschritte in der Reparations-Forschung die Einbeziehung sozialgeschichtlicher Aspekte zu sein, und zwar des Wandlungsprozesses der sich fortentwickelnden Industrie-Gesellschaft und der Ansprüche breiter Schichten auf Wohlstand und Mitsprache. Die industrielle Entwicklung mit ihrer die internationale Verflechtung forcierenden Dynamik verbindet diesen Punkt mit einem weiteren: Es ist gleichermaßen unentbehrlich, die Geschichte der Reparationen unter allgemeinen außenpolitischen Gesichtspunkten intensiver zu untersuchen. Einige Überlegungen dazu im letzten Abschnitt.

IV. Reparationen, Außenwirtschaft und europäisches Staatensystem

Die Folgen von Reparationen für die internationalen Beziehungen sind kompliziert und noch gründlicher zu erforschen; hier kann es nur um einzelne Erscheinungen und Andeutungen gehen. Die wichtigste Tatsache ist, daß Reparationen nicht nur eine Angelegenheit zwischen Schuldnern und Gläubigern sind – wobei die Franzosen dies

⁴³ Einen treffenden Beleg dafür, wie genau man von Beginn an diesen Zusammenhang und die Vorrangigkeit des inneren wirtschaftlichen und sozialen Kompromisses erkannt hatte, bieten die Worte des Reichsministers Giesberts (Zentrum) in der Kabinettssitzung vom 21. 3. 1919: Er "fordert, daß durch die Leistung eines Schadenersatzes [= Reparation] an die Entente der Lebensstandard und die Erhaltung der sozialen Errungenschaften in Deutschland unter keinen Umständen irgendwie beeinträchtigt werden dürften. Die Lebenshaltung bei uns dürfte nicht herabgedrückt werden, da sonst die wirtschaftliche Existenz untergraben und dem Bolschewismus Tür und Tor geöffnet werde". (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Weltkrieg 30, Bd. 32–4080/D 924 225–71.)



noch weiter einengten, indem sie als Hauptgläubiger zeitweise danach trachteten, die Reparationen zur französisch-deutschen Angelegenheit zu machen, bei der die übrigen Partner nur noch Hilfestellung zu leisten hatten. Reparationen, besonders die umfangreichen, haben vielfältige wirtschaftliche und politische Auswirkungen auch auf die unbeteiligten Länder. Dies gilt schon bei normalem, "modellgerechtem" Verlauf: Weil die Wirklichkeit wesentlich mannigfaltiger ist als die - notwendige - theoretische Verkürzung auf das traditionelle Zwei-Länder-zwei-Güter-Modell, wird es so sein, daß die Empfänger mit den eingehenden Reparationszahlungen weder den ganzen Exportüberschuß des Schuldnerlandes aufnehmen können noch für alle von ihm angebotenen Güter Verwendung haben. Also müßten Drittländer vermehrt deutsche Waren aufnehmen und die Reparationsgläubiger dementsprechend einen Teil der Reparationssummen durch vermehrte Käufe in diesen Drittländern ausgeben, Das kann zu beträchtlichen Schwierigkeiten führen, denn 1) ist eine elastische und liberale Handelspolitik aller Beteiligten erforderlich, 2) müssen Angebot und Nachfrage über mehrere Stationen hinweg einander entsprechen, 3) liegt es meistens nahe, daß der verstärkte deutsche Export in die Drittländer dort zum Rückgang der Exporte aus den Gläubigerländern führt, es also zu einer Umgestaltung der Absatzwege kommt (und das birgt ja auch Risiken), 4) entsteht eine schwere Belastung dadurch, daß der Schuldner seine Importe verringert, und das trifft Gläubiger und Drittländer gleichermaßen (besonders im Falle Deutschlands, das mit seiner großen Bevölkerungszahl, hochentwickelten Wirtschaft und erheblichen Importfähigkeit einen der bedeutendsten Märkte im Welthandel bildete, was die Briten in ihrer Reparations- und Außenwirtschaftspolitik der Nachkriegsjahre wesentlich mit in Rechnung stellten).

Das heißt also, alle, nicht nur die direkt Beteiligten, sondern auch die indirekt Betroffenen, müssen mitspielen – eine kaum einlösbare Forderung insbesondere unter den Umständen der 20er Jahre, die mehr zur Einschränkung als zur – nötigen – Öffnung der Märkte beitrugen⁴⁴. Wegen der Dauer der Reparationen mußte man außerdem auf Jahrzehnte hinaus mitspielen, eine ganz ungewöhnliche Stabilität der Verhältnisse vorausgesetzt, denn weil die Reparationen prozyklisch wirkten (beschränkt verwendbares Beispiel: die Brüning-Ära), waren sie in Krisenzeiten besonders belastend. Könnte das alles trotzdem mehr oder weniger gut ablaufen, bleibt die große Frage: was wird aus dem Schuldnerland und seiner Außenwirtschaft eigentlich, sobald die Reparationen schließlich einmal beendet sind? Da als Vorbedingung der Reparations-Zahlung ein hoher und äußerst leistungsfähiger Stand der Produktion erforderlich ist, dazu ein niedriges Preis- und Lohnniveau etc., könnte durch modellgerechte Außeringung der Reparationen ein wirtschaftlicher Gigant entstehen (sicher nicht das, was Frankreich wollte, worauf aber die Deutschen 1919 u. a. spekulierten) und die Gefahr erheblicher Verschiebungen und Ungleichgewichte in der internatio-



⁴⁴ Das gibt übrigens im Zusammenhang mit dem seit Ende der 20er Jahre stärker vordringenden Protektionismus einen Hinweis auf einen indirekt wirkenden Anteil der Reparationen an der Weltwirtschaftskrise, indem sie nämlich den internationalen Handel durch Exportdruck und Importeinschränkung zusätzlich belasteten.

nalen Wirtschaft. Politisch betrachtet kann der jahrzehntelange Druck von Reparationen, auch wenn man den Gewöhnungseffekt nicht außer acht lassen darf, selbst bei gutem Willen des Schuldnerlandes zu schweren innen- und außenpolitischen Belastungen führen (vom nationalen Prestige abgesehen, sei nur an den ständigen Steuerdruck und Konsumverzicht erinnert), schon auf Grund der dauernden zwanghaften Umbiegung von natürlichem Interesse: Liegt der Sinn der Außenwirtschaft eigentlich darin, auf möglichst billigem Wege in den Genuß möglichst vieler Importe und Leistungen andrer Länder zu kommen, so wurde durch die Reparationen dieser Prozeß gewaltsam umgekehrt. Auf der rein politischen Ebene erforderten die Reparationen zudem, daß der Schuldner unter einem Sonderstatus blieb und die Gläubiger eine engere, notwendig einige Staatengemeinschaft bilden mußten mit all den daraus erwachsenden Schwierigkeiten und Belastungen des internationalen Systems - besonders, wenn die Einigkeit aus irgendwelchen außerhalb der Reparationsfrage liegenden Gründen einmal nicht mehr standhalten sollte; denn dann wurde der Schuldner außenpolitisch aufgewertet, und die Reparationen mußten sich als Zeitbombe für das internationale System auswirken.

Diese Probleme - und wahrscheinlich noch einige andere - stellen sich schon ein, wenn die Gläubiger mit der Reparationspolitik nichts weiter beabsichtigen, als Reparationen zu erhalten. Davon konnte aber nach 1919 keine Rede sein. Vor allem der Hauptgläubiger Frankreich verfolgte schon auf Grund des Verlaufs, den die Pariser Friedenskonferenz nahm, und zur Wahrung seiner Interessen mit den Reparationen noch weitgehende politische Ziele. Mochte dies auch noch so verständlich und geboten erscheinen, es machte die ohnehin schon verwickelte und folgenreiche Reparationsfrage brisanter, gefährlicher und schob sie ins Zentrum der künftigen Auseinandersetzungen. Für die Forschung bedeutet das ebenfalls eine kompliziertere Situation. Man muß infolgedessen sich stets bewußt sein, daß reparationspolitische Aktionen und Reaktionen keineswegs nur mit Reparationen zu tun haben und von daher sich interpretieren lassen, sondern Formen eines Machtkampfs darstellen und ohne Berücksichtigung auch der außenpolitischen Zusammenhänge nicht mehr präzise zu erfassen und zu beurteilen sind⁴⁵. Obgleich das den modellgerechten Voraussetzungen glatt widerspricht, sollten die Reparationen eine Waffe zur Schwächung Deutschlands werden und reihten sich ein in die umfassende Strategie der Franzosen in Kriegs- und Nachkriegszeit, ihre politische und wirtschaftliche Position in Europa zulasten Deutschlands zu stärken und langfristig abzusichern⁴⁶. Da aber ihre Politik nicht ganz einheitlich war, sie ebenso wie die Deutschen große Mühe mit den Kriegsfolgelasten hatten, ihre Kriegsschulden bezahlen mußten und ebensowenig eine harte Deflationsund Besteuerungspolitik betreiben wollten oder konnten, brauchten sie umfangreiche deutsche Reparationszahlungen.

So gerieten die Franzosen in den unlösbaren Widerspruch, aus machtpolitischen Gründen das deutsche Wirtschaftspotential nach Kräften einschränken zu wollen, aus

⁴⁶ Dazu die wichtigen Untersuchungen von Bariéty, McDougall und Soutou (s. Anm. 1).



⁴⁵ Das betont auch Trachtenberg, JMH 51 (1979), S. 25 f.

reparationspolitischen Gründen jedoch einen ungeschwächten, zu höchster Leistungsfähigkeit gebrachten deutschen Produktionsapparat zu benötigen⁴⁷; denn die Reparationen wirken nicht auf das BSP, sondern auf das Volkseinkommen, verringern nicht das Wirtschaftspotential, sondern zweigen nur einen Teil seines Ertrages für einen bestimmten Zeitraum ab, es sei denn, man beschränkt sich auf einmalige, im Grunde nicht so umfangreiche Beschlagnahmen, Lieferungen, Beteiligungen, direkte Wiederaufbauarbeit oder Demontagen und dergleichen. Das Problem verschärfte sich, weil Frankreich - machtpolitisch folgerichtig - gar nicht daran dachte, sich Deutschland gegenüber modellgerecht zu verhalten, also den eigenen Markt für deutsche Waren zu öffnen; ganz im Gegenteil, es begannen die Jahre der großen französischen Exportüberschüsse gegenüber Deutschland. Das wirkte sich für die Reparationen um so schlimmer aus, als allgemein die Märkte nach dem Ersten Weltkrieg beträchtlich schrumpften, nicht nur infolge der Sperrung der Sieger gegenüber den Besiegten (Stichwort Wirtschaftskrieg), sondern auch durch den Zusammenbruch Rußlands und der Habsburger Monarchie sowie die bekannten weltwirtschaftlichen Folgen des Krieges. Bei diesen gefährlichen Entwicklungen war es für das langfristige Interesse der Sieger wirklich riskant, nun auch noch durch weitgehende Schwächung den deutschen Markt einschneidend zu verringern.

Glaubte man in Frankreich zunächst, mit einer stärker in sich ruhenden Wirtschaft vom Außenhandel weniger abhängig zu sein als andere, so erwies sich das sehr bald als ambivalent. Die rasch einsetzende günstige Wirtschaftsentwicklung Frankreichs war ja nur zum Teil eine Wiederaufbaukonjunktur; die großen industriellen Wachstums- und Modernisierungsimpulse gingen offenbar vom Außenhandel aus⁴⁸. Das war neu, und auch auf diesem Gebiet hätten hohe Reparationszahlungen langfristig negativ gewirkt, Entwicklungsfortschritte zumindest verzögert, weil sie die Importe sehr erleichterten und eine entsprechende Steigerung der Exporte und der Exportindustrie überflüssig machten. Diese Überlegung läßt sich vielleicht verallgemeinern. Hohe Reparationen eines sehr leistungsfähigen Landes wie Deutschland hätten weltwirt-



⁴⁷ Dies wird in den vorliegenden Beiträgen auch betont.

⁴⁸ Knapper Überblick, auch über die wichtigste Literatur, bei Derek Aldcroft, Die zwanziger Jahre (= dtv Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 3), München 1978, S. 126ff.; Clemens Wurm, Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926, Frankfurt am Main/Bern/Las Vegas 1979, S. 224ff. Vgl. damit die verblüffende Feststellung McDougalls – ohne Beleg – ausgerechnet für das Jahr 1922: "By 1922 the unthinkable was occurring: Germany rebounding [...] while France has achieved neither financial stabilization nor economic recovery"; JMH 51 (1979), S. 13. Noch deutlicher der Tenor bei Marks – ebenfalls ohne Beleg oder irgendeinen Datenvergleich, abgesehen von einem Zitat Weinbergs –, daß Erster Weltkrieg, Friedensregelung und Reparationen bis zu ihrem Ende 1932 "effective enhancement of Germany's relative strength in Europe" bewirkt hätten, "reinforcing German economic superiority"; CEH 11 (1978), S. 254. Welche schädlichen Wirkungen eine deutsche Deflationspolitik nach dem Ersten Weltkrieg möglicherweise auf andere Länder gehabt haben könnte, läßt sich einem ganz neue Aspekte enthüllenden Referat Carl-Ludwig Holtfrerichs vom 29. 3. 1980 auf dem 33. Historikertag in Würzburg entnehmen: "Die Bedeutung der deutschen Inflation für die Überwindung der Weltwirtschaftskrise 1920/21".

schaftlich in einem Prozeß, der nach dem Ersten Weltkrieg einsetzte und durch Intensivierung, weitere Differenzierung und Ausbreitung der Industrialisierung große Umschichtungen in der Weltwirtschaft veranlaßte, insofern retardierend gewirkt, als die für Reparationen erforderlichen niedrigen Exportpreise und hohen Exportüberschüsse diesen Prozeß fortschreitender Industrialisierung durch zusätzlichen und erzwungenen Konkurrenzdruck gehemmt hätten. Ohnehin geschah dies z.T., weil die Industrieländer angesichts ihrer Absatzsorgen der Wandlungsvorgänge kaum anders Herr zu werden glaubten, als wenn sie die Industrialisierung der industriell unterentwickelten Länder aufhielten. Der Druck zum Export wurde durch die Reparationen ebenso gesteigert wie die Abwehr dagegen. Die machtpolitischen Erwägungen, die stark unterschiedlichen Interessen der einzelnen Länder, die großen strukturellen Veränderungen mußten die im Modellfall schon schwierigen internationalen Auswirkungen der Reparationen noch steigern.

Hinter all diesen Bestrebungen stand ein Problem, das seit Anfang des 19. Jahrhunderts akut war und bis heute noch nicht gelöst ist: die deutsche Frage. Heeren schrieb zur Eröffnung des Deutschen Bundes 1816:

"Der Deutsche Bund steht nur insofern in Übereinstimmung mit dem Wesen des allgemeinen Staatensystems von Europa, als er die Freiheit desselben aufrecht erhalten hilft. Der Deutsche Bund macht geographisch den Mittelpunkt dieses Systems aus. Er berührt, ganz oder beinahe, die Hauptstaaten des Westens und Ostens; und nicht leicht kann auf der einen oder der anderen Seite unsers Welttheils sich etwas ereignen, was ihm gleichgültig bleiben könnte. Aber in Wahrheit, auch den fremden Mächten kann es nicht gleichgültig seyn, wie der Centralstaat von Europa geformt ist! Wäre dieser Staat eine große Monarchie mit strenger politischer Einheit; ausgerüstet mit allen den materiellen Staatskräften, die Deutschland besitzt – welcher sichere Ruhestand wäre für sie möglich? […] Ja! würde ein solcher Staat lange der Versuchung widerstehen können, die Vorherrschaft in Europa sich zuzueignen, wozu seine Lage und seine Macht ihn zu berechtigen schienen?"⁴⁹

Diese europäische Verantwortung und Auffassung vom locker organisierten europäischen Friedensstaat in Mitteleuropa ist im Verlauf der folgenden Jahrzehnte allmählich verlorengegangen und damit eine große Tradition deutscher Geschichte aus dem alten Reich. Im Jahre 1871 wurde jener Machtstaat, den Heeren fürchtete, geschaffen, und 1918/19 stand vor allem Frankreich vor der Entscheidung, ob nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs diese Entwicklung sich wieder korrigieren lasse, die französische Position in Anbetracht des übermächtigen Nachbarn nun mit einer gewaltigen Anstrengung verbessert und gesichert werden sollte. Dazu waren nicht nur politische, militärische und möglicherweise territoriale Veränderungen, sondern auch grundsätzliche Verschiebungen im wirtschaftlichen Potential zu Frankreichs Gunsten nötig.

⁴⁹ Arnold Herrmann Ludwig Heeren, "Der Deutsche Bund in seinen Verhältnissen zu dem Europäischen Staatensystem; bei Eröffnung des Bundestages dargestellt", in: Historische Werke, Bd. 2, Göttingen 1821, S. 430f.



Dies war eine tiefgreifende und deshalb gewagte Sache, das französische Bestreben verständlich, auch wenn das Ergebnis der Maßnahmen, wären sie durchgedrungen und geglückt, eine französische Vorherrschaft auf dem Kontinent⁵⁰ begründet hätte. Ungemein günstige Voraussetzungen wären erforderlich gewesen. Aber die Alliierten lehnten auf der Friedenskonferenz die französischen Pläne ab, Doch die Entscheidung war im Grunde schon vorher gefallen, und hätte man selbst in den Friedensbedingungen die Frage in Frankreichs Sinn geregelt - von der Abtrennung des Rheinlands bis zur wirtschaftlichen und militärischen Kontrolle Deutschlands -, so hätte das womöglich schlimme Folgen gehabt, wenigstens die Zukunft schwer belastet mit dem Risiko dauernder Unruhe und Instabilität in Europa. Nein, ein solches Programm der Verkleinerung, Schwächung und Kontrolle Deutschlands hätte im Friedensvertrag allenfalls eine Chance gehabt, wenn man sich im Moment des entscheidenden Sieges entschlossen hätte, mit aller Energie die völlige Niederwerfung - auch wirtschaftlich und Besetzung Deutschlands zu erzwingen. Dann stand Deutschland zur Disposition; allenfalls dann hätte man eine Chance gehabt, so tiefgreifende Änderungen bis hin zur Teilung durchzuführen, denn moderne Großmachtstrukturen sind kaum umzubringen und von andrer Art als die Großmächte der frühen Neuzeit, die sich in ihrer Macht leichter beschneiden ließen⁵¹. So erklärlich dies auch ist, in Paris vermochte man 1919 weder die "deutsche Frage" zu lösen noch - in engem Zusammenhang damit - das europäische Staatensystem neu zu begründen. Und das wäre viel wichtiger als jedes neue globale System gewesen, das sonst Stückwerk blieb.

Was also nicht im ersten Zugriff gelang und im Friedensvertrag festgelegt wurde, hatte kaum noch eine Chance zur Verwirklichung, sie war mit der Unterschrift unter den Versailler Vertrag vergangen. Danach hätte man noch einmal neu ansetzen, gleichsam einen weiteren Krieg führen müssen, um die erhalten gebliebene Struktur der deutschen Großmacht doch noch zu zerbrechen. Alles was sonst nachher kam an Zwangsmaßnahmen und französischen Versuchen, doch noch etwas zu ändern, waren gefährliche Halbheiten (eine Reihe von Friedensvertragsbestimmungen eingeschlossen). Und unter diesen nahmen die Reparationen in Verbindung mit der Rhein-Ruhr-Politik den führenden Rang ein. Teils wollte man wirkliche aktuelle wirtschaftliche Vorteile in Form deutscher Reparationsleistungen erhalten, teils doch im nachhinein Deutschland und sein Wirtschaftspotential weitgehend schwächen. Deutschland hingegen, nachdem es trotz aller akuten Schwächen potentiell und strukturell Großmacht geblieben war, konnte kaum anders, selbst wenn die Deutschen gewollt hätten - doch nichts lag ihnen ferner -, als eiligst danach zu streben, seinen potentiellen und strukturellen Status auch wieder zu realisieren. Vorübergehend aber war die Aussicht auf wirtschaftliche Stärke und die Wiederentfaltung deutscher Wirtschafts-



⁵⁰ Ähnlich Wurm, S. 25 f. McDougall hat in seinem Buch (s. Anm. 1) das entscheidende Problem des Machtausgleichs in Europa, die alte Kernfrage des europäischen Staatensystems, dankenswerterweise wieder nachdrücklich betont, glaubt allerdings nicht an eine französische Hegemonie.

⁵¹ Dies hat auf dem 33. Historikertag in Würzburg Klaus Zernack in seinem Vortrag "Schweden als europäische Großmacht der frühen Neuzeit" (28. 3. 1980) demonstriert.

kraft die einzig verbliebene Hoffnung, der einzige Trumpf (von der innenpolitischen Bedeutung florierender Wirtschaft einmal abgesehen). Und als die französischen Bestrebungen gerade sie entscheidend treffen wollten, da fühlte man sich wirklich bedroht und verteidigte dieses Potential mit Klauen und Zähnen.

Einige Jahre nach dem Krieg, als die übrigen Länder sich schon auf die Normalisierung der Verhältnisse einstellten, führten die Franzosen in Verkennung der Tatsache, daß die Reparationen ein wenig geeignetes Mittel waren⁵², eine Reparationspolitik mit stark machtpolitischer Komponente, als ob dies eine bilaterale französisch-deutsche Angelegenheit sei, international nur insofern, als die anderen ihren Segen dazu geben sollten. Aber mochte dieses Verhalten auch noch so verständlich, ja von dem bedrohlichen Wiederaufstieg Deutschlands her gerechtfertigt sein, sie konnten doch nicht ohne die angelsächsischen Mächte vorgehen, die den destruktiven Tendenzen der Reparationen, vermischt mit Machtpolitik, viel stärker Rechnung trugen und an einer weitgehenden Schwächung Deutschlands und beherrschenden Position Frankreichs auf diesem Wege nicht interessiert waren. Hier kam schließlich die bittere Wahrheit durch, daß eben nicht Frankreich allein Deutschland besiegt hatte, sondern eine Koalition, und Frankreich allein nicht in der Lage war, sich nun zum Verteidiger und Vollstrecker eines vergangenen gemeinsamen Sieges aufzuschwingen. Auf der anderen Seite hatten sich die Franzosen derart auf die Schwächung Deutschlands versteift, daß man es - auch mit Rücksicht auf die mühsam zustande gebrachten Friedensbedingungen - versäumte, herauszuholen, was 1919 im Tiefstand der deutschen Macht mit deutschem Einverständnis und unter Ausnutzung deutscher Angebote, etwa in den Gegenvorschlägen zu den Friedensbedingungen, herauszuholen war⁵³, besonders für die Reparationen. Auch hier galt: was man nicht sofort durch die Gunst der Stunde erreichte, dem mußte man später immer mühsamer und vergeblich hinterherlaufen.

Unter den deutschen Überlegungen zu Reparationen und wirtschaftlichem Wiederaufbau gab es einige, die bemerkenswert modern und sinnvoll waren, auch wenn sie natürlich im deutschen Interesse lagen. Sie beruhten – intern keineswegs unumstritten – auf dem Prinzip der gemeinsamen Anstrengung von Siegern und Besiegten zur Überwindung der Kriegsschäden und Nachkriegsnöte, mit Ansätzen für eine Art Weltbank im Rahmen des Völkerbunds, einem internationalen Kreditsystem zur Erleichterung der Lieferung von dringend benötigten Waren und Rohstoffen, Währungsausgleich und -stabilisierung, Wiederaufbauleistungen, freier Zugänglichkeit der Märkte und liberaler Handelspolitik. Es sei hier nicht die Rede von dem, was damals konkret dagegen sprach; es geht mehr um die Beurteilung dieses Weges im Vergleich mit den Reparationen. Geht man von der zunehmenden Verflechtung der modernen

⁵³ Etwa eine Beteiligung an der deutschen Industrie oder günstige Regelungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.



⁵² Es sei denn, man faßte sie ausschließlich als vordergründiges Mittel auf, Anlaß und Rechtfertigung für gewaltsames Vorgehen zu bieten. Und selbst dann bliebe es für Frankreich problematisch, weil die Reparationen eine internationale Angelegenheit waren, von Belang für viele Länder, die hierbei mitsprechen wollten.

entwickelten Volkswirtschaften aus, stellt sich die Frage, ob Reparationen, global angewandt, nicht in wachsendem Maße überholt sind (spezifische, klar kalkulierte Leistungen, Abtretungen, Lieferungen können sehr wohl von großem Nutzen für den Empfänger sein, sofern sie etwa gezielt Defizite beseitigen oder Wachstums- und Entwicklungschancen eröffnen). Das gilt besonders, wenn die Absicht der Schwächung des ehemaligen Gegners hinter den Reparationen steht. Man vergrößert den unermeßlichen Schaden des Krieges nur, wenn man hinterher aus Rivalitätsgründen durch wirtschaftliche Schwächung des Besiegten oder den beengenden Zwangscharakter jahrzehntelanger Reparationen noch mehr Schaden anrichtet⁵⁴.

Internationale Zusammenarbeit war damals wohl psychologisch und politisch verständlicherweise - schwer möglich; trotzdem scheint sie, auch vom wirtschaftlichen Gesamtnutzen her betrachtet, sicher der ergiebigere und der im Vergleich mit der jahrzehntelangen Ausbeutung einer Nation weniger riskante Weg zu sein. Dabei mußte man natürlich konsequent auf die Schwächung Deutschlands verzichten. Deutschland konnte in diesem Rahmen nachdrücklich zu größeren Beiträgen, allgemeinen wirtschaftlichen Zugeständnissen und Anstrengungen, auch zu spezifischen, klar umrissenen, kurzfristig zu leistenden Reparationen, herangezogen werden. In solcher Zusammenarbeit hätte auch eine stärkere Bindung an die westlichen Siegermächte gelegen, in der Verflechtung auch eine größere Abhängigkeit und indirekte Kontrolle. In diesem Rahmen wäre der befriedende Einfluß der Vereinigten Staaten viel effektvoller zur Wirkung gekommen, als wenn man (darin lag schon die Schwäche der französischen Pläne einer westlichen Blockbildung während des Krieges) Deutschland isoliert, auf sich selbst zurückgeworfen und damit in der seit Ende des 19. Jahrhunderts unentwegt andauernden inneren Auseinandersetzung jene Kräfte gestärkt hätte, die seit jeher zu einer schroffen Trennung von allem "Westlichen" neigten, den modernen "einseitigen" Industriestaat ebenso ablehnten wie eine liberale Wirtschaft und Verfassung, wie weltwirtschaftliche, internationale Verflechtungen und Bindungen, jene Kräfte, die sich statt dessen mit den eigenen rücksichtslosen und machtgierigen, an der deutschen Beherrschung eines unabhängigen Großraums⁵⁵ orientierten Bestrebungen zum Siege durchringen wollten. Die Verflechtung Deutschlands in die westliche, vor allem westeuropäische Welt wäre schließlich auch der bessere europäische Ansatz gewesen als der, den McDougall mit einem in die Zwangsjacke gesteckten Deutschland vorführt.



⁵⁴ In einem Gespräch mit dem Staatssekretär v. Schubert am 12. 4. 1927 über die Folgen von Reparationen und interalliierten Schulden faßte der britische Botschafter Lindsay seine Auffassung mit einem Zitat zusammen: "Bismarck habe übrigens einmal gesagt, wenn er noch einmal einen Krieg gewänne, würde er den Besiegten eine Entschädigung zahlen." Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie B: 1925–1933, Bd. V. Göttingen 1972, S. 171.

⁵⁵ Dazu Peter Krüger, "Zu Hitlers "nationalsozialistischen Wirtschaftserkenntnissen"", in: Geschichte und Gesellschaft 6 (1980), S. 263–82.

BERND MARTIN

ZUR TAUGLICHKEIT EINES ÜBERGREIFENDEN FASCHISMUS-BEGRIFFS

Ein Vergleich zwischen Japan, Italien und Deutschland

In Dankbarkeit für Peter Scheibert zum 65. Geburtstag

Die folgenden vergleichenden Betrachtungen zum Problem des "Faschismus" in Japan, Italien und Deutschland verstehen sich als ein empirischer Beitrag zur historischen Erforschung politisch-ideologischer Strömungen und Herrschaftssysteme in den seit 1936/37 (Antikominternpakt) miteinander verbundenen und seit September 1940 (Dreimächtepakt) militärisch verbündeten Staaten des "weltpolitischen Dreiecks". Die Anregung, einen solchen Vergleich zu versuchen, gab ein im Juli 1978 an der Freiburger Universität abgehaltener Internationaler Sommerkurs zu dem Thema: "Das NS-Herrschaftssystem im Vergleich mit anderen totalitär-faschistischen Systemen seiner Zeit". Den Nationalsozialismus in vergleichender Perspektive nicht mit deutschen Zuhörern, sondern mit Studenten und Lehrern aus nahezu allen Ländern Westeuropas, Nordamerikas und Ostasiens zu untersuchen, birgt für den in der deutschen Geschichte und in der nationalen Faschismusdiskussion befangenen Seminarleiter manche Überraschung und gibt ihm Anstöße zum Nachdenken. Seltsamerweise wird zum einen der Faschismus in seiner Bewegungsphase als ein epochales Phänomen der Zwischenkriegszeit faßbarer, insbesondere hinsichtlich der sozialen und politischen Voraussetzungen und der antimodernistischen, demokratiefeindlichen Ideologie; andererseits erscheint die Form des deutschen Nationalsozialismus mit seiner inflexiblen, rassendogmatischen Weltanschauung und den - nach der Machtübernahme Hitlers - in ihrem Namen ermordeten Millionen Menschen um so unverständlicher. Der nationalsozialistische Antisemitismus und seine "Endlösung", der arische Rassenwahn und das antibolschewistische, ebenfalls rassistisch fundierte Ausrottungskonzept für die slawischen Ostvölker sind Nicht-Deutschen kaum als die entscheidenden Punkte in Hitlers – noch dazu praktiziertem – Programm zu vermitteln. Die nationalsozialistische, in ihren sozialdarwinistischen Rassenvorstellungen konsequent geschlossene Ideologie bleibt ihnen fremd und läßt die Deutschen in ihren Augen nach wie vor unheimlich erscheinen. Um so zwingender bedarf es daher der nationalgeschichtlichen Einbettung und Erklärung des jeweiligen "Faschismus", um die Unterschiede in der konkreten Herrschaftspraxis zu erfassen. Vergleiche, die den



Faschismus allein als Theorie, etwa in den Bewegungsphasen, umfassen, sind Spiegelfechterei ohne Bezug zur historischen Wirklichkeit. Ohne den heuristischen Wert theoretischer Erklärungsmodelle für den Faschismus zu bestreiten und ohne die ihnen implizite Herausforderung an den Historiker, doch über faktizistische Bestandsaufnahmen hinauszugelangen, zu negieren, soll mit den folgenden Bemerkungen nicht eine neue Erklärungsvariante geboten oder gar eine Auseinandersetzung mit den "Klassikern" der Faschismusdiskussion versucht werden. Vielmehr wird hier lediglich erstmals ein Dreier-Vergleich gewagt, um Anregungen für eine globalere Interpretation der Faschismen vor ihrer eigenen Geschichte zu vermitteln. Fußnoten und Belege können dabei knapp gehalten werden; sie beziehen sich im wesentlichen auf die weniger bekannte japanische und italienische Entwicklung.

"Faschismus" als Feindbild

Frappierende äußere Parallelen in der sozialen und politischen Geschichte Deutschlands, Italiens und Japans, die sich unter die Schlagworte "verspätete Modernisierung" und "fehlende bürgerliche Emanzipation" fassen lassen, legen es nahe, die Herrschaftssysteme dieser Länder in den dreißiger Jahren unterschiedslos als "faschistisch" auszuweisen. Diese Gleichsetzung okzidentaler Staats- und Gemeinschaftswesen mit einem ostasiatischen erfolgte – und erfolgt auch heute – weniger auf Grund zuverlässiger empirischer Untersuchungen zur Geschichte der Länder, sondern stammt als plakative Feindparole aus der internationalen Politik der Vorkriegszeit und ihren innenpolitischen Prämissen in den westlichen Demokratien und der Sowjetunion. Die ideologischen Fronten - die revisionistischen Usurpatoren Deutschland, Italien und Japan als "faschistische" Störenfriede auf der einen Seite und die um den status quo der Nachkriegsordnung bemühten Westmächte und die Sowietunion auf der anderen Seite - hatten sich längst herausgebildet, bevor die drei Außenseiter 1936 bzw. 1937 im Antikominternpakt, der gleichermaßen gegen den Kommunismus wie gegen die westliche Suprematie gerichtet war, politisch zueinander fanden. Die letztlich propagandistische Charakterisierung der drei Länder hat allerdings bei ihnen die Fiktion ideologischer Wahlverwandtschaften gefördert, den Prozeß des politischen Zusammengehens beschleunigt und vor allem in Japan zur Adaption europäischer faschistischer Phänomene geführt.

Der schließlich im Zweiten Weltkrieg gegen die Aggressornationen erhobene Vorwurf einer Weltverschwörung der "Habe-Nichtse" und nicht zuletzt der nahezu grenzenlos scheinende Eroberungswahn der drei seit 1940 verbündeten Staaten sowie eine bis dahin unbekannte brutale Art und Weise ihres Vorgehens bestätigten das Klischee von "faschistischen" Feinden. Was in der Kriegspropaganda der alliierten Koalition als Notwendigkeit erschien, nämlich die Gleichsetzung der Gegner, das wurde zwar in der konkreten Kriegspolitik, z. B. in den für die drei Länder unterschiedlichen Kapitulationsbedingungen, nicht eingehalten, gelangte aber als ehemals ideologisch einigendes Band vom "antifaschistischen Kampf" in die Nachkriegszeit. In der politisch-



Jahrgang 29 (1981), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981 1.pdf

gesellschaftlichen Umstrukturierung Deutschlands und Japans unter Anleitung der jeweiligen Sieger wurde eine ehedem verbindende Kriegsparole auf die innenpolitische Situation übertragen und weitgehend als Kriterium politischer Säuberungen benutzt. Die kommunistische und bereits vor dem Zweiten Weltkrieg in den innenpolitischen Auseinandersetzungen mit dem "Klassenfeind", den benachbarten Arbeiterorganisationen, formulierte Sicht des "Faschismus" als einer reaktionären Herrschaft des Monopolkapitals war wohl in der Zeit des Bündnisses mit den kapitalistischen Westmächten von sowjetischer Seite zurückgestellt worden, brach jedoch infolge des Kalten Krieges wieder als offizielle Lehrmeinung im Herrschaftsbereich der Sowjetunion durch. Aus dem Sieg über den "Faschismus" leitete die sowjetische Macht das Recht ab, entsprechend ihrem eigenen ideologischen Verständnis des "Faschismus" eine politisch und gesellschaftlich radikale Umgestaltung vorzunehmen. Obwohl die Sowietunion, trotz ihrem offiziellen Status als Siegernation auch über Japan, die von ihr als Besatzungsgebiet geforderte nördliche Insel Hokkaido nicht erhielt und folglich auf japanischem Staatsgebiet nicht über direkte Einflußmöglichkeiten verfügte, gewann die kommunistische Interpretation des Faschismus nach der Wiederzulassung der kommunistischen Partei auch in Japan an Boden. Von kommunistischen Kadern und marxistischen Intellektuellen rezipiert, wurde sie, ähnlich wie zeitlich später in der Bundesrepublik, zu einer politischen Kampfparole, welche den heuristisch-erkenntnistheoretischen Wert des marxistischen Ansatzes vernebelte und eine vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit der jeweiligen "faschistischen" Vergangenheit über Gebühr erschwerte.

Definitionsversuche des Phänomens "Faschismus" und historisch-sozialwissenschaftliche Darstellungen der jeweiligen Geschichte einer "faschistischen" Bewegung lassen daher häufiger sichere Rückschlüsse sowohl auf den politischen Standort des Verfassers und seine Nationalität wie auch auf seinen methodisch-wissenschaftlichen Ansatz und den Zeitpunkt der Niederschrift zu, als daß solide Ergebnisse vorgelegt würden. Noch die fundiertesten Forschungen über den Nationalsozialismus sind in dem Rechtsnachfolgestaat des "Dritten Reiches", der Bundesrepublik, geleistet worden¹. Doch zeugt die in beiden deutschen Staaten nicht enden wollende Debatte über das Wesen eines globalen Faschismus - in Wirklichkeit eine rein deutsche Auseinandersetzung über die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands - von einem andauernden politischen Kampf zur Gestaltung der Gegenwart unter Zuhilfenahme einer negativ besetzten Vergangenheit. Begriffen sich die "faschistischen" Bewegungen und die drei "faschistischen" Regime der Vorkriegszeit erst im Spiegel ihrer Gegner, so wird in der heutigen theoretischen Debatte dieser Spiegel politischen Widersachern oder wissenschaftlichen Konkurrenten wieder vorgehalten und verzerrt die Bilder einer vergangenen historischen Epoche. Wohl haben einige solide deutsche

¹ Dies anerkennen der italienische Faschismus-Historiker Renzo De Felice, Der Faschismus. Ein Interview von Michael A. Ledeen. Mit einem Nachwort von Jens Petersen, Stuttgart 1977, S. 26, und der japanische Sozialwissenschaftler von der Todai (der ehem. Kaiserlichen Universität in Tokio) Takeshi Ishida, Elements of Tradition and Renovation in Japan during the "Era of Fascism", in: Annals of the Institute of Social Science, Tokyo University 17 (1976), S. 111–140.



Forschungsarbeiten zur politischen wie zur sozialen Geschichte des "Dritten Reiches" internationale Maßstäbe gesetzt und auch in Italien und Japan weiterführende Wege gewiesen. Doch die erstarrte und wissenschaftlich unfruchtbare Polarisierung zwischen "Faschisten" und "Antifaschisten", die in Italien letztlich den Riß im politischen Nachkriegsgefüge reflektiert2, oder die zwischen Apologeten des Kaiserlichen Systems und Kritikern meist pseudomarxistischer Provenienz, die wiederum in Japan den tiefen Graben innerhalb der Intellektuellen kennzeichnet³, ist in beiden ehemals mit Deutschland verbündeten Ländern bislang kaum ansatzweise aufgebrochen worden. Die vergleichende Historiographie der drei "Faschismen" leidet zusätzlich unter Unkenntnis von meist zwei Landesgeschichten und unter selten belegbaren Analogien. Das vielfach abgewandelte und häufig zitierte Postulat "Faschismus definieren, heißt zuallererst die Geschichte des Faschismus schreiben"⁴, trifft aber erst recht für vergleichende Untersuchungen zu. Grundlegende Voraussetzung für eine allgemeine Typologie der drei "faschistischen" Herrschaftssysteme stellt eine umfassende politische Geschichte der sogenannten "Hitler-Koalition" bzw. der "Achsenmächte" dar⁵, welche die bislang in der Forschung dominierenden bilateralen Perspektiven zugunsten einer Gesamtdarstellung des ungleichgewichtigen Bündnisses überwinden müßte. Doch fehlt ein solches Werk über die nationalen und internationalen Voraussetzungen des in allen drei Staaten etwa gleichzeitig und weitgehend unabhängig voneinander um 1934/35 entstandenen Bedürfnisses nach engerer politisch-militärischer Zusammenarbeit, über die dann folgenden fünf Jahre des gegenseitigen Abtastens, der gegenseitigen Rezeption von Ideologien, gesellschaftlichen Normen und Geschichtsinterpretationen - unzählige zeitgenössische Schriften in allen drei Staaten entdeckten solche propagandistisch noch verklärten Gemeinsamkeiten⁶ – und nicht zuletzt über die Zeit



² So De Felice im Interview mit Ledeen (s. Anm. 1) und vor allem das von Jens Petersen verfaßte Nachwort zu dem Interview: "Zum Stand der Faschismusdiskussion in Italien".

³ Karl F. Zahl, Die politische Elite Japans nach dem 2. Weltkrieg (1945–1965), Wiesbaden 1973, insbes. das Kapitel: "Die Intellektuellen in der japanischen Nachkriegspolitik" (S. 162–180). Allgemein zur japanischen Nachkriegsentwicklung im Vergleich zu Deutschland das von Arnulf Baring und Masamori Sase herausgegebene Sammelwerk: Zwei zaghafte Riesen? Deutschland und Japan seit 1945, Stuttgart 1978.

⁴ So das Urteil über die unterschiedlichen Interpretationen des Faschismus in dem nach wie vor "klassischen" Werk zur Entstehungsgeschichte und Machtübernahme des italienischen Faschismus von Angelo Tasca, Glauben, gehorchen, kämpfen. Aufstieg des Faschismus, Wien 1969 (ital. Erstausgabe Florenz 1950), S. 374.

⁵ Vgl. Andreas Hillgruber, Die "Hitler-Koalition". Eine Skizze zur Geschichte und Struktur des "weltpolitischen Dreiecks" Berlin-Rom-Tokio 1933–1945, in: Vom Staat des Ancien Regime zum modernen Parteienstaat. Festschrift für Theodor Schieder, hrsg. von Helmut Berding u. a., München 1978, S. 467–483.

⁶ Die im Zusammenhang mit dem Abschluß des deutsch-italienischen Militärbündnisses – dem "Stahlpakt" als Ersatz für das an Japan gescheiterte Dreierbündnis – begründete Zeitschrift "Berlin – Rom – Tokio. Monatsschrift für die Vertiefung der kulturellen Beziehungen der Völker des weltpolitischen Dreiecks" sollte die gebildeten Schichten ansprechen. Die Zeitschrift erschien unter der Schirmherrschaft des deutschen Außenministers Ribbentrop. In den zweisprachigen Beiträgen sollten insbesondere die kulturellen Gemeinsamkeiten betont und von dieser Grundlage her die

der gemeinsamen Kriegführung der drei Achsenmächte im Bunde mit ihren europäischen und asiatischen Satelliten. Ob und wieweit es aber zu einer gegenseitigen ideologischen Durchdringung und in ihrer Folge zu einer gemeinsamen Ausrichtung der Politik tatsächlich kam, ob es sich dabei um das zeitbedingte Herausbilden eines gemeinsamen ideologischen Überbaus handelte oder ob vorgegebene gesellschaftspolitische Strukturen auf eine ideologische und politische Angleichung der Staaten des "weltpolitischen Dreiecks" hinwirkten – diese nur durch eine Gesamtschau zu klärenden Fragen sind bislang lediglich für das deutsch-japanische Verhältnis⁷ und für das italienisch-deutsche Wechselverhältnis⁸ ansatzweise aufgegriffen worden.

Das Bündnis der Achsenmächte als opportunistisches Machtstreben verblendeter Hasardeure zu charakterisieren, ginge ebenso an der geschichtlichen Wirklichkeit vorbei wie die Vorstellung von einem monolithischen faschistischen Block. Dem Zusammenfinden der drei Staaten lag zugrunde, daß ihre politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen einen gemeinsamen Nenner aufwiesen, retrospektiv als präfaschistisch zu bezeichnen, und daß es deshalb innerhalb eines kurzen Zeitraums in jedem der drei Länder zu einer in den Grundzügen vergleichbaren politisch-gesellschaftlichen Umgestaltung kam. Doch trotz vergleichbarer Umstände bei Entstehung und Machtübernahme der drei "faschistischen" Bewegungen scheint es gerade ein Wesensmerkmal der jeweiligen Herrschaftssysteme gewesen zu sein, ihre Einmaligkeit

⁸ Jens Petersen, Hitler – Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin-Rom 1933–1936, Tübingen 1973. Ferner die überaus informativen Aufsätze von Jens Petersen, Die Außenpolitik des faschistischen Italien als historiographisches Problem, in: VfZ 22 (1974), S. 417–457; ders.: Gesellschaftssystem, Ideologie und Interesse in der Außenpolitik des faschistischen Italiens, in: Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken 54 (1974), S. 428–470. Beachtenswert auch das vergleichend angelegte Sammelwerk, hrsg. von Wolfgang Schieder, Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Hamburg 1976. Ders., Fascismo e Nazionalsocialismo. Profilo d'uno studio strutturale comparativo, in: Nuova Rivista Storica 54 (1970), S. 114–124.



weltweite Mission der drei verbündeten Staaten begründet werden. Vgl. das Geleitwort in der ersten Nummer (15. Mai 1939) "Die Sendung der jungen Völker". In ihm, vermutlich von Ribbentrop verfaßt, heißt es u. a.: "Unter der Führung genialer Männer und – in Japan – in der Rückbesinnung auf die Traditionen des Kaisertums erringen sie sich schließlich eine innere Ordnung, die ihnen weltgeschichtliche Mission zuweist. Diese Ordnung tritt an die Stelle der Trennung einer überlebten, durch Individualismus, Demokratie und Bolschewismus korrumpierten Welt in Bevorrechtete und Benachteiligte und ermöglicht eine neue, von friedlichem Ausgleich und gerechten Lebensbedingungen bestimmte Form des Zusammenlebens nicht nur im eigenen Raum, sondern auch unter den Völkern." Auch die in akademischen Kreisen Deutschlands verbreitete "Zeitschrift für Geopolitik", hrsg. von Karl Haushofer, hatte schon vor 1933 die Verbindung mit Japan im Rahmen eines raumübergreifenden eurasischen Blocks, mit erzwungenem oder freiwilligem Einschluß der Sowjetunion, propagiert und deutsch-japanische Gemeinsamkeiten, insbesondere den kämpferischen Geist, betont. Diese Selbstzeugnisse eines sich universal verstehenden "Faschismus" und seiner Mitläufer sind bislang von der Forschung kaum rezipiert worden.

⁷ Bernd Martin, Faschistisch-militaristische Großmachtpolitik, in: Baring/Sase (Anm. 3), S. 93–126. Ders., Japan – Zur Rezeption und wechselseitigen Beeinflussung von Herrschaftspraktiken und Weltmachtbestrebungen, in: Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung. Determinanten internationaler Beziehungen in historischen Fallstudien, hrsg. von Erhard Forndran, Frank Golczewski und Dieter Riesenberger, Opladen 1977, S. 87–109.

in Genese und Programm zu postulieren und jegliche Subsumierung des eigenen Systems unter einen Gattungsbegriff zu vermeiden. Die italienischen Faschisten mochten die deutschen und japanischen Nachzügler immerhin als Imitatoren sehen und sie nicht zuletzt aus dem Gefühl der internationalen Schwäche Italiens gern als wesensverwandte faschistische Völker plakatieren⁹. Doch die Führer des "Dritten Reiches", insbesondere Hitler, verwahrten sich gegen jede ideologische Bevormundung und sprachen stets vom Nationalsozialismus¹⁰. Auch die japanische Regierung lehnte in offiziellen Stellungnahmen jede Vergleichbarkeit des Kaiserlichen Systems mit Faschismus oder Nationalsozialismus grundsätzlich ab¹¹.

In der heutigen Forschung besteht weitgehend Konsens darüber, daß lediglich für die PNF (Partito Nazionale Fascista) und die NSDAP Bewegungs- und Regimephasen zu unterscheiden sind und daß folglich nur diese beiden als die einzigen voll ausgereiften Faschismen verglichen werden können¹². Doch dies widerspricht zumindest dem ideologischen Selbstverständnis der nationalsozialistischen Führung. Wesensmerkmale beider Systeme bzw. die Bedingungen ihrer Machtentfaltung lassen sich als



⁹ Zur Idee eines "fascismo universale", der indes den nationalsozialistischen Rassismus für eine keltisch-heidnische Kuriosität hielt und daher kompromißlos ablehnte, siehe Michael Ledeen, Universal Fascism. The Theory and Practice of the Fascist International 1928–1936, New York 1972. Ab 1936, mit Entstehung der "Achse", wurde dieser Führungsanspruch Roms aus realpolitischen Erwägungen allmählich aufgegeben und wechselte machtpolitisch nach Berlin.

¹⁰ Die Interpretation von Ernst Nolte (Hrsg., Theorien über den Faschismus, Köln 1967, S. 58 f.) von der Wesensverwandtschaft des italienischen Faschismus und deutschen Nationalsozialismus, die mit einem - vermutlich nicht selbstverfaßten - Vorwort Hitlers zu einer italienischen faschistischen Propagandaschrift belegt wird, überzeugt nicht. Nolte übersieht die politisch-propagandistische Funktion eines solchen 1935 verfaßten Geleitwortes, als die Nationalsozialisten um die Gunst Mussolinis warben. Auch deutet eine im gleichen Sammelwerk (S. 314-319) abgedruckte Eulogie auf den italienischen Faschismus, die Goebbels 1934 verfaßte, darauf hin, daß die nationalsozialistische Propaganda die Bewegung des Duce als eigenständig und einmalig ansah. Schon der eigene Führungsanspruch schloß jede Form von Unterordnung aus. Der zweifellos vorhandene Vorbildund Prägcharakter des italienischen Faschismus erstreckte sich auf die äußeren Rituale und auf Machtstrukturen, von der Ideologie her erschöpften sich die Gemeinsamkeiten in der Frontstellung gegen alles Demokratische. Wie sich in der Achsen- und späteren Dreier-Allianz zeigen sollte, war keine Partnerschaft auf Gegenseitigkeit zwischen den Ländern des "weltpolitischen Dreiecks" möglich. Allgemein zum Problem der gegenseitigen Rezeption Klaus-Peter Hoepke, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968.

No in dem berüchtigten Reskript des Erziehungsministeriums von 1937 "Kokutai no Hongi" ("Einzigartige national-politische Staatsform"), hrsg. von R. K. Hall und J. O. Gauntlett, Kokutai no Hongi. Cardinal Principles of the National Entity of Japan, Cambridge, Mass. 1949. Ferner Ministerpräsident Konoe nach der Gründung der – nach deutschem Vorbild entstandenen – Bewegung "Vereinigung zur Unterstützung der Kaiserlichen Herrschaft" (Gordon M. Berger, Parties out of Power in Japan 1931–1941, Princeton 1977, S. 293 ff.)

Wolfgang Schieder in der Einleitung (S. 14) zu dem von ihm besorgten Sammelwerk (Anm. 8). Diese Auffassung wird weitgehend von De Felice und auch von Reinhard Kühnl geteilt (Vgl. Kühnls Beitrag "Faschismus" im dtv-Lexikon "Zur Geschichte und Politik im 20. Jahrhundert", München 1974).

theoretische Postulate leicht unter einem komparatistischen Aspekt formulieren ¹³ und hätten sich, noch ein wenig vager gehalten, ebensoleicht auch auf Japan ausweiten lassen. Daß aber der Faschismus (in Deutschland wie in Italien) eine vorwiegend sich aus städtischem Kleinbürgertum und ländlicher Mittelschicht rekrutierende Massenbewegung gegen die aufsteigende Arbeiterklasse darstellte, wie gern aus deutscher Sicht gemutmaßt, wird gerade für Italien in dieser Form verneint. Vielmehr habe dort – so u. a. De Felice ¹⁴ – der Faschismus als revolutionäre Partizipationsideologie einem aufsteigenden Bürgertum gedient.

Strukturgeschichtliche Vergleiche stoßen eben dann auf ihre Grenzen, wenn die historischen und sozialen Voraussetzungen z. B. für die Entstehung sogenannter Mittelschichten und deren politisches Gewicht innerhalb des Systems sich in den drei Ländern als völlig unterschiedlich erweisen. In einem vertikal organisierten Gemeinwesen wie dem japanischen Schichten oder etwa ökonomisch definierbare Klassen ausmachen zu wollen, wäre eine unbedachte Übertragung westlicher Maßstäbe auf einen asiatischen Kulturkreis und würde die historische Wirklichkeit völlig entstellen.

Historische Vergleiche sollten nicht um des Vergleichens willen angestellt werden, sondern sie haben nach fundierten empirischen Befunden lediglich zur Abgrenzung und Bestimmung jeweils eigener Wesensmerkmale ihren heuristischen Wert. Auf ihre Eigenständigkeit reduziert, lassen sich bei den drei Faschismen für die Bewegungsphasen am ehesten Entstehung und Verbindlichkeit des jeweiligen "faschistischen" Programms, hingegen für die Zeit der Machtausübung das Herrschaftsinstrumentarium vergleichen¹⁵. Die spezifische Anziehungskraft der Ideologie und ihre instrumentale Anwendung gegenüber Oppositionellen vermag möglicherweise Unterschiede und subjektive Gemeinsamkeiten des deutschen, italienischen und japanischen "Faschismus" verdeutlichen helfen. Keine der zahlreichen vergleichenden Untersuchungen zu den Faschismen der Zwischenkriegszeit bezieht Japan ein – lediglich eine von H. A.

¹⁵ Vgl. die entsprechende These bei Wolfgang Wippermann, Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1976, S. 149.



Heinrich-August Winkler, Die "neue Linke" und der Faschismus. Zur Kritik neomarxistischer Theorien über den Nationalsozialismus, in: Ders., Revolution. Staat. Faschismus, Göttingen 1978, S. 82 ff. Diese vorzügliche Auseinandersetzung mit den Anhängern des neo-marxistisch politisierten Faschismusbegriffes in der Bundesrepublik hätte konsequenterweise den Vf. dazu bringen müssen, auf den Gattungsbegriff "Faschismus" zu verzichten und Vergleiche mit Italien – wie das auf S. 82 f für die deutschen Verhältnisse zutreffende Raster – zu verneiden. Die Auffassung, daß der Faschismus als eine mittelständische politische Protestbewegung vom Abstieg bedrohter sozialer Gruppen weitgehend zu erklären sei, findet sich in dieser Ausschließlichkeit allein in der (west-) deutschen Literatur und allein auf den Nationalsozialismus bezogen. In Italien und – in noch viel stärkerem Maße – in Japan sehlten organisierte Mittelschichten. Diese entstanden vielmehr erst unter dem Faschismus, so daß deren politischer Stellenwert in der saschistischen Bewegungsphase gering war und sie als vergleichbares Phänomen entsallen.

¹⁴ De Felice, Interview S. 36, dem Tenor nach auch Tasca (Anm. 4) und Giorgio Amendola, Der Antifaschismus in Italien. Ein Interview von Piero Meolograni, Mit einem Nachwort von Jens Petersen, Stuttgart 1977 (italienische Erstveröffentlichung Rom 1976).

Turner¹⁶ herausgegebene Aufsatzsammlung enthält einen Deutungsversuch des japanischen "Faschismus" –, und so können auch im folgenden Versuch eines Vergleichs nur einige Kriterien offengelegt und Anregungen vermittelt werden.

Vergleichbarkeiten in der Bewegungsphase: "Programm" und Resonanz

Eine komparatistische Sicht der Bewegungsphasen ~ in Japan ist ein Zeitraum militanter Mobilisierung als Bewegungsphase zu verstehen¹⁷ – hat von programmatischen Schlüsseldokumenten auszugehen, denen entweder parteiamtlicher Charakter und eine intentionelle Integrationskraft innewohnte oder von denen eine ähnliche politische Breitenwirkung ausging. Dabei sollten die langfristigen, in der jeweiligen Landesgeschichte zurückverfolgbaren Wurzeln von den kurzfristigen, durch den Ersten Weltkrieg national wie international gegebenen Faktoren unterschieden und die Personen der Verfasser vor diesem Hintergrund sozialgeschichtlich verstanden werden. Die Analyse einzelner Programmpunkte, etwa der antikapitalistisch-sozialistischen Losungen, hätte die Aufgabe, deren sozialen Nährboden und ihr geistiges Umfeld zu erhellen, um die subjektive Bewußtseinslage, etwa das Bewußtsein wirtschaftlicher Unterdrückung durch die Großkonzerne, aufzuzeigen und, trotz völlig unterschiedlichen Industrialisierungsgrades, Vergleichbares zu konstatieren. Diese Vergleichbarkeit wiederum erhöht sich durch die Projektion jeweils nationaler Krisen und ihrer vermeintlichen Lösungsmöglichkeiten auf die internationale politische und wirtschaftliche Ordnung. Denn in der "faschistischen" Ideologie werden fremde Staaten und ihre Ordnungssysteme mit eigenen inneren Gegnern und den eigenen politischen Verhältnissen gleichgesetzt und in der Propaganda als Feindobjekte miteinander vermischt. Die bei allen drei Faschismen bereits in ihrer Frühphase zu beobachtende programmatische Drohgebärde gegenüber den materiellen Siegern des Krieges, den westlichen Demokratien, und gegenüber dem revolutionären Produkt des Krieges, dem in Rußland zur Macht gelangten Kommunismus, mußte, zum Programm erhoben und nach der Machtübernahme entsprechend ausgeübt, gradlinig zur gemeinsamen Frontstellung gegen die Westmächte wie gegen die Sowjetunion führen und im Zweiten Weltkrieg enden.

Doch welche Dokumente bieten einen Schlüssel zum Verständnis der Frühphase und lassen zudem programmatische Leitlinien bis in den Weltkrieg hinein erkennen? Allein die Tatsache, daß sich für die deutsche Entwicklung diese Frage mit einem Hinweis auf das 1920 entstandene Programm der NSDAP und Hitlers vier Jahre später verfaßte Leitschrift "Mein Kampf" am einfachsten beantworten läßt, deutet auf eine relativ geschlossene Ideologie und einen vergleichsweise hohen, systematisch geplanten Organisationsgrad der Bewegung hin. Hingegen lassen sich in der Frühge-



¹⁶ Henry A. Turner (Hrsg.), Reappraisals of Fascism, New York 1975, S. 199-214; George M. Wilson, A New Look at the Problem of Japanese Fascism, ursprünglich abgedruckt in: Comparative Studies in Society and History. An International Quarterly 10 (1967/68), S. 401-412.

¹⁷ Ebenda. So benutzt Wilson den Terminus "Movimento-Regime". Westliche oder etwa faschisti-

56 Bernd Martin

schichte des italienischen Faschismus solche Schlüsseldokumente nicht auffinden. Ein dem Nationalsozialismus vergleichbares Programm hat der Faschismus in Italien nicht gehabt. Mussolinis Punkte bei der Gründung der faschistischen Partei 1919 und das im gleichen Jahr entstandene "Programm"¹⁸ blieben, obwohl auf spezielle soziale und politische Fragen Oberitaliens zugeschnitten, ohne Resonanz – bei den Kammerwahlen im November 1919 erhielten die Faschisten kein Mandat – und wurden aus taktischen Gründen später häufig geändert und dabei immer stärker entrationalisiert. Das zündende Moment für die Entwicklung des Faschismus lag im irredentistischen Nationalismus, wie das Fiume-Abenteuer Gabriele D'Annunzios schlagartig erhellte. Mit dem Marsch auf Fiume¹⁹, das die Pariser Friedenskonferenz Italien nicht zusprechen wollte, erhob sich als Folgeerscheinung des Ersten Weltkrieges in Söldnern, Abenteurern und glühenden Nationalisten ein soziales Substrat und schuf sich in mediterran vorgegebenen Stadtstrukturen Mythen und Riten einer nationalen Wiedergeburt unter einem selbsternannten Führer. Dies Beispiel sollte in Italien Schule

Fiume wird allgemein als die Geburtsstunde des Faschismus angesehen. Franco Gaeta, Nazionalismo Italiano, Neapel 1965, S. 166f.: Fiume, "der Ort und Augenblick des Zusammenfließens aller Faktoren ..., die den liberalen Staat untergruben". Tasca (Anm. 4), S. 71f.: D'Annunzio als Vater des "Bündnisses zwischen Expansionspolitik, Nationalismus und Antiparlamentarismus". Ähnlich Hans-Ulrich Thamer und Wolfgang Wippermann, Faschistische und neofaschistische Bewegungen, Darmstadt 1977, S. 174ff.; Edward R. Tannenbaum, The Fascist Experience. Italian



Jahrgang 29 (1981), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf

sche Termini hatten in Japan in den Zirkeln nationalistisch-revolutionärer Kreise keine Entsprechung. Erst im Zusammenhang mit dem Abschluß des Dreimächtepaktes wurden solche, meist nationalsozialistische Begriffe übernommen und inhaltlich vor allem von Außenminister Matsuoka mit japanischen Vorstellungen gefüllt. Aufschlußreich über Matsuokas politische Vorstellungen und seine nationalistische Agitation sind die bislang von der Forschung nicht ausgewerteten Verhörprotokolle von 1946: Interrogations of Matsuoka Yosuke, General Headquarters, International Prosecution Section, National Archives Washington D. C., 1975 freigegeben. Eine Kopie dieser Verhörakten befindet sich in der Bibliothek für Zeitgeschichte, Stuttgart.

¹⁸ Mussolinis Rede vom 23. März 1919 und das "Programm" vom 6. Juni1919 in englischer Übersetzung bei Charles F. Delzell (Hrsg.), Mediterranean Fascism 1919–1945, London 1970, S. 7–14. Auch die PNF erreichte später nie den Grad ideologischer Geschlossenheit wie die NSDAP. Die drei Hauptrichtungen des italienischen Faschismus, die sich heftig attackierten, gegenseitig blockierten und somit Mussolinis diktatorische Stellung ermöglichten, lassen sich exemplarisch – und sehr vereinfacht – an deren publizistischen Organen festmachen:

a) "Politica" - Zeitschrift der Nationalisten, der konservativen Eliten unter F. Coppola u. A. Rocco.

b) "Vita Italiana" – Organ des radikalen, kleinbürgerlichen Flügels unter Giovanni Preziosi und Roberto Farinacci.

c) "Critica Fascista" – Sprachrohr des intellektuellen, revolutionären Flügels, auch der Futuristen, unter Giuseppe Bottai.

Vgl. die Arbeit von Franz X. Augustin (Freiburg i.Br.), "Zur Rezeption des Nationalsozialismus im italienischen Faschismus 1930–36", Teil einer größeren Studie über die Bündnisfrage als Prüfstein für den regime-internen Zusammenhalt in Italien.

¹⁹ Am 12. Sept. 1919 marschierten Truppen der Garnison Ronchi, die zuvor in Fiume stationiert und nach Streitigkeiten mit der dortigen Bevölkerung bzw. den westalliierten Besatzungstruppen abgezogen worden waren, unter D'Annunzio nach Fiume zurück. Das persönliche Regiment des Dichters und Fliegeroffiziere Ersten Weltkrieges dauerte bis zum 25. 12. 1920.

machen und über seine Grenzen hinaus weltweite Beachtung finden. Anstelle des dieser emotionalen Sammlungsbewegung fehlenden Programms ist daher zum Vergleich das Ideengut des geistigen Vaters und Führers jener Desperados heranzuziehen, das exemplarisch in der Rede D'Annunzios am 6. Mai 1919 im Augusteum in Rom zum Ausdruck kam²⁰ und volle nationale Resonanz fand.

Rhetorisches Pathos und historische Verklärung ersetzten weitgehend Argumente, als der Dichter und Fliegeroffizier D'Annunzio den Kampf als männliche Tat, als Selbstzweck schlechthin, weihte und zum Kreuzzug gegen die kleinen Krämer, die Unentschlossenen, Zaghaften und nicht zuletzt gegen die Bankiers und die großen Krämer, das Pariser Triumvirat Wilson, Lloyd George, Clemenceau, aufrief, um die adriatische Irredenta, von Fiume bis Ragusa, zu erlösen. Inhalt und Stil solcher Appelle, die D'Annunzio in Fiume oft genug darbot²¹, kopierte Mussolini, einschließlich der in Fiume entwickelten Miliz und ihrer "Liturgie". Die Vermengung stark irrationaler innen- und außenpolitischer Ziele wurde in der Geburtsstunde des Faschismus überdeutlich demonstriert.

Blinder, emotionaler Aktionismus und heroische Selbstüberschätzung kennzeichnen im Gegensatz zu den systematisch planenden Nationalsozialisten den italienischen Frühfaschismus in seiner kurzen dreieinhalbjährigen Bewegungsphase. Wie von D'Annunzio auf der Fiumer Theaterbühne vorgespielt, hing die Bewegung in Italien viel stärker am Charisma des Führers und an seinem permanenten Dialog mit der Masse. Traditionelle Verhaltensnormen, in Italien von dem formenden Einfluß des mediterranen Katholizismus genausowenig zu trennen wie von der gewohnten politischen Orientierung städtischer Massen auf patriarchalische Führer hin, erklären zumindest teilweise die Resonanz der faschistischen Bewegung über schichtenspezifische Schranken hinweg.

Auch in Deutschland zeichneten "volkspsychologische" Traditionen des Obrigkeitsstaates das Bild eines Führers vor, das indes von entrückter Größe und scheinba-



Society and Culture 1922–1945, New York 1972, S. 30. Allgemein zur mediterranen Wurzel des "originären Faschismus" im Vergleich zum Nationalsozialismus Wolfgang Sauer, Nationalsozialism. Totalitarianism or Fascism? In: American Historical Review 73 (1967), S. 404–424, hier S. 421 f.

²⁰ "Gli ultimi saranno i primi", in: Gabriele D'Annunzio, Il Sudore di Sangue. Dalla Frode di Versaglia alla Marcia di Ronchi, Rom 1930, S. 29–68. Ähnlich die Rede zwei Tage später, am 6. Mai. Text bei Gabriele D'Annunzio, La Penultima Ventura. Scritti e discorsi fiumani. A cura di Renzo De Felice, Rom 1974, S. 52–58. Zur Wirkung der Rede vom 4. Mai auch Tasca (Anm. 4), S. 57f.

²¹ Zur italienischen Literatur über Fiume siehe die Bibliographie von Salvatore Samani und Luigi Peteani (Bearb.), Bibliografia Storica di Fiume, Rom 1969. Hervorragend in der Verbindung von Biographie, politischer und sozialer Geschichte die Darstellung von Michael A. Ledeen, The First Duce. D'Annunzio at Fiume, Baltimore, Maryland 1977. Auf die Unterschiede zwischen D'Annunzio und Mussolini verweist Renzo De Felice, D'Annunzio politico, Bari 1978. Trotz dieser nach dem Fiume-Abenteuer aufgebrochenen Differenzen blieben D'Annunzio und sein Vorgehen in Fiume prägend für die Genese der faschistischen Bewegung. Der Nationalheld entzog sich erfolgreich sowohl allen Bestrebungen der Faschisten, ihn in der Bewegungsphase als Integrationsfigur zu benutzen, als auch den Bestrebungen konservativer Kreise, eine Diktatur auf Zeit zu übernehmen, um den Faschismus zu zähmen.

rer dogmatischer Präzision zu sein hatte. Die politischen Identifikationssymbole und ideologischen Vorstellungen, derer sich die deutsche wie die italienische Bewegung bedienten, waren weit verbreitet und bedurften nur einer Umfunktionierung im Sinne des Herrschaftsanspruches einer Person bzw. einer diese stützenden "faschistischen" Partei oder Gruppierung. In Japan dominierten solche als präfaschistisch apostrophierbaren Grundstrukturen in einem Maße, daß es einer derart sichtbaren Umfunktionierung gar nicht bedurfte. Mußten Hitler und Mussolini die Riten einer "Volksgemeinschaft" zumindest wiederbeleben und erfindungsreich weiterentwickeln, so waren diese in Japan fest zementiert und vertrugen im Gegensatz zu Deutschland und Italien keine weitreichenden Veränderungen. Von vormodernen, durch Industrialisierung kaum erfaßten Grundstrukturen ausgehend, enthielt das Programm des japanischen "Faschismus" mehr und kräftigere restaurative, traditionelle Elemente als die sehr wohl auch "revolutionäre" italienische und deutsche Bewegung.

Ebenfalls unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges entstand in Shanghai, dem damaligen kulturellen Brennpunkt und rassischen Schmelztiegel Asiens, 1919 ein Manuskript "Allgemeiner Entwurf von Maßnahmen zum Wiederaufbau Japans"²², das, 1923 in der Mandschurei publiziert, zum Leitfaden der politischen Rebellen in Japan wurde, obgleich eine Veröffentlichung dieses japanischen Gegenstücks zu "Mein Kampf" im Mutterland selbst bis 1945 verboten blieb. Der Verfasser, I. Kita, hatte zuvor eine emanzipatorische, eigenständige Revolution in Asien erhofft und entwarf nun, von der chinesischen Pseudo-Revolution sowie dem imperialistischen Verhalten der Westmächte enttäuscht, Grundsätze eines westlichen Ideen abholden "orientalischen" Sozialismus. Die Forderungen nach Abschaffung des in der japanischen Oligarchie und dem persönlichen Reichtum ihrer Vertreter manifesten politischen Status quo zugunsten einer sozialen Diktatur des Tenno standen dem programmatischen Gedankengut der beiden europäischen Faschismen an Radikalität um nichts nach und bargen auch, freilich auf die japanischen Verhältnisse und den Entwicklungsrückstand des Landes zugeschnitten, inhaltlich Vergleichbares.

Eine Beeinflussung durch europäische Vorbilder – wie im Falle der nationalsozialistischen Partei durch den italienischen Faschismus – ist jedoch bei Kitas Schriften auszuschließen. Der Kaiser, in Japan seit annähernd 2600 Jahren unverändert völkisch-politischer Bezugspunkt der Nation, sollte mit Hilfe seiner Prärogativen die (verwestlichte) Verfassung suspendieren, das Parlament auflösen und das Land unter Kriegsrecht stellen. Verdiente Männer, frei von partei- oder wirtschaftspolitischen Verbindungen, sollten direkt vom Volk zu Kabinettsministern gewählt werden und als

Auszüge bei David J. Lu (Hrsg.), Sources of Japanese History, Volume 2, New York 1974, S. 131–136. Ferner George M. Wilson, Radical Nationalist in Japan, Kita Ikki 1883–1937, Cambridge, Mass. 1969. Für weitere Literatur siehe den Bericht über das Schrifttum von Bernd Martin, Japans Weg in den Krieg. Bemerkungen über Forschungsstand und Literatur zur japanischen Zeitgeschichte, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 23 (1978), S. 183–209, sowie Ders., Japan und der Krieg in Ostasien. Kommentierender Bericht über das Schrifttum, in: Sonderheft Historische Zeitschrift "Literaturbericht zur Geschichte Chinas und der japanischen Zeitgeschichte", 1980, S. 79–219.



Exekutive des kaiserlichen Willens fungieren. Ein ähnlich gewählter Reichstag sollte als wahre Volksvertretung beratende - und wohl auch akklamierende - Funktionen haben. Wenn Kitas Ausführungen über den Staatsaufbau auch vage blieben und überdies hinsichtlich der diktatorischen Vollmachten den konkreter Politik entrückten Tenno überfordert hätten, so stellten seine detaillierten sozialpolitischen Forderungen, der eigentliche Kern seines Programms, tatsächlich eine Bedrohung der bestehenden Eigentumsverhältnisse dar. Der Kaiser sollte mit gutem Beispiel vorangehen und das Vermögen des Kaiserlichen Hauses an den Staat zurückgeben. Für individuelles Vermögen sah Kita eine, allerdings hoch angesetzte Begrenzung (1 Million Yen) vor, desgleichen sollte der Großgrundbesitz reduziert und das an den Staat zurückfallende Land den bisherigen Pächtern gegen eine feste Steuerrate übergeben werden. Großkapital und Großindustrien sollten verstaatlicht und neu einzurichtenden Ministerien unterstellt werden. Den Arbeitern wurden geregelte Tarifverträge, Gewinnbeteiligung und der Acht-Stunden-Tag verheißen, den Kleinbauern ein lebenswürdiges Dasein und den Frauen Gleichberechtigung. Eine staatliche Sozialpolitik sollte freie Heilfürsorge, gleiche Ausbildungschancen und Altersversorgung sowie Unfallschutz gewährleisten. Diese wahrhaft revolutionären Forderungen, von denen die sozialpolitischen nicht einmal im heutigen Japan realisiert sind, wollte Kita indes nicht in den Grenzen des bestehenden japanischen Staates verwirklicht sehen, sondern mit Hilfe militärischer Gewalt in einem großjapanischen Reich, das Ostsibirien, Indien und Australien einschließen sollte. Dem Militär und dem System allgemeiner Wehrpflicht kam daher eine herausragende Bedeutung als ideologischer und machtpolitischer Bannerträger der Revolution gegen die verderblichen Einflüsse der weißen Rasse in Japan selbst wie allgemein in Ostasien zu. Die Verschränkung innerer sozialer Spannungen und ihrer Ableitung in außenpolitische Aggression war in Kitas Grundsatzprogramm - vergleichbar etwa Hitlers Ausführungen in "Mein Kampf" - deutlich angelegt und wurde als Leitidee von den sozialrevolutionären Nationalisten bis zum Februarputsch 1936 verfolgt²³.

Die traditionellen Führungskräfte, vorab der Hof, vereitelten indes die Machtergreifung von unten und ließen die Rädelsführer, auch Kita selbst, erschießen. Trotz seines Scheiterns bedeutete dieser Putsch jedoch eine einschneidende Wende im politischen und sozialen Bereich und wird gern als Übergang von der Bewegungsphase – der Mobilisierung der Massen – zur Militarisierung der gesamten Nation und folglich zu institutionalisierter faschistischer Herrschaft gedeutet. Denn die Oligarchie vermochte Programm und Ziele der Bewegung der revolutionär gestimmten und mit verelendeten Kleinbauern wie mit den durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise schwer getroffenen Kleingewerbetreibenden verbündeten Offiziere nicht länger zu ignorieren. Noch im gleichen Jahr wurden die Forderungen nach Expansion in einem



Jahrgang 29 (1981), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf

²³ Bernd Martin, Aggressionspolitik als Mobilisierungsfaktor. Der wirtschaftliche und militärische Imperialismus Japans 1931–1941, in: Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, hrsg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann, Düsseldorf 1975, S. 222–244. Zum Februarputsch Ben-Amin Shillony, Revolt in Japan. The Young Officers and the February 26, 1936 Incident, Princeton 1973.

Basisprogramm nationaler Politik²⁴ aufgegriffen und im Antikominternpakt erstmals in ein außenpolitisches Vertragswerk umgesetzt.

Vergleicht man die Resonanz der programmatischen Äußerungen Hitlers, D'Annunzios (Mussolinis) und Kitas sowohl in den Reihen der eigenen Bewegung wie in der politischen Öffentlichkeit, so fällt auf, daß Hitlers Maximen weithin unbeachtet blieben, obgleich seine Leitschrift bereits vor der Machtübernahme eine Auflagenhöhe von fast einer halben Million erreichte. Im Gegensatz dazu waren die Gedanken Kitas, die in Japan nicht gedruckt werden durften, Allgemeingut der politisch interessierten Öffentlichkeit. In Italien trafen die rhetorischen Appelle der Väter des Faschismus genau die allgemeine Stimmungslage der Bevölkerung. Die nationalsozialistische Weltanschauung entsprach hingegen in der Phase ihrer Ausformulierung durch Hitler, obgleich auch er in politischen und geistesgeschichtlichen Traditionen stand, in viel geringerem Maße der politischen und sozialen Wirklichkeit. Sie wirkte wie ein Kunstprodukt und bedurfte folglich sowohl eines äußeren Katalysators als auch parteiinterner systematischer Aufbauarbeit, um zu politischer Bedeutung zu gelangen.

Sind die historischen Voraussetzungen aller drei Programme nationalspezifisch verschiedenartig und nur generell und recht vereinfacht mit Hilfe des westlichen Modernisierungs-Parameters vergleichbar, so bündeln sich diese aus vormodernen Strukturen und Wertvorstellungen erwachsenen politisch-sozialen Probleme in Italien, Deutschland und Japan in der Phase des Ersten Weltkrieges unabhängig voneinander und auch unbeschadet der Frontenzugehörigkeit dieser Länder zu einem Konglomerat präfaschistischer Heilslehren. Auf dem Nährboden der unmittelbaren Nachkriegssituation mit all ihren gesellschaftlichen Umbrüchen werden die Heilslehren erstmals ausformuliert und als Programme von gesellschaftlich auch im Zuge der Konsolidierung nicht integrierten Einzelpersonen und Gruppen fanatisch weitergetragen. Ohne den Ersten Weltkrieg und dessen direkte Folgen wären die vormodernen Hypotheken der jeweiligen Gesellschaften nicht in revolutionären und utopischen Programmen aufgegangen, sondern auf dem Wege von Reformen allmählich abgetragen worden.

Auch inhaltlich reflektieren die vage gehaltenen Forderungen die internationale Verunsicherung und individuelle Entwurzelung in einer Umbruchphase und gestatten durchaus den Vergleich: Der Rückgriff auf eine mythische Vergangenheit nationaler Größe und völkischer Geschlossenheit ist allen drei Bewegungen eigen. Lateinische Rasse und Imperium Romanum²⁵, germanischer Kult und arische Rasse, göttliche

Vgl. die faschistische Grundsatzerklärung von 1932 "Die Lehre des Faschismus" in der "L'Enciclopedia italiana", deutsche Übersetzung bei Nolte (Anm. 10), S. 205–220. Artikel 13 des von Mussolini selbst verfaßten zweiten Teils (Die politische und soziale Doktrin des Faschismus) besagt u. a.: "Der faschistische Staat ist Wille zur Macht und Herrschaft. Die römische Überlieferung ist ihm eine Idee des Antriebes." Hingegen hatte Gentile, der als "Chefideologe" den ersten Teil (Die Philosophie des Faschismus) verfaßte, in Artikel 9 sich allgemeiner geäußert und den Rassismus abgelehnt: "Das Volk ist nicht Rasse oder ein geographisches Gebiet, sondern eine in der geschichtlichen Entwicklung sich ununterbrochen erhaltende Gemeinschaft, eine Vielheit, die geeint wird durch eine Idee, welche aus Existenz- und Machtwillen besteht: Es ist sich seiner selbst bewußt und



²⁴ "Fundamental Principles of National Policy", am 11. 8. 1936 vom Hirota-Kabinett verabschiedet. Wortlaut bei J. Lu, S. 138f.

Abstammung und Führungsanspruch der Yamato-Rasse²⁶ liefern als pseudohistorische Bezugspunkte den Anhängern der Bewegungen die Legitimation kultureller Größe und rassischer Auserwähltheit. Auf dieser geschichtlichen Fiktion basieren dann ebenfalls vergleichbare Programmpunkte, die sich am besten als Negation der bestehenden politisch-ökonomischen und sozialen Systeme, des liberal-kapitalistischen und des kommunistischen, umschreiben lassen. Ein jeweils unterschiedlich – entsprechend der eigenen Vergangenheit – gehandhabter Eklektizismus kombiniert Elemente des Sozialismus, des Nationalismus und Kommunismus zu einer vermeintlich eigenständigen Ideologie, die schon auf Grund ihrer oberflächlichen Anleihen bei den politischen Grundströmungen, die nach dem Ersten Weltkrieg besonders stark polarisiert in Deutschland, Italien und Japan aufbrachen, eine breite, schichtenübergreifende Integrationskraft aufweisen mußte.

Eine herausragende Bedeutung kommt dem agrarideologischen Romantizismus zu, der in allen drei Programmen mit unterschiedlichem Gewicht anzutreffen ist und die irrationale Sehnsucht der durch den Krieg ausgeformten Massen nach der vormodernen Zeit unterstreicht. Die Ambivalenz von Tradition und Fortschritt in den Programmen, die sich in der Regimephase während des Zweiten Weltkrieges zum Antagonismus von Dogma und kalkulierter Machtpolitik auswächst, verweist auf den fundamentalen Widerspruch der faschistischen Vorstellung, mit Hilfe einer forcierten (Rüstungs-)Industrie das Endziel einer "heilen" Agrarwelt erreichen zu können. Überaus stark ausgeprägt war diese eigentlich chiliastische Erwartung vom Stillstand der Geschichte sowohl im nationalsozialistischen Gedankengut wie in den Plänen der japanischen Sozialrevolutionäre, die ab 1936 von den Regierungskreisen in Tokio übernommen wurden. Das Ziel einer Re-Agrarisierung der gesamten Gesellschaft auf der Grundlage eroberten Lebensraums haben Hitler, Himmler und der japanische Premier



stellt eine Persönlichkeit dar." Vgl. Luigi Preti, Imperialism and Racism, in: Roland Sarti (Hrsg.), The Ax Within. Italian Fascism in Action, New York 1974, S. 187–207. Die 1936 erfolgte politische Annäherung an Deutschland implizierte eine innenpolitische Angleichung. Die weitgehende Übernahme der "Nürnberger Rassegesetze" in den "Provvedimenti per la difes della razza italiana" vom 19. 11. 1938 (englische Übersetzung bei Delzell, S. 178–183) geschah einerseits mit Rücksicht auf den deutschen, zur imperialen Expansion benötigten Partner, andererseits auch aus innenpolitischen Zwängen, den seit 1936 als Folge der wirtschaftlichen Auswirkungen des Abessinien-Feldzuges anhaltenden Erosionsprozeß des faschistischen Regimes aufzuhalten. Standardwerk zur "Judenfrage" in Italien: Meir Michaelis, Mussolini and the Jews. German-Italian Relations and the Jewish Question in Italy 1922–1945, Oxford 1978.

²⁶ Haupttheoretiker eines japanischen panasiatischen Führungsanspruches, der mit der rassischen Höherwertigkeit der Yamato-Rasse, da von den Göttern abstammend, begründet wurde, war Shumei Okawa. Er begründete die ultra-nationalistischen Vereinigungen "Yuzonsha" und "Jimmunkai", imgrunde kleine Verschwörerzirkel. Dem ideologischen Wegbereiter und Mitorganisator des Putsches vom Februar 1936, I. Kita, stand Okawa sehr nahe (vgl. Anm. 22). Die Amerikaner stuften ihn als einen der Hauptkriegsverbrecher (Klasse A) ein; doch wurde das Verfahren wegen (simulierter?) geistiger Unzurechnungsfähigkeit eingestellt. Eine Biographie in westlicher Sprache über Okawa fehlt. Vgl. den Aufsatz von George M. Wilson, Kita Ikki, Okawa Shumei and the Yuzonsha, in: Papers on Japan, Vol. 2, Cambridge, Mass. 1963, S. 139–181. Kitas Bekenntnis zu Großostasien in englischer Übersetzung bei Joyce C. Lebra, Japan's Greater East Asia Co-Prospe-

General Tojo²⁷ noch verfolgt, als der Krieg bereits verloren war. Der Unterschied lag indes in den realen Voraussetzungen: Bestand in Japan, das bei über 50% Landbevölkerung und allenthalben dörflich geprägten Verhaltensmustern letztlich noch ein großes Dorf darstellte, tatsächlich ein Zusammenhang zwischen den präfaschistischen ländlichen Organisationsvorstellungen und ihrer utopischen Idealisierung einerseits und den gegebenen sozialen Strukturen andererseits, so war die NSDAP, trotz aller propagandistischen Betonung der Blut-und-Boden-Mystik, primär eine städtisch orientierte Partei und die Re-Agrarisierung bei etwa 20% in der Landwirtschaft Beschäftigten von Anfang an eine realitätsfremde Fiktion. Im Agrarprogramm klafften Realität und Idee bei den Nationalsozialisten am weitesten auseinander, deckten sich hingegen weitgehend in Japan. Der italienische Faschismus hat, da opportunistischpragmatischer ausgerichtet, den Agrarzielen weder in den programmatischen Vorstellungen noch in der Zeit der Herrschaft Mussolinis eine solche zentrale Bedeutung beigemessen²⁸. Das ländliche Proletariat Italiens, das auf der untersten sozialen Stufe blieb, wurde lediglich durch einige Sozialgesetze, durch propagandistisch aufgebauschte Kampagnen zur Wiederurbarmachung von Land und durch die verheißene Auswanderung in das afrikanische Imperium für das Regime gewonnen oder zumindest zu einer neutralen Haltung gegenüber dem Faschismus bewogen²⁹. Obgleich Italien ähnlich wie Japan vorwiegend Agrarland war, ging der italienische Faschismus bewußt den Weg der Industrialisierung³⁰, die in Japan nur als notwendiges Übel für

³⁰ Die These von Franz Borkenau, der Faschismus habe im rückständigen Italien den Industrialisierungsprozeß beschleunigt (Zur Soziologie des Faschismus, in: Nolte [Anm. 10], S. 156–181, Erstveröffentlichung 1932), wird von Autoren wie De Felice (Anm. 1), Jens Petersen, Faschismus und Industrie in Italien 1919–1929, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 7 (1976),



rity Sphere in World War II. Selected Readings and Documents, Oxford Univ. Press 1975, S. 36-40.

²⁷ Ausführungen von Premier General Tojo im Reichstag 1943. Zitiert bei Masao Maruyama, The Ideology and Dynamics of Japanese Fascism, in: Ders., Thought and Behaviour in Modern Japanese Politics, London 1963, S. 47.

Zu Rolle und Funktion der verarmten Agrarschichten bei der politischen Radikalisierung in den 30er Jahren siehe die beiden grundlegenden Werke Thomas R. H. Havens, Farm and Nation in Modern Japan. Agrarian Nationalism 1870–1940, Princeton 1974, und Richard J. Smethurst, A Social Basis for Prewar Japanese Militarism. The Army and the Rural Community, Berkeley 1974.

Wie sich in Deutschland die gewerblichen Mittelschichten als Träger der nationalsozialistischen Bewegung in ihren Erwartungen nach der Machtübernahme getäuscht sahen, so hatte in Italien die Landbevölkerung Norditaliens wesentlich zum Sieg des Faschismus beigetragen und war nach 1922 leer ausgegangen. Zum Terror der "squadristi" gegen die organisierte Landarbeiterschaft in Norditalien 1920–1922 und somit zur Funktionalisierung der faschistischen Bewegung durch Großgrundbesitzer und durch von sozialistischen Parolen nach Kollektivierung verunsicherte Kleinbesitzer und Pächter siehe Tasca, S. 109 ff. Ferner die Regionalstudien von Paul Corner, Fascism in Ferrara 1915–1925, Oxford Univ. Press 1975, und Anthony L. Cardoza, Agrarian Elites and the Origins of Italian Fascism. The Province of Bologna 1901–1922, Phil. Diss. Princeton Univ. (University Microfilms) 1975.

²⁹ Tannenbaum, S. 105 ff. Alberto Aquarone, A Closing Commentary. Problems of Democracy and the Quest for Identity, in: Modern Italy. A Topical History since 1861, hrsg. von E. R. Tannenbaum u. E. P. Noether, New York 1974, S. 371.

eine Übergangsphase angesehen wurde. Die romantizistische Agrarideologie läßt sich also wegen ihrer Unterschiede in den drei Ländern keinesfalls allein strukturgeschichtlich erfassen.

Mit der propagierten Restauration des Bauernstandes, mit der Ablehnung der westlich-demokratischen Vorstellungen von individuellen Rechten und internationaler Ordnung und mit der Feindschaft gegen den "gleichmacherischen" Kommunismus ging die Verherrlichung des Krieges einher. Der Kampf als Selbstzweck, die Bereitschaft, auch ohne einsehbares Ziel das eigene Leben zu opfern, spielte bereits in der kämpferischen Bewegungsphase, als Erprobung eines neuen Menschen, eine zentrale Rolle, auf die dann im Zweiten Weltkrieg - bis hin zur Niederlage - die ganze Nation verpflichtet werden sollte. Zugleich kam der Martialisierung des gesamten öffentlichen Lebens, insbesondere des Erziehungswesens, und der Gleichsetzung von Macht mit Recht - in den programmatischen Frühschriften wie auch in den Regimephasen die Funktion einer nationalen Integration zu; beides führte ferner zur Externalisierung ursprünglich innerer Probleme, zur Wendung gegen die internationale Umwelt. Kriegerische Traditionen, an die sich anknüpfen ließ, waren für die Nationalsozialisten mit der Geschichte Preußens gegeben. In Japan leuchtete der feudale Kampfkodex (Bushido)³¹ der als Klasse 1871 entmachteten, indes mit ihren Wertvorstellungen nach wie vor einflußreichen Samurai (Krieger) den Militärs als Vorbild und erlaubte ein so hohes Maß an Indoktrination selbst bei einer Armee von Wehrpflichtigen, daß japanische Soldaten den Tod, auch als rituellen Selbstmord, der Gefangennahme vorzogen. In Italien ersetzte die propagandistische Verklärung von heldenhaften Kämpfen in den Einigungsfeldzügen und im Ersten Weltkrieg den fehlenden militärischen Geist³². Italienische Kriegspropaganda erschien daher später nicht allein den Gegnern, sondern auch den Verbündeten Italiens als aufgesetzt. Der Maxime von Clausewitz "Krieg ist der Vater der Schöpfung und die Mutter der Kultur", einem Leitspruch der japanischen Militaristen³³, sahen sich aber alle drei Bewegungen axiomatisch verpflichtet. Ihre Programme stellten bereits vor der Machtübernahme Kriegserklärungen an die innenpolitischen Gegner und die mit ihnen gleichgesetzten außenpolitischen Feinde dar. Ihr Faschismus bedeutete von der Ideologie her Krieg,



S. 133-177, Roland Sarti, Fascism and the Industrial Leadership in Italy 1919-1940. A Study in the Expansion of Private Power under Fascism, Univ. of California Press 1971, und Thamer/Wippermann (Anm. 19), S. 227, bestätigt.

³¹ Inazo Nitobe, Bushido. Die Seele Japans. Eine Darstellung des japanischen Geistes, Magdeburg 1937 (japanische Erstveröffentlichung 1905; englische Übersetzung: Bushido. The Soul of Japan. An Exposition of Japanese Thought, Tokio 1969).

³² Das Verhältnis Armee/faschistische Milizen zum faschistischen Staat/Mussolini scheint wenig untersucht zu sein. Zur Zusammenarbeit in den ersten Jahren der faschistischen Herrschaft, bei der die am 14. 1. 1923 offiziell in den Staat integrierte faschistische Miliz den ideologischen Stoßtrupp der regulären Truppen bildete, siehe Giorgio Rochat, The Fascist Militia and the Army 1922–1924, in: Roland Sarti (Hrsg.), The Ax Within. Italian Fascism in Action, New York 1974, S. 43–56.

³³ Maruyama (Anm. 27), S. 48: Eine Denkschrift des Kriegsministeriums (The True Meaning of National Defence: its Consolidation Advocated, 1934) begann mit der Clausewitz-Maxime.

64 Bernd Martin

und das verband Deutschland, Italien und Japan politisch-militärisch stärker miteinander als die anderen gemeinsamen Programmpunkte.

Die Organisation der faschistischen wie der nationalsozialistischen Bewegung nach dem Führerprinzip ergab sich folgerichtig aus dem Programm; zugleich benötigten die revolutionären Ideen eine breite, Klassen und Weltanschauungen integrierende Massenbasis. Diese Organisationsform - ein Führer und eine politische Partei samt ihren Ablegerverbänden – wurde für Italien und Deutschland charakteristisch. Doch beides, der auf den Schild gehobene Führer und die politische Partei, wurzelte paradoxerweise in eben dem westlichen Demokratieverständnis, das bekämpft und vernichtet werden sollte. Das japanische politische und gesellschaftliche System hatte hingegen diese westliche "Überfremdung" nicht internalisiert, sondern westliche Institutionen, wie z. B. die Verfassung von 188934, bewußt als Fassade aufgebaut und dahinter das auf den Kaiser ausgerichtete, auf der Grundlage loyaler Gefolgschaftstreue basierende System bewahrt. Es bedurfte daher lediglich eines stufenweisen, allmählichen Abtragens dieser westlichen Fassade, um die vorhandene Struktur von Volk und kaiserlichem Führer freizulegen. Selbstverständlich kann Hirohito nicht mit Hitler oder Mussolini verglichen werden, auch wenn der nationalsozialistische Führer von dieser Annahme ausging³⁵. Doch wurde der Tenno von den Militaristen und ab 1936 von der gesamten Oligarchie in eine fiktive, da machtlose Führungsrolle hineinmanövriert, so daß er die Funktion einer nationalen Integrationsfigur erfüllte. Die Regierung konnte nunmehr in seinem Namen und gewissermaßen hinter dem nicht angreifbaren, da religiös-sakralen Schutzschild des Kaisers diktatorische Vollmachten ausüben. Daher fehlte auch eine faschistische Massenpartei in Japan. Sie war nicht nötig, um das Volk hinter dem Thron und der im Namen des Kaisers agierenden militanten Gruppen zu einigen. Auch die japanische Armee bildete nicht eine Art Ersatzpartei, wie vielfach in westlichen Darstellungen behauptet. Zwar formierte sie sich als Avantgarde des Umsturzes und fungierte als Sprachrohr der ländlichen Unterschichten, denen ein Großteil der Armeeoffiziere entstammte³⁶; auch mobilisierte die Armee mit Hilfe der Reservisten- und Jugendverbände die Nation zielstrebig für einen Krieg. Aber letztlich spiegelten Ideologie und Struktur der Militärs nur die Hoffnungen der Massen und ihre dörflich geprägten Ordnungssysteme wider. Partei und Volk waren in Japan identisch. Die Armee stellte lediglich ihre Organisation zur Verfügung, mußte jedoch

³⁶ Vgl. die Darstellungen von Hayens und Smethurst (Anm. 27). Ferner James B. Crowley, Japan's Quest for Autonomy. National Security and Foreign Policy 1930–1938, Princeton 1966.



³⁴ Grundlegender Kommentar eines der "Väter" der Meiji-Verfassung, Hirobumi Ito, Commentaries on the Constitution of the Empire of Japan, Tokio 1906 (Reprint Westport, Conn. 1978). Zur Aushöhlung des Parlamentarismus in den 30er Jahren siehe den Sammelband von George M. Wilson (Hrsg.), Crisis Politics in Prewar Japan. Institutional and Ideological Problems of the 1930s, Tokio 1970.

³⁵ Interview Vf. – Botschafter Eugen Ott (†) am 11. 6. 1966 in München: Ribbentrop habe in Tokio bei Ott angerufen und sich erkundigt, wie häufig der Kaiser auf Empfängen in der Botschaft erscheine, da Hitler Einladungen der japanischen Vertretung nur reziprok nachkommen wolle. Zum Tenno und dem indirekten Herrschen des Hofes David A. Titus, Palace and Politics in Prewar Japan, New York 1975.

nicht wie die Bewegungen in Deutschland und Italien erst die Volksgemeinschaft aufbauen, um dann über sie zu wachen. Als im Herbst 1940 mit der "Vereinigung zur Unterstützung der Kaiserlichen Herrschaft" schließlich doch eine einheitliche politische Organisation geschaffen wurde, welche die aufgelösten politischen Parteien ablösen sollte, geschah dies primär als Folge des mit Deutschland und Italien geschlossenen Dreimächtepaktes, der eine zumindest äußerliche Angleichung der politischen Strukturen der Partner nahelegte. Doch Premier Konoe, zugleich Vorsitzender jener Vereinigung, grenzte den neuen politischen Verband unter dem Schlagwort "ein Souverän – ein Volk"³⁷ bewußt von den europäischen plebiszitären Führerbewegungen ab.

Ein Vergleich von Programm und Resonanz der drei Bewegungen in ihren Frühphasen belegt die unterschiedlich große Diskrepanz zwischen visionären Vorstellungen und den tatsächlichen Gegebenheiten. Dieses Auseinanderklaffen von Idee und Wirklichkeit war infolge des hohen Entwicklungsstandes von Gesellschaft und Wirtschaft im deutschen Nationalsozialismus am stärksten ausgeprägt, in Japan hingegen am geringsten. Der italienische Faschismus bewegte sich zwischen beiden Polen, und der "Duce" verstand es, Gegensätze und Widersprüche mit pathetischem Redeschwall zu vernebeln.

Unvergleichbarkeit der Regimephasen: Herrschaftsabsicherung und Terror

Noch besser vermag ein Vergleich des Herrschaftsinstrumentariums der drei Bewegungen in ihren Regimephasen, bei Berücksichtigung der legalen wie der illegalen Sicherungsmaßnahmen, ihre immanenten Ähnlichkeiten zu zeigen und gleichzeitig, mit dem zur Machterhaltung benötigten Terror als Maßstab, die Unterschiede klarzumachen. Das Regime, das dem Entwicklungsstand seiner Gesellschaft am wenigsten entsprach, das nationalsozialistische, bedurfte der schärfsten "Schutzmaßnahmen" und mußte gegen seine zahlreichen Opponenten am radikalsten vorgehen. Hingegen vermochten die Systeme in Japan und bedingt in Italien, weil von einem relativ breiten Konsens getragen, auf terroristische Machtausübung weitgehend zu verzichten. Faschismus und Terror gelten jedoch in der wissenschaftlichen Literatur zumindest als Zwillinge, oft werden umfassende terroristische Herrschaftsmethoden als eines der wesentlichsten Merkmale des Faschismus bezeichnet. Doch die im damaligen politischen Kampf wie in den heutigen Auseinandersetzungen oft geübte Identifizierung der Begriffe Faschismus und Terror entspricht primär - und völlig berechtigt - der Sichtweise deutscher politischer Widersacher des nationalsozialistischen Regimes und erfuhr erst in der "klassischen" Definition des Faschismus durch die Komintern im Jahre 1933 (Dimitroff-Formel) eine Verallgemeinerung, die mit ihrer Formulierung von der "offenen terroristischen Diktatur" auf den italienischen und japanischen



³⁷ Politisches Archiv, Auswärtiges Amt Bonn, Japan – Deutschland: Bericht Dt. Botschaft, Journal Nr. 880, vom 13. 11. 1940 über die "Neue politische Struktur Japans". Vgl. auch die Monographie von Berger (Anm. 11).

Faschismus nicht zutrifft. Viel stärker als in der Ideologie unterschieden sich das faschistische deutsche, italienische und japanische Regime in ihren Herrschaftssystemen und -methoden.

Zum Vergleich der Herrschaftsausübung bieten sich diejenigen Gesetzeswerke und Bestimmungen an, mit denen, meist in der Anfangszeit des Regimes, der Machtanspruch des Faschismus gegenüber seinen erklärten Feinden und versteckten Widersachern gesichert und gefestigt wurde. Die sogenannte Regierung der nationalen Erhebung in Deutschland, das Koalitionskabinett Hitler, flankierte den Aufbruch in die "neue Zeit" mit sofort erwirkten gravierenden Eingriffen in die politischen Grundrechte der Bürger und mit der Aufhebung der traditionellen westlichen Gewaltenteilung. Die Notverordnungen vom 28. Februar ("Zum Schutz von Volk und Staat") und vom 21. März 1933 (das "Heimtückegesetz" und die Verordnung über die Einrichtung von Sondergerichten) waren nach der Weimarer Verfassung entstandene Notstandsgesetze, welche Terror und Übergriffe der Nationalsozialisten quasi legalisierten und die ordentliche Justiz zum "harten Durchgreifen" verpflichteten: der Notstand wurde zum Normalzustand. Mit diesen "Grundgesetzen" der nationalsozialistischen Diktatur lassen sich allenfalls von der politischen Absicht, nicht aber von den Auswirkungen her die italienischen Dekrete "Über die Machtbefugnisse des Regierungschefs" und "Öffentliche Sicherheit" sowie das "Gesetz über die Verteidigung des Staates" aus den Jahren 1925/26³⁸ vergleichen. Für Japan müssen die 1925 erlassenen "Friedensgesetze" und ihre 1928, 1932 und letztmals 1941 verschärften Bestimmungen herangezogen werden³⁹. Diese Absicherungsgesetze haben indes etwas durchaus Vergleichbares in ihrer Genese: Sie wurden allesamt von konservativen Koalitionspartnern mitgetragen. Hitler und Mussolini hätten mit ihren Parteien und ihren Machtkompetenzen im Regierungsapparat solche Gesetzeswerke niemals verabschieden können, wenn nicht ein Großteil der alten politischen Eliten zugestimmt und sich damit - auf lange Sicht - selbst ausgeschaltet hätte. In Japan hatte die traditionelle Führung Gesetze zur Ausschaltung von Oppositionellen als Präventivmaßnahme bereits im Zusammenhang mit der Gewährung des allgemeinen männlichen Wahlrechtes⁴⁰ verabschieden lassen und damit das Formieren einer sozialistischen Opposition verhindert.

Das Motiv dieser konservativen Steigbügelhalter war in Deutschland und Italien die Furcht vor einem politischen Machtzuwachs der organisierten Arbeiterschaft, in Japan die Angst vor den Linksgruppen, die sich nach dem Ersten Weltkrieg in ersten Ansätzen zu organisieren begannen. Alle konservativen Koalitionspartner des "Faschismus" gingen von der irrigen Vorstellung aus, die jeweils revolutionär bramarbasierende Bewegung werde in politischer Verantwortung reifen und in einer Über-

⁴⁰ Lu (Anm. 24), S. 115: Gesetz über die Wahlen zum Unterhaus vom 5. 5. 1925.



³⁸ Abdruck der Gesetze in englischer Übersetzung bei Delzell (Anm. 18), S. 62ff. (vom 24. 12. 1925, 6. 11. 1926 und 25. 11. 1926).

³⁹ Abdruck des Gesetzes vom 11. 5. 1925 bei Lu (Anm. 24), S. 117. Für die Auswirkungen der "Friedensgesetze" siehe die Monographie von Richard H. Mitchell, Thought Control in Prewar Japan, Ithaca, N. Y. 1976.

gangsphase, während der Säuberung der politischen Landschaft von unliebsamen Linken, ihren revolutionären Schwung verlieren. Das Zähmungskonzept sollte sich in allen drei Staaten jedoch in sein Gegenteil verkehren: Nicht Papen hatte sich, wie er sich brüstete, den Herrn Hitler engagiert, sondern Hitler benutzte seinen Vorgänger schon bald als konservatives Aushängeschild seiner Politik. Der italienische Faschismus wurde weder in das alte System integriert noch, wie es sich die traditionelle politische Oberschicht Italiens zu Beginn der 20er Jahre vormachte, etwa "kultiviert"⁴¹, sondern kultivierte vielmehr auf dem Rücken seiner Bündnispartner seine eigene Gloriole. Auch die Rechnung der japanischen Hof- und Wirtschaftskreise, die nach dem Putsch von 1936 die sozialrevolutionären Hitzköpfe durch politische Machtbeteiligung integrieren wollten, ging nicht auf, sondern führte zu einem wachsenden Einfluß des Militärs auf alle politisch-gesellschaftlichen Bereiche. Wie in Italien und Deutschland, so war auch in Japan die etwa ab 1936 zu datierende "faschistische" Machtübernahme⁴² ohne die Mitwirkung der traditionellen Machteliten nicht denkbar.

In der Phase des politischen Bündnisses traditioneller Kräfte mit "faschistischen" Bewegungen, unmittelbar vor und nach deren Machtübernahme, gewinnt - wiederum in allen drei Ländern - die Großindustrie ein gewichtiges Mitspracherecht, Standen die Wirtschaftskreise den "faschistischen" Parteiungen und ihren Führern anfangs, vornehmlich im Hinblick auf die sozialistischen Programmpunkte, reserviert bis ablehnend gegenüber, so drängten sie, als die neuen Bewegungen politisch bündnisfähig wurden, auf ein Zusammengehen, um die Organisationen der Arbeiterschaft zu entmachten und die bestehenden privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu sichern. Da alle drei Regime für ihre Expansionsprogramme die Industrie zum Verbündeten gewinnen mußten, vermochte die Wirtschaft in dieser "mésalliance", allerdings mit dem Verzicht auf offene politische Tätigkeit, ihre Bestrebungen innerhalb der vorgegebenen gesellschaftlichen Strukturen zu verwirklichen. Allein das Zähmungskonzept der Industrie, nämlich den "faschistischen" Programmen die sozialistischen Zähne zu ziehen, sollte aufgehen und in Japan als dem industriell rückständigsten Land sogar zu einer während des Krieges indirekt ausgeübten Regierungskontrolle seitens der Wirtschaft führen. Das Bündnis von Kapitalismus und "Faschismus" bedeutete Gewinn für beide: Die Industrie wies in allen drei Ländern hohe Zuwachsraten bei einem bislang unbekannten Konzentrationsgrad auf; die "faschistischen" Regime fanden ihren Machtanspruch durch die Unterstützung der Industrie gestärkt. Die Wirtschaft, bald auf eine zweckgerichtete Rüstungsproduktion konzentriert, wurde in allen drei



⁴¹ De Felice, Interview S. 40ff. Zur Haltung der organisierten Nationalisten, der 1910 gegründeten Associazione Nationalista Italiana, gegenüber dem aufkommenden Faschismus siehe den Aufsatz von Wilhelm Alff, Die Associazione Nationalista Italiana von 1910, in: Ders., Der Begriff des Faschismus und andere Aufsätze zur Zeitgeschichte, Frankfurt am Main 1971, S. 51–95. Auch Amendola (Anm. 14), S. 24ff., datiert die Entstehung des Faschismus auf die Zeit unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg, da die Nationalisten sich in Reaktion auf innergesellschaftliche, durch die Industrialisierung bedingte Spannungen formiert und ihre expansiv-imperialistischen Lösungsvorschläge den Faschisten als außenpolitisches Programm hinterlassen hätten.

⁴² Maruyama (Anm. 27), S. 68ff., Martin, Faschismus in Japan? (Anm. 22, Sonderheft 8, Historische Zeitschrift, S. 209–220).

Ländern funktional den Zielen einer mit militärischen Mitteln verfolgten Expansion untergeordnet, gewann jedoch einen jeweils unterschiedlichen Einfluß auf den Kurs zum Krieg und auf dessen Führung. Blieb im nationalsozialistischen Deutschland wegen der radikalen Ausprägung der Ideologie und strukturimmanenter wirtschaftlicher Zwänge der Primat der Politik im wesentlichen gewahrt⁴³, so bestand in Italien eher eine Gleichberechtigung beider Seiten⁴⁴, während in Japan die Industrie ab etwa 1941 ein leichtes Übergewicht bekam und maßgeblich auf die Art und Weise der Kriegseröffnung einwirkte⁴⁵.

Der jeweilige Inhalt der Sicherungsgesetze spiegelt daher ebenso "faschistische" Ziele wider wie politische Restaurationsbestrebungen konservativer Eliten und läßt als eine Art Koalitionsvereinbarung auch Rückschlüsse auf die Intensität der von den Faschisten meist geschürten staatspolitischen Krisensituation zu, in der die Gesetze entstanden. Die Diktatur Hitlers wurde durch die Notverordnung des Reichspräsidenten zum "Schutz von Volk und Staat", die sog. Reichstagsbrandverordnung, in viel stärkerem Maße abgesichert als durch das Ermächtigungsgesetz, das diese diktatorischen Dekrete lediglich abschloß. Die Aufhebung der Grundrechte lieferte den Bürger der Willkür der Staatsorgane gleichermaßen aus wie dem illegalen Terror vom Säuberungskommandos der NS-Bewegung. Das in der Verordnung verankerte Recht, in Befugnisse der Länderregierungen einzugreifen, suspendierte den föderativen verfas-

⁴⁵ Bernd Martin, Japans Kriegswirtschaft 1941-1945, in: Kriegswirtschaft und Rüstung 1939-1945, hrsg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann, Düsseldorf 1977, S. 256-286.



⁴³ Die These von Tim Mason, Der Primat der Politik. Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument 8 (1966), S. 473–493, trifft für die Jahre 1933 bis 1938 im großen und ganzen zu. Hingegen haben zentrale Referate auf dem internationalen Kongreß "Sozialer Wandel im Zweiten Weltkrieg – Achsenmächte und besetzte Gebiete" in Bielefeld (14.–18. Juni 1979) ergeben, daß die Industrie seit dem "Anschluß" Österreichs und der "Arisierung" der Wirtschaft das übliche Maß profitorientierter Partizipation mit dem Regime überschritt und zum ökonomischen Vorreiter einer politischen Stabilisierung des NS-Systems wurde. Ob von einem "staatsmonopolistischen Kapitalismus" gesprochen werden kann, um das reibungslose Ineinandergreifen von großindustriellen Unternehmen, Militärverwaltung, Parteispitzen und konservativen, bürokratischen Eliten bei der wirtschaftlichen Okkupation der west- und nordeuropäischen Gebiete zu kennzeichnen, erscheint schon mit einem Blick auf das andersartige Vorgehen und manifeste Gegeneinander bei der Besetzung slawischer Länder umstritten. Die Beiträge werden unter dem Titel Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel, hrsg. von Wazlaw Dlugoborski, in der Reihe "Historische Perspektiven" 1981 in Göttingen verlegt.

⁴⁴ Karin Priesner, Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, Köln 1972. Ferner die Darstellungen von R. Sarti (Anm. 30) und Petersen (Anm. 30). Auch Ernst Nolte, Die "herrschenden Klassen" und der Faschismus in Italien, in: Schieder (Anm. 8), S. 183–203. Das Problemfeld Aufrüstung-Industrie-faschistische Expansion ist bislang ungenügend erforscht. Vgl. die Aufsätze von Angela Raspin, Wirtschaftliche und politische Aspekte der italienischen Aufrüstung Anfang der dreißiger Jahre bis 1940, in: Forstmeier/Volkmann (Anm. 23), S. 202–221, und Giorgio Rochat, L'esercito e il fascismo, in: Guido Quazza (Hrsg.), Fascismo e Società Italiana, Turin 1973, S. 89–123. Nach einer Aufstellung von Rochat lagen die Militärausgaben des italienischen Staates zwischen 1929 und 1934 bei 27% des Gesamthaushaltes, 1935–1938 bei 21% und 1939–1940 bei 20%. Doch muß vermutlich zumindest ein Teil der staatlichen Ausgaben für die Wirtschaft, in den entsprechenden Zeiträumen 15, 10 und 35%, bei den Militärausgaben miteinbezogen werden.

sungsmäßigen Reichsaufbau und hob die Allgewalt der Berliner Regierung hervor. Die Koalition der nationalen Erhebung scheute sich nicht, die Todesstrafe allen anzudrohen, die sich ihren Anweisungen zu widersetzen wagten, und führte zudem mit einem Federstrich die seit 1926 de facto ausgesetzte Todesstrafe^{45a} für Hochverrat und Aufruhrdelikte wieder ein. Mit den drei Wochen später eingesetzten Sondergerichten wurde organisatorisch und verfahrensrechtlich ein spezieller Justizapparat zur Aburteilung sogenannter politischer Straftäter geschaffen. Diese Sondergerichtshöfe arbeiteten unter Leitung eines Vorsitzenden nach einer vereinfachten Strafprozeßordnung und erniedrigten mit ihren Schnellverfahren und der Zahl der noch 1933 allein wegen Hochverrats abgeurteilten 3853 Personen⁴⁶ die Justiz zum Büttel der Nationalsozialisten. Die Selbstaufgabe der deutschen Justiz, die staatspolitische Verläßlichkeit und Härte demonstrieren zu müssen meinte, schlug sich in der erschreckenden Zahl von annähernd 12000 Todesurteilen nieder⁴⁷, die von ordentlichen Gerichten in der Zeit von 1938 bis 1944 ausgesprochen und in der Regel vollstreckt wurden. Die Erweiterung der Tatbestände, auf die mit Todesstrafe erkannt wurde, von 3 im Jahre 1932 auf 46 im Jahre 1943 verdeutlicht den wachsenden Terror des Regimes und den Eifer der zu seinem verlängerten Arm gewordenen Justiz. Das ebenfalls noch vor dem Ermächtigungsgesetz im Rahmen einer Notverordnung erlassene "Heimtückegesetz" öffnete politischer Bespitzelung und Denunziation alle Türen. Eine vergleichbare massive terroristische Einschüchterung des Einzelnen wie des gesamten Volkes und eine so rücksichtslose Mordjustiz wie im Deutschen Reich hat es weder in Italien noch in Japan gegeben. Die Radikalität der nationalsozialistischen Ideologie, die Schärfe der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Krise im Reich und die entsprechend tiefverwurzelte Furcht der konservativen Eliten vor einem revolutionären Umsturz von Links fielen im Terror des nationalsozialischen Regimes zusammen. Nur der Nationalsozialismus erhob gegenüber seinen Anhängern in der Bewegungsphase jenen Totalitätsanspruch, der nach der Machtübernahme rücksichtslos auf das gesamte Volk ausgeweitet wurde.

Demgegenüber beschränkte sich Mussolinis politische Rolle auf die eines – wenn auch zeitweise dominierenden – Teilhabers an einem komplexen Machtkartell, das neben den faschistischen Organisationen die Monarchie, die Kirche und den Verband der Industriellen umfaßte. Die Koalition in Italien war gleichgewichtiger angelegt; dem Duce und seiner Partei wurden zwar leitende Funktionen übertragen, doch einen totalitären Anspruch des Staates gegenüber dem einzelnen Bürger vermochten die Faschisten, obwohl sie ihn lauthals postulierten, nie in die Tat umzusetzen. Es bedurfte schon einer staatsgefährdenden, von den Faschisten genutzten Krise (Matte-



⁴⁵a Hinrichtungen wurden nur noch bei bestimmten Fällen von Mord vollzogen, 1927 an sechs, 1928 an zwei, 1929 an keiner, 1930 an einer und 1932 an vier Personen (Großer Brockhaus, 1934).

⁴⁶ Siehe das Kapitel "Recht und Justiz" bei Martin Broszat, Der Staat Hitlers, München 1969, S. 403–422. Insgesamt weist die politische Kriminalstatistik allein für 1933 11 156 Verfahren und 9529 rechtskräftige Urteile aus (S. 408).

⁴⁷ Ebenda, S. 420: Von 23 im Jahre 1938 bestätigten Todesurteilen auf 4438 im Jahre 1943 und 2015 für den Zeitraum Januar bis August 1944.

Bernd Martin

70

otti-Krise), um die traditionellen Gewalten, vorab die Monarchie, dazu zu bewegen, den Duce zum nur dem König verantwortlichen Regierungschef zu bestellen. Das Parlament ging seiner Kontrollfunktionen gegenüber dem Kabinett verlustig, behielt aber, wenn auch in einem komplizierteren Verfahren, vorerst das Gesetzesrecht bei, bis es schrittweise völlig entmachtet und 1938 abgeschafft wurde. Bedeutete dieser Staatsstreich Mussolinis auch den ersten Schritt zum korporativen Staat und damit zur Entmachtung der Volksvertretung, so sind weder Vorgehen noch Begleitumstände mit den ersten Maßnahmen der Regierung Hitler zu vergleichen. Sozialisten und Kommunisten hatten in Italien nach vierjähriger faschistischer Herrschaft immer noch ihre Plätze in der Abgeordnetenkammer inne, in Deutschland saß der Großteil von ihnen bereits einen Monat nach dem Machtantritt Hitlers in meist "wilden" Konzentrationslagern. Entsprechend maßvoll fiel auch das italienische Dekret über die öffentliche Sicherheit⁴⁸ aus, das vom Inhalt her verschärfte Vollmachten für die Polizei bei der Überwachung politisch verdächtiger Personen brachte. Als Höchststrafe war eine Inhaftierung bis zu sechs Monaten vorgesehen. Zugleich enthielt das Dekret Ausführungsbestimmungen über die Verbannung politischer Gegner, die innerhalb der italienischen Regierungshoheit, im Mutterland oder in den Kolonien, vollzogen wurde und eine Höchstzeit von fünf Jahren nicht überschreiten durfte. Vor allem dieser altrömischen Maßnahme bediente sich das faschistische Regime, um sozialistische und kommunistische Gegner politisch mundtot zu machen. Mordeten die Nationalsozialisten allein etwa 20000 Angehörige der KPD⁴⁹, so überlebten zur gleichen Zeit in Italien die Kommunisten in abgeschiedener Verbannung⁵⁰ und warteten auf ihre Rückkehr in die Politik, die 1943 mit der Kapitulation Italiens ermöglicht wurde. Auch der mit Sondergesetz geschaffene Sondergerichtshof⁵¹ ist kaum als die Zwingburg eines totalitären Staates anzusehen. Politische Vergehen wurden ab 1926 von einem Gericht geahndet, das von seiner Zusammensetzung und dem Prozeßverfahren her ein Militärgericht darstellte. Doch bis zu seiner Auflösung im Jahre 1943 sprach dieser politische Gerichtshof bei insgesamt 5319 Verfahren nur 29 Todesurteile und sieben lebenslängliche Haftstrafen aus⁵². Die italienische Justiz machte sich selbst in der Robe

⁵² Adriano Dal Pont, Alfonso Leonetti, Pasquale Maiello und Lino Zocchi, Aula IV. Tutti i processi del tribunale speciale fascista, Rom ²1962, Neuauflage Mailand 1976. Die Autoren waren alle Opfer dieses Gerichtshofes und bestätigen das eher milde zu nennende Vorgehen der Sonderjustiz. Amendola, S. 132, behauptet, daß etwa 4500 der Verurteilten Kommunisten gewesen seien, führt aber keinen Beleg an.



⁴⁸ Delzell (Anm. 18), S. 64ff. ⁴⁹ Horst Duhnke, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972, S. 525. Zu den Verbannungsstätten siehe die Bemerkungen von Amendola (Anm. 14), S. 18, der selbst verbannt war. Ferner Tannenbaum, S. 141f., und Dante L. Germino, The Italian Fascist Party in Power. A Study in Totalitarian Rule, New York 1971 (Erstausgabe 1959). Die Darstellung versucht den italienischen Faschismus, entsprechend dem Totalitarismuskonzept von C. Friedrich, als totalitäres Staatswesen zu interpretieren und überzeichnet von diesem Ansatz her vermutlich die Verhältnisse in den Lagern (S. 141f.). Ein subjektives Erinnerungswerk: Ignazio Silone, Bread and Wine, London 1936.

⁵¹ Delzell (Anm. 18), S. 67–70: Gesetzestext in englischer Übersetzung. Vgl. auch Germino, S. 117ff., über die politische Polizei, OVRA (Opera Volontaria per la Repressione Antifascista) und den Sondergerichtshof.

von Militär-(-Laien)richtern nicht zum Erfüllungsgehilfen faschistischer Machtpolitik⁵³.

Vergleichsweise am harmlosesten nehmen sich die japanischen "Friedensgesetze", in Wirklichkeit politische Polizeiverordnungen, aus und unterstreichen die relative Geschlossenheit von Volk und Regierungsoligarchie in Tokio. Der allgemeine Konsens über die Ziele einer nationalen Politik war in Japan noch größer als in Italien, die in Deutschland in den sozialistischen Parteien vorhandene ernsthafte Opposition fehlte in Japan völlig. Auf Anregung der Parlamentarier, die sich nach dem Ersten Weltkrieg als korrupte Honoratiorenschicht ein Mitspracherecht bei der Bildung von Parteikabinetten erworben hatten, sollten das Innen- und Justizministerium gemeinsam ein Gesetz ausarbeiten, das als begleitende Maßnahme zum allgemeinen Wahlrecht gedacht war und auch die Funktion hatte, die bestehende Parteienlandschaft und die Pfründe der Abgeordneten vor unliebsamen sozialistisch-kommunistischen Eindringlingen zu sichern. Das im Mai 1925 erlassene Gesetz fand denn auch die ungeteilte Zustimmung der Parlamentarier quer durch alle Parteien⁵⁴. Es stellte Bestrebungen, das auf den Kaiser ausgerichtete nationale System (kokutai) zu zerstören - was mit einem Angriff auf die bestehende private Eigentumsordnung gleichgesetzt wurde -, unter eine Höchststrafe von 10 Jahren Gefängnis. Schon in dieser Erstfassung wurde Straffreiheit all den Delinquenten zugesagt, die sich freiwillig den Behörden stellen würden. Aus einem gesamtgesellschaftlichen Selbstverständnis, das Japan als eine um den Kaiser gescharte große Familie ansah, erschienen Linksintellektuelle oder gar Kommunisten als Irregeleitete, die nur mit sanftem Druck des Staates auf den rechten Weg zurückgeführt werden müßten. Oppositionelle Kräfte in Japan wurden weder wie in Deutschland kriminalisiert oder physisch vernichtet noch wie in Italien aus der faschistischen Gemeinschaft ausgeschlossen, sondern zwangsweise in die Gesellschaft reintegriert. Strafen bedeutete Resozialisieren. Von etwa 66000 im Zeitraum von 1925 bis Kriegsbeginn verhafteten Personen wurden nicht einmal zehn Prozent (5500) vor den Ankläger geführt, da die meisten von ihnen bereits im Polizeigewahrsam ihre "Irrlehren" widerriefen55. Insgesamt beugten sich von den subversi-



⁵³ Das Sondergericht war imgrunde ein Kriegsgericht. Es setzte sich aus einem Präsidenten, der einen Generals- oder Admiralsrang in den Streitkräften oder der Miliz bekleiden mußte, und fünf Milizoffizieren im Range eines Konsul sowie einem bzw. mehreren Vizepräsidenten, im Range von Generälen bzw. Admirälen, zusammen. Es unterstand dem Kriegsminister; Verfahren und Strafmaß wurden weitgehend durch das Militärstrafgesetzbuch bestimmt. Todesstrafe konnte nunmehr auf Vergehen nach §§ 104, 107, 108, 120, 252 (Verschwörung gegen den Staat, Geheimnisverrat, Aufruhr) erkannt werden; vgl. die Originaltexte in Luigi Franchi (Hrsg.), Codice Penale e di Procedura Penale, Mailand 1908. Doch nach § 6 des Gesetzes über den Sondergerichtshof stand es im Ermessen der Richter, die Todesstrafe durch eine Haftstrafe von 15 bis 30 Jahren zu ersetzen. Von dieser Möglichkeit wurde anscheinend häufig Gebrauch gemacht.

Die Integrität der italienischen Justiz und ihrer Richter, die der Partei angehören mußten, bestätigt auch Tannenbaum, S. 72.

⁵⁴ Peter Duus, Party Rivalry and Political Change in Taisho Japan, Cambridge, Mass. 1968, S. 205.

⁵⁵ Mitchell (Anm. 38), S. 142f., und Kazuko Tsurumi, Social Change and the Individual. Japan Before and After Defeat in World War II, Princeton 1970, S. 41ff.

72 Bernd Martin

ver Tätigkeit überführten Personen über 95% dem Druck einer Gesellschaft, in der Ostrazismus als eine schlimmere Strafe galt als ein Todesurteil. Obwohl die "Friedensgesetze" bereits 1928 auf illegale Aktionen von Gruppen erweitert wurden und für Rädelsführer die Todesstrafe vorsahen, verurteilten die Gerichte nur wenige, nicht zum Widerruf bereite Personen. Todesurteile ergingen - bis auf eines - nicht, um keine Märtyrer zu schaffen⁵⁶. Die Höchstzahl vorgenommener Verhaftungen lag im Jahre 1933 und führte zu einer erneuten Revision des Gesetzes. Nunmehr wurde, vermutlich nach dem Vorbild Deutschlands und Italiens, auch in Japan eine zeitlich begrenzte Schutzhaft erlaubt und die Überwachung politisch verdächtiger Personen intensiviert. Die Schutzhäftlinge wurden jedoch nicht in Konzentrationslagern dem Versuch zur Brechung ihrer menschlichen Substanz unterworfen, sondern zur gesellschaftlichen "Bewährung" Stätten altjapanischer Tradition, Tempeln und Hospitälern, überantwortet. Eine schriftliche Anerkennung der Göttlichkeit des Tenno war ab 1940 verbindlich vorgeschrieben, um die Freiheit in der geschlossenen japanischen Gesellschaft wiederzuerlangen. Die japanische militarisierte Oligarchie hielt jedoch in Anbetracht des bevorstehenden Krieges mit dem Westen die bestehenden Gesetze nicht für ausreichend, um westlich-individualistisches Gedankengut vollständig zu unterdrücken. Daher wurden auch in Japan ab Mai 1941 die bürgerlichen Grundrechte weiter eingeschränkt und gesonderte Abteilungen im Justizwesen geschaffen, die politische Verfehlungen zu ahnden hatten. Doch während des Pazifischen Krieges schlugen sich auch kommunistische Renegaten für den Kaiser; nur 37 "unverbesserliche" Kommunisten waren z. B. im Jahre 1943 zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Schärferer Terror erübrigte sich in Japan, da sich die Bevölkerung mit dem Regierungssystem auch in der militarisierten Form voll identifizierte. Dennoch stärkten die "Friedensgesetze", die übrigens gegen rechtsradikale Verschwörungen äußerst selten angewandt wurden, die Allmacht der Bürokratie und ebneten einer militaristischen Bewegung die Bahn zur politischen Machtübernahme. An westlichen Maßstäben gemessen, stellte Japan ein geschlossenes, diktatorisches Herrschaftssystem dar, das jedoch von den Japanern selbst nicht als Eingriff in gewohnte kollektive Verhaltensnormen empfunden wurde.

Resümee: Unzulänglichkeit des Gattungsbegriffs Faschismus

Ein Faschismusbegriff, der Terror zum konstitutiven Element eines jeden faschistischen Regimes erklärt, trifft daher lediglich für Deutschland zu, überzeichnet die Machtausübung des italienischen Faschismus und geht vollends an der historischen Wirklichkeit in Japan vorbei. Faschismus als übergeordneter Gattungsbegriff eignet

⁵⁶ Lediglich Hotsumi Ozaki, der Informant des deutschen Spions Richard Sorge, wurde während des Krieges als einziger japanischer Zivilist von einem ordentlichen Gericht zum Tode verurteilt und hingerichtet; Saburo Ienaga, The Pacific War. World War II and the Japanese, 1931–1945, New York 1978 (japanische Erstveröffentlichung 1968), S. 113. Zur Sorge-Affäre: Chalmers Johnson, An Instance of Treason. Ozaki Hotsumi and the Sorge Spy Ring, Stanford 1964.



sich mithin allenfalls für die Bewegungsphasen der drei genuin entstandenen, gemeinhin so genannten Faschismen in Deutschland, Italien und Japan. Als umfassender Begriff für die Regimephasen trägt der Ausdruck hingegen nicht und kann der völlig unterschiedlichen Herrschaftsabsicherung nicht gerecht werden. Einen deutschen Faschismus zu konstatieren läuft daher - wie K. D. Bracher betont hat - nur zu leicht auf eine Bagatellisierung des Nationalsozialismus hinaus⁵⁷. Werden die rassistisch begründeten Vernichtungsmaßnahmen gegen Juden und Slawen, die allein der Nationalsozialismus kannte, noch unter den Faschismusbegriff subsumiert, führt selbst die Bezeichnung "Extremfaschismus"58 zu einem verzerrten Bild, zur gewaltsamen Vereinigung inkommensurabler Größen. Schon der Vergleich der Herrschaft Mussolinis mit der des deutschen "Führers" hinkt beträchtlich und kann empirischen Untersuchungen, wie sie hier nur in aspekthaften Überlegungen angedeutet werden konnten, nicht standhalten. Eine Einbeziehung Japans als der dritten Macht des "weltpolitischen Dreiecks" in diesen Vergleich entleert den Sammelbegriff Faschismus für die historische Sicht vollends und reduziert ihn in der Formel des Antifaschismus auf eine tagespolitische Kampfparole in einer damals wie heute lediglich gegen den Kapitalismus geführten Auseinandersetzung. Es würde daher der historischen Wirklichkeit wie auch dem historischen Selbstverständnis der damaligen Regime in Berlin, Rom und Tokio besser entsprechen, den abgegriffenen Faschismusbegriff aufzugeben. Statt dessen sollte das Hitler-Regime als nationalsozialistisch, das italienische Regime des Duce als "faschistisch" im Sinne seiner römisch-antiken Grundierung und die japanische Herrschaftsordnung als restaurativ-antiwestliches System mit für den Westler objektiv faschistischen Zügen, die indes subjektiv von den Japanern nicht als solche empfunden werden konnten, charakterisiert werden.

58 Kühnl (Anm. 12).



⁵⁷ Karl Dietrich Bracher, Julius Leber, in: H. J. Schultz (Hrsg.), Der zwanzigste Juli – Alternative zu Hitler, Berlin 1974, S. 153. Ders., Kritische Betrachtungen zum Faschismusbegriff, in: Ders., Zeitgeschichtliche Kontroversen. Faschismus, Totalitarismus, Demokratie, München ²1976. Auch Maruyama (Anm. 27), Ishida (Anm. 1) und Ienaga (Anm. 56), S. 112ff., grenzen den Nationalsozialismus als Terrorregime und Mörder ganzer Völker eindeutig von der japanischen Variante des "Faschismus" ab. Vgl. auch die von De Felice (Anm. 1), S. 89ff., betonten grundlegenden Unterschiede zwischen Faschismus und Nationalsozialismus sowie die Ausführungen von Amendola (Anm. 14), S. 18: "Warum sollten wir also das Bild eines totalitären, dem Nazismus ähnlichen Faschismus vermitteln, eines Faschismus, der seine Gegner vernichtete?" S. 156: "Zwischen beiden bestehen m.E. tiefgreifende Unterschiede. Es fällt mir schwer, im Faschismus einen besonderen Strukturtypus staatlicher Macht zu sehen, wie es heute geschieht. Zwei Möglichkeiten bieten sich an: Entweder man akzeptiert einen Ansatz, den wir überwunden haben, demzufolge der Faschismus eine Etappe ist, die der Imperialismus zwangsläufig auf dem Weg zur proletarischen Revolution durchläuft; oder aber man akzeptiert den anderen Ansatz, der von dem spezifischen Charakter eines jeden Faschismus ausgeht ... und der im Faschismus jeweils den Ausdruck einer bestimmten historischen Entwicklung sieht."

<u>Miszellen</u>

SEEV GOSHEN

EICHMANN UND DIE NISKO-AKTION IM OKTOBER 1939

Eine Fallstudie zur NS-Judenpolitik in der letzten Etappe vor der "Endlösung"*

Bei seinem unhaltbaren Versuch, Hitler von der Verantwortung für den nationalsozialistischen Massenmord an den Juden reinzuwaschen¹, hat sich David Irving vornehmlich auf eine Notiz Himmlers über ein Telefongespräch mit Heydrich am 30. November 1941 gestützt. Dieses Dokument vermochte ganz und gar nicht die These Irvings zu stützen, ließ aber, neben anderen, längst bekannten Zeugnissen und Fakten, erneut erkennen, daß es bei der Durchführung der Deportationen und bei den Mordaktionen, wie überhaupt in der Praxis der nationalsozialistischen Judenpolitik, zeitweilig erhebliche regimeinterne Informations- und Koordinationsdefizite gegeben hat.

Aus solchen Gründen bleibt es für die Forschung, auch wenn sie - was ganz überwiegend der Fall ist – davon ausgeht, daß Hitler die treibende Kraft der nationalsozialistischen Judenpolitik gewesen ist, eine Aufgabe, die Struktur und Genesis dieser Politik in noch ungenügend erforschten Bereichen gründlicher zu untersuchen. Die unbezweifelbare Tatsache des fanatischen nationalsozialistischen Antisemitismus und besonders die Fixierung Hitlers auf eine radikale "Lösung der Judenfrage" geben noch keine Auskunft darüber, wie und unter welchen Bedingungen die sog. "Endlösung" schließlich ins Werk gesetzt wurde. Wenn der neuernannte Reichsinnenminister Frick schon im Februar 1933 erklärte, "der Name Hitler ist genug (nationalsozialistisches) Programm"², so galt das in der Folgezeit in besonderem Maße für die Judenpolitik. Aber es bleibt gleichwohl zu fragen, welches die entscheidenden Etappen der Durchführung dieses "Programms" waren, und auch, inwieweit erst aus einer bestimmten späteren Situation heraus jene mörderische Konkretisierung des Endlösungsprogramms stattfand; zumindest bis 1939 war ja, nach allem was wir wissen, die NS-Judenpolitik zwar schon auf das Ziel abgestellt, Deutschland "judenfrei" zu machen, aber noch nicht - wenigstens noch nicht planvoll und bewußt - auf physische Vernichtung.

Schon für die Zeit bis 1939 gab es insofern keine völlig einheitliche nationalsozialistische Judenpolitik, als viele Nationalsozialisten in allen möglichen Rängen des Staa-



^{*} Die Beiträge von Seev Goshen und Christopher Browning führen eine Diskussion weiter, zu deren kontroversieller Auswirkung zunächst das Buch "Judenpolitik im Dritten Reich" (Düsseldorf 1972) von Uwe Dietrich Adam, dann die Studie "Hitler und die Genesis der Endlösung (VfZ, 25. Jg., 1977, S. 739–775) von Martin Broszat Anlaß gegeben haben. Die Erörterung soll durch weitere Beiträge fortgesetzt werden. K. D. Bracher/H.-P. Schwarz

¹ Vgl. David Irving, Hitler's War, London 1977.

² Vgl. Frankfurter Zeitung, 21. 2. 1933.

tes und der Partei die tödliche Ernsthaftigkeit des rassistischen Judenhasses des "Führers" nicht erkannten. Bei Hitler trat dabei auch ein ambivalenter Grundzug der Entscheidungsbildung in Erscheinung, der sich logisch nicht ohne weiteres widerspruchsfrei erklären läßt, aber doch aufgrund der Evidenz der Fakten und Dokumente nicht zu übersehen ist. Zum Wesen des Weltanschauungspolitikers Hitler, der sowohl fanatischer Ideologe wie geschickter, opportunistischer Taktiker war, gehörte es, daß er Entscheidungen in wichtigen Weltanschauungsfragen erst fällte, d. h. aber auch bisher allgemein gehaltene ideologische Zielsetzungen erst konkretisierte, wenn ihm die Zeit für ihre praktische Realisierung reif schien, daß er aber ungeduldig auf wesentliche Lageveränderungen hinarbeitete, um solche Entscheidungen zu ermöglichen.

Mit Recht ist unter diesem Gesichtspunkt auch im Zusammenhang mit der Judenpolitik auf die entscheidende Zäsur des Kriegsbeginns hingewiesen worden³. Der
Krieg wurde für Hitler zu einer qualitativ neuen Lage, die es im Rahmen der allgemeinen Akkumulation und ideologischen Sanktionierung massenhafter tödlicher Gewaltsamkeit nun erlaubte, die bisher nur potentielle tödliche Konsequenz des fanatischen
nationalsozialistischen Judenhasses bewußt zu bejahen, zu wollen und in mörderische
Praxis umzusetzen. Der Krieg war von Hitler nicht nur gewollt als Möglichkeit militärischer Machterweiterung, sondern auch als Vehikel zur "Beschleunigung" der Realisierung ideologischer Postulate. Die abstrakte Unterscheidung zwischen dem "Strategen" Hitler, der systematisch plante und fertige Vorstellungen über ideologische Endziele Stufe um Stufe zu verwirklichen suchte, und dem "Improvisator" Hitler, der erst
im Lichte realer Möglichkeiten über die Praxis-Verbindlichkeit der theoretischen
Weltanschauung konkret entschied, fällt unter diesem Gesichtspunkt als nur scheinbarer Widerspruch weitgehend in sich zusammen.

Geht man davon aus, daß der Krieg für die nationalsozialistische Judenpolitik eine quantitativ und qualitativ neue Konstellation bedeutete, so fragt sich auch, ob die kontroversen Thesen zur Datierung des Beginns des Endlösungs-Programms (schon im Sommer 1941 oder erst gegen Ende 1941) nicht an der Sache vorbeigehen, ob dadurch nicht eher verdeckt wird, daß sich die Entschlußbildung Hitlers und der in der Judenpolitik hauptsächlich federführenden Organe des NS-Regimes höchstwahrscheinlich nicht auf ein mehr oder weniger punktuelles Datum zurückführen läßt, vielmehr vermutlich eine allmähliche, prozeßhafte "Heranreifung" dieser Entschlüsse anzunehmen ist.

Einen qualitativen "Sprung" bedeutete der Kriegsbeginn für die nationalsozialistische Judenpolitik schon insofern, als der bisher – in verstärktem Maße seit der "Reichskristallnacht" – verfolgten Politik der forcierten oder erzwungenen Auswanderung infolge der bald überall geschlossenen Grenzen kaum noch Möglichkeiten offenstanden. Deshalb ventilierten die zuständigen Stellen schon unmittelbar nach dem Ende des Polenfeldzuges, noch ehe nach dem Frankreich-Krieg das Madagaskar-Projekt vorübergehend eine freilich nur theoretische Bedeutung erlangte, die Deporta-



³ Vgl. u. a. Martin Broszat, Der Staat Hitlers, München 1969, S. 432f., und Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, München 1978, S. 58 ff.

tion nach den östlichen Gebieten des besetzten polnischen Territoriums als neue Möglichkeit.

Bei der folgenden Studie über die im Oktober 1939 erfolgte Deportation einiger Tausend Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz in das "Lager" Nisko in der ehemaligen polnischen Wojewodschaft Lublin geht es um den ersten und maßgeblich von Adolf Eichmann forcierten Versuch einer solchen Deportation. Die nähere Betrachtung des Versuchs ist vor allem geeignet, Befehlsgebung und Kompetenzverteilung in dieser Phase nationalsozialistischer Judenpolitik zu erhellen. Sie wird darüber hinaus Gelegenheit geben, in Frage zu stellen, ob die 1939 begonnene Phase der Deportationsexperimente sich von der späteren Phase der – ebenfalls mit Deportation verbundenen – Vernichtungspolitik reinlich scheiden läßt. Daran knüpft sich die weitere Frage, ob die vorausgegangenen nationalsozialistischen Maßnahmen zur Forcierung oder Erzwingung der Auswanderung der Juden tatsächlich als die bis Kriegsbeginn geltende Zielsetzung nationalsozialistischer Judenpolitik angesehen werden können oder ob sich diese Zielsetzung nicht vielmehr schon vor 1939 mit anderen Intentionen überkreuzte.

Nach der "Reichskristallnacht" wurden 1938/1939 im Befehlsbereich der Sicherheitspolizei und des SD nacheinander in Wien, Prag, Berlin, Frankfurt, Breslau und Mährisch-Ostrau "Zentralstellen für jüdische Auswanderung" errichtet, außerdem entstand aufgrund einer Verordnung Görings vom 24. Januar 1939 die "Reichszentrale für jüdische Auswanderung" in Berlin. Schon die Bezeichnung dieser Zentralstellen muß den Eindruck erwecken, als habe sich das Endziel nationalsozialistischer Judenpolitik damals noch auf die Entfernung der Juden aus Groß-Deutschland beschränkt. Jedoch müssen zwei Vorbehalte gemacht werden:

- 1. Gewiß wurde zwischen 1933 und 1939 die Auswanderung von Juden vom NS-Regime gewünscht und toleriert; zeitweise schien es sogar, als fördere das Regime eine quasi zionistische Lösung. Betrachtet man die NS-Judenpolitik in dieser Zeit in ihrer Gesamtheit, so läßt sich gleichwohl kaum die These aufrechterhalten, daß die vielfältigen Aktionen der Diskriminierung und progressiven Enteignung der Juden nur dem Ziel der Auswanderung gedient hätten. Vielmehr entsteht der Eindruck, daß das Regime die Auswanderung sieht man ab von einigen kurzlebigen Transferabkommen keineswegs systematisch und mit dem ihm möglichen Nachdruck betrieben hat.
- 2. Der Kampf gegen die Juden hatte für das NS-Regime schon vor 1939 nicht nur funktionale Bedeutung im Zusammenhang mit der Auswanderung, sondern dar- über hinaus einen ideologisch motivierten Selbstzweck. Dementsprechend kollidierte auch schon vor 1939 das begrenzte Ziel, Deutschland judenfrei zu machen, mit dem umfassenderen Ziel eines weltweiten Kampfes gegen das Judentum, wie ihn die NS-Propaganda immer wieder forderte. In gewisser Weise sollte auch die Auswanderung der deutschen Juden diesem umfassenderen Ziel dienen. Wäre es dem nationalsozialistischen Regime nur darum gegangen, die deutschen Juden so schnell wie möglich loszuwerden, hätte es sich national und international in der Judenfrage sicher anders verhalten. Bezeichnend ist, daß sich Hitler von der Flucht



und Austreibung vorher mittellos gemachter Juden, deren Aufnahme im Ausland naturgemäß erhebliche Schwierigkeiten bereiten mußte, eine ihm willkommene Stärkung des Antisemitismus auch im Ausland erhoffte. Ein Anwachsen des Antisemitismus im Ausland, das Hitler bewußt seit 1938 mit besonderem Nachdruck auch auf diplomatischer Ebene förderte, mußte aber logischerweise dem Ziel einer reibungslosen Politik zur Förderung jüdischer Auswanderung im Wege stehen.

Allein diese Hinweise zeigen, daß es zu einfach wäre, den Nationalsozialisten zu attestieren, sie hätten bis zum Kriegsausbruch nur die Absicht verfolgt, Deutschland judenfrei zu machen, und erst später eine grundsätzlich andere Lösung angestrebt. Eine auf die Förderung jüdischer Auswanderung beschränkte nationalsozialistische Politik hätte sich nicht mit der von Hitler immer wieder beteuerten weltanschaulichen Prämisse in Einklang bringen lassen, daß "der Jude" der Weltfeind der gesamten arischen Rasse sei und es hierbei um einen weltweit zu führenden Kampf gehe.

Betrachtet man aber die praktische Judenpolitik des NS-Regimes, so zeichnen sich gleichwohl Stufen der Radikalisierung ab, und man kann nicht ohne weiteres davon ausgehen, daß die letzte Stufe, die physische Vernichtung, von vornherein geplant gewesen und nur zeitweilig verborgen gehalten worden sei. Umgekehrt wird man im Blick halten müssen, daß die schrittweise Radikalisierung, die sich zwischen 1938 und 1941 vollzog, von der forcierten Auswanderung zur Deportation und von der Deportation zur Vernichtung, mit unheimlicher Logik einer Tendenz folgte, die, wenn auch ihrer Konsequenzen nicht voll bewußt, in dem fanatischen und umfassenden weltanschaulichen Judenhaß der Nationalsozialisten, und zumal Hitlers, von Anfang an angelegt war.

Das Experiment der Deportation nach Nisko, das Adolf Eichmann 1939 unternahm, bildet nur einen kleinen Ausschnitt aus jener wichtigen Phase des Übergangs von der Auswanderungs- zur Endlösungspolitik. Es läßt aber charakteristische Strukturmerkmale dieser Politik und vor allem die Ambivalenz der Zielsetzung (Deportation mit dem Ziel der Schaffung eines Reservats oder Abschiebung, um den Untergang der Deportierten zu bewirken) bereits erkennen.

Die eigentliche Karriere von Adolf Eichmann, der bisher als Referent für die Judenfrage im SD-Hauptamt nur mehr oder weniger theoretisch mit jüdischen Angelegenheiten befaßt gewesen war, begann unmittelbar nach dem "Anschluß" Österreichs, als er, offenbar auf Vorschlag des in Wien eingesetzten und wie Eichmann aus Österreich stammenden Sicherheitspolizeichefs Dr. Stahlecker, zum Leiter der neuen "Zentralstelle für jüdische Auswanderung" (der ersten dieser Zentralstellen) berufen wurde. In dem kürzlich erschienenen Buch von Herbert Rosenkranz⁴ ist ausführlich dokumentiert, mit welch forschem Selbstbewußtsein und zynischem Erfindungsreichtum Eichmann sich in seiner neuen Stelle zum gefürchteten Herrn der österreichischen Juden aufschwang. Um sich in dem neuen Amt zu profilieren, war Eichmann von Anfang an bestrebt, die zum Schein aufrechterhaltene und aus Zweckmäßigkeitsgrün-



⁴ Herbert Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945, Wien 1978.

den vereinheitlichte und zentralisierte Selbstverwaltung der österreichischen Juden voll für ein forciertes Programm schneller jüdischer Auswanderung einzusetzen. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges hatten infolge dieser Politik etwa zwei Drittel der ursprünglich rund 180000 österreichischen Juden das Land verlassen. Durch Kontakte mit zionistischen Organisationen und durch die Nutzung der von ihnen organisierten illegalen Wege (mit Donauschiffen ins Schwarze Meer und von da aus nach Palästina) suchte er auch noch nach Beginn des Krieges dem Ziel, Österreich judenfrei zu machen, näherzukommen. Die besonderen Bedingungen, die in Österreich unter dem Regime des Reichskommissars Bürckel herrschten, kamen der von Eichmann auf rabiate Weise vorangetriebenen Abschiebung der Juden ebenso zugute wie die Beziehungen zum Wiener Chef der Sicherheitspolizei, Dr. Stahlecker. Als Ende Januar 1939 in Berlin die Reichszentrale für jüdische Auswanderung eingerichtet wurde, deren Geschäfte - unter der nominellen Befehlsführung von Heydrich bzw. Gestapochef Müller – durch Dr. K. Lischka geführt wurden, galt das Wiener Büro Eichmanns bereits als Musteramt. Aufgrund seiner Wiener Verdienste wurde Eichmann zum SS-Hauptsturmführer befördert und – nach Errichtung des Protektorats – im Iuli 1939 unter Beibehaltung des Wiener Amtes zum Leiter der jetzt auch in Prag errichteten "Zentralstelle" ernannt. Schon daran zeigt sich die ihm schnell zuteil gewordene Anerkennung als bewährter Praktiker und Experte für Fragen der jüdischen Auswanderung. Als sein ständiger Vertreter in Prag – und faktischer Amtschef – fungierte SS-Obersturmführer Rolf Günther.

Im Protektorat stieß Eichmann aber auf eine andere Situation als in Wien. Obwohl auch die – stärker als in Wien zionistisch orientierten – Prager Juden "auswanderungsbereit" waren, boten sich im Sommer 1939 kaum noch Auswanderungsmöglichkeiten. Seit Kriegsbeginn war dann auch die illegale Einwanderung nach Palästina (Allija bejt) zusätzlich behindert, und zwar dadurch, daß die auf Kriegsstärke gebrachte britische Flotte im Mittelmeer die Überwachung der Küsten verschärfte und fast alle illegalen Schiffe aufbrachte.

Zur gleichen Zeit aber hatten der Krieg in Polen, die Ende September 1939 zwischen Deutschland und der Sowjetunion vereinbarte territoriale Aufteilung des Landes, die verwaltungsmäßige Aufgliederung des in das deutsche Interessengebiet fallenden polnischen Territoriums und die Ablösung der deutschen Militärverwaltung durch eine von Repräsentanten der Partei geleitete "Zivilverwaltung" neue Voraussetzungen für umfassende rassen- und volkstumspolitische "Flurbereinigungen" geschaffen. Dabei standen sich von vornherein zwei Gesichtspunkte und "Probleme" im Wege. Das neugewonnene Territorium im Osten, vor allem das zunächst nicht für eine Germanisierung und förmliche Annexion durch das Reich in Aussicht genommene "Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete", schien ein willkommener "Abschiebungsraum" für die im "Großdeutschen Reich" noch lebenden Juden und andere "unerwünschte" Elemente (Zigeuner, Asoziale etc.). Schon am 28./29. September 1939, unmittelbar nachdem das Abkommen mit der Sowjetunion über die Aufteilung Polens abgeschlossen worden war und Hitler in einer Serie von Gesprächen mit Himmler, Rosenberg und den Gauleitern im Osten erste Richtlinien für die



"volkstumspolitische" Gestaltung der neuen Gebiete gab, visierte er – wie Rosenbergs anschließende Tagebuchaufzeichnung bestätigt – das Ziel an, in dem Gebiet "zwischen Weichsel und Bug das gesamte Judentum (auch aus dem Reich) sowie alle sogenannten unzuverlässigen Elemente" unterzubringen⁵.

Schon zwei Wochen vorher, am 14. September 1939, hatte Heydrich in einer Amtschefbesprechung im RSHA in bezug auf das "Judenproblem in Polen" bemerkt: "Dem Führer werden vom Reichsführer [Himmler] Vorschläge unterbreitet, die nur der Führer entscheiden kann, da sie auch von erheblicher außenpolitischer Tragweite sein werden"⁶.

Am 21. September 1939 konnte Heydrich in einer erneuten Besprechung mit den Amtschefs und den Leitern der im rückwärtigen Heeresgebiet in Polen tätigen Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD mitteilen, die "Judendeportation in den fremdsprachigen Gau" – gemeint war das Generalgouvernement – sei "vom Führer genehmigt". Auf diese Besprechung, an der auch Eichmann teilnahm, wird noch zurückzukommen sein.

Auch in der am folgenden Tage (22. 9. 1939) stattfindenden Unterredung mit dem Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, erwähnte Heydrich den Plan, "bei Krakau einen Judenstaat unter deutscher Verwaltung zu errichten, in dem auch andere unerwünschte Elemente aufgenommen werden sollen"⁷.

Wenn zu diesem Zeitpunkt das Gebiet, in das man die Juden aus den alten und neuen Reichsgebieten abzuschieben gedachte, noch sehr vage als irgendein Teil des "fremdsprachigen Gaues" (des späteren Generalgouvernements) bezeichnet wurde, so vor allem, weil noch nicht sicher war, wie die Grenze zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Gebiet in Polen definitiv abgesteckt werden würde. Als dies am 28. September 1939 in dem deutsch-sowjetischen Grenzvertrag geschehen war und die Sowjets überraschend auch die Wojewodschaft Lublin den Deutschen überließen, konzentrierte sich auf diesen südöstlichen Teil des späteren Generalgouvernements die Vorstellung, hier so etwas wie ein "Reichsghetto" für die Juden zu bilden. Schon bei der Amtschefbesprechung am 29. September 1939 sprach Heydrich davon, daß "in dem Raum hinter Warschau und um Lublin ein "Naturschutzgebiet" oder "Reichs-Ghetto" geschaffen werden soll, in dem all die politischen und jüdischen Elemente untergebracht werden, die aus den künftigen deutschen Gauen ausgesiedelt werden müssen"⁸.

Alle diese Projektionen der beabsichtigten völkischen Flurbereinigung standen wohl noch unter dem Vorbehalt, daß es mit England und Frankreich nicht doch noch zu Verhandlungen kommen würde. Nicht zuletzt deswegen hielt man damals noch die Idee eines polnischen Reststaates aufrecht. Erst als der "Friedensappell" Hitlers vom 6. Oktober 1939 ohne Reaktion bei den Westmächten blieb, erhielten die Planungen



⁵ Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs, Göttingen 1959, Eintragung vom 29. 9. 1939.

⁶ Protokolle der Amtschefbesprechungen im RSHA vom 7. September bis 14. Oktober 1939, in: SD-Hauptamt/Stabskanzlei, Institut für Zeitgeschichte, MA 433, S. 8498ff.

⁷ Akten der Abt. z. b. V. des Generalstabes des Heeres, Mikrofilm im Institut für Zeitgeschichte.

⁸ Vgl. Anm. 6.

sowohl in bezug auf die administrative Gestaltung der deutschen Herrschaft in Polen als auch in bezug auf die völkische Flurbereinigung definitivere Form. Am 7. Oktober 1939 unterzeichnete Hitler den Geheimerlaß, mit dem Himmler zum Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums ernannt und mit der Ausschaltung volksfremder und unerwünschter Elemente in den neuen Ostgauen beauftragt wurde. Am 12. Oktober wurde das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete mit Hans Frank als Generalgouverneur (und Seyß-Inquart als Stellvertreter) offiziell errichtet. Unverblümt konnte Hitler am 17. Oktober 1939 auch gegenüber dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht zur Erklärung der Notwendigkeit, die Militärverwaltung in Polen durch eine sogen. Zivilverwaltung abzulösen, die schon vorher gefaßten Beschlüsse zur völkischen Flurbereinigung bestätigen: es gelte, "das alte und das neue Reichsgebiet zu säubern von Juden, Polacken und Gesindel".

Diese von höchster Stelle seit September 1939 mehrfach wiederholten Absichtserklärungen bildeten den Hintergrund auch für die Nisko-Aktion Eichmanns, nachdem dieser, wie schon ausgeführt, nach Beginn des Krieges registrieren mußte, daß auf dem Wege der legalen oder illegalen Auswanderung die Zahl der Juden im Zuständigkeitsbereich seiner beiden Zentralstellen in Wien und Prag kaum noch nennenswert verringert werden konnte.

Eichmann hatte an der Amtschefbesprechung im RSHA am 21. September 1939 teilgenommen. Das am 27. September über diese Besprechung gefertigte Protokoll mit Teilnehmerliste weist ihn als letzten, 15. Teilnehmer aus, was seinem vergleichsweise niedrigen Rang entsprach. Daß er überhaupt zu einer Besprechung hinzugezogen wurde, die sich ausschließlich mit Maßnahmen im besetzten Polen befaßte, bestätigt allerdings die allgemeine Expertenrolle für Fragen der Auswanderung oder Abschiebung der Juden, in die er, unabhängig von seiner Kompetenz für die Zentralstellen in Wien und Prag, bereits gelangt war.

Die Judenfrage war nur eines von mehreren Themen, über die Heydrich bei der Besprechung in Berlin berichtete, und was er hierzu sagte, war – sofern man von dem sechs Tage später verfertigten Stichwortprotokoll ausgehen kann – z. T. recht unklar und nicht gerade ein Zeugnis präziser Information. Heydrich sprach von dem geplanten "fremdsprachigen Gau" (= Generalgouvernement) mit Krakau als Hauptstadt, als dessen Leiter wahrscheinlich Seyß-Inquart vorgesehen sei; er wußte also noch nichts von der bereits erfolgten Emennung Hans Franks. Besonders vage und schwerverständlich ist die Protokollpassage

"die Judendeportation in den fremdsprachigen Gau, Abschiebung über die Demarkationslinie ist vom Führer genehmigt".

Waren hier zwei Stadien einer Aktion – erst Deportation in das Generalgouvernement, dann Abschiebung über die deutsch-sowjetische Demarkationslinie – gemeint oder alternative bzw. parallele Aktionen? Ist es vorstellbar, daß Hitler, dem damals noch viel an ungetrübten Beziehungen mit der Sowjetunion lag, glaubte, die tatsächlich versuchte Abschiebung von Gruppen polnischer Juden über diese Demarkations-



⁹ Nürnberger Dokument PS-864.

linie zu einer Massenaktion der Abschiebung ausweiten zu können? Betrachtete Heydrich selbst dies als eine reale Möglichkeit?

Ebenso unpräzise ist am Schluß des Protokolls die von Heydrich verfaßte "Zusammenfassende Anwendung" formuliert. Wir lesen hierin:

- "a) Juden so schnell wie möglich in die Städte
- b) Juden aus dem Reich nach Polen
- c) die restlichen 30000 Zigeuner auch nach Polen
- d) Systematische Ausschickung der Juden aus den deutschen Gebieten mit Güterzügen ..."

Mit "Polen" war wohl "fremdsprachiger Gau" gemeint. Punkt d) bezog sich offenbar auf die für eine Eindeutschung und Eingliederung in das Reich vorgesehenen ehemals polnischen Westgebiete, sonst wäre Punkt b) kaum verständlich.

Daß es sich schließlich nicht um eine "Anordnung" im eigentlichen Sinn, sondern um eine Mitteilung von allgemeinen Richtlinien handelte, geht aus dem Schnellbrief Heydrichs hervor, der am gleichen Tage den Amts- und Einsatzgruppenchefs übersandt wurde. Dieser Schnellbrief, dessen Wortlaut ein wenig mehr Verwaltungsroutine verrät, befaßt sich nur mit den geplanten antijüdischen Maßnahmen. Er erläutert und konkretisiert die Richtlinien. Die Präambel unterscheidet zwischen dem "streng geheim zu haltenden Endziel" der "geplanten Gesamtmaßnahmen" und den vorgesehenen Abschnitten der Verwirklichung. Der detaillierte Schnellbrief weist darauf hin, daß bei den Maßnahmen zur Abschiebung der Juden wirtschaftliche Interessen zu berücksichtigen seien und eine Abstimmung mit der zivilen und militärischen Verwaltung erfolgen müsse, daß es einer gründlichen Vorbereitung auch der "Sofortaktionen" bedürfe, Überlegungen über die praktischste Form der Durchführung durch die Einsatzgruppenchefs anzustellen seien und über den Stand der Vorbereitung eine laufende Berichterstattung zu erfolgen habe.

Auch dieser Schnellbrief ordnete - abgesehen von statistischen und anderen Erhebungen - noch nicht die Ingangsetzung von Aktionen an, sondern wollte lediglich ihre Durchführung in nächster Zukunft sicherstellen. Dabei waren die Chefs der Einsatzgruppen sogar ausdrücklich angewiesen, auch vor der Durchführung "unproblematischer Einzelmaßnahmen" an den Chef der Sicherheitspolizei (Heydrich) zu berichten und seine Genehmigung einzuholen (vgl. Punkt III.4). Sogar die in der mündlichen Besprechung am 21. September getroffene Feststellung Heydrichs, in den besetzten polnischen Gebieten sei "der jüdische Kleinsiedler" innerhalb der nächsten 3 bis 4 Wochen in die Städte zu verbringen, erscheint in dem Schnellbrief nur als allgemeine Richtlinie und unter dem Vorbehalt der Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen. Schließlich aber vor allem: Der Schnellbrief erwähnte nicht die - auch im Protokoll der Sitzung nicht vermerkte, wohl aber in der diesem Protokoll beigegebenen vertraulichen "Zusammenfassenden Anweisung" genannte - systematische "Ausschickung" von Juden "in Güterzügen". Der Grund scheint gewesen zu sein: Diese geplante "Ausschickung" war das – damals noch "bescheidene" – Endziel, das streng geheimgehalten werden sollte, sowohl aus außenpolitischen Gründen wie vor allem, um jede



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Panik unter den Betroffenen zu vermeiden, zumal Himmler als künftiger "Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums" aus den "eingegliederten Ostgebieten" ja nicht nur die Juden, sondern auch Polen nach dem Generalgouvernement abschieben wollte – "Juden und Polacken", wie Hitler sich Keitel gegenüber am 17. Oktober 1939 ausdrückte.

Wie "bescheiden" dieses damalige Endziel tatsächlich war, muß freilich in Frage gestellt werden. Was bedeutete es, wenn Heydrich (was auch Best, obwohl er sich als Gegenspieler Heydrichs empfand, noch nach 1945 bestätigte) damals "nur an Umsiedlung" dachte? Wußte er nicht, daß die geplante Deportation für einen Großteil der Juden unter den gegebenen Umständen im übervölkerten, an sich schon armen, jetzt zusätzlich durch den Krieg verwüsteten "fremdsprachigen Gau" Verurteilung zu einem langsamen, aber sicheren Untergang bedeuten mußte? War es nicht zumindest dieser dolus eventualis des physischen Zugrundegehens, der Hitler, Himmler, Heydrich etc. bewußt oder halb-bewußt mitbewegte, wenn sie in oft zynischen Ausdrükken das Ziel einer gigantischen "Verschickung" der Juden in den "fremdsprachigen Gau" anvisierten und in allgemeine Richtlinien umsetzten? War Hitlers "Genehmigung" des Plans einer Deportation aller Juden aus den alten und neuen Reichsgebieten, auf die sich Heydrich am 21. September 1939 berufen konnte, nicht schon Bejahung des dadurch verursachten Massentodes¹⁰?

Für Eichmann bedeuteten Heydrichs Mitteilungen eine grundsätzliche, ihn erlösende Umstellung: Anstelle der allen Anstrengungen zum Trotz bedeutungslos gewordenen Auswanderung trat Deportation - auch "Umsiedlung" genannt - als neuer Aufgabenkreis. Er scheint nach der Besprechung zunächst in Berlin geblieben zu sein, wahrscheinlich aus folgendem Grund: Das Verhältnis zwischen seiner offiziellen und seiner faktischen Kompetenz bedurfte in dieser Zeit der Klärung; es ist möglich, daß er damals schon an die Übernahme der von Dr. Lischka als de-facto Geschäftsführer geleiteten "Reichszentrale für jüdische Auswanderung" dachte, dies aber noch nicht erreichte. Tatsächlich hat sich Eichmann in dem von ihm geführten Schriftverkehr Ende September/Anfang Oktober 1939 noch nicht als Inhaber dieses Amtes bezeichnet. Auch der Protokollvermerk über die Amtschef-Besprechung vom 6. Oktober 1939, in der Eichmann in der Teilnehmerliste "für jüdische Auswanderungszentrale" fungiert, gibt keine sichere Aufklärung. Eichmann selbst erwähnte erst am 19. Dezember 1939, daß er die Leitung (nicht Geschäftsführung) der Reichszentrale übernommen habe. Wahrscheinlich ist mithin, daß er am 21. September 1939 offiziell nur Leiter der Wiener und der Prager Zentralstelle und ihrer Nebenstelle in Mährisch-Ostrau war und als Vertrauensmann Heydrichs zugezogen wurde, vielleicht als Beloh-

¹⁰ Bezeichnend sind in diesem Zusammenhang Äußerungen, die schon am 29. 11. 1939 auf einer Kreisleitersitzung in Radom (Generalgouvernement) gemacht wurden: "Mit den Juden ist nicht viel Federlesens zu machen, je mehr sterben, desto besser." Vgl. Faschismus – Getto – Massenmord, hrsg. v. Jüd. Hist. Inst. Warschau, Berlin 1961, S. 46. Ebenso bemerkenswert die Äußerung von Distriktgouverneur Schmidt (Generalgouvernement), der die Gegend von Lublin als Judengebiet empfahl, da das sumpfige Klima zur Dezimierung führe; Nürnberger Dokument PS-2278, S. 95.



nung dafür, daß er – worauf noch zurückzukommen ist – Heydrich das erste Deportationsprojekt unterbreitet hatte. Wie dem auch sei, bei der Besprechung vom 21. September waren noch keine konkreten Befehle erteilt worden, und das Fernschreiben vom gleichen Tage hatte für den ehrgeizigen Eichmann vor allem einen Schönheitsfehler: Er war nicht unter den Adressaten.

Wie andere an der "Flurbereinigung" interessierte SD-Stellen mag sich Eichmann zu eigener - unkoordinierter - Aktivität auch noch dadurch besonders herausgefordert gefühlt haben, daß sich die Heeresführung wieder einmal "querlegte". Als Generalquartiermeister Oberst Eduard Wagner im OKH den Text des Heydrich-Fernschreibens vom 21. September 1939 erhielt, weigerte er sich, diesen weiterzulesen. Nach einer u. a. deswegen nötig gewordenen Unterredung zwischen Himmler und Brauchitsch mußte Heydrich einen Rückzieher machen. Erst ein kosmetisch veränderter Text wurde vom OKH akzeptiert und am 1. Oktober 1939 weitergeleitet. Die Veränderung hatte für Eichmann, wie sich zeigen sollte, aber auch eine positive Wirkung. Hieß es in dem Schnellbrief vom 21. September, als die neue Demarkationslinie noch nicht festgelegt war, "das Gebiet, welches östlich von Krakau beginnt" und "umgrenzt" wird "von Polaniec, Jaroslaw, der neuen Demarkationslinie und der bisherigen slowakisch-polnischen Grenze", gehöre als unmittelbares Operationsgebiet des Heeres noch nicht zum Aktionsgebiet der im Süden Polens eingesetzten Einsatzgruppe I der Sicherheitspolizei und des SD, so war diese Beschränkung in dem neuen Fernschreiben vom 1. Oktober 1939 aufgehoben. Auch dieser Teil des polnischen Gebietes, der z. T. von Truppen der Roten Armee besetzt worden war und erst nach dem 28. September unter deutsche Hoheit geriet, gehörte nunmehr zum Aktionsraum der Einsatzgruppe I. In diesem Gebiet lagen auch der Ort Nisko am San und das Dorf Zarzecze jenseits des San¹¹; auf den unmittelbaren Kontakt mit der in diesem Raum operierenden Einsatzgruppe gründete Eichmann das Vorhaben einer Umsiedlungsaktion, das er nun, Anfang Oktober, eilig ins Werk zu setzen begann.

Einige Aspekte dieser Aktion, sofern sie die Wiener Juden betreffen, sind in der Darstellung von Herbert Rosenkranz (leider oft ungenügend datiert) dokumentiert worden. Mit der Genesis hat sich Rosenkranz aber nicht beschäftigt. Tatsächlich lief die Aktion zunächst auch nicht in Wien an, sondern wurde von der als Filiale der Prager Zentralstelle von Eichmann mitverwalteten "Zentralstelle für jüdische Auswanderung Mährisch-Ostrau" eröffnet, auf deren Dokumente sich die folgende Darstellung auch vor allem stützt¹².



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹¹ Die Kreisstadt Nisko wurde nach dem 20. 9. 1939 von deutschen Truppen besetzt; am 18. 9. 1939 war einer der wenigen deutschen Einwohner als Bürgermeister gewählt worden, der den jüdischen Bürgern riet, "sich über den San abzusetzen" (Ludwigsburg Archiv, Verfahren gegen Dreiser, 1961).

¹² Ablichtungen der hier wichtigen Dokumente der "Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Mährisch-Ostrau", die 1964 in Prag veröffentlicht wurden, befinden sich im "Dokumentationszentrum" Wien (Ing. S. Wiesenthal), zum wesentlichen Teil im Archiv "Jad va schem", Jerusalem, und gesammelt im Dokumentationszentrum der Universität Haifa (unter der Signatur: Cz 3 h 11), teilweise auch im Institut für Zeitgeschichte, München.

Schon am 29. September teilte Eichmann, aus Berlin, dieser Nebenstelle mit, daß die im Schnellbrief vom 21. September festgelegte örtliche Begrenzung aufgehoben und die Einsatzgruppe I für das neue Gebiet zuständig sei. An den maschinenschriftlichen Text der Nachricht fügte in Mährisch-Ostrau jemand handschriftlich hinzu: "Zentralstellen f. d. Judenauswanderung sind unterstellt ausschließlich dem Chef der Sipo und weisungsberechtigt in Judenangelegenheiten gegenüber allen Partei- und Staatsstellen" - "Arbeitsbeginn dringend." Eine recht dubiose Selbstermächtigung Eichmanns oder Günthers¹³. Danach begab sich Eichmann aber nochmals nach Berlin, wo er am 6. Oktober 1939, wie bereits erwähnt, an einer neuerlichen Besprechung der Amtschefs des RSHA als Repräsentant "für jüdische Auswanderungszentrale" teilnahm und sich offensichtlich Rückendeckung bzw. einen förmlichen Auftrag für sein beabsichtigtes Unternehmen einholen wollte. Zentrales "Beweisstück" dieses Auftrages wurde ein am 6. Oktober 1939 in Berlin von Eichmann verfaßter Vermerk über eine angebliche Anordnung von Gestapochef SS-Oberführer Heinrich Müller¹⁴, die allgemein - aber unberechtigterweise - als auslösendes Moment der "Nisko-Aktion" gilt. Müller habe, so hieß es in der Notiz, die am 8. Oktober 1939 in der Ostrauer Zentralstelle einging, "Fühlungnahme mit der Dienststelle des Gauleiters Wagner" (Josef Wagner war Gauleiter in Schlesien) angeordnet, und zwar zwecks "Abschiebung von 70-80000 Juden" aus der Kattowitzer Gegend, vorerst östlich über die Weichsel. "Gleichzeitig können Juden der Mährisch-Ostrauer Gegend zum Abschub gelangen"; er (Müller) erbitte sich tägliche Berichterstattung. Eine sonderbare Anordnung, nur überliefert in dem Aktenvermerk Eichmanns. Der beflissene Zögling des Führerstaates hatte offensichtlich gut gelernt, wie man sich aus mündlichen Empfehlungen, wenn man das wollte, sehr bestimmte Weisungen machen konnte. Es bestehen jedenfalls stärkste Zweifel, daß der Gestapochef Müller am Oktober 1939 Eichmann tatsächlich eine so konkrete "Anordnung" gegeben hat. Gewiß, am gleichen Tag (6. 10. 1939) verfaßte Eichmann einen – zweifellos authentischen - Vermerk, in dem er, offenbar aus eigener Kompetenz und in Verbindung mit dem künftigen Amt des Leiters der "Reichszentrale für jüdische Auswanderung", die Vorbereitung einer listenmäßigen Erfassung der gesamten Judenheit Groß-Deutschlands anordnete¹⁵. Aber hier handelte es sich zunächst um eine rein bürotechnische Angelegenheit, nicht schon um den Beginn einer Deportation. Es ist denkbar, daß Müller es Eichmann überließ, im Rahmen künftiger Deportationen zu entscheiden, ob und welche Juden aus Ostrau deportiert werden sollten; es ist aber ziemlich ausgeschlossen, daß er Eichmann ermächtigte, selbst eine so umfassende Aktion in Gang zu setzen, die erst der Abstimmung - z. B. mit der Wehrmacht und dem Generalgouverneur - bedurft hätte.

Bezeichnend ist vor allem, daß es unter den Dokumenten der Ostrauer Zentralstelle im Zusammenhang mit der Nisko-Aktion nicht einen einzigen Bericht Eichmanns an Müller gibt. Gleichwohl erklärte Eichmann in Mährisch-Ostrau, wo er selbst Amts-

14 Ebenda, Cz 3 h 11/4.



¹³ Akten der Zentralstelle Mährisch-Ostrau, Cz 3 h 11/2.

¹⁵ Ebenda, Cz 3 h-11/5,

chef war, am 9. Oktober 1939 seinen Mitarbeitern: "Es ist gemäß einem Befehl des SS-Oberführers Müller baldigst je ein Judentransport aus Mährisch-Ostrau und Kattowitz zusammenzustellen und zwar so, daß diese Transporte gewissermaßen als Vorkommando in den zur Aufnahme der ersten Transporte vorgesehenen Gebieten etwa im Raum Rozwadow-Annapol-Krasnik südwestlich Lublin eingesetzt werden."16 Noch am selben Tag fuhr Eichmann mit seinem Stellvertreter Hans Günther nach Kattowitz, sprach dort sowohl beim Gauamtsleiter als auch bei den militärischen und zivilen Führungsstellen - Generalmajor von Knobelsdorff (Grenzkommando III) und Regierungspräsident Pfitzner - vor und suchte am folgenden Tag (10. 10. 1939) auch Gauleiter Wagner auf¹⁷. Die aktenmäßig belegten Ausführungen über die geplante Judendeportation, die er hier vortrug, unterscheiden sich deutlich von dem, was Eichmann in Mährisch-Ostrau erklärt hatte, wo er weitgehend allein oder gestützt auf Stahlecker - agieren konnte¹⁸. Nicht nur, daß er in Kattowitz von ie zwei Transporten aus Mährisch-Ostrau und Kattowitz sprach. Er erwähnte vor allem Müllers Anordnung mit keinem Wort, erklärte vielmehr, daß nach der Durchführung dieser ersten Transporte Erfahrungsberichte über Heydrich an Himmler zu erstellen seien, die wahrscheinlich an den Führer weitergeleitet würden, und dann abgewartet werden müsse, bis der generelle Abtransport der Juden angeordnet werde. Nur gegenüber dem Gauleiter und Gauamtsleiter - nicht gegenüber General von Knobelsdorff und Präsident Pfitzner¹⁹ - fügte er an dieser Stelle hinzu, daß der Führer schon grundsätzlich die Abschiebung von 300000 Juden (bei dem Gauamtsleiter sprach er von "unbemittelten Juden") aus dem Altreich und der Ostmark genehmigt habe.

Eine solche schon Zahlen fixierende Genehmigung Hitlers aus dieser Zeit ist nirgends sonst nachweisbar, sie ist sicher eine Erfindung Eichmanns, wenn er dafür vielleicht auch (in den unkontrollierbaren mündlichen Unterredungen, die er vorher in Berlin, sicher auch mit Heydrich, geführt hatte) irgendwelche Anhaltspunkte haben mochte. Auffällig ist jedenfalls, daß sich Eichmann bei keiner der Kattowitzer Unterredungen – wie in Ostrau – auf eine konkrete Anordnung des Chefs der Gestapo, Heinrich Müller, berief, die dort – über die staatlichen Gestapodienststellen – leicht hätte kontrolliert werden können.

Indem Eichmann sich in Kattowitz auf Auftraggeber wie Heydrich und Himmler bzw. sogar auf Hitler stützte, erreichte er vorerst, daß alle angesprochenen Amtsinhaber ihn bei der Vorbereitung der Deportation wunschgemäß unterstützten, wahrscheinlich ohne Informationen bei höheren Dienststellen einzuholen; ein an sich schon bemerkenswerter Aspekt des blinden "Funktionierens", wenn es um die "Geheimsache" der Judenpolitik ging!

Noch auffälliger an Eichmanns Aktion aber ist, daß er – bevor er in Mährisch-Ostrau und Kattowitz die Weichen zu stellen begonnen hatte – von Berlin am 7. Oktober zunächst nach Wien gefahren war und dort u. a. dem Vertreter von Reichskommissar Bürckel seine Pläne vorgetragen hatte, offenbar wiederum ohne die apokryphe



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹⁶ Ebenda, Cz 3 h 11/6.

¹⁷ Ebenda, Cz 3 h 11/7, 10.

¹⁸ Ebenda, Cz 3 h 11/6c.

¹⁹ Ebenda, Cz 3 h 11/8.

Müller-Anordnung zu erwähnen, in der ja auch von den Wiener Juden gar nicht die Rede war. Aus Vermerken über eine spätere Besprechung in der Wiener Zentralstelle am 16. Oktober ²⁰ geht hervor, daß Eichmann am 7. Oktober 1939 in Wien Pläne zur raschen Evakuierung aller Wiener Juden unterbreitete, die dort freudig begrüßt wurden, Pläne, die er auffälligerweise sowohl bei seinen folgenden Besprechungen in Mährisch-Ostrau wie in Kattowitz verschwieg.

Schon diese dokumentarische Evidenz vermittelt das Bild eines karrieresüchtigen SS-Sonderführers, der sich ohne wirklich verbriefte Legitimation – aber wohl wissend, wie der neue politische Wind in der Judenpolitik wehte – aufgrund seiner untergeordneten Stellung unter Benutzung jeweils verschiedener Amtszuständigkeiten und unter Ausnutzung des Einschüchterungs- oder Glaubwürdigkeitseffekts, den ein als Judenexperte inzwischen bekanntgewordener Abgesandter des RSHA bei den jeweiligen Behörden erzielen konnte, eine Funktion als Generalagent für die Judendeportation zu erschleichen suchte – in der Hoffnung, der überzeugende Erfolg seiner Mission werde die nachträgliche Belobigung und förmliche Bestallung schon erbringen.

Das führt uns zu den näheren Einzelheiten der Planung und Durchführung der Nisko-Transporte. Sowohl in Mährisch-Ostrau wie in Wien legte Eichmann großen Wert darauf, die geplanten ersten Transporte als eine Art Vorkommando für eine großangelegte Umsiedlung der Juden in den südöstlichen Teil des Generalgouvernements erscheinen zu lassen. In Mährisch-Ostrau wurde, wie aus einem späteren Vermerk der dortigen Zentralstelle vom 19. Oktober (nach Abgang des ersten Transports am Vortage) hervorgeht²¹, die Deportation der Bevölkerung gegenüber als freiwillige Umsiedlungsaktion der jüdischen Kultusgemeinde dargestellt. Und eine nahezu identische Parole wurde in Wien am 10. Oktober 1939 durch Eichmanns Vertreter Günther gegenüber der Wiener israelitischen Gemeinde ausgegeben (über Kattowitz liegt einschlägiges Quellenmaterial über die Art der Durchführung kaum vor). Ebenso wie in Mährisch-Ostrau die dortige Kultusgemeinde seit dem 10. Oktober die technische Vorbereitung der Deportation - von der Aufstellung von Namenslisten nach vorgegebenem Zahlensoll bis zur Beschaffung der Ausrüstungsgegenstände für die "Umzusiedelnden" - selbst zu besorgen hatte, wurde auch in Wien verfahren. Nach einer Aufzeichnung, die der Wiener Leiter der jüdischen Organisation Makkabi Hazair, Dr. Brunner, über ein – wahrscheinlich am 16. Oktober 1939 – mit Eichmann geführtes Gespräch im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Nisko-Transporte machte²², hatte Eichmann dort in der Manier eines Herrschers über alle Juden erklärt: "... habe ich, Eichmann, beschlossen, ein Reservat für die Juden in Lublin zu machen. Von übermorgen an werden Transporte nach Lublin gehen." Aufgrund der Dokumente für die Vorbereitung der Wiener Nisko-Transporte rekonstruierte Herbert Rosenkranz den Verlauf der dortigen Aktion. Seine Darstellung soll hier im vollen Wortlaut wiedergegeben werden:



²⁰ Ebenda, Cz 3 h 11/IIa. ²¹ Ebenda, Cz 3 h 11/25a.

²² Hierzu und zum Folgenden Herbert Rosenkranz, a. a. O., S. 216ff.

"Am 10. Oktober 1939 erhält Löwenherz von SS-Obersturmführer Günther den Auftrag, daß sich Storfer, Murmelstein, Grün und Boschan am 13. Oktober bei Eichmann in Mährisch-Ostrau einzufinden haben. Die Kultusgemeinde habe 1000-1200 Auswanderer und arbeitsfähige Männer aus dem gesperrten Palästina-Transport der Rothgasse, dem Bolivien-Transport des Makkabi, aus entlassenen Dachau- und Buchenwaldhäftlingen mit Auswanderungsfristen, Reichsdeutschen und Staatenlosen polnischer Herkunft, Handwerker, Tischler, Zimmerleute, Techniker, auszuwählen, in eine fünffache Liste mit Laufnummer, voller Namensangabe, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, Beruf und Zahl der abhängigen Familienmitglieder, aufzunehmen und von jedem Mann 2 Lichtbilder und 5 Mark beizulegen zur Deckung der Transportkosten. Zehn Ärzte mit Medikamenten und ärztlichem Instrumentarium sollen mitkommen, die nicht unbedingt im Besitz der Bewilligung zur Zulassung als Krankenbehandler sein müssen. Jeder Transportteilnehmer darf 300 Mark mitnehmen, könne seine Möbel verkaufen und solle sich bereithalten, binnen drei Tagen fahrtbereit zu sein. Die ausgewählten Personen haben holzverarbeitende Maschinen, Sägen, Beile, Hämmer und Nägel mitzubringen, ferner warme Kleidung, Arbeitskleider, Spirituskocher und Verpflegung für 3-4 Wochen. Auf meinen Einwand, daß es unmöglich ist, die Verpflegung hier zu besorgen, erwiderte Herr SS-Obersturmführer Günther, daß die Zentralstelle für die erforderlichen Bezugscheine sorgen wird.' Die Liste ist bis 13. Oktober abzuliefern. Die Kultusgemeinde habe die Transportleitung zu bestimmen sowie einzelne Wagenführer und ein 10köpfiges Organisationskomitee. Am 16. Oktober erteilt Günther zusätzliche Weisungen, daß der Transport binnen 2 Tagen abgehen werde, für aus körperlichen und sonstigen Gründen Ausfallende Ersatz zu stellen und auf 1000 zu ergänzen sei. Für notwendige fehlende Werkzeuge und 300-350 Paar Schuhe würden Bezugsscheine ausgestellt werden, so daß nur das nötigste Schuhwerk mitzunehmen sei. Die Einzelbezugsscheine sind abzuliefern, da für Verpflegung auf einen Sammelbezugsschein gesorgt sei. Für Proviant und beizustellende Bauwerkzeuge werden 3 Waggons zur Verfügung gestellt. Sämtliche Teilnehmer haben sich polizeilich abzumelden und den Paßfragebogen bei der Zentralstelle abzugeben. Das Reisegepäck dürfe nicht mehr als 50 kg betragen, verhaftete Staatenlose kommen für die Aktion nicht in Frage. Am 17. Oktober wird der Transport auf den 20. verschoben für 18 Uhr vom Aspangbahnhof, der als entlegener und wenig benutzter Bahnhof auch künftighin für die Deportationstransporte gewählt werden sollte. Der zweite Transport werde am 24., der dritte am 27. abgehen, wobei die noch nicht festgelegte Zahl wahrscheinlich nur 500 betragen werde. Günther erteilt eine Einkaufsanweisung für Bauwerkzeuge, Kleidung und Schuhe werden aber nicht beigestellt, sondern sind am Ort zu beschaffen. Jeder Wagen werde 60 Mann fassen.

,Auf die Frage des Herrn Obersturmführer Günther, warum von den ursprünglich bekanntgegebenen 830 Personen nicht alle gehen, bemerkte der Gefertigte, daß die Liste auf Grund freiwilliger Meldungen aufgestellt wurde und daß sich bei der nachfolgenden Überprüfung der Gemeldeten ergab, daß sich unter den freiwillig Gemeldeten eine sehr erhebliche Anzahl – etwa 300 – befindet, die infolge ihres körperlichen und teilweise



88

geistigen Zustandes für einen Arbeitstransport nicht in Frage kommen und für einen solchen Transport eine schwere Belastung bedeuten würden.' (Es handelt sich hier um die Vorbereitung des 2. Transportes.) "Herr Obersturmführer Günther gibt die Weisung, die hierdurch ausfallenden Personen zu ersetzen, falls aber dies nicht möglich sein sollte, müßten alle in der ersten Liste gemeldeten Personen ohne Rücksicht auf ihren Zustand dem Transport angeschlossen werden.'

Die Illusion der freien Ansiedlung, die von verschiedenen Gruppen, welche sich seit dem Anschluß zu Auswanderungs- und Siedlungszwecken organisiert hatten, angestrebt wurde, reflektiert auch die Bekanntmachung der Kultusgemeinde:

"An die jüdische Bevölkerung,

Die israelitische Kultusgemeinde Wien ist von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien beauftragt worden, die geplante Umsiedlungsaktion der Juden aus der Ostmark nach Polen durchzuführen. Die in das bestimmte Gebiet in Polen einwandernden Juden können sich nach den der Israelitischen Kultusgemeinde Wien von kompetentester Stelle zugekommenen Mitteilungen frei ansiedeln, betätigen und ihre Existenz aufhauen

Für die vorläufige Unterbringung und Verpflegung wird gesorgt werden. Den ankommenden Juden stehen Vertreter jüdischer Organisationen an Ort und Stelle zur Verfügung.

. . .

Überdies muß den Weisungen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien im Interesse jedes einzelnen und der Gesamtbevölkerung bedingungslos Folge geleistet werden.

Die Durchführung einer so großen Aktion bringt unvermeidlich Härten mit sich, welche solange gemildert werden können, als die Israelitische Kultusgemeinde Wien, unterstützt durch die jüdische Bevölkerung von ihrem Vertrauen getragen, diese Aktion zu leiten.

Die dem einzelnen Teilnehmer des ersten Transportes zugegangene Mitteilung spricht noch eine deutlichere Sprache:

"Wir sind verpflichtet, Sie mit allem Nachdruck darauf aufmerksam zu machen, daß ein Fernbleiben von dem Transport für Sie mit den schwersten Unannehmlichkeiten verbunden wäre. Sollten Sie zur angegebenen Zeit nicht auf dem Sammelplatz erscheinen, so würden Sie durch Polizeiorgane aus Ihrer Wohnung geholt werden.

Wir bitten Sie, überzeugt zu sein, daß seitens der Kultusgemeinde alles getan wird, was unter den gegebenen Umständen möglich ist; um die bei einem derartigen Transport unvermeidlichen Härten zu mildern. Es liegt im Interesse aller Teilnehmer, wenn jeder einzelne von ihnen alles vermeidet, was ihm oder seinem Gefährten Unannehmlichkeiten bereiten könnte. Etwaige Wünsche während der Fahrt wollen Sie im Wege Ihres Waggonleiters der Transportleitung bekanntgeben.

Die Absichten Eichmanns gehen aus einem von Brunner gezeichneten Vermerk der Zentralstelle vom 18. Oktober 1939 über die Umsiedlungsaktion der Juden aus der Ostmark nach Polen hervor, der die Aussprache zwischen Eichmann, Ebner und Bürckels Sonderbeauftragten, Dr. Becker, ergänzen soll. Für jeden Dienstag und Freitag sind fortlaufende Transporte von je 1000 Personen geplant. Für den vierten Transport sollen bereits ganze Familien eingeteilt werden, für jeden Transport soll die



Kultusgemeinde und eine jüdische Transportleitung verantwortlich sein. Die mit dem 1. Transport entsandten Fachleute sollen nach Fertigstellung des Barackendorfes in Nisko fortlaufend auf die ehemaligen jüdischen Dörfer im Landesinneren aufgeteilt werden. Jeder Transport wird von 23 Schupo (Schutzpolizei-)Beamten unter Führung eines Polizeimeisters begleitet, "die jede Fluchtgefahr mit der Waffe zu verhindern haben". Im Verlaufe der Aktion sollten auch die Zigeuner erfaßt werden. Von der Gestapo werden alle Beamten des Judenreferats eingesetzt.

Der erste Transport mit 912 Personen verließ Wien am 20. Oktober 1939, ein zweiter folgte am 26. Oktober 1939 mit 672 Personen. Vorher war von Mährisch-Ostrau am 18. Oktober ein Transport von 1000 Personen abgegangen, dem sich die 4 Wiener Vertreter und die Mitglieder der Prager Kultusgemeinde, Friedmann und Edelstein, anschlossen. Der Bericht von Julius Boschan vom 31. Oktober an Dr. Löwenherz, der zum Empfang der Wiener Transporte zurückblieb, indes die anderen 5 Mitglieder sich mit der Lubliner Gemeinde in Verbindung setzen mußten, um das Siedlungsprojekt zu besprechen, verschleiert die Tatsachen. Von beiden Wiener Transporten wurden nur 198 Mann, zusätzlich zu den 500 zurückgebliebenen Mährisch-Ostrauern, zum Bau des Barackenlagers im Sumpfgebiet bei Nisko am San zurückbehalten, während die anderen mit Schreckschüssen in die Luft, unter panikartiger Zurücklassung ihres Gepäcks, über die russische Grenze gejagt wurden. Ende Oktober wurde das Projekt eingestellt wegen Widerstandes der damals russischen Partner gegen die Austreibungen, wegen Aussiedlungsplänen im Warthegau und Vorbereitung des Krieges gegen Frankreich. Im April 1940 wurde das Barackendorf Zarzecze bei Nisko aufgelöst und die Überlebenden, darunter 198 Wiener Juden, durften zurückkehren."

Die Darstellung von Rosenkranz kann aufgrund seiner akribischen Auswertung der Wiener Quellen vor allem zeigen, daß sich Eichmann und seine Mitarbeiter in Wien und Ostrau bei der Vorbereitung der Transporte alle Mühe gaben, diese glaubwürdig als Umsiedlungsvorkommandos erscheinen zu lassen, daß die Praxis am Ankunftsziel aber ganz anders aussah. Um den Bogen dahin zu schließen, bleibt nachzutragen, wie Eichmann seine Aktion in Nisko und Umgebung vorbereitete.

Nachdem er zwischen dem 7. und 10. Oktober in einer Parforcetour in Wien, Ostrau und Kattowitz die Vorbereitung der ersten Transporte angekurbelt hatte, kehrte er nach Ostrau zurück und flog von dort am 12. Oktober mit Stahlecker nach Warschau, um von da aus mit dem PKW, die Fahrt in das in Frage kommende Gebiet fortzusetzen". Der anschließende Bericht²³ offenbart, in welchem Eiltempo die beiden das festgelegte Programm - "Feststellung eines geeigneten Gebietes, Klärung der Lebensmittelverhältnisse, die eventuellen Unterbringungsmöglichkeiten und Fahrtstrecke mit dem in Aussicht genommenen Endbahnhof" - bewältigten. Schon am 15. Oktober, 12.03 Uhr, gab Eichmann aus Krakau fernmündlich nach Ostrau durch: "Eisenbahnstation für Transporte ist Nisko am San. Ankomme in Mährisch-Ostrau heute Sonntag".



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

²³ Akten der Zentralstelle Mährisch-Ostrau, Cz 3 h 11/18, 19.

Eichmann traf, wie geplant, am 15. Oktober in Ostrau ein, hatte am folgenden Tage (16, 10.) eine wichtige Besprechung in Wien mit dem Vertreter Bürckels und einem Vertreter der Wiener Gestapo, traf am 17. Oktober auf dem Weg nach Nisko wieder seinen Stellvertreter Günther in Mährisch-Ostrau und war am 18. Oktober in Nisko, um dort den am Abend des gleichen Tages eintreffenden ersten Ostrauer Judentransport zu empfangen. In diesen Tagen ereignete sich ein an sich unwichtiger Vorfall, der aber vorzüglich geeignet ist, Eichmanns Methoden zu illustrieren. Am 12. Oktober war in Ostrau ein dringendes Telegramm des SD-Hauptamtes eingetroffen, in dem mitgeteilt wurde, daß der Chef der Kriminalpolizei, SS-Oberführer Nebe, am 12. Oktober vergeblich versucht habe, Eichmann zu erreichen, daß Nebe Eichmanns sofortigen "fernmündlichen Anruf" erbitte, um umgehend zu erfahren, "wann er die Berliner Zigeuner schicken kann". Dieses dringende SD-Hauptamt-Fernschreiben des Kripochefs war Eichmann am 15. Oktober in Ostrau vorgelegt, aber von ihm keineswegs sofort beantwortet worden. Eichmann nahm das Schreiben vielmehr nach Wien mit, stilisierte dort seine Antwort und schickte diese dann am Abend des 16. Oktober nicht direkt nach Berlin, sondern an Günther in Ostrau zwecks Weiterleitung an Nebe. In dieser Antwort riet Eichmann, Zigeunertransporte an die in Zukunft regelmäßig abgehenden Judentransporte ab Wien, Ostrau und Kattowitz anzuschließen, und teilte mit, daß der erste Transport ab Wien am 20. Oktober abgehen werde, dem drei bis vier Zigeunerwaggons angeschlossen werden könnten. Den ersten, für den 18. Oktober festgelegten Transport Ostrauer Juden erwähnte er mit keinem Wort. Aber auch die Dienststelle seines Protektors Stahlecker, des Befehlshabers der Sicherheitspolizei (BdS) in Prag, ließ Eichmann über den ersten Ostrauer Transport erst unterrichten, als dieser am 18. Oktober bereits abgegangen war und Eichmann sich unterwegs nach Nisko befand²⁴.

Wie Nebe, der "seine" Berliner Zigeuner loswerden und an die ersten Deportationen ankoppeln wollte, war der BdS in Prag interessiert, rund 350 dort seit Kriegsbeginn in Gefängnissen einsitzende staatenlose und polnische Juden abzuschieben. Beide Wünsche drohten aber Eichmanns ehrgeizigen nächsten Plan, die reibungslose Durchführung des ersten Ostrauer Mustertransports, zu gefährden. Deshalb verzögerte er die Berichterstattung nach Berlin und Prag bewußt. Ein Vermerk von H. Günthers Mitarbeiter Brunner, der am 18. Oktober in Abwesenheit Eichmanns und Günthers eine dringende Anfrage aus Prag beantworten mußte, spricht für sich:

"Am 18. 10. frug heute Dr. Maurer (BdS. Prag) fernmündlich wegen des Judentransports an. Ich teilte ihm mit, daß ... 900 Juden heute um 8 Uhr früh abtransportiert wurden. Dr. Maurer wurde vom Befehlshaber Prag beauftragt, mit Hstf. Eichmann oder Hstf. Günther wegen obengenannter Auskunftserteilung zu sprechen."

Der erste Nisko-Transport (Zug 760) verließ Ostrau am 18. Oktober um 8.20 Uhr und kam nach ungefähr neun Stunden Fahrt in Nisko an. In dem aus 32 Personenwagen und 22 (27?) Güterwagen bestehenden Zug befanden sich 901 Deportierte und die "Gruppe Kultusgemeinde" (2 Vertreter der Prager, 3 Vertreter der Wiener Kultus-



²⁴ Ebenda, Cz 3 h 11/16, 20, 21.

gemeinde). Sofort nach Ankunft am Bahnhof wurde abgeladen, die Vertriebenen, das Baumaterial und Lebensmittel über den San geführt. Auf einer kahlen Wiese in der Nähe des Dorfes Zarzecze wurde haltgemacht und sofort mit der Arbeit begonnen. Eine Gruppe von jüdischen Handwerkern (darunter auch Baumeister) errichtete einen Wach- und Schlafraum für die Begleitmannschaft, eine andere das Schutzdach und die Wände einer Baracke, die nach wenigen Stunden einigermaßen Schutz vor dem Regen boten, der die ganze Nacht anhielt. Am Bahnhof in Nisko hatte – der damals den meisten noch unbekannte – Eichmann die unfreiwilligen Gäste hoch zu Roß mit der Mitteilung empfangen, daß sie zunächst Wasser finden müßten, da die vorhandenen Brunnen verpestet seien: "Andernfalls müßt ihr krepieren."

Der Appell am nächsten Morgen endete damit, daß 300 bis 400 Deportierte aus dem im Aufbau befindlichen Lager weggeführt, einige Kilometer eskortiert und dann sich selbst überlassen wurden; die einzige Instruktion besagte, daß Rückkehrer auf der Stelle erschossen würden.

Der erste Wiener Transport, bei dem Günther das Szepter führte, ging am 20. Oktober über Ostrau nach Nisko ab. Von den 912 Deportierten wurde, wie schon aus der Darstellung von Herbert Rosenkranz hervorging, nur ein Teil von der jüdischen Lagerleitung in das Lager hineingeschmuggelt, ein Teil vom Lagerkommandanten, SS-Sturmbannführer Post, stillschweigend geduldet. Die Mehrheit wurde weitergeführt, wie drei Tage vorher die 300–400 Ostrauer Vertriebenen. Das gleiche Schicksal widerfuhr den 875 Teilnehmern des ersten Kattowitzer Transportes, der von der dortigen Gestapo unter Oberaufsicht von Rolf Günther organisiert wurde, und dem zweiten Ostrauer Transport, der am 26. Oktober dort abging und einem größeren, zweiten Transport aus Kattowitz angeschlossen wurde, schließlich auch dem zweiten Wiener Transport. Auch von diesen Deportierten sah die Mehrheit das "Lager" nur aus der Ferne, sie wurden unter Bewachung weitergeführt und mit der gleichen Belehrung ihrem Schicksal überlassen.

Das Lager Nisko – genauer Zarzecze – war von Eichmann als "Durchgangslager" bezeichnet worden. Mit Ausnahme derer, denen die Flucht ins russische Gebiet glückte, und den rund 500 Deportierten, die tatsächlich in Zarzecze bis zum April 1940 überlebten und zurückkehren konnten, bedeutete es nicht Durchgang, sondern Untergang. Eichmann und seine Mitarbeiter hatten auf ihre Weise beispielhaft konkretisiert, was gemeint war, als Heydrich Ende September 1939 berichtete, daß der Führer sowohl die Deportation der Juden nach Polen wie die Abschiebung über die Demarkationslinie gebilligt habe.

Im Falle von Nisko endete die Fiktion des Durchgangslagers aber auch deswegen, weil die von Eichmann selbsttätig in Gang gesetzte Aktion abgeblasen werden mußte. Noch bevor Günther am 18. Oktober dem SD-Hauptamt in Berlin gemeldet hatte, daß der erste Ostrauer Juden-Transport abgegangen sei und er "gleich nach Kattowitz fahre", wo am 20. Oktober "die nächsten 1000 abgehen"²⁵, war von demselben



²⁵ Die Schilderung dieser Entwicklung stützt sich auf: Cz 3 h 11/21, 21/I, 24, 28, 30, auf amtliche Berichte der Wiener Kultusgemeinde (Archiv der Hebräischen Universität in Jerusalem, AW 2747) und Zeugenaussagen.

Gestapochef Müller, auf dessen Anordnung sich Eichmann bei der Ingangsetzung der Aktion in Ostrau berufen hatte, eine Stunde nach Abgang des Ostrauer Transportes ein Fernschreiben an die Einsatzgruppe VI (Ost-Oberschlesien), an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Wien und zu Händen von Eichmann (in Ostrau) abgegangen, in dem es hieß:

"Es wird mitgeteilt, daß die Umsiedlung und Abschiebung von Polen und Juden in das Gebiet des künftigen polnischen Reststaates einer zentralen Leitung bedarf; deshalb muß grundsätzlich eine Genehmigung der hiesigen Dienststelle vorliegen²⁶."

Die Anordnung erreichte Günther in Kattowitz am Abend des 19. Oktober, wurde von ihm an Eichmann in Zarzecze weitergeleitet und dürfte diesen dort erst am 21. Oktober erreicht und aufgeschreckt haben. In den späten Abendstunden des 22. Oktober traf Eichmann daraufhin in Ostrau ein, wo seiner eine weitere Überraschung harrte. Inzwischen, nachdem beim RSHA in Berlin die Nisko-Transporte bekanntgeworden waren, hatte H. Günther vom RSHA über Brünn die Mitteilung erhalten, "daß jeglicher Abtransport zu unterbleiben habe". Diese ihm von Günther übermittelte Anordnung veranlaßte Eichmann sofort zur Weiterreise nach Berlin. Von dort aus teilte Eichmann – nach entsprechender Aufklärung – am 24. Oktober selbst mit, daß die Transporte aus dem Protektorat bis auf weiteres eingestellt werden. Ganz erfolglos war seine Fahrt nach Berlin aber nicht: Er hatte erreicht, daß ein kombinierter zweiter Ostrauer und Kattowitzer Transport am 26. Oktober abgehen konnte, "um das Prestige der hiesigen (Ostrauer) Staatspolizei zu wahren", und am selben Tage auch ein zweiter Transport aus Wien²⁷. Dann war die Sonderaktion des ehrgeizigen Lehrlings zu Ende.

Die Müller-Instruktion vom 18. Oktober sollte Eichmann in erster Linie klarmachen, daß die Judenabschiebungen nicht auf dem Wege planloser Sonderaktionen erfolgen könnten und daß er, Müller, am 6. Oktober 1939 – wenn überhaupt etwas – nur Kontaktaufnahme angeordnet habe. Das darüber hinausgehende strikte Verbot des RSHA vom 21. Oktober war wohl die Folge der am Vortage trotzdem aus Kattowitz und Wien abgegangenen Transporte. Als Eichmann am 24. Oktober von Berlin aus selbst telefonisch einen vorläufigen Stop der Aktion durchsagen mußte, vermerkte er gleichzeitig, "ab sofort müsse jeder Transport, ganz gleich, ob er von Ostrau, Kattowitz oder Wien abgeht, über das SD-Einsatzkommando nach Nisko weitergemeldet werden". Inzwischen hatte die Nisko-Aktion auch in dem Aufnahmegebiet heftige Beschwerden ausgelöst. Als die mit dem ersten Ostrauer Transport nach Nisko mitfahrende "Gruppe Kultusgemeinde" dort auf Ratschlag Eichmanns Ansiedlungsmöglichkeiten in der Umgebung zu finden suchte und zum Landrat von Janow gebracht wurde, erfuhr dieser dadurch überhaupt erst, was in seinem Kreis los war. Der Landrat hatte von der "Invasion" und der Lagererrichtung nichts gewußt und beschwerte sich bei der Tagung der Landräte, beim Regierungspräsidenten in Lublin



²⁶ Akten der Zentralstelle Mährisch-Ostrau, Cz 3 h 11/26b, 27.

²⁷ Ebenda, Cz 3 h 11/30, 31.

und bei der Militärverwaltung. Auch die in dem Gebiet stationierte Aufklärungsabteilung der 44. Division zeigte in ihrem Bericht das gleiche Maß völliger Überraschung und protestierte scharf gegen den "nun völlig planlos einsetzenden Zustrom jüdischer Flüchtlinge und Emigranten", deren Folge es auch sei, daß der "bisher makellose Schild der Wehrmacht dadurch getrübt werden müßte, daß sie entweder den Schutz der Juden gegen berechtigten Unmut übernimmt" oder "Judenprogrome duldet bzw. fördert [sict]"²⁸.

Die vom Regierungspräsidenten und von der Wehrmacht (Militärverwaltung) eingeleiteten Schritte trugen zweifellos dazu bei, daß nach dem 26. Oktober 1939 die Transporte aus Kattowitz und Mährisch-Ostrau eingestellt wurden. In Wien glaubte Eichmann aber mit Hilfe Bürckels und der Wiener Gestapo, die an einem schnellen Abschub der Wiener Juden selbst sehr interessiert waren, noch weitere Transporte flottmachen zu können und ließ die Vorbereitung für den dritten, auf den 31. Oktober festgesetzten, Transport fortsetzen. Das schien zunächst auch nicht ganz aussichtslos. In einem Fernschreiben der Zentralstelle Wien, das am 28. Oktober 1939 an Ostrau zur dringenden Weiterleitung an Eichmann (in Nisko) abging, übermittelte Brunner folgende Mitteilung Müllers:

"Es trifft nicht zu, daß das OKW alle Transporte in die Gegend südlich von Lublin bis Mitte November verboten habe, richtig sei vielmehr, daß infolge eines Göringbefehles Transporte zur Bergung der Hackfruchternte vordringlich behandelt werden müssen; dies schließe jedoch nicht aus, daß einzelne Transporte von Juden aus Wien eingeschoben würden, soweit dies mit den Gefangenentransporten vereinbar sei." Über die Durchführbarkeit dieser Kombination könnten ausschließlich die für den Eisenbahneinsatz zuständigen Wehrmachtskommandanten entscheiden.

Diese aber hätten entschieden, so teilte Brunner weiter mit, daß bis 4. November keine Einschiebung möglich sei. Die Gauleitung (Bürckel) werde trotzdem ihr Möglichstes tun, um den Wiener Transport am 31. Oktober durchzusetzen. Es blieb aber beim Veto der Kommandantur Oppeln; der für den 31. Oktober festgesetzte Transport ging nicht ab.

Militärisch-wirtschaftliche Gründe, bzw. Instanzen, die weitere Transporte bis Mitte November, einzelne Transporte aus Wien sogar nur bis zum 4. November 1939 verhinderten, erklären freilich nicht das endgültige Ende der Eichmann-Aktion. Eichmanns konspirative Eigenmächtigkeit hatte zweifellos seine Vorgesetzten Stahlecker, Müller, Heydrich verärgert, aber die dabei erneut bewiesene Effizienz hatte ihnen wahrscheinlich auch imponiert, so daß sein Vorprellen wohl kaum ein hinlänglicher Grund für die Einstellung seiner Judenabschiebung gewesen ist.

Eichmann selbst hat bei seiner Vernehmung in Jerusalem im Jahre 1960 zur Nisko-Aktion und ihrem Scheitern aus 20-jährigem Abstand die folgende Schilderung gegeben, die mit absichtlichen Falschdarstellungen oder Erinnerungsfehlern vielfach gespickt, aber doch nicht ganz uninteressant ist:

Nachdem Neurath als Reichsprotektor im Protektorat durch Heydrich abgelöst



²⁸ Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg, RH 53-23, H. K. XXXIV, 44. Division, 25. 11. 1939.

worden sei (dies geschah, und zunächst auch nur vertretungsweise, erst zwei Jahre später am 27. 9. 1941), sei Heydrich bei einer Pressekonferenz das Versprechen herausgerutscht, er werde das Protektorat binnen acht Wochen judenfrei machen. Deshalb habe er auch Eichmann gerufen und man habe Lösungsmöglichkeiten gesucht; der Tschechen-Frank (= Karl Hermann Frank) habe Theresienstadt vorgeschlagen (auch dieser Vorgang datiert aus dem Jahre 1941). Inzwischen sei über Erwarten rasch der Polenfeldzug über die Bühne gegangen. Und so hätten er oder Stahlecker die Idee geboren: Wenn schon so viel umgesiedelt werde, warum nicht im südlichen Generalgouvernement einmal Polen aussiedeln, Platz schaffen für einen möglichst großen, autonomen Judenstaat, den der bekannt gute ostjüdische Handwerker und der westliche jüdische Industriefachmann mit Landwirtschaft zusammen entwickeln könnten? Die Partei und die Juden hätten dann vorerst eine Lösung gefunden; deshalb sei er mit seinem Vorgesetzten Stahlecker, damals Befehlshaber des SD und der Sipo im Protektorat, nach Polen gefahren, wo sie auch ein geeignetes "riesiges" Gebiet gefunden hätten. Dann sei die Idee Heydrich und Göring vorgelegt, akzeptiert und er beauftragt worden, zunächst eine Anzahl Handwerker aus Mährisch-Ostrau in das Gebiet zu bringen. Die Transporte in den zukünftigen "autonomen Judenstaat" seien im schönsten Anlauf gewesen, als plötzlich der Polenfrank, der "seine" Juden aus dem Generalgouvernement entfernen wollte, sich querlegte, sogar ihn, Eichmann, durch Streckenbach (Befehlshaber der Sipo und des SD im Generalgouvernement) verhaften lassen wollte und so den Traum einer Umsiedlungslösung beendete²⁹.

Die Mischung dieser Darstellung aus Fehlern, absichtlicher Verharmlosung, frechem Posieren als Judenretter und einem schwachen Wahrheitskern ist evident. Bemerkenswert ist aber vielleicht, daß Heydrich als der Eingeweihte und Protektor Eichmanns figuriert, daß die Zusammenarbeit mit Stahlecker im Anfangsstadium bestätigt wird und vor allem auch, wie die nach dem Polenfeldzug entstandene Atmosphäre ebenso leichtfertiger wie umfassender Planspiele der völkischen Flurbereinigung als Voraussetzung für Eichmanns "Umsiedlungs"-Idee von ihm wiedergegeben wurde (wenn schon so viel umgesiedelt wird).

Zu den Fehlern der Darstellung, die leider in der Literatur verschiedentlich übernommen wurden, gehört auch, daß die Nisko-Transporte an dem Einspruch Hans
Franks gescheitert und durch ihn die Pläne zur Errichtung eines Reichsghettos im
Bezirk Lublin verhindert worden seien. Tatsächlich ist diese Idee, das beweist die
Durchführung der Nisko-Aktion selbst am besten, zwar verschiedentlich in vager
Form geäußert worden, aber ein ernstgemeintes Vorhaben, in der Umgebung von
Lublin einen "Judenstaat" unter deutscher Oberhoheit oder auch nur eine Art Reservat zu errichten, hat es nie gegeben.

Daß damals nicht, wie im September/Oktober 1939 noch geplant, schon umfangreiche Judendeportationen aus dem "Altreich", der "Ostmark" oder dem Protektorat

²⁹ Es gibt nur zwei Anhaltspunkte dafür, daß kompetente Stellen die Idee eine Zeitlang ernst nahmen: (Himmler) IMT, XXXVI, Dok. EC-305, S. 306; IMT, XXVI, Dok. PS-1061, S. 633.



in das Generalgouvernement zustande kamen, lag – abgesehen von den kurzfristigen Einsprüchen der Wehrmacht und der Dienststellen des Vierjahresplans (Göring) – vor allem daran, daß der Reichsführer SS selbst, in seiner neuen Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, vor den Gebiets-Potentaten in Wien, Prag oder im "Altreich" die Priorität bei der Ausschöpfung der Deportationsmöglichkeiten nach dem Generalgouvernement für sich bzw. für seine nachgeordneten Dienststellen in den eingegliederten Ostgebieten beanspruchte. Wenige Wochen nachdem die Nisko-Aktion Eichmanns gestoppt worden war, wurden in der Zeit vom 1. bis 17. Dezember 1939 im Rahmen einer ersten systematischen Aktion 87000 Juden und Polen aus dem Warthegau in das Generalgouvernement abgeschoben. Hingegen waren, wie die Nisko-Aktion Eichmanns, auch die Deportationen einiger Tausend Juden aus Stettin und Schneidemühl noch episodische Einzelaktionen. Da die Führung des NS-Regimes damals noch an Deportation und nicht an systematisch geplante Vernichtung dachte, blieben die Möglichkeiten der Durchführung weit hinter den Wünschen und großen Planspielen vom September/Oktober 1939 zurück.

Die Tatsache, daß Eichmann als erster mit einem solchen Deportationsplan und einer entsprechenden Aktion hervorgetreten war, empfahl ihn sicher bei Heydrich und war gewiß ein Meilenstein auf dem Wege zu seiner späteren umfassenden Kompetenz für die Organisation und Koordination der 1941/42 beginnenden Massendeportation von Juden aus allen Teilen im deutschen Einflußbereich Europas. Bei der Planung der Nisko-Aktion war Eichmann aber nicht ganz so originell, wie Heydrich wahrscheinlich meinte.

Schon unter dem Datum vom 19. September 1939 findet sich in den Unterlagen der Zentralstelle Mährisch-Ostrau ein Schreiben des Grenzpolizeikommissars Mährisch-Ostrau an die Staatspolizeistelle Brünn, aus dem hervorgeht, daß bereits am Vortage (18, 9, 1939) in einer Besprechung zwischen Dr. Stahlecker und einem Regierungsrat Dr. Hermann "ein Abschub von mehreren tausend Juden nach Galizien in Aussicht genommen war"30. Möglicherweise ging es dabei um eine Strafmaßnahme, weil, wie es hieß, Ostrauer Juden jüdischen Flüchtlingen aus dem Protektorat vor Ausbruch des Krieges beim Überschreiten der polnischen Grenze Hilfe geleistet hätten. Es ist sehr naheliegend, daß Eichmann von seinem Freund Stahlecker von diesem Vorhaben erfuhr, es in seinem Kopf zu einem umfassenden Plan entwickelte und diesen Heydrich schon vor der mehrfach erwähnten Besprechung der Judenfrage am 21. September 1939 im RSHA vortrug. Das würde nicht nur Eichmanns überraschende Teilnahme an dieser Sitzung erklären, sondern auch, daß er in den Ausführungen, die Heydrich dort machte, eine grundsätzliche Billigung seines Planes erblickte. Denkbar ist ebenfalls, daß Eichmann erst nach dieser Sitzung und nach seiner Rückkehr nach Prag am 29. September von dem Stahlecker-Hermann-Plan erfuhr und deshalb dann Mährisch-Ostrau als Ausgangspunkt des ersten "Mustertransportes" wählte.

Nach Abbruch der Nisko-Aktion ging Eichmann nach Berlin und avancierte dort zunächst zum Leiter der Reichszentrale für jüdische Auswanderung. Das kleine Lager



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

³⁰ Zentralstelle Mährisch-Ostrau, Cz 3 h 11/1.

in Zarzecze aber blieb und stabilisierte sich einige Monate lang als rudimentäre, episodische Form eines Umsiedlungs-Lagers mit einer gewissen jüdischen Verwaltungsautonomie, in dem es humaner zuging als zur gleichen Zeit in den meisten Stätten des polnischen Judentums. Die bemerkenswerte Geschichte dieses Lagers, die eine Aufzeichnung verdiente, kann hier nicht erzählt werden. Einzigartig war aber schließlich die Modalität seiner Auflösung. Die 501 Lagerinsassen, die sich am 14. April 1940 noch in Zarzecze bei Nisko befanden, erhielten aufgrund einer Weisung des Höheren SS- und Polizeiführers in Krakau an diesem Tage Entlassungsscheine ausgehändigt und die Erlaubnis, nach Mährisch-Ostrau oder Wien zurückzufahren. Sie bestiegen am gleichen Tage gemeinsam einen Zug für die Rückfahrt und durften sich noch einige Zeit lang Illusionen hingeben. Das Schaustück des Mustertransportes für eine "echte" Umsiedlung, das Eichmann inszeniert hatte, bedeutete wenigstens für einen kleinen Teil der im Rahmen der Nisko-Aktion Deportierten zeitweise Begnadigung.



CHRISTOPHER R. BROWNING

ZUR GENESIS DER "ENDLÖSUNG"

Eine Antwort an Martin Broszat

Martin Broszats Aufsatz "Hitler und die Genesis der "Endlösung". Aus Anlaß der Thesen von David Irving" wurde mit Recht als gründlichste Widerlegung der These des englischen Autors gewürdigt, die Endlösung sei ohne Genehmigung Hitlers zustande gekommen². Außerdem aber hat Broszat in dem genannten Aufsatz seine eigene These zur Genesis der Endlösung entwickelt. Zwar nicht durch das Fehlen eines Schriftstücks beeindruckt, in welchem Hitler die Vernichtung der Juden ausdrücklich befohlen und durch seine Unterschrift sanktioniert hätte (denn solche Befehle seien mündlich gegeben worden³), zeigt sich Broszat immerhin dadurch verunsichert, daß selbst bei so engen Mitarbeitern des "Führers" wie Göring, Ribbentrop und Frank, die nach dem Krieg verhört wurden, oder Goebbels, der umfangreiche Tagebücher hinterließ⁴, jeder Hinweis auf einen präzisen mündlichen Befehl Hitlers zur Ausrottung der Juden fehlt. Daraufhin stellt Broszat die interessante Möglichkeit zur Debatte, daß es gar keine umfassende Einzelentscheidung für den Massenmord gab. Vielmehr habe sich das Vernichtungsprogramm "stück- und schubweise" aus einer Reihe isolierter Tötungsaktionen gegen Ende 1941 und Anfang 1942 entwickelt. Diese lokalen Massenmorde seien improvisierte Reaktionen auf eine unhaltbare Lage gewesen, die durch zwei Faktoren geschaffen wurde: den ideologischen und politischen Druck, ein "judenreines" Europa zu schaffen, ausgeübt vor allem von Hitler selbst, und den militärischen Mißerfolg an der Ostfront, der einen Mangel sowohl an Transportmaterial als auch an Aufnahmegebieten für die umzusiedelnden Juden bewirkt habe. Einmal aufgenommen, sei das Tötungsprogramm allmählich institutionalisiert und, da es sich logistisch als einfachste Lösung erwiesen habe, schließlich zu einem umfassenden und eigenständigen Vorhaben geworden⁵.

Broszats Widerlegung Irvings ist gewiß verdienstvoll, doch bedarf seine provozie-



¹ Martin Broszat, Hitler und die Genesis der "Endlösung". Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: VfZ 25 (1977), S. 739–75.

² Bradley Smith, Two Alibis for the Inhumanities: A. R. Butz, The Hoax of the Twentieth Century, and David Irving, Hitler's War, in: German Studies Review I (Oktober 1978), S. 333; Henry Friedlander, Teaching About the Holocaust, in: Teachers College Record 80 (Februar 1979), S. 525; Charles Syndor, The Selling of Adolf Hitler. David Irving's Hitler's War, in: Central European History XII (Juni 1979), S. 182-85.

³ Broszat, S. 756.

⁴ Ebenda, S. 747.

S Broszat formuliert seinen Standpunkt präzise (S. 753, Anm. 26): "Mir scheint dagegen, daß es überhaupt keinen umfassenden allgemeinen Vernichtungsplan gegeben hat, das "Programm" der Vernichtung sich vielmehr aus Einzelaktionen heraus bis zum Frühjahr 1942 allmählich institutionell und faktisch entwickelte und nach der Errichtung der Vernichtungslager in Polen (zwischen Dezember 1941 und Juli 1942) bestimmenden Charakter erhielt."

rende und stimulierende These doch der kritischen Prüfung. Broszat räumt ein, daß das Zustandekommen der Endlösung, besonders die "zentrale Entscheidungsbildung", im Dunkeln liegt. Er konzediert auch, daß seine Interpretation nicht schlüssig zu beweisen ist. Jedoch erklärt er, sie habe "weit mehr Wahrscheinlichkeit für sich als die Annahme eines umfassenden Geheimbefehls zur Judenvernichtung im Sommer 1941"6. Die Frage ist nun, ob die von Broszat zur Untermauerung seiner These herangezogenen Belege, zusammen mit dem, was er übergeht, einen überzeugenden Nachweis für "weit mehr Wahrscheinlichkeit" ergeben, Als Antwort ergibt sich, daß im Gegenteil Hitler im Sommer 1941 die Vorbereitung eines Vernichtungsplans befohlen bezw., genauer gesagt, angestiftet oder gefordert hat. Die "industrielle Revolution" im Massenmord kam freilich nicht als plötzlicher und kurzfristiger Vorgang. Zeit wurde gebraucht, um Grundfragen der Technologie, der Organisation, der Logistik, der Lokalisierung und des Umfangs des Vernichtungsprogramms zu entscheiden. Obgleich nicht alle diese Fragen binnen weniger Monate geklärt waren, wurden die auf Hitlers Vernichtungsbefehl vom Sommer basierenden Grundzüge des Plans im Oktober oder November 1941 vom "Führer" gebilligt.

Untersuchen wir die Belege, die Argumente und die Wahrscheinlichkeit der Broszatschen These genauer. Nach Ansicht Broszats bedeutete auch Görings Auftrag an Heydrich vom 31. Juli 1941, eine "Gesamtlösung" der Judenfrage in den zur deutschen Einflußzone gehörenden europäischen Ländern vorzubereiten und die Beteiligung jener Organisationen, deren Zuständigkeit berührt werden mußte, zu koordinieren, keine Entscheidung für die Tötung der europäischen Juden⁷. Görings Schreiben seien zwar umfangreiche Aktivitäten zur Massenumsiedlung gefolgt, doch sei man "sich über ihre Konsequenzen" noch nicht "im klaren" gewesen. Broszat nimmt an, "daß dem entschlossenen Willen der NS-Führung, die Judenfrage jetzt radikal anzupacken, noch keine ebenso klare Zielsetzung im Hinblick auf das weitere Schicksal der zu Deportierenden entsprach"⁸.

Um diese Annahme zu stützen, zitiert Broszat aus noch unveröffentlichten Teilen der Goebbels-Tagebücher aus der zweiten Hälfte des Jahres 1941. Die Zitate belegen Hitlers Versprechen vom August 1941, die Berliner Juden unmittelbar nach dem Abschluß des Rußland-Feldzugs in den Osten zu deportieren, und die wachsenden Schwierigkeiten, denen die zugesagte Deportation angesichts des Stillstands der militärischen Operationen und der Transportprobleme im Herbst 1941 begegnete. Nirgends erwähnte Goebbels bis dahin Pläne zur systematischen Judenvernichtung. Daraus schließt Broszat, daß Hitlers fanatische Entschlossenheit, Europa "judenrein" zu machen, bis zum November in eine "Sackgasse" geführt habe; als "Ausweg" hätten kleinere Vernichtungsaktionen begonnen, nicht als Teil eines umfassenden Plans, son-



⁶ Broszat, S. 753.

Nürnberger Dokument PS-710. Broszat teilt hinsichtlich der Bedeutung oder, genauer, Bedeutungslosigkeit dieses Schriftstücks die Ansichten Uwe Dietrich Adams, aber nicht dessen Folgerung, daß eine endgültige Entscheidung zwischen September und Dezember getroffen wurde. Vgl. Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, S. 308ff.

⁸ Broszat, S. 748.

dern zur Reduktion der Zahl der Juden, die schließlich nach Rußland deportiert werden sollten.

Die Berufung auf Goebbels ist allerdings problematisch, weil der Propagandaminister nicht einfach als verläßliches Instrument zur Registrierung plötzlicher Änderungen in der NS-Judenpolitik angesehen werden kann. Seit dem Kristallnacht-Streit zwischen Goebbels und dem Dreigespann Göring-Himmler-Heydrich verweigerte der letztere dem ersteren die Teilnahme an seiner schwer erkämpften Kontrolle der Judenpolitik. Mag Goebbels auch ein konstanter Befürworter einer schärferen Judenpolitik gewesen sein, so war er doch weder ihr Architekt noch ihr Vollstrecker. Wenn Hitler im Sommer 1941 Göring, Himmler und Heydrich mündlich die Weisung gegeben hatte, ein durchführbares Programm für die Judenvernichtung vorzubereiten, brauchten sie Goebbels dies nicht mitzuteilen. Wie weit entfernt Goebbels von den wichtigsten Strömungen der Judenpolitik tatsächlich war, zeigt seine Tagebuch-Eintragung vom 7. März 1942, sechs Wochen nach der Wannsee-Konferenz, zu der kein Vertreter des Propagandaministeriums eingeladen gewesen war und von der er anscheinend gerade einen etwas "frisierten" Bericht erhalten hatte.

"Ich lese eine ausführliche Denkschrift des SD und der Polizei über die Endlösung der Judenfrage. Daraus ergeben sich eine Unmenge von neuen Gesichtspunkten. Die Judenfrage muß jetzt im gesamteuropäischen Rahmen gelöst werden. Es gibt in Europa noch über 11 Millionen Juden. Sie müssen später einmal zuerst im Osten konzentriert werden; eventuell kann man ihnen nach dem Kriege eine Insel, etwa Madagaskar, zuweisen. Jedenfalls wird es keine Ruhe in Europa geben, wenn nicht die Juden restlos aus dem europäischen Gebiet ausgeschaltet werden"9.

Vermutlich hatte der Propagandaminister diesen Bericht in Zusammenhang mit der Mischlings-Konferenz vom 6. März erhalten, an der ein Goebbels-Vertreter teilnahm; jedenfalls spricht er in den folgenden Sätzen seiner Eintragung von den Problemen, die nun im Hinblick auf "Mischlinge" und mit Juden verwandte "Deutschblütige" entstünden. Das Auswärtige Amt hingegen erhielt eine Kopie des Originalprotokolls der Wannsee-Konferenz (eine von 30) am 26. Januar, und bis zum 10. Februar waren selbst die untergeordneten Beamten des Referats für Kolonialfragen informiert, daß der Madagaskar-Plan begraben war¹⁰. Offensichtlich wurde Goebbels in viele Maßnahmen der NS-Judenpolitik, die der Ministerialbürokratie bereits bekannt waren, erst später eingeweiht. Kenntnis von der Endlösung verzeichnete er erstmals am 27. März 1942, mehrere Wochen nach dem Beginn des Massenmords in Belzec¹¹.

Das Fehlen spezifischer Hinweise Görings und Ribbentrops auf einen Vernichtungsbefehl Hitlers sollte ebenfalls nicht zu ernst genommen werden. Göring, der im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß um sein Leben oder doch um seinen Ruf in der Geschichte kämpfte, hatte ein persönliches Interesse zu leugnen, daß seinem Auftrag



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

⁹ Josef Goebbels, Tagebücher aus den Jahren 1942–1943, hrsg. von Louis P. Lochner, Zürich 1948,

¹⁰ Christopher R. Browning, The Final Solution and the German Foreign Office, New York 1978, S. 79ff.

¹¹ Goebbels, Tagebücher 1942-1943, S. 142f.

an Heydrich vom 31. Juli 1941 ein solcher Befehl zugrunde lag. Ribbentrop war hinsichtlich der Judenpolitik kein enger Vertrauter Hitlers; die Beteiligung des Auswärtigen Amts an der Endlösung war ein Werk des ehrgeizigen Unterstaatssekretärs Martin Luther. Der etwas beschränkte Außenminister übersah genereil, selbst noch im August 1942, die Bedeutung, die Hitler der Endlösung beimaß. Als ihm damals Einmischungen der SS in seinen Zuständigkeitsbereich zu lästig wurden, befahl er dem Auswärtigen Amt, den Druck auf die Verbündeten Deutschlands in der Deportationsfrage vorübergehend einzustellen. Erst Anfang 1943 erkannte Ribbentrop die politische Zweckmäßigkeit eines persönlichen Engagements für die Endlösung¹².

Während Broszat sich einerseits allzusehr auf Goebbels stützt, ignoriert er andererseits sämtliche Aussagen jener SS-Männer, die mit der Ausarbeitung und Durchführung des Vernichtungsplans beauftragt waren. Himmler und Heydrich lebten nicht lange genug, um Zeugnis ablegen zu können, Adolf Eichmann und Rudolf Höß aber konnten es. Obwohl in den Aussagen beider Männer Widersprüche enthalten sind, ergeben sie doch ein übereinstimmendes Bild. Bei seinen ersten Aussagen vor dem Internationalen Militärtribunal war Höß offensichtlich noch etwas konfus und vermischte Begebenheiten aus den Jahren 1941 und 1942. Die Aussagen, die er 1946 vor den polnischen Untersuchungsrichtern in Krakau machte, und seine Autobiographie von 1947 stellen jedoch einen verhältnismäßig geschlossenen Bericht dar. Im Sommer 1941 wurde Höß in Berlin von Himmler über die Weisung des Führers informiert, alle europäischen Juden auszurotten. Höß wurde sodann von Eichmann besucht, der mit ihm die Unzulänglichkeit der Erschießungen und der Gaswagen besprach, ihm aber noch keine Einzelheiten über den Termin des Beginns der Vernichtungsaktionen oder der für die Vergasungen anzuwendenden Technik sagen konnte. Diese Fragen waren auch noch offen, als Höß im November 1941 an einer Konferenz der Mitarbeiter Eichmanns in Berlin teilnahm. Im gleichen Herbst wurden russische Gefangene in Auschwitz mit Cyclon B vergast, und dieses Gas wurde für die Judenvernichtung gewählt, die nach der Ankunft von Juden aus Oberschlesien Anfang 1942 begann¹³.

In seinem Prozeß in Jerusalem gestand Eichmann, er habe vom Vernichtungsbefehl im Spätsommer 1941 durch Heydrich erfahren und dann den bereits informierten Globocnik in Polen aufgesucht und in der Nähe von Minsk die Tätigkeit der Einsatzgruppen beobachtet, um die Durchführung der Tötungsverfahren zu studieren. Zwar leugnete Eichmann bei seinem Verhör vor Gericht, in jenem Herbst 1941 in Auschwitz gewesen zu sein, doch in früheren Einvernahmen hatte er zugegeben, Auschwitz vier Wochen nach seiner Unterrichtung durch Heydrich besucht und sich mit Höß beraten zu haben¹⁴.

Sind dokumentarische Unterlagen erhalten geblieben, aus denen hervorgeht, daß es bei den Planungen der SS im Herbst 1941 vor allem um die Schwierigkeiten der

¹⁴ Bezirksgericht Jerusalem, Kriminalfall Nr. 40/61, Urteilsbegründung 76 (künftig zit.: Eichmann-Urteil); Bernd Nellessen, Der Prozeß von Jerusalem, Düsseldorf 1964, S. 237f., 246.



¹² Browning, S. 120, 174f.

¹³ Rudolf Höß, Kommandant in Auschwitz, Stuttgart 1958, S. 120ff., 153ff., 176; seine frühere Aussage vor dem Nürnberger Militärtribunal, in: IMG, Bd. XI, S. 40ff., und PS-3868.

Vernichtung und nicht bloß der Deportation ging? Am 28. August 1941 schrieb Eichmann an das Auswärtige Amt und fügte der schon früher verwendeten Formulierung "im Hinblick auf die kommende Endlösung" die ominöse Wendung "und in Vorbereitung befindliche" hinzu¹⁵. Wenn diesem Dokument auch keine entscheidende Bedeutung zukommt, so deckt sich der Zeitpunkt der phraseologischen Änderung doch mit Eichmanns eigener Aussage, vom Vernichtungsbefehl im Spätsommer gehört zu haben.

Im Oktober 1941 begleitete ein Mitarbeiter Eichmanns, Friedrich Suhr, den Judenreferenten des Auswärtigen Amts, Franz Rademacher, nach Belgrad zu Besprechungen über die Judenfrage in Serbien. Als das Schicksal der jüdischen Männer entschieden war (sie wurden von Exekutionskommandos der Armee zur Vergeltung für Opfer
von Partisanenangriffen erschossen), kam Rademacher auf die Frauen, Kinder und
alten Leute zu sprechen. "Sobald dann im Rahmen der Gesamtlösung der Judenfrage
die technische Möglichkeit besteht, werden die Juden auf dem Wasserwege in die
Auffanglager im Osten abgeschoben." Kurz nachdem ihm auf einer Konferenz, an
der ein Mitarbeiter Eichmanns teilgenommen hatte, Pläne für die Errichtung eines
Auffanglagers im Osten bekanntgeworden waren, hatte Rademacher einen Brief von
Paul Wurm, dem außenpolitischen Redakteur des "Stürmer", erhalten:

"Lieber Parteigenosse Rademacher! Auf meiner Rückreise aus Berlin traf ich einen alten Parteigenossen, der im Osten an der Regelung der Judenfrage arbeitet. In nächster Zeit wird von dem jüdischen Ungeziefer durch besondere Maßnahmen manches vernichtet werden."¹⁷

Diese beiden Belege zeigen, daß die im Oktober 1941 von und nach Berlin kommenden Juden-Experten von Plänen für ein "Auffanglager" im Osten zur Aufnahme der für Schwerarbeit nicht tauglichen Juden und von "besonderen Maßnahmen" zu ihrer Ermordung wußten. Die genaue geographische Lage dieses geplanten Auffanglagers blieb unklar, doch läßt die Erwähnung des Transports auf dem Wasserweg vermuten, daß an eine Route über die Donau und das Schwarze Meer nach Rußland gedacht war.

Daß noch bei einer anderen Gelegenheit im Oktober die Vergasung und die Errichtung neuer Judenlager in Rußland erörtert wurde, überlieferte Alfred Wetzel, Referent für Judenfragen im Ministerium für die besetzten Ostgebiete, der mit Eichmann und dem Leiter der Euthanasie-Aktion, Viktor Brack, zusammengetroffen war. Unter dem Datum des 25. Oktober schrieb Wetzel, daß sich "... Brack von der Kanzlei des Führers bereit erklärt hat, bei der Herstellung der erforderlichen Unterkünfte sowie der Vergasungsapparate mitzuwirken. Zur Zeit sind die in Betracht kommenden Apparate in genügender Anzahl nicht vorhanden, sie müssen erst hergestellt werden. Da nach Auffassung Bracks die Herstellung der Apparate im Reich viel größere



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

¹⁵ Eichmann an D III, 28. 8. 1941, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig zit.: PA), Inland II A/B 47/1.

¹⁶ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945 (künftig zit.: ADAP), Serie D, 13, Teil 2, S. 570ff.

¹⁷ Wurm an Rademacher, 23. 10. 1941, in: PA, Inland II A/B 59/3.

Schwierigkeiten bereitet als an Ort und Stelle, hält es Brack für am zweckmäßigsten, wenn er umgehend seine Leute, insbesondere seinen Chemiker Dr. Kallmeyer, nach Riga sendet, der dort alles weitere veranlassen wird ... Sturmbannführer Eichmann, der Sachbearbeiter für Judenfragen im RSHA, [ist] mit diesem Verfahren einverstanden. Nach Mitteilungen von Sturmbannführer Eichmann sollen in Riga und in Minsk Lager für Juden geschaffen werden, in die evtl. auch Juden aus dem Altreichgebiet kommen. Es werden zur Zeit aus dem Altreich Juden evakuiert, die nach Litzmannstadt, aber auch nach anderen Lagern kommen sollen, um dann später im Osten, soweit arbeitsfähig, in Arbeitseinsatz zu kommen. Nach Sachlage bestehen keine Bedenken, wenn diejenigen Juden, die nicht arbeitsfähig sind, mit den Brackschen Hilfsmitteln beseitigt werden ... Die Arbeitsfähigen dagegen werden zum Arbeitseinsatz nach Osten abtransportiert. Daß bei den arbeitsfähigen Juden Männer und Frauen getrennt zu halten sind, dürfte selbstverständlich sein."¹⁸

Auch auf einer Konferenz, die am 10. Oktober unter dem Vorsitz von Heydrich in Prag stattfand, wurden Riga und Minsk als Bestimmungsorte für deportierte Juden genannt. Auf der gleichen Konferenz sagte Heydrich, "Nebe und Rasch könnten in die Lager für kommunistische Häftlinge im Operationsgebiet Juden mithineinnehmen"¹⁹. Heydrich hatte möglicherweise Stahlecker und Nebe gemeint, die Führer der Einsatzgruppen in Riga bzw. Minsk. Daß aber offensichtlich die Auslieferung deportierter Juden an Chefs von Einsatzgruppen vorgesehen war, die gerade die Ermordung von Juden und Kommunisten in der Sowjetunion kontrollierten, zeigt jedenfalls, daß Heydrich bereits Anfang Oktober keinen Zweifel über das Schicksal dieser Deportierten hatte.

Die Oktober-Dokumente zeigen die Endlösung noch nicht in ihrer definitiven Form, doch geht aus ihnen hervor, daß fieberhafte Planungen im Gange waren und daß wesentliche Elemente der Endlösung – spezielle Auffanglager für deportierte Juden und die Vergasung – von den zuständigen Sachbearbeitern nicht nur der SS, sondern auch der Kanzlei des Führers, des Auswärtigen Amts und des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete bereits beraten wurden. Die Dokumente sprechen also für die Glaubwürdigkeit von Eichmann und Höß und nicht für die Annahme Broszats, die Nazis hätten selbst nach dem Beginn der Deportationen aus dem Reich nur eine vage Idee oder nur eine "allgemeine Vorstellung" über das endgültige Schicksal der Deportierten gehabt. Wenn zur Vorbereitung dieses Schicksals mit der Planungsarbeit schon konkrete Schritte unternommen wurden, wie Eichmann und Höß bezeugten,

H. G. Adler, Theresienstadt 1941–1945, Tübingen 1960², S. 720 ff. Am Tag nach der Versammlung in Prag unter dem Vorsitz Heydrichs informierte Stahlecker den Generalkommissar von Lettland, Dr. Drechsler, daß in der Nähe von Riga ein KZ für Juden aus dem Reich und dem Protektorat gebaut werde. Am 8. November bestätigte Sturmbannführer Otto Lange von der Einsatzgruppe A, daß 25 000 Juden zum neuen Lager in Salspils bei Riga und weitere 25 000 nach Minsk unterwegs seien. Als Dr. Trampedach vom Reichskommissariat Ostland nach Berlin schrieb, um auf ein Anhalten des Transports zu drängen, antwortete ihm Dr. Leibbrandt vom Ministerium für die besetzten Ostgebiete, daß kein Grund zur Sorge bestehe, da die Juden "weiter nach Osten" geschickt würden. Vgl. Raul Hilberg, The Destruction of the European Jews, Chicago 1961, S. 232.



¹⁸ Nürnberger Dok. NO-365.

so stärken Broszats eigene Argumente gegen Irving, die überzeugend dartun, solche Schritte seien ohne Hitlers Wissen und Billigung nicht vorstellbar²⁰, die Annahme eines Hitlerschen Vernichtungsbefehls im Sommer 1941.

Martin Broszat stützt seine These, es sei kein umfassender Vernichtungsbefehl erteilt worden und die Nationalsozialisten seien sich über das Schicksal der Deportierten zunächst selbst noch im unklaren gewesen, in hohem Maße auch auf die improvisierte Durchführung der Deportationen aus dem Reich im Herbst 1941. Er weist auf Himmlers Schreiben vom 18. September 1941 an Gauleiter Greiser (Warthegau) hin, das ankündigte, 60 000 deutsche Juden würden nach Lodz geschickt, um dort auf ihre Deportation weiter nach Osten im nächsten Frühjahr zu warten, und argumentiert, daß Himmlers daraus entstandener Streit mit dem Regierungspräsidenten in Lodz, Uebelhör, über die Aufnahmekapazität von Lodz unverständlich wäre, hätte es schon einen Vernichtungsplan gegeben²¹. Schließlich habe, so Broszat, der Stillstand der militärischen Operationen in Rußland den Zwang geschaffen, polnische Gebiete als "Winterquartier" für die deportierten Juden zu nutzen, und das Unvermögen der polnischen Ghettos, mehr Deportierte aus Deutschland aufzunehmen, habe das ganze Abschiebungsprogramm in Gefahr zu bringen gedroht. Um diesen Druck zu verringern, seien dann sporadische Exekutionen wie in Riga und dem ad hoc errichteten Todeslager in Chelmno durchgeführt worden.

Aus anderer Sicht ist die improvisierte Art der Deportationen aus Deutschland im Herbst 1941 jedoch nicht unvereinbar mit systematischen Vernichtungsplänen, die auf einem Hitler-Befehl vom Sommer beruhten. Der Auftrag, den Göring im Juli 1941 Heydrich erteilte, bezog sich auf einen Plan für die gesamte deutsche Einflußzone in Europa, nicht nur für Deutschland und das Protektorat. Im August, als ein solcher Plan noch nicht vorliegen konnte, widersetzte sich Hitler dem Drängen Heydrichs und Goebbels' auf sofortige Deportationen aus Deutschland²². Ebenso unterrichtete Eichmann das Auswärtige Amt am 13. September 1941, daß Deportationen serbischer Iuden nach dem Generalgouvernement oder nach Rußland nicht möglich seien, weil dort nicht einmal deutsche Juden untergebracht werden könnten²³. Am 14. September drängte Rosenberg jedoch Hitler zur Genehmigung der sofortigen Deportation deutscher Juden als Vergeltung für die russische Deportation von Wolga-Deutschen nach Sibirien. Himmler informierte Greiser vier Tage später von einstweiligen Deportationen nach Lodz, weil der Führer das Reich und das Protektorat so bald wie möglich "judenfrei" machen wolle, er hoffe, bis zum Jahresende. Kurz darauf verkündete auch Heydrich in Prag den Wunsch des Führers, daß bis zum Jahresende so viele deutsche Juden wie möglich nach Lodz, Riga und Minsk deportiert werden sollten²⁴. Sowohl Himmler als auch später Eichmann in seinem Gespräch mit Wetzel betrachte-



²⁰ Broszat, S. 756f.

²¹ Ebenda, S. 750f.

²² Bernhard Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, in: VfZ 9 (1961), S. 303; Broszat, S. 750.

²³ Randbemerkung Rademachers auf Benzlers Brief vom 12. 9. 1941, in: PA, Inland IIg 194.

²⁴ Adler, S. 720ff.

ten die Deportationen im Herbst unzweifelhaft als Zwischenstufe. Die Juden sollten eigentlich im Frühjahr "nach Osten" geschickt werden, wenn die Vorbereitungen für die "Endlösung" der Judenfrage abgeschlossen sein würden. Die Deportationen im Herbst waren hingegen tatsächlich improvisiert, weil sie auf einen plötzlichen Beschluß des "Führers" Mitte September zurückgingen, für Deutschland noch vor der Planung und Exekution der "Endlösung" für ganz Europa eine Zwischenlösung zu finden. Wenn dem Auftrag vom Juli und den Deportationen im Herbst zwei verschiedene Entschlüsse zugrunde liegen, so schließt die improvisierte Durchführung des letzteren eine umfassende Zielsetzung des ersteren nicht aus.

Neben den spärlichen dokumentarischen Unterlagen und den Aussagen von Eichmann und Höss sollten auch Indizien berücksichtigt werden. Ist Broszats Annahme plausibel, die Nationalsozialisten seien auf die Deportation so fixiert gewesen, daß sie noch im Oktober 1941, nachdem die Deportationen aus dem Reich bereits begonnen hatten, nur eine "allgemeine Vorstellung" vom Schicksal der Juden gehabt hätten? Wenn Broszat den Versuch macht, die Vorstellung der in der Judenpolitik führenden Nationalsozialisten von diesem Schicksal detaillierter und glaubhafter zu beschreiben, unterscheidet sich das Ergebnis kaum von einem Plan zur systematischen Ausrottung, dessen Bestehen er an anderer Stelle bestreitet. Diese allgemeine Vorstellung definiert er so: "Die Juden im Osten in Ghettos und Lagern zu schwerer Zwangsarbeit einzusetzen, dabei würden bald viele umkommen, und in bezug auf die Nichtarbeitsfähigen könne man ähnlich "nachhelfen", wie man in den Konzentrationslagern des Reiches und in Arbeitslagern in Polen dazu übergegangen war, nicht einsatzfähige Gefangene zu liquidieren"25. Da die große Mehrheit der nach dem Osten abzuschiebenden Juden aus Frauen, Kindern, alten Leuten oder Kranken bestand und der kleinen Minorität der "Einsatzfähigen" so schwere Arbeit zugeteilt werden sollte, daß sie bald ebenfalls "unbrauchbar" würden, war im Deportationsprogramm nach Broszats eigener Definition die systematische Ausrottung impliziert.

Es ist unwahrscheinlich, daß die Nationalsozialisten blind gehandelt hatten und ihnen diese Implikation entgangen war. Bereits im Frühjahr 1940 war die SS zur Einstellung von Deportationen in das Lubliner Gebiet gezwungen gewesen, weil eine zwar begrenzte, aber ungeregelte Judendeportation ohne sorgfältige Vorbereitung sich als chaotisch und undurchführbar erwiesen hatte. Sicherlich hatte niemand den Wunsch nach einer Wiederholung jenes Fiaskos in noch weit größerem Maßstab.

Als im Sommer 1940 die für solche Probleme zuständigen Funktionäre der SS ernsthaft die Deportation der Juden nach Madagaskar zu planen begannen, legten sie binnen zweier Monate eine sauber gedruckte Broschüre samt Inhaltsverzeichnis und Landkarten vor, in der sie die künftige Verwaltung und Wirtschaft des "Super-Ghettos" skizzierten²⁶. So phantastisch der Madagaskar-Plan auch gewesen sein mag, seine Verfasser waren Männer, die offensichtlich über das Anfangsstadium der Deportation hinaus gedacht hatten. Im Jahre 1941 dürften sie über die praktischen



²⁵ Broszat, S. 748.

²⁶ Reichssicherheitshauptamt Madagaskar-Projekt, in: PA, Inland IIg 177.

Schwierigkeiten bei der "Lösung" der "Judenfrage" kaum noch Illusionen gehabt haben. Daß sie den Herbst 1941 damit verbrachten, sich mit den der Deportation im Wege stehenden Hindernissen herumzuschlagen, schließt doch wohl aus, daß sie sich gleichzeitig mit einer nur vagen Idee zur Lösung des größten aller Probleme zufriedengaben, nämlich der Bestimmung über das endgültige Geschick der Deportierten.

Wer die These Broszats von "weit mehr Wahrscheinlichkeit" bestreitet, muß seinerseits eine Interpretation bieten, die zumindest ebenso plausibel ist. Der Beschluß, das Massaker der russischen Juden durch die Einsatzgruppen in Gang zu setzen, war ein quantitativer Sprung in der NS-Judenpolitik; er sollte nicht nur im Zusammenhang eines "Vernichtungskriegs" im Osten und ohne Verbindung mit der Behandlung der gesamteuropäischen "Judenfrage" durch die Nationalsozialisten gesehen werden, wie Broszat es zu tun scheint²⁷. Die NS-Judenpolitik befand sich schon in einer "Sackgasse", als Hitlers Entscheidung, in Rußland einzufallen, das alte Dilemma auftauchen ließ, daß weitere militärische Siege das expandierende Deutsche Reich mit zusätzlichen Millionen Juden belasten würden. Der Beschluß zur Tötung der russischen Juden löste dieses Dilemma und bot sich seither als "Lösung" auch für die europäischen Juden an.

Was macht in solcher Lage einen Hitlerschen Vernichtungsbefehl aus? Als Heydrich von Göring den Auftrag bekam, eine Gesamtlösung der Judenfrage vorzubereiten, war die Ausrottung der russischen Juden in vollem Gange. Wir wissen nicht, ob Himmler und Heydrich von Hitler eine präzisere, über den Auftrag Görings hinausgehende mündliche Weisung erhielten, doch hätte es einer solchen Weisung kaum bedurft. Bei der politischen Struktur des Dritten Reiches, in dem rivalisierende Paladine um Hitlers Gunst wetteiferten und in dem Maß erfolgreich waren, in dem sie seine Wünsche vorhersahen und erfüllten, brauchten Himmler und Heydrich wenig mehr als ein Kopfnicken Hitlers, um zu begreifen, daß die Zeit für die Einbeziehung der europäischen Juden in die Tötungsaktionen gekommen war. Unter diesen Umständen stellte der Auftrag Görings implizite zum allermindesten eine Aufforderung und eine ausreichende Veranlassung zur Vorbereitung der systematischen Judenvernichtung dar.

Angesichts der schon offenkundig gewordenen Mängel der von den Einsatzgruppen angewandten Methoden und ihrer noch geringeren Eignung zum Gebrauch gegen nichtrussische Juden standen Himmler und Heydrich vor einer Reihe von Problemen: Welche vorbereitenden Maßnahmen mußten ergriffen werden? Wie und wo sollten die Juden getötet werden? Wie war die benötigte Mitwirkung anderer Institutionen und Staaten zu erreichen? Wie stand es mit der Nutzung jüdischer Arbeitskraft? Welche Juden könnten aus anderen Gründen verschont werden müssen? Die Nationalsozialisten begaben sich auf unvermessenes Terrain und versuchten Beispielloses; sie hatten keine Karte zu ihrer Orientierung.



²⁷ Broszat, S. 747. Broszat erkennt an, daß die Massenmorde der Einsatzgruppen gelehrt hatten, die Liquidation sei die einfachste und schnellste "Lösung der Judenfrage"; er macht aber klar, daß seiner Meinung nach diese Lehre in bezug auf die europäischen Juden viel später gelernt und angewendet wurde.

Die vorbereitenden Maßnahmen trafen in Deutschland auf die geringsten Schwierigkeiten. Im September 1941 wurden die deutschen Juden gekennzeichnet. Im Oktober wurde jede weitere Auswanderung von Juden verboten und an die Slowakei, Kroatien und Rumänien das Ersuchen gerichtet, die Einbeziehung ihrer in Deutschland lebenden jüdischen Staatsbürger in die Deportationen aus dem Reich zuzulassen. Am 25. November verfügte die "Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz" die Aberkennung der Staatsbürgerschaft und die Einziehung des Eigentums der im Ausland lebenden bezw. Deutschland verlassenden deutschen Juden. Solche vorbereitenden Maßnahmen erfüllten zugegebenermaßen einen erklärbaren Zweck, ob den deutschen Juden zu diesem Zeitpunkt nun die Abschiebung oder die Vernichtung bestimmt war. Derartige Vorbereitungen lassen aber nicht auf eine Bürokratie schließen, die unfähig gewesen wäre, die Folgen ihres Handelns zu erkennen.

Schwerer waren die Fragen zu beantworten, wie und wo die Tötungen durchgeführt werden sollten. Das Organisationsproblem wurde durch eine Kombination von Elementen aus drei bestehenden NS-Einrichtungen gelöst, in denen die Nationalsozialisten bereits Erfahrung hatten: das KZ-System, die Vergasung im Rahmen des Euthanasie-Programms und – Eichmanns Spezialität – Austreibung. Als Standort eines Vernichtungszentrums wurde Auschwitz gewählt, und zwar wegen seiner günstigen Lage zu bestimmten Bahnlinien. Die Möglichkeit, weitere Standorte in Rußland auszusuchen, mag erwogen worden sein, bis sie aufgrund der militärischen und Transportlage hinfällig wurde. Die Todeslager wurden dann in Polen errichtet. Nicht einheitlich wurde die Frage entschieden, welches Gas zu verwenden sei. Schließlich blieb man in den von Euthanasie-Experten geleiteten Lagern in Polen bei der Verwendung von Kohlenmonoxyd, während man in Auschwitz und Maijdanek das Gas Cyclon B verwandte²⁸.

Diese Planung hat Hitler vermutlich genehmigt, bevor mit der Errichtung der Todeslager begonnen wurde, doch ist die Ermittlung genauer Daten schwierig. Der polnische Untersuchungsausschuß kam zu dem Schluß, daß die Bauarbeiten in Chelmno und Belzec schon im Oktober 1941 begonnen haben könnten²⁹. Arndt und Scheffler nehmen für Chelmno ein Datum im Oktober oder November und für Belzec vage den "Winter 1941/42" an³⁰. Auch in der Urteilsbegründung im Bonner Chelmno-Prozeß wurde Oktober oder November als Termin des Baubeginns angenommen, während das Bayerische Oberste Landesgericht in München meinte, der Bau von Belzec habe im Spätherbst 1941 begonnen³¹. Hilberg datiert die Inangriffnahme der Errichtung des Auschwitzer Lagers Birkenau auf "Ende 1941"³². Da in einem erhalten gebliebe-



²⁸ Gerald Reitlinger, The Final Solution, New York 1961, S. 145ff.; Ino Arndt und Wolfgang Scheffler, Organisierter Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern, in: VfZ 24 (1976), S. 122–135.

²⁹ Reitlinger, S. 244.

³⁰ Arndt und Scheffler, S. 116, 118.

³¹ Adalbert Rückerl, NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, München 1977, S. 262, 132.

³² Hilberg, S. 565.

nen Dokument eine Bauplanänderung zur Erweiterung der Anlage von zwei auf fünf Verbrennungsöfen mit dem 27. Februar 1942 angegeben ist, war der Bauplan offenkundig schon früher fertiggestellt und die Bauarbeit aufgenommen³³. Arndt und Scheffler kommen zu dem Ergebnis, daß in Auschwitz die ersten Judenvergasungen – in provisorischen Anlagen – im Januar 1942 durchgeführt wurden³⁴. Demnach ist es wahrscheinlich, daß die Errichtung der großen Todeslager in Belzec und Auschwitz im November oder Dezember 1941 begann, also etwa zur gleichen Zeit, da am 30. November in Riga erstmals deutsche Juden erschossen wurden und am 8. Dezember in Chelmno die Vergasungen einsetzten. Die Versetzung von Euthanasie-Experten (Sonderkommando Lange) nach Chelmno, die Brack von der Kanzlei des Führers vornahm, und die Errichtung des dortigen, technisch noch primitiven Todeslagers müssen folglich etwas früher gewesen sein. Diese Häufung von Vorgängen deutet darauf hin, daß Hitler den im Sommer 1941 von ihm veranlaßten Vernichtungsplan im Oktober oder November gebilligt hat.

Das Verhalten Himmlers und Heydrichs zu jener Zeit ist zweifellos mit dieser Hypothese vereinbar. Am 30. Oktober übersandte Heydrich dem Auswärtigen Amt die ersten fünf "Ereignismeldungen UdSSR", in denen die im Sommer durchgeführten Massenexekutionen detailliert festgehalten sind. Da das Auswärtige Amt nur eines von meist etwa hundert Exemplaren erhielt, fanden die Mitteilungen Heydrichs also weite Verbreitung³⁵. Vielleicht war Heydrichs Wahl des Zeitpunkts für die erste Informierung anderer Institutionen ein Zufall. Vielleicht wollte er aber auch die Empfänger seiner Berichte auf die "neuen Realitäten" einstimmen, sie psychologisch auf die Mitwirkung an der Endlösung vorbereiten. Am 11. November sagte Himmler zu Kersten, daß jetzt die Vernichtung der Juden geplant werde und unmittelbar bevorstehe³⁶. Und am 29. November verschickte Heydrich die Einladungen zur Wannsee-Konferenz, die ursprünglich für den 9. Dezember angesetzt war, doch dann auf den 20. Januar 1942 verschoben wurde.

Für viele, die ungeduldig auf eine Berliner Entscheidung in der Judenfrage gewartet hatten, brachte der Dezember die Erfüllung ihrer Erwartung. Eine Anfrage des Reichskommissariats Ostland, ob alle Juden ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht und wirtschaftliche Interessen liquidiert werden sollten, wurde aus Berlin am 18. Dezember beantwortet: "In der Judenfrage dürfte inzwischen durch mündliche Besprechungen Klarheit geschaffen sein: Wirtschaftliche Belange sollen bei der Regelung des Problems grundsätzlich unberücksichtigt bleiben."³⁷ Generalgouverneur Hans Frank, der seinen Staatssekretär Bühler nach Berlin geschickt hatte, um ausfindig zu machen, was die Einladung zur Wannsee-Konferenz bedeute, berichtete am 16. Dezember seinen Mitarbeitern, daß die im Generalgouvernement lebenden Juden nicht deportiert werden könnten; folglich müßten sie selbst die Liquidierung dieser Juden besorgen. Er



³³ Nürnberger Dok. NO-4472.

³⁴ Arndt und Scheffler, S. 130.

³⁵ Browning, S. 72ff.

³⁶ Felix Kersten, The Kersten Memoirs 1940-45, New York 1957, S. 119.

³⁷ Nürnberger Dok. PS-3666.

wisse noch nicht genau, auf welche Weise, doch würden "im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen" zu einem "Vernichtungserfolg" führende "Eingriffe" vorgenommen werden. Zwar noch unsicher hinsichtlich der Methoden, hatte Frank keinen Zweifel mehr über das Ziel: "Wir müssen die Juden vernichten."³⁸

Da Franks Bemerkungen die Möglichkeit ausschließen, daß sich die Tagesordnung der Wannsee-Konferenz zwischen der ersten Einladung und der Besprechung selbst radikal geändert hat, muß Heydrich die Genehmigung des Vernichtungsplans vor Ende November erhalten haben. Auf der Wannsee-Konferenz verkündete Heydrich ein umfassendes gesamteuropäisches Programm und erklärte unmißverständlich, daß kein Jude "als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaus"³⁹ überleben dürfe. Das war keine "allgemeine Vorstellung", sondern eine verbindliche Aussage. Auch über den Zweck der Konferenz herrschte keinerlei Unklarheit: Sie sollte die Mitwirkung der Reichsbehörden an einer bereits beschlossenen Judenpolitik regeln, nicht diese Politik diskutieren.

Während das Ziel und die Ausdehnung der deutschen Judenpolitik nicht mehr in Zweifel standen, waren einige praktische Fragen der Endlösung noch nicht entschieden. Auf der Wannsee-Konferenz wurden verschiedene "Lösungsmöglichkeiten" erörtert; Eichmann hat bestätigt, daß es sich um eine Diskussion von "Tötungsmöglichkeiten" gehandelt hat⁴⁰. Obgleich in Chelmno die Gaswagen schon "in Betrieb" waren und die provisorischen Anlagen in Auschwitz soeben "in Betrieb" gesetzt wurden, scheint es bis Mitte März gedauert zu haben, ehe – mit der Eröffnung von Belzec – die Gaskammern ihre letzte Probe bestanden. Während der Wannsee-Konferenz wurde viel Zeit auf die Beratung der Behandlung von Mischlingen und der in Mischehen lebenden deutschen Juden verwendet – Probleme, die nie definitiv gelöst wurden.

Der Auftrag, den Göring am 31. Juli 1941 Heydrich erteilte, sollte demnach nicht als die Hitler-Weisung angesehen werden, der die "Endlösung" fix und fertig entsprang wie Athene dem Haupt des Zeus. Es handelte sich eher um einen Auftrag oder einen Befehl, einen Vernichtungsplan auszuarbeiten, zu dessen Ausführung unvermeidlich die Erprobung verschiedener Möglichkeiten, falsche Ansätze und viele Verzögerungen gehörten. Daraus entstand jenes Phänomen, das Broszat und vor ihm Uwe Dietrich Adam veranlaßte⁴¹, die entscheidende Bedeutung des Auftrags vom 31. Juli zu bestreiten: nämlich die scheinbare Ambivalenz und Konfusion der deutschen Judenpolitik im Spätsommer und Frühherbst 1941, Mitte September durch den Beschluß verschlimmert, deutsche Juden schon vor der Bereitstellung der neuen Tö-

⁴¹ Obwohl der Verf., im Gegensatz zu Broszat, mit Adam hinsichtlich der Bedeutung des Auftrags vom 31. Juli nicht übereinstimmt, ist der Verf. mit Adam darin einig, daß November 1941 der späteste annehmbare Termin für Hitlers Genehmigung der Endlösung ist. Vgl. Adam, S. 312.



³⁸ Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, Hrsg. Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer, Stuttgart 1975, S. 457; Hilberg, S. 363.

³⁹ ADAP, E, I, S. 206.

⁴⁰ Eichmann-Prozeß, 106. Sitzung, 21. 7. 1961, Prot. S. 11.

tungsanlagen zu deportieren. Jedoch waren Ende Oktober oder im November Widersprüche und Konfusion überwunden, lag ein Plan zur Genehmigung durch Hitler vor und wurden die ersten konkreten Schritte zur "Endlösung" getan.

tus.

Angesichts der Quellenlage kann diese Interpretation ebensowenig schlüssig bewiesen werden wie die These Martin Broszats. Es ist, wie er sagt, eine Frage der Wahrscheinlichkeit. Die hier skizzierte Interpretation darf aber mehr Wahrscheinlichkeit beanspruchen als Broszats tour de force, verlangt doch seine These, daß der historische Zusammenhang, in dem der Auftrag vom 31. Juli zur Gesamtlösung der Judenfrage erging, d. h. der Massenmord in Rußland, außer acht gelassen wird, daß die vom Herbst 1941 stammenden Hinweise auf die Verschickung der deportierten deutschen Juden (und der überlebenden serbischen Juden) weiter nach Osten im nächsten Frühjahr wörtlich und nicht als Chiffre für Ausrottung genommen werden, daß wir die klaren Aussagen von Eichmann und Höß ignorieren, dagegen den Mangel an Hinweisen u. a. in Goebbels' Tagebüchern als Argument akzeptieren und zugleich sowohl die Funktion wie den Zeitpunkt der Wannsee-Konferenz übersehen.



Jahrgang 29 (1981), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dokumentation

DIETER GESSNER

"GRÜNE FRONT" ODER "HARZBURGER FRONT"

DER REICHS-LANDBUND IN DER LETZTEN PHASE

DER WEIMARER REPUBLIK

ZWISCHEN WIRTSCHAFTLICHER INTERESSENPOLITIK

UND NATIONALISTISCHEM REVISIONSANSPRUCH

Die im folgenden abgedruckten Dokumente beschäftigen sich mit Motivation und strategischer Konzeption einer wichtigen Gruppe des Weimarer Konservatismus in der letzten Phase der Weimarer Republik. Die beiden zentralen Dokumente (Dokument 2 und 3) aus dem Restbestand des Reichs-Landbund-Archivs, das im Deutschen Zentralarchiv Potsdam (Sig. RLB 120a) aufbewahrt wird, verdeutlichen, daß im politischen Kräftefeld der ersten deutschen Republik der Konservatismus aus einer Fülle eigenständiger Gruppierungen bestand, daß aber konservative Politik prinzipiell an der Unvereinbarkeit zweier Zielsetzungen krankte: "Nationale Politik" im Sinne einer aggressiven Durchsetzung der Revision des Versailler Vertrages vertrug sich oft nicht mit der Durchsetzung ökonomischer Interessen, artikuliert von starken Wirtschaftsverbänden wie etwa dem Reichs-Landbund als Nachfolgeorganisation des "Bundes der Landwirte". Der Versuch, beide Aufgaben miteinander zu verbinden, charakterisierte die Politik der Deutschnationalen Volkspartei in den Jahren 1924 bis 1927/281. Danach gelangte der Weimarer Konservatismus jedoch an die Wegscheide. Unter dem Eindruck einer Neuregelung der Reparationsfrage und der einsetzenden Agrarkrise wurde die bisherige Verknüpfung der zwei unterschiedlichen prinzipiellen Zielsetzungen zunehmend problematisch und am Ende in der Praxis nicht mehr durchführbar.

Zu Beginn des Jahres 1929 (11. Februar) kam es auf der Pariser Sachverständigenkonferenz der Reparationsgläubiger des Deutschen Reiches zu einer Initiative mit dem Ziel einer Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen. Der amerikanische Wirtschaftspolitiker Owen Young schlug vor, die bisherige Aufbringungsmodalität in zweierlei Hinsicht zu verändern.

Zum einen sollten die jährlichen Zahlungen sowohl herabgesetzt wie auf einen längeren Zeitraum (59 Jahre) verteilt und dabei zugleich die Schwankungen der deutschen Wirtschaftskonjunktur berücksichtigt werden. Zum anderen wollte Young auf die Kontrollinstrumente der Gläubiger (Generalagent) und den Zugriff auf öffentliche Einrichtungen des Reiches (Reichsbahk und Reichsbahn) verzichten und zum Schutze

¹ Dazu Dieter Gessner, Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976.



der deutschen Währung anstelle des Reparationsagenten eine internationale Bank errichten. Nachteil dieser neuen Regelung blieb, daß die Gläubiger auf Zahlung in Höhe von insgesamt 75 Milliarden RM bestanden und daß durch eine Verbindung von deutschen Reparationszahlungen und alliierten Kriegsschulden gegenüber den USA die Reparationen des Deutschen Reiches festgeschrieben wurden.

Bereits bei den ersten Nachrichten über die Ergebnisse der Pariser Sachverständigenkommission bemächtigte sich die Weimarer Opposition dieses seit dem Versailler Vertrag für die deutsche Innenpolitik hochbrisanten Themas. Vor allem die DNVP, die sich nach der Ablösung des Grafen Westarp als Parteivorsitzendem im Oktober 1928 und der Wahl Alfred Hugenbergs zu seinem Nachfolger wieder prononciert als Zentrum der "nationalen Opposition" gegen das "System von Weimar" verstand, sah im Aufgreifen dieser Frage in einer Phase beginnender wirtschaftlicher Depression und internationaler Unsicherheit (Handelsprotektionismus) eine Gelegenheit zur verschärften nationalen Akzentuierung oppositioneller Politik. Ein solches Bestreben, vor allem personifiziert in Hugenberg, muß auf dem Hintergrund der Entwicklung der DNVP unter Westarp in Richtung einer schrittweisen Anpassung an das Regierungssystem von Weimar gesehen werden.

Zweimal war in den vergangenen Jahren die konservative Partei Regierungspartei geworden, 1925 im Kabinett Luther und 1927/28 im Kabinett Marx IV; als Folge der eingegangenen Koalitionsbindungen hatte sie sich zu öffentlichen Tolerierungserklärungen gegenüber der Weimarer Verfassung gezwungen gesehen. Bei beiden Kabinettsbeteiligungen im Rahmen sog. "Bürgerblockkoalitionen" hatten wirtschaftspolitische Interessen den Ausschlag gegeben (1925 bei der Durchsetzung eines gemäßigten Agrarschutzes im Sinne der Vorkriegszeit durch Annahme der kleinen Zolltarifnovelle und 1927 bei ihrer Verlängerung), Beide Male hatte die DNVP die Regierung bald wieder verlassen, weil sie sich außerstande erklärte, Deutschland international in das Versailler System einbinden zu lassen; so 1925 anläßlich der Abstimmung über den Vertrag von Locarno. Stärkste Stütze der Politik deutschnationaler Regierungsbeteiligung, die der Parteivorsitzende Graf Westarp zeitweilig verfolgte, war der Repräsentant der Agrarlobby in der Partei, der Magdeburger Rittergutsbesitzer und Reichstagsabgeordnete Martin Schiele (1925 Innenminister, 1927/28 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft). Schiele kritisierte 1925 den Austritt der DNVP aus der Regierung wegen des Locarno-Vertrages und erklärte für seine politischen Freunde, im Rahmen deutschnationaler Regierungspolitik nationale und interessenpolitische Fragen miteinander verbinden zu können. Die Fortführung einer solchen Politik mit einem deutlich gouvernementalen Habitus wurde unterbrochen durch das schlechte Abschneiden der DNVP bei den Reichstagswahlen 1928. Zwar waren die agrarischen Stammwähler der Partei treu geblieben, aber in den städtischen Zentren hatten die Konservativen eine deutliche Schlappe erlitten. Die dadurch verursachten innerparteilichen Spannungen, deren Höhepunkt der Ausschluß des Gewerkschaftsführers Walter Lambach war, führten im Oktober 1928 zur Wahl Alfred Hugenbergs zum Parteivorsitzenden. Gegenüber diesem Kurswechsel – Hugenberg galt seit langem als Führer der Gegner des von Westarp/Schiele vertretenen Kurses – schien die Schaf-



fung einer konservativen Sammlungsbewegung, und zwar durch den Zusammenschluß der drei größten überregionalen Agrarverbände (Reichs-Landbund, Vereinigung der deutschen Bauernvereine und Deutsche Bauernschaft) mit der Dachorganisation der Landwirtschafts-Kammern, dem Deutschen Landwirtschaftsrat, zur sog. Grünen Front im Frühjahr 1929, ein Gegengewicht zu bedeuten. Martin Schiele, der am Zustandekommen dieses Zusammenschlusses wesentlichen Anteil hatte, schien in der Zusammenarbeit mit dem Zentrumspolitiker Andreas Hermes, dem Führer des Bayerischen Bauernbundes Anton Fehr und dem Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates Ernst Brandes eine neue und offenbar auch breitere Basis für die Fortsetzung der gouvernementalen Politik gefunden zu haben. Eingestandenermaßen erhoffte sich die Grüne Front eine Agrarlobby quer durch die Parteien - von der DDP und dem Zentrum über die DVP bis hin zur DNVP - innerhalb und außerhalb der Parlamente. Die ersten programmatischen Äußerungen der neuen politischen Kraft bewegten sich ganz auf der Linie der rein wirtschaftspolitischen Forderungen früherer Jahre, wenn auch angesichts der Verschärfung der Agrarkrise - Vorläuferin der allgemeinen Wirtschaftsdepression - der Ton kämpferischer gehalten war.

Die auf diese Weise eingegangene Bindung des Reichs-Landbundes unter seinem Chefpräsidenten Martin Schiele mußte Hugenberg als Herausforderung betrachten, war doch der Bund traditionell die stärkste organisatorische Stütze der DNVP. Mit dem Aufgreifen der Reparationsfrage glaubte deshalb der deutschnationale Parteivorsitzende eine Gelegenheit gefunden zu haben, innerhalb des konservativen Lagers die Priorität nationaler vor wirtschaftspolitischen Fragen demonstrieren zu können. Aufgrund der engen Beziehung zwischen DNVP und Reichs-Landbund konnte sich der Bund der Mitarbeit in dem von Hugenberg am 9. Juli 1929 gegründeten "Reichsausschuß für das Freiheitsbegehren" nicht entziehen. Noch bevor die vom 6. bis 31. August in Den Haag tagende Sachverständigenkommission dem Young-Plan - vor allem hinsichtlich der Deutschland angebotenen politischen Gegenleistungen wie der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes - seine endgültige Gestalt gab, beschloß der Reichsausschuß auf Drängen Hugenbergs und Hitlers am 28. August, unabhängig von dem parlamentarischen Schicksal eines Anti-Young-Gesetzes ein Volksbegehren einzuleiten. Bei der Formulierung des auf diesem plebiszitären Weg zur Abstimmung gestellten Gesetzes (nach Art. 12/73 RV) erzielte Hugenberg einen weiteren Erfolg. In § 4 des sog. "Freiheitsgesetzes" forderte Hugenberg für alle am Zustandekommen eines entsprechenden deutschen Reparationsgesetzes Beteiligten die Anwendung des Strafgesetzbuches (Dokument 1). Gegen diese Kriminalisierung von Weimarer Politikern bis hin zum Reichspräsidenten Hindenburg wehrten sich der Reichs-Landbund und die Repräsentanten der Christlich-nationalen Landvolkpartei im Reichsausschuß.

Auf einer Sitzung des obersten Organs des Reichs-Landbundes, des Bundesvorstandes, am 12. September kritisierte dieser die vorläufige Fassung des § 4 des "Freiheitsgesetzes" und forderte einstimmig seine "Entschärfung". Durch Indiskretion wurde der in Berlin erscheinenden Deutschen Allgemeinen Zeitung diese Stellungnahme zu-



gespielt; sie erschien einen Tag später in der Nachtausgabe. Dadurch fühlte sich Hugenberg erpreßt und sagte verstimmt eine Überarbeitung des Gesetzentwurfs zu. Doch die neue Fassung stand der früheren in keiner Weise nach. Daraufhin sah sich ein prominentes Mitglied des Bundesvorstandes des Reichs-Landbundes, Tilo Freiherr von Wilmowsky, veranlaßt, persönlich bei Hugenberg gegen dieses Verfahren zu protestieren, und legte noch einmal die Bedenken gegen den Entwurf dar (Dokument 2). Trotz seiner Kritik schien der Bund von Hugenberg überrumpelt.

In der Bundesvorstandssitzung vom 1. November 1929 (Dokument 3) kommt dies in der äußerst kontrovers geführten verbandsinternen Diskussion zwischen den Gegnern und Anhängern Hugenbergs zum Ausdruck. Zuvor hatte die Stimmung gegen Hugenberg durch das Ergebnis des vom 16. bis 29. Oktober 1929 durchgeführten Volksbegehrens neue Nahrung erhalten, das zwar die notwendige Stimmenzahl für die Einleitung eines Volksentscheids erbracht, doch deutlich gemacht hatte, daß ein erheblicher Teil der konservativen Wähler nicht zu mobilisieren war. Direktor Arno Kriegsheim berichtete auf der Sitzung darüber, und im Anschluß an seinen Bericht artikulierte Schiele vorsichtig, doch unüberhörbar die distanzierte Haltung der Verbandsführung gegenüber der Kampagne gegen den Young-Plan. Er schlug ferner ein Thema an, das laut Protokoll die Bundesvorstandssitzung immer wieder beschäftigte, nämlich die Sorge, daß der Reichs-Landbund durch das Engagement in der von Hugenberg hochgespielten nationalen Frage seine "Bewegungsfreiheit" verlieren könne und damit politische Kraft für die Durchsetzung agrarpolitischer Forderungen im Rahmen der Grünen Front einzubüßen drohe. Ähnlich äußerten sich Wilmowsky (Vorsitzender des Landbundes der Provinz Sachsen), in besonders scharfer Form Karl Hepp (Bezirksbauernschaft Nassau/Wetzlar), der sowohl Mitglied der Christlichnationalen Landvolkpartei wie Präsident des Reichs-Landbundes war, Jean Nicolas (Brandenburgischer Landbund) und Albert Nehrkorn (Braunschweigischer Landbund). Der Vorsitzende des Oberschlesischen Landbundes, Baur, verwies darauf, daß für seine Organisation die Arbeit im Hugenberg/Hitler-Ausschuß bereits zu einer empfindlichen Belastung für die Zusammenarbeit mit dem christlichen Bauernverein im Rahmen der Grünen Front geworden war. Demgegenüber kamen in Hans Joachim von Rohr (Pommerscher Landbund), Dr. Wendhausen (Mecklenburgischer Landbund), Eberhard von Machui (Schlesischer Landbund) und Klötzer (Sächsischer Landbund) die Befürworter einer harten und kompromißlosen Oppositionspolitik im Sinne Hugenbergs zu Wort. Die Front verlief also im großen und ganzen zwischen östlichen und westlichen Landbünden. Die großen ostdeutschen Landbünde unterstützten Hugenberg und sein Bündnis mit der Hitlerpartei, die westlichen Landbünde (dazu Brandenburg und Sachsen) stellten sich hinter Schiele. Vor allem schien die Haltung zur NSDAP die Disputanten zu scheiden.

Der im hier vorgelegten Protokoll festgehaltenen Bundesvorstandssitzung des Reichs-Landbundes kommt aus zwei Gründen exemplarische Bedeutung zu. Sie dokumentiert einmal die Haltung vieler deutscher Konservativer in der letzten Phase der Weimarer Republik. Vor allem aber reflektiert sie das seither oft beschworene "Dilemma" des politischen Konservatismus von Weimar, den unausgetragenen Konflikt



114

zwischen der Anpassung an das Weimarer Regierungssystem aus pragmatischen wirtschaftspolitischen Gründen und der Distanzierung vom "System" von Weimar, ja seiner rücksichtslosen Bekämpfung, wie sie die auf nationalistischer Ideologie beruhende Vorstellung von deutscher Innen- und Außenpolitik zu fordern schien.

Vom Scheitern des am 22. Dezember 1929 durchgeführten Volksentscheids über das sog. "Freiheitsgesetz" führte der Weg des von Hugenberg geführten Teils der Konservativen über die Harzburger Front (11. Oktober 1931) zu einer immer engeren Bindung an die zur Macht strebende NSDAP. Die gouvernementalen Konservativen vom Schlage Martin Schieles und Hans Schlange-Schöningens brachen mit Hugenberg (am 23. Dezember 1929 trat der Reichs-Landbund aus dem Reichsausschuß aus, was den Anfang einer inneren Zerreißprobe darstellte) und der DNVP (im März 1930 verließen Schiele und seine Anhänger in der Reichstagsfraktion die Partei). Sie sahen in den Präsidialkabinetten eine Chance, Verfassungsrevision und Durchsetzung eines rigorosen Agrarprotektionismus zu verbinden. Ihr politisches Schicksal und das des von ihnen repräsentierten Konservatismus wurde vom Versagen des autoritären Experiments der Hindenburg-Kabinette besiegelt². Die von Hugenberg und seinen Anhängern getragene Politik sollte die Hoffnungen der gouvernementalen Konservativen allerdings nur um wenige Monate überleben.

Dokument 1

Gesetzentwurf für das Volksbegehren sog. "Freiheitsgesetz" (verabschiedet vom Reichsausschuß für das Volksbegehren am 28. September 1929).

§ 1. Die Reichsregg, hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß das erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist. – § 2. Die Reichsregg, hat darauf hinzuwirken, daß das Kriegsschuldanerkenntnis des Art. 231, sowie die Art. 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden. Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos, sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz. – § 3. Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf dem Kriegsschuldanerkenntnis beruhen. Hierunter fallen auch die Lasten und Verpflichtungen, die auf Grund der Vorschläge der Pariser Sachverständigen und nach den daraus hervorgehenden Vereinbarungen von Deutschland übernommen werden sollen. – § 4. Reichskanzler und Reichs-

² Dieter Gessner, Agrardepression, Agrarideologie und konservative Politik in der Weimarer Republik. Zur Legitimationsproblematik konservativer Politik in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1976; ders., Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930–1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977.



minister und deren³ Bevollmächtigte, die entgegen der Vorschrift des § 3 Verträge mit auswärtigen Mächten zeichnen, unterliegen den im § 92 Nr. 3 StGB. vorgesehenen Strafen. – § 5. Dieses Ges. tritt mit seiner Verkündigung in Kraft.

Dokument 2

Tilo Freiherr v. Wilmowsky an Alfred Hugenberg

Abschrift

(Dir. K/3530)

Herrn Minister Schiele zur gefl. Kenntnisnahme

Herrn Direktor Kriegsheim z. K.

gez. W.

11. Oktober 1929.

Sehr geehrter Herr Geheimrat Hugenberg!

Von einer längeren Auslandsreise zurückgekehrt, finde ich hier den endgültigen Wortlaut des Volksbegehrens vor. Bereits vor meiner Abreise hatte ich im Vorstand des R.Lb. ernste Bedenken gegen die Formulierung des § 4 geltend gemacht. Es wurde damals eine erneute Besprechung dieses Punktes in Aussicht gestellt; ich vermag indes nicht anzuerkennen, daß die nunmehr vorliegende Fassung den geäußerten Bedenken Rechnung trägt. Vielmehr geht nach wie vor aus der Fassung der §§ 3 und 4 hervor, daß mittelbar alle Personen in irgendwie maßgebender politischer Stellung, die sich sowohl mit dem Ergebnis der Pariser wie der Haager Konferenz einverstanden erklärt haben, als Landesverräter gebrandmarkt werden sollen. Diese Auffassung bedeutet nach meinem Empfinden eine vollständige Unmöglichkeit.

Sie bedeutet eine endgültige Vergiftung der politischen Atmosphäre; noch niemals ist bisher von der Opposition der politische Gegner als strafrechtlich zu verfolgender Verbrecher hingestellt worden.

Sie bedeutet eine Gefährdung des gesamten landwirtschaftlichen Berufsstandes. Eine Rettung aus der Agrarkrise sehe ich nur in einer planmäßigen Fortführung der Arbeit der Reichsbauernfront. Es ist klar, daß diese Arbeit erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird, wenn von einem Teil der in der Reichsbauernfront vereinigten Persönlichkeiten der andere Teil öffentlich als Landesverräter gebrandmarkt wird.

Endlich aber, und das ist für mich ausschlaggebend, bedeutet die endgültige Formulierung des Volksbegehrens die denkbar schwerste Gefährdung der innerdeutschen Geschlossenheit gegen die Forderungen der früheren Feindstaaten. Ich bin seinerzeit dem Reichsausschuß in der Voraussetzung beigetreten, daß nunmehr endlich die von allen Seiten vermißte überparteiliche Front gegen die Annahme übertriebener Forderungen geschaffen werden solle. Ich ging von der selbstverständlichen Erwartung aus, daß den Mitgliedern des Ausschusses Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf des Volksbegehrens gege-



³ Am 21. September war auf Protest der Vertreter des Reichs-Landbundes und der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei im Reichsausschuß § 4 durch die Einfügung des Wortes "deren" unwesentlich verändert worden. Die Absicht war, den Reichspräsidenten aus dem Streit herauszulassen, Schulthess' Europäischer Geschichtskalender Jg. 45, Bd. 70, 1929, S. 174 und 175.

Dieter Gessner

ben, und daß es eine Form finden würde, welche jedem vaterländisch gesonnenen Deutschen die Unterschrift ermögliche. Diese Erwartung ist nicht erfüllt; die Formulierung erfolgte in größter Heimlichkeit, die Bedenken des Reichs-Landbundes wurden nicht berücksichtigt, die Fassung ist derart, daß, um nur ein Beispiel herauszugreifen, der Feldmarschall von Hindenburg ganz unmöglich für das Volksbegehren stimmen kann.

Selbstverständlich bin ich nicht der Mann, der im Augenblick des Kampfes dem Führer der Partei, der ich angehöre, Schwierigkeiten bereiten wird. Im jetzigen Stadium der Entwicklung werde ich von meiner Auffassung keinerlei öffentlichen Gebrauch machen. Aber ich kann es nach ernster Prüfung vor meinem Gewissen nicht verantworten, vor der Öffentlichkeit die Mitverantwortung für den Wortlaut des Volksbegehrens zu tragen. Ich erkläre daher Ihnen gegenüber meinen Austritt aus dem Reichsausschuß für das Volksbegehren.

Im Hinblick auf unsere alte Bekanntschaft bedauere ich es auf das lebhafteste, daß ich auch in dieser Frage in sachliche Meinungsverschiedenheiten mit Ihnen geraten bin; doch glaube ich, Sie zur Genüge zu kennen, daß Sie ein offenes Wort vertragen und würdigen werden.

Mit angelegentlichen Empfehlungen bin ich

Ihr sehr ergebener gez. von Wilmowsky

Dokument 3

Protokoll der Sitzung des Bundesvorstands des Reichs-Landbunds, 1. 11. 1929

Abschrift

116

Noch zu Punkt 1 der T. O.

Schiele erteilt Herrn Direktor Kriegsheim das Wort zu seinem Bericht über den Stand des Volksbegehrens.

Kriegsheim berichtet über die bisher bekannten Resultate des Volksbegehrens und bringt seine persönliche Auffassung zum Ausdruck, daß die zum Erfolge notwendige Stimmenzahl, insbesondere durch die noch ausstehenden Resultate vom flachen Lande erreicht werden wird. Der Vergleich mit den bei den letzten Reichtstagswahlen für die hinter dem Volksbegehren stehenden Parteien abgegebenen Stimmen zeigt, daß über 50 v. H. ihrer Wähler trotz der Gegenwirkung dem an sie ergangenen Rufe gefolgt sind. Bei früheren Volksbegehren wurden aufgebracht:

- 1.) Fürstenenteignung im März 1926 von den beteiligten Parteien 12¹/₂ Millionen Stimmen, d. h. etwa 100 v. H. der hinter dem Volksbegehren stehenden Wähler (S.P.D., K.P.D., U.S.P.D. und Demokraten);
- 2.) Beim Panzerkreuzer, November 1928, wurden von der beteiligten Partei (K.P.D.) für die Reichstagswahl 3,2 Millionen, für das Volksbegehren 1,2 Millionen Stimmen abgegeben.

In den beiden letzteren Fällen war eine behördliche Gegenwirkung nicht vorhanden. Kriegsheim berichtet dann über die Vorgeschichte des jetzigen Volksbegehrens und dessen Entwicklungsgang. Stahlhelm-Volksbegehren zur Stärkung der Macht des



Jahrgang 29 (1981), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de Reichspräsidenten (Art. 53 der Verfassung) fand nicht die Unterstützung einflußreicher wirtschaftlicher Kreise in den Hansastädten und des Südens, deren Exponent der ehemalige Reichskanzler Cuno war. Wandlungen nach dem Münchner Stahlhelmtag 9. 6. 1929 durch Übernahme der Volksbegehrensaktion durch Geheimrat Hugenberg einschließlich Hitler mit neuer Parole: Gegen Youngplan und Kriegsschuldlüge. Herrenhaustagung 9. 7. 1929: Reichsausschuß zur Durchführung des Volksbegehrens begründet. In Aussicht genommene Taktik: Gestützt auf Art. 72/73 der Verfassung Verkündung des Reichsgesetzes über die Annahme des Youngplanes auszusetzen und dann Volksentscheid durchzuführen. Nürnberger Tagung des Reichsausschusses 28. 8. 1929 brachte entscheidende Wendung durch den Beschluß, sogleich ohne Rücksicht auf Reichstagsverhandlungen den inzwischen ausgearbeiteten Gesetzentwurf zum Volksbegehren zu bringen. Verhandlungen über den Wortlaut des Gesetzentwurfes, insbesondere § 4, fanden Abschluß durch Präsidialbeschluß des Reichsausschußselbstwie nachstehend – veröffentlicht wurde:

"Die Vertreter des Reichs-Landbundes und der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkspartei hielten ihre grundsätzliche Stellungnahme gegen die Strafbestimmung des § 4 gemäß den Beschlüssen ihrer Vorstände aufrecht. Getragen von dem unerschütterlichen Willen zum schärfsten Kampfe gegen Youngplan und Kriegsschuldlüge, erklärten sie jedoch, daß Reichs-Landbund und Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei Schulter an Schulter mit den anderen Verbänden im Reichsausschuß für die gemeinsame Sache kämpfen werden."

Die vorzeitige Veröffentlichung der Stellungnahme des Bundesvorstandes gegen § 4 am 12. 9. 1929, abends, ist durch keine Stelle der Reichs-Landbund-Zentrale bewirkt worden. In dem darauf folgenden Überblick über Kampf und Gegenwirkung wurde festgestellt, daß der außenpolitische Kampf gegen den Youngplan durch die hemmungslose Verherrlichung des Youngplanes durch amtliche Stellen zum Nachteil der deutschen Gesamtlage schwer geschädigt wurde. Die deutsche Öffentlichkeit wurde beherrscht durch die innerpolitische Auseinandersetzung, hervorgerufen durch den Regierungsterror, gestützt auf § 4 des Gesetzentwurfs. Rundfunkmißbrauch, Beamteneinschüchterung durch Landtagsrede Braun pp., Staatsgerichtshof, Haltung Hindenburgs und des katholischen Episkopats haben als Wirkung einerseits Verängstigung vieler Kreise und Einengung, andererseits Aktivierung mancher Schichten gegen Verfassungsverletzungen der Regierung, dadurch gewisse Erweiterung und Auflockerung auch in außerhalb des Reichsausschusses befindliche Gruppen und Parteien hineingetragen. Das besetzte Gebiet sowie das Landvolk des Westens und Südens haben unter dem Einfluß des Zentrums sich kaum beteiligt. Die städtischen Wähler haben mit Ausnahme weniger Städte, z. B. Chemnitz, Potsdam, Berlin, enttäuscht. Der fördernde Einfluß der Nationalsozialisten ist in den Städten nicht in erwartetem Umfange zur Geltung gekommen. Ausgezeichnet ist die Beteiligung in den ländlichen Bezirken, insbesondere in den eigentlichen Landbunddomänen von Mittel-, Nord- und Ostdeutschland gewesen; auf dem Lande durchschnittlich 30% und darüber. Erklärung hierfür die positive Einwirkung der Organisationen (Reichs-Landbund, Stahlhelm, Parteien); persönliches Beispiel der Führer konnte sich auf dem flachen Lande am stärksten auswirken. Die Verängstigungstaktik der Behörden prallte trotz der Einschüchterungsversuche auf Gemeindevorsteher, Domänenpächter usw. im wesentlichen ab. Hauptgrund war jedoch,



Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

118

daß der Inhalt des Volksbegehrens in seinen Einzelheiten überhaupt nicht interessierte, sondern die wirtschaftliche Gesamtlage und die Mißstimmung der ländlichen Bevölkerung suchte nach einem Ventil zum Ausdruck für ihre Unzufriedenheit mit Lage und Behandlung. Der bisherige Verlauf zeigt, daß die Methode des Volksbegehrens an sich ungeeignet für die Opposition zur Erzielung eines tatsächlichen Enderfolges ist, da das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid so angelegt ist, daß es nur bei Beherrschung des Verwaltungsapparates zum positiven Ergebnis führen könnte. Der Gedanke an neues Volksbegehren (Anti-Terrorgesetz) ist abzulehnen. Das begonnene Unternehmen muß aber zum besten Erfolg durchgeführt werden. Die Wirkung nach außen (Kampf gegen Youngplan) verlangt breitere Basis, daher größte Beweglichkeit der Glieder, keine starre Blockierung. Im Parlament abgestimmte Aktionen der drei Parteien. Außerhalb des Parlaments Ausnutzung aller individueller Möglichkeiten der am Unternehmen beteiligten Gruppen zur verstärkten Massenwirkung über die Wähler der bisher beteiligten Parteien hinaus. Durchführung des Rechtsstreites zum Schutze der betroffenen Beamten durch besonders einzurichtende geeignete Stellen (Volksbeschwerdestelle). Der Reichs-Landbund wird sich auch weiterhin in der nationalen Front nicht übertreffen lassen im Kampfe für die nationale Sache. Er wird hierbei die größten Erfolge erreichen durch stärkste Verwendung und Ausnutzung der besonderen Eigenart des Landbundes.

Komme, wie es kommen mag! Es ist nicht an der Zeit, Nekrologe zu halten, sondern alle Kräfte anzuspannen für den neuen Aufmarsch!

- Schiele: Herr Kriegsheim hat in dankenswerter Weise die gesamte Vergangenheit noch einmal dargestellt und ist zu dem Ergebnis gelangt, daß der Reichs-Landbund seine ganze Aktivität für das Volksbegehren entfaltet hat und daß er sie auch für die Zukunft entfalten kann und entfalten wird, wenn wir nicht in besondere Hemmungen hineingedrängt werden. Wir dürfen vor allem feststellen, daß die Landbevölkerung ihre volle Pflicht bei der Durchführung des Volksbegehrens getan hat. Für die Zukunft müssen wir uns stets vor Augen halten, daß wir zwei sehr ernste Aufgaben nebeneinander zu lösen haben, die wir dahin umschreiben können: Es sind die Aufgaben der Grünen Front und der Nationalen Front, die es zu vereinen gilt. Es wird nicht leicht sein, das Programm durchzuführen, aber es kann durchgeführt werden, wenn uns die nötigste Bewegungsfreiheit gegeben wird. Es muß unser Ziel sein, diese Bewegungsfreiheit zu gewinnen.
- v. Machui: Dürfen wir nach dem Referat von Herrn Kriegsheim fest annehmen, daß der Reichs-Landbund alles tun wird, um die jetzt gewonnene nationale Front zusammenzuhalten und sie so fest wie möglich auszubilden?
- Schiele: Ich glaube, daß dies den Ausführungen von Herrn Kriegsheim völlig klar zu entnehmen war. Seine Ausführungen gingen sogar noch wesentlich darüber hinaus. Wir müssen und wollen uns dafür einsetzen, daß aus der jetzigen eng abgesteckten Front eine nationale Bewegung wird. In dieser Richtung ist noch längst nicht genug geschehen, und wir werden unsererseits alles tun, damit sich die Dinge in Zukunft im Sinne einer nationalen Bewegung entwickeln.
- Frh. v. Wilmowsky: Ich begrüße vor allem den Gedanken, daß bei einem neuen Aufmarsch dem Reichs-Landbund völlige Handlungsfreiheit gegeben sein muß. Bei der bisherigen Aktion haben wir diese Handlungsfreiheit nicht immer gehabt. Ich erinnere daran, daß wir einstimmig die schwersten Bedenken gegen den § 4 geäußert haben (Zwischenruf



v. Rohr: Ich nicht!). Das Bedauerliche ist, daß infolge der Formulierung des Volksbegehrens und insbesondere des § 4 die ganze Aktion nicht so sehr eine außenpolitische Kundgebung geworden ist, sondern daß wir uns zum Hohn des Auslandes innenpolitisch zerrissen haben. Auch deshalb müssen wir verlangen, daß für den Reichs-Landbund in Zukunft eine stärkere Handlungsfreiheit gewährleistet ist.

Dr. Wendhausen: Die etwas distanzierte Haltung von Herrn Kriegsheim gegenüber dem Volksbegehren hat mich doch gewundert. Die Haltung stimmt nicht überein mit der Meinung der Mehrheit unserer Mitglieder im Lande. § 4 ist nicht der Kernpunkt, sondern er ist erst durch unser Vorgehen dazu gemacht worden. Ich verstehe wohl, daß der Reichs-Landbund sich eine gewisse Bewegungsfreiheit verschaffen muß, weiß auch, daß sich die jetzige Front mit der Grünen Front nicht gut verträgt. Ich weiß indes nicht, welche Front die wichtigere ist. Jedenfalls glaube ich nicht, daß die Grüne Front zu dem nötigen Erfolge kommen wird. Ich bin deshalb der Meinung, daß die Frage der Bewegungsfreiheit nicht in erster Linie für den Landbund stehen darf, sondern daß wir uns mit allen Kräften für die nationale Front, wie sie jetzt besteht, einsetzen müssen. Gewiß ist diese Front zu eng. Aber da sie nun einmal vorhanden ist, müssen wir sie vor allem zusammenhalten. Wir stehen bei uns noch in der Kaufenthaltung, sind also im vollsten Kampfe. Wir müssen deshalb der stärkste Faktor in der nationalen Front bleiben und sie mit allen Kräften verbreitern und verstärken.

Nicolas: Wenn Herr Wendhausen sagte, daß die nationale Front nicht breit genug ist, daß sie noch verbreitert werden muß, so können wir dies doch nur tun, wenn wir Kreise, die jetzt noch abseits stehen, hereinbekommen. Die nationale Front wäre bedeutend größer gewesen, wenn wir nicht den Nationalsozialisten gefolgt wären. Wir haben uns in eine gewisse Abhängigkeit gegenüber den Nationalsozialisten begeben. Ich habe das Gefühl, daß wir uns im Reichs-Landbund in gewissem Sinne verzetteln. Eine Organisation ist nicht dazu da, alle Aufgaben zu erfüllen, die sich auf der nationalen, auf der bürgerlichen Seite usw. bieten. Wenn ich auch eine Durchkämpfung wirtschaftlicher Maßnahmen ohne Politik nicht für möglich halte, so dürfen wir doch nicht eine nationale Aufgabe an die Spitze unserer wirtschaftspolitischen Organisation stellen. Die beiden Aufgaben, die nationale und die wirtschaftspolitische, sind nebeneinander überhaupt nicht durchzuführen. Das schließt nicht aus, daß jeder einzelne Landbündler national ist und sich im Stahlhelm oder in der Deutschnationalen Volkspartei oder an anderer Stelle für die nationalen Dinge einsetzt und für das Volksbegehren kämpft. Diesen Kampf kann ich indirekt, wenn auch nicht als Landbundmann, führen; als Organisation aber schädigen wir unsere wirtschaftlichen Aufgaben bedeutend, wenn wir verschiedene Aufgaben miteinander verquicken. Die Erfüllung unserer wirtschaftspolitischen Aufgaben hat mit der Außenpolitik und mit der nationalen Politik nichts zu tun. Die Aufgabe unseres Reichs-Landbundes ist es, unsere Wirtschaften rentabel zu machen. Über die nationale Front ist das nicht zu erreichen. Wir können natürlich nicht einfach aus dem Reichsausschuß austreten; aber wir müssen die Bewegungsfreiheit erhalten. Wir lassen uns in nationaler Beziehung von niemand übertreffen. Die primäre Aufgabe unserer Organisation ist es aber, der deutschen Landwirtschaft zu dienen.

Kloetzer: Ich nehme an, daß die Äußerung von der größeren Bewegungsfreiheit für den Reichs-Landbund nicht dahin zu verstehen ist, daß wir in irgend einer Lage aus dem Reichsausschuß ausscheiden. Das würde nicht der Meinung der Mehrzahl unserer Mitglieder entsprechen. Eine wirkliche Besserung unserer Lage ist nur zu erreichen,



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wenn wir eine grundsätzliche Änderung des Systems durchsetzen können. Ich habe im allgemeinen die Ausführungen des Herrn Direktors Kriegsheim gebilligt. Etwas erstaumt gewesen bin ich über die Erörterungen in Bezug auf den § 4. Ich hoffe, daß der Reichs-Landbund der Veröffentlichung, die am Tage nach unserer Bundesvorstandssitzung erfolgt ist, fernsteht, muß aber trotzdem annehmen, daß, wenn sie auch nicht aus dem Kreise des Reichs-Landbundes in die Öffentlichkeit gekommen ist, sie dennoch irgendwie aus diesem Hause herausgegangen ist. Sind Nachforschungen angestellt, auf wen die Veröffentlichung, die großen Schaden stiftete, zurückzuführen ist? Es ist keine Frage, daß die Gegenseite erst durch diese Veröffentlichung auf die Auslegung des § 4 aufmerksam geworden ist. Unter keinen Umständen könnte ich mich damit einverstanden erklären, wenn der Reichs-Landbund ietzt dem bisherigen Reichsausschuß gegenüber eine größere Handlungsfreiheit verlangen würde. Ich möchte bitten, daß im Gegenteil die Herren des Präsidiums, die im Reichsausschuß sind, nach wie vor sich rückhaltlos hinter den Reichsausschuß stellen und unter keinen Umständen zu einer Schwächung beitragen. Am 22. 10. fand hier eine Sitzung des engeren Präsidiums statt, bei der sich Herr Minister Schiele und Herr Kriegsheim rückhaltlos für die weitere Arbeit und die Durchführung des Volksbegehrens ausgesprochen haben und dies auch für die Zukunft zugesagt haben. Diese Zusage muß im Interesse der nationalen Sache innegehalten werden. Ich bitte Herrn Minister Schiele, einmal klar seine Pläne über die weitere Arbeit der Grünen Front darzulegen.

Schiele: Die Grüne Front ist dazu bestimmt, einen möglichst großen Erfolg für das Landvolk herauszuholen unter stärkster Anspannung sämtlicher Kräfte und immer stärkeren Einfluß auf die Politik im Interesse der Landwirtschaft zu gewinnen. Darin hindert mich auch nicht die gewiß vorhandene Reibung mit der nationalen Front. Die von Herrn Wendhausen ausgesprochene Skepsis muß zu einer mißlichen Lage führen. Man erwartet gegenüber einer von Woche zu Woche ständig steigenden Not der Landwirtschaft die Anwendung aller irgendwie möglichen Mittel, um die Lage der Landwirtschaft zu verbessern. In dieser Lage kann man nicht alles allein auf die nationale Front abstellen und auf ihre Erfolge warten. Wir fühlen voll die Aufgabe, die nationale Bewegung zu unterstützen; aber damit muß verbunden bleiben unser Ringen und unser Kampf, durch die Grüne Front die Lage der Landwirtschaft zu verbessern. Wir lassen uns in nationaler Beziehung von niemand übertreffen. Die primäre Aufgabe unserer Organisation ist es aber, der deutschen Landwirtschaft zu dienen.

Zu der Anfrage des Herrn Kloetzer bemerke ich, daß eine Untersuchung wegen der von ihm gemeinten Veröffentlichung stattgefunden hat und daß festgestellt ist, daß die Veröffentlichung nicht aus dem Landbund oder aus Kreisen seiner Beamten hervorgegangen ist. Es steht im übrigen fest, daß am 11. und 12. 9. vor der Veröffentlichung in der D. A. Z. auch in anderen Kreisen – außerhalb des Hauses – die Haltung des Reichs-Landbundes zu § 4 diskutiert worden ist. Ich bitte, jedes Mißtrauen in dieser Hinsicht beiseite zu stellen. Wir haben eine große und festgefügte wirtschaftspolitische Truppe in das Kampffeld zu führen, und wir müssen fortgesetzt in ernster Verantwortung prüfen, ob wir uns auf dem richtigen Wege befinden und welches der richtige Weg ist.

v. Rohr: Herr Kloetzer und ich haben seinerzeit keine Bedenken gegen § 4 gehabt, aber wir haben auch nichts dagegen gesagt, daß der Weg beschritten wurde, um die Bedenken, die bei anderen Herren vorhanden waren, schnell auszuräumen. § 4 hat in agrarischen



Kreisen bei der Agitation gar keine Rolle gespielt. Auch gegen die Äußerung des Herrn von Wilmowsky muß ich mich wenden, daß die Front immer mehr vom außen- auf das innenpolitische Ziel umgestellt sei und daß er dies bedauere. Denn gerade das innerpolitische Ziel muß auch der Landbund erstreben. Ich erwarte auch auf innerpolitischem Gebiete wichtige Erfolge von der nationalen Front. Eine Erweiterung dieser Front nach links hin, wenn man so sagen soll, würde ich gerade um dieser Erfolge willen für schädlich halten.

Schiele: Um Erfolge zu erzielen, muß eine wirkliche Bewegung sich entfalten. Einer solchen Bewegung darf man keine spanischen Stiefel anlegen. Man kann eine solche Bewegung nicht nur blockmäßig in der Verengerung erzielen, sondern wir müssen möglichst stark werden und möglichst weite Kreise mitreißen.

Hepp: Es muß zunächst vor der gesamten Öffentlichkeit festgestellt werden, daß der Reichs-Landbund und seine sämtlichen Stellen voll und ganz ihre Schuldigkeit getan haben. Herr Kriegsheim hat den Nachweis geführt, daß gerade das Landvolk am stärksten zu dem Ergebnis des Volksbegehrens beigetragen hat. Der Reichs-Landbund hat auch unbeirrt an seiner Stellung festgehalten, als seinerzeit der Reichspräsident eingriff und der Regierungsterror einsetzte. Auch in dem Augenblick, als andere bemerkenswerte Gruppen die Frage aufwarfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, das Volksbegehren abzublasen, hat der Reichs-Landbund an der Fortsetzung des Kampfes festgehalten. Mit einer zerrütteten Landwirtschaft ist kein staatspolitischer Erfolg zu erringen. Deshalb müssen die beiden gleich hochwichtigen Fragen: Gesundung der Landwirtschaft und Gesundung des Staates nebeneinander gleichzeitig behandelt werden und keines dieser Ziele darf aus dem Auge gelassen werden. Wir müssen die agrarischen Kräfte sammeln, um die wichtigsten Lebensfragen der Landwirtschaft zu lösen, denn von diesen Fragen - mögen Sie sie auch Tagesfragen nennen - leben wir doch schließlich. Das Falscheste wäre es deshalb, eine Aufgabe vor die andere zu stellen. Was sich jetzt als nationale Front in dem Reichsausschuß zusammengefunden hat, kann als eine wirklich schlagkräftige und zugkräftige Front nicht bezeichnet werden. Ich bekenne mich nicht zu den Nationalsozialisten oder Herrn Hitler, soweit sie sich überhaupt vielleicht ein klares Bild über die Stellung unseres Berufsstandes und des Staates gemacht haben. Herr Hitler bezeichnet sich selbst als Demagogen und Volksführer und versucht, auf eine ausgesprochen revolutionäre Weise die Dinge weiterzutreiben. Dazu stehe ich in einem klaren Gegensatz. Deshalb kann ich das, was sich im Reichsausschuß zusammengefunden hat, nicht als eine wirkliche Front, nicht als ein Kampfelement auf lange Sicht werten. Deshalb müssen wir auch prüfen, ob die 4,1 Millionen Stimmen, wenn sie bei dem Volksbegehren zusammenkommen, wirklich als ein hochwertiges Ergebnis anzusehen sind. Wir müssen dies gerade mit Rücksicht auf die kommende Zusammenarbeit genau prüfen. Es gibt doch zu denken, daß noch nicht einmal die in dem Reichsausschuß beteiligten Parteien ihre gesamte Wählerschaft (bei der letzten Reichstagswahl über 6 Millionen Stimmen!) zu der Listeneinzeichnung herangebracht haben. Von einer wirklich großen nationalen Welle kann man bei nüchterner Beurteilung also nicht sprechen. Das liegt daran, daß die Mitglieder des Reichsausschusses in sich zu wenig abgestimmt sind, weil ganz divergierende Elemente zusammengekommen sind. Für uns kann letzten Endes doch nur der Erfolg entscheidend sein. Wenn es zum Volksentscheid kommt, so erfordert das über 20 Millionen Stimmen. So wie der Reichsausschuß jetzt dasteht, ist er auf ganz bestimmte Kreise und Persönlichkeiten



122 Dieter Gessner

und Gruppen beschränkt, die für sich ganz bestimmt diese 20 Millionen nicht zusammenbringen können, auch nicht unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Wahl geheim ist. Wir haben alle Wege zu prüfen, die dazu führen, daß der Kreis derer wächst, die den Youngplan ablehnen, damit ein Erfolg des Volksentscheides zustandekommt. Gerade deshalb müssen wir eine gewisse Bewegungsfreiheit für uns in Anspruch nehmen, um auch andere Kreise zu dem Volksentscheid herbeiholen zu können. Das ist nur möglich durch ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit diesen Kreisen. Wenn wir die für das Volksbegehren erforderliche Stimmenzahl nicht zusammenbringen, dann hat der Reichsausschuß sein von ihm gestecktes Ziel nicht erreicht. Wird die Stimmenzahl zusammengebracht, so geht der Weg nunmehr zunächst über die parlamentarischen Gruppen. Die Behandlung des Gesetzentwurfes im Parlament ist keine Aufgabe des Reichsausschusses mehr, sondern eine Aufgabe der politischen Parteien. Diese müssen in geeignetem Zusammenwirken vorgehen. Sollten dem Reichsausschuß irgendwelche neuen Aufgaben gestellt werden, so müssen auch seine einzelnen Glieder die Möglichkeit einer besonderen neuen Stellungnahme haben.

Dr. Wendhausen: Ich teile nicht die pessimistische Auffassung von der nationalen Front, die Herr Hepp hat. Es ist ein Aufatmen durch alle unsere Kreise gegangen, als sich endlich die Gruppe des Reichsausschusses zusammengefunden hat zu einem nationalen Zweck. Diese Gruppen können darum in Einzelfragen in Handelspolitik und Zollpolitik usw. ganz verschiedener Ansicht sein und auch verschiedene Wege gehen. Wenn es wirklich gelingt, die beiden Fronten nebeneinander herlaufen zu lassen, dann wollen wir nur dankbar sein. Wir können nur unsere Befriedigung ausdrücken, daß es Herrn Minister Schiele bisher gelungen ist; aber wenn wir einmal zu einer Option gezwungen sein sollten, so gehört der Landbund seinen Satzungen nach in das nationale Lager. In diesem System kann die Landwirtschaft nicht gesunden. Deshalb ist der Systemwechsel die Hauptfrage, die voranzustellen ist.

Kloetzer führte aus, daß man sich mit den Schlußworten des Herrn Kriegsheim zwar einverstanden erklären könnte, daß sie jedoch im Gegensatz zu seinen anderen Ansichten – in den Vordergrund des Kampfgedankens den Youngplan wieder stellen (also evtl. Verzicht auf den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge) und größere Bewegungsfreiheit der einzelnen Organisationen einschließlich des Reichs-Landbunds – stünden und erstere keine Vertiefung, sondern eine Abschwächung des Kampfgemeinschaftsgedankens bedeuteten. Aus diesem Grunde bilde der Wunsch nach größerer Bewegungsfreiheit und der hiermit in Zusammenhang zu bringende Gedanke des Aufbaues der Grünen Front eine Gefahr für die Festigkeit der nationalen oder Hugenberg-Front. Er wies weiter darauf hin, daß eine Grüne Front, die ihren Erfolg in der parlamentarischen Querverbindung und ihre Hoffnung in der gemeinsamen Forderung wirtschaftspolitischer Wünsche erblicke, niemals zur Gesundung der deutschen Landwirtschaft führen könne. Die deutsche Agrarfrage sei heute eine politische Frage und nur im festen Zusammenstehen innerhalb der nationalen Front zu lösen.

Nehrkorn: Gewiß hat Herr Wendhausen recht, daß das System die Schuld an unserer Lage hat. Aber was versteht man denn unter Aktivität im gegenwärtigen Augenblick? In Versammlungen klingt die Forderung der Aktivität wunderschön, aber in der Praxis führt sie zu nichts. Wir müssen zuerst die wirtschaftspolitischen Aufgaben lösen, von denen wir die sofort nötige Hilfe für die Landwirtschaft erwarten können. Im übrigen schenken wir unseren Präsidenten das Vertrauen, daß sie den richtigen Weg mit den



beiden Fronten gehen werden. Aber halten wir uns mehr fern von dem sogenannten Aktivismus.

Baur: Schlesien hat die Auswirkungen des Volksbegehrens am schwersten zu spüren bekommen. Aus unserem Landbund sind 3 Zentrumsabgeordnete mit Rücksicht auf unseren Beitritt zum Volksbegehren ausgetreten. Für uns gibt es nur eine Haltung. Wir folgen der Parole, die uns von der obersten Spitze gegeben wird. Alle unsere Zentrumsbauern in unserem Vorstand und unserer Vertreterversammlung haben nicht die geringsten Einwendungen gegen die Haltung unseres Schlesischen Landbundes gemacht. Auch ich schließe mich dem Dank an, daß Herr Minister Schiele die nationale und die Grüne Front in so glücklicher Weise zusammengehalten hat. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, daß wir in der nationalen Front bleiben. Aber wir müssen auch dem Angriff entgegentreten können, daß wir uns zu stark in parteipolitische Dinge mischten. Deshalb müssen wir uns unsere Handlungsfreiheit bewahren. Wir müssen zu einer Entpolitisierung des Landbundes kommen. Es ist auf die Dauer eine Unmöglichkeit, in der Form weiterzuarbeiten wie bisher. Das tritt gerade in Schlesien besonders deutlich hervor; denn je stärker wir uns in die Politik mischen, desto größer ist die Gefahr, daß wir in Schlesien einerseits das Zentrum und andererseits die Nationalsozialisten völlig verlieren.

Schiele betont zum Schluß, daß er einen Anlaß zu einer Beschlußfassung nicht für vorliegend erachtet. Es steht fest, daß der Reichs-Landbund im Reichsausschuß bisher seine Pflicht in vollstem Umfange getan hat. Wir werden auch weiterhin unter Berücksichtigung der besonderen Aufgaben, die wir im Landbund und gegenüber unserer Landwirtschaft haben, unsere Pflicht tun.



Jahrgang 29 (1981), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981 1.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

<u>Notizen</u>

GOEBBELS-TAGEBÜCHER

Am 13. August 1980 unterzeichneten das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) und das Bundesarchiv (BA) mit dem Hoffmann und Campe Verlag (Hamburg) einen Vertrag zur Übernahme der seit 1972 im Besitz des befindlichen Goebbels-Tagebücher, bestehend aus Mikrofilmen, Mikrofiches, Fotokopien, Papierkopien und maschinenschriftlichen Transkripten handschriftlichen Teile des Tagebuches. Zur Aufbringung der von IfZ und BA hälftig zu bestreitenden Kosten wurde das Institut für Zeitgeschichte durch einen Zuschuß der DFG in Höhe von 25000 Mark unterstützt.

Der Hoffmann und Campe Verlag hatte sich angesichts des Umfangs und der komplizierten Materie der Tagebücher - auch nach den Erfahrungen mit der 1977 herausgebrachten Edition der Tagebuchnotizen aus dem Jahr 1945 - schließlich bereitgefunden, die weitere Auswertung archivischen bzw. wissenschaftlichen Institutionen zu überlassen. Für diesen Entschluß, durch den eines der bedeutendsten bisher für die allgemeine Forschung blockierten Quellenfragmente aus der NS-Zeit der zeitgeschichtlichen Forschung nunmehr zugänglich werden wird, schulden beide Institutionen insbesondere dem Verlagsleiter Dr. Eberhard Böckel großen Dank.

Das erworbene Material besteht, von einigen weiteren Splittern abgesehen, vor allem aus folgenden großen Fragmentblöcken: a) dem fast vollständigen handschriftlichen Tagebuch für die Zeiträume Sommer 1924 bis August 1931, Sommer 1935 bis Februar 1938, Oktober 1939 bis Sommer 1941; b) den bekanntermaßen sehr viel umfangreicheren täglichen Diktaten Goebbels' für die Zeiträume Sommer 1941 bis August 1942, Januar und Februar 1943, Mai/Juni

1943, Februar bis April 1945. Die Fragmente der handschriftlichen Kladden umfassen zirka 6000 Blatt, die der ab Sommer 1941 in "Führertype" geschriebenen Tagebücher zirka 10000 Blatt.

Teile der schon seit längerem zugänglichen, allerdings wesentlich kleineren und begrenzteren Fragmente der Goebbels-Tagebücher aus den Jahren 1925/26 und 1942/ 43, deren Originale in der Hoover-Institution in Stanford/USA bzw., in geringem Umfang, im Institut für Zeitgeschichte liegen, sind in dem großen jetzt übernommenen Bestand nochmals enthalten; teilweise ergänzen sich die Überlieferungen. Sowohl der fragmentarische Charakter wie die partielle Doppelüberlieferung erklären sich aus den Anordnungen Goebbels' in den letzten Kriegsmonaten (damals wurde begonnen, den Gesamtbestand zu mikrofichieren und die als maschinenschriftliches Doppel vorliegenden Originale zu vernichten) und dem "herrenlosen" Zustand des im Frühjahr 1945 in den Führerbunker verlagerten Materials in der ersten Phase nach der sowjetischen Besetzung.

Es kann angenommen werden, ist aber nicht sicher, daß der 1972 von Hoffmann und Campe übernommene Bestand die Gesamtheit dessen darstellt, was — nach der vorangegangenen Teilvernichtung und Ausplünderung durch Privatpersonen - etwa im Herbst 1945 in die UdSSR verbracht worden ist.

Alle bisherigen Prüfungen haben die Echtheit des - in der kopierten Form allerdings streckenweise sehr schwer lesbaren — Materials bestätigt. Es ist zu hoffen, daß Ostberliner Stellen, die auch an der Vermittlung und Kopierung des an den Verlag verkauften Bestands beteiligt waren, behilflich sein werden, einige noch offene Fragen in bezug



Notizen 125

auf Vollständigkeit und Beschaffenheit der kopierten Vorlage zu klären. Institut für Zeitgeschichte und Bundesarchiv werden sich bemühen, die komplizierte Überlieferungsgeschichte so exakt wie möglich zu rekonstruieren; sie sind dabei für klärende Hinweise (auch auf etwa noch in Privatbesitz befindliche weitere Fragmente) dankbar.

Es ist die Absicht der beiden Institutionen, in Koblenz und München unter Berücksichtigung sämtlicher vorhandener Fragmente je eine identische, einheitlich signierte chronologische Blattkopie-Sammlung aufzustellen, wobei - sofern es sich um inhaltsgleiche Überlappungen handelt - die jeweils am besten lesbare Vorlage verwendet werden wird. Dies soll bis zum Herbst 1981 erreicht sein, so daß dann bereits eine wissenschaftliche Benutzung möglich ist. Geplant ist weiterhin, neben einer formalen Bestandsbeschreibung, eine inhaltliche Erschließung durch das IfZ, möglicherweise in Form eines umfangreichen Indexbandes, der auch Grundlage sein könnte für eine auf die zeitgeschichtlich relevanten Inhalte beschränkte Auszugsedition.

Martin Broszat

"NACHKRIEGSGESELLSCHAFTEN IM HISTORISCHEN VERGLEICH"

Ein Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte

Unter der Leitung von Martin Broszat (Institut für Zeitgeschichte) diskutierten der britische Politologe Gordon Smith (London School of Economics), der französische Soziologe Pierre Birnbaum (Département de Science Politique de la Sorbonne) und der Vorsitzende der deutschen Gesellschaft für Soziologie M. Rainer Lepsius (Universität Mannheim). Im Mittelpunkt der Referate und der Podiumsdiskussion standen vor allem: die Auswirkungen der Kriegserfahrungen und -folgen auf den Wandel der politisch-sozialen Strukturen in den drei Ländern; die relative Kontinuität oder Erosion traditioneller Klassenstrukturen im gesellschaftlichen und politischen System; die differente Bedeutung und Form staatlicher Intervention im Bereich wirtschaftlich-sozialer Interessen; und die größere oder geringere Fähigkeit der politisch-gesellschaftlichen Institutionen in den drei Industrie-Staaten, für die komplizierten Entscheidungsprozesse soziale Rückbindung und demokratische Legitimation zu "beschaffen".

Die Thesenreferate und das Diskussionsprotokoll der Veranstaltung werden in einem neuen Heft der Reihe "Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte" (Oldenbourg Verlag München/Wien) 1981 veröffentlicht; das bereits angekündigte Heft über ein "Justizgeschichtliches Kolloquium" im Institut für Zeitgeschichte (vgl. VfZ 28 [1980], S. 386f.) erscheint Anfang 1981. In dieser Reihe kamen 1980 bereits heraus: "Totalitarismus und Faschismus" und "Der Weg nach Pankow".

N.F.



126 Notizen

FORSCHUNGSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DDR

Auf Einladung von Hermann Weber (Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte II der Universität Mannheim) fand in Neckarelz vom 6.-8. Oktober 1980 eine Tagung derjenigen zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Institutionen statt, die an größeren Forschungsprojekten zur Geschichte der SBZ und der DDR arbeiten.

Ziel dieser Tagung war es, wechselseitig über die laufenden bzw. geplanten Forschungen zu informieren und durch Diskussion der unmittelbar Beteiligten die geschichtswissenschaftliche DDR-Forschung zu intensivieren. Dies ist um so notwendiger, als gerade die geschichtswissenschaftlich orientierte Arbeit auf diesem Sektor nach wie vor als unbefriedigend angesehen werden muß, wie auch das 1978 vorgelegte Gutachten zum Stand der DDR- und vergleichenden Deutschlandforschung betont. Nach einem Überblick über die konzeptionellen Probleme dieses Forschungsgebiets durch Hermann Weber berichteten im einzelnen über die jeweiligen Projekte:

Horst Winkelmann, Gesamtdeutsches Institut Bonn, über die zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Sammlungsgebiete seines Instituts, die dort vorgenommenen Analysen sowie die Informationsmöglichkeiten des Gesamtdeutschen Instituts für die DDR-Forschung. Es wurde dabei deutlich, daß diese Institution als zentrale Sammelstelle auch für die historische Forschung unentbehrlich ist, daß andererseits die Analysetätigkeit einen jeweils gegenwartsbezogenen Charakter hat.

Hartmut Zimmermann, Freie Universität Berlin, ZI 6, berichtete über die laufenden Projekte des Arbeitsbereichs DDR-Forschung in Berlin. Abgesehen von der politikwissenschaftlichen Bearbeitung zentraler Probleme der DDR-Geschichte (z. B. Vèrhältnis von Kirche, Staat und Partei seit

1945, Sozialpolitik, Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen in der SBZ/DDR seit 1945) sind die Serviceleistungen der Berliner Arbeitsstelle für die übrige DDR-Forschung besonders interessant. So ist beispielsweise eine sechsbändige systematische Bibliographie von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der SBZ/DDR seit 1945 in Arbeit. Das Werk erfaßt die einschlägigen Bestände des ZI 6, es ist also nicht als vollständige Bibliographie angelegt. Der erste Band soll 1981 erscheinen. Hermann Weber berichtete über die DDR-Forschung an der Universität Mannheim. Wichtige Arbeitsergebnisse liegen bereits vor bzw. werden demnächst publiziert. Inzwischen ist mit der Weiterarbeit an Forschungsprojekten begonnen worden, die die frühere Thematik fortführen. Diese neuen Projekte konzentrieren sich auf die Entwicklung des Parteiensystems 1950-1958, die Geschichte der CDU in der SBZ/DDR 1945-1961 sowie den Funktionswandel und die Funktionsverluste der Landtage und der Landesregierungen in der SBZ/DDR 1945-1952 unter parteigeschichtlichem Akzent. Es wird angestrebt, die parteigeschichtliche DDR-Forschung in Mannheim von der befristeten Bewilligung unabhängig zu machen und zu institutionalisieren.

Horst Möller und Dieter Marc Schneider, Institut für Zeitgeschichte, berichteten über die ab 1981 in München geplanten Forschungen zur Geschichte der SBZ/DDR 1945-1949/52: Das Forschungsprogramm "Deutschland unter alliierter Besatzung 1945-1949", mit dem im Institut für Zeitgeschichte bereits begonnen worden ist, soll abgerundet werden durch das Projekt "Organisation des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der sowjetischen Besatzungszone/DDR 1945-1949/52". In



Notizen 127

der ersten Phase des Projekts ist eine Analyse der Verwaltungspolitik und des Regierungshandelns auf regionaler und kommunaler Ebene vorgesehen. Dabei wird die Verfassungspolitik in der SBZ insoweit einbezogen, als sich in ihr die Umwandlung eines unter Besatzungsherrschaft stehenden, in Kommunen und Regionen gegliederten vorstaatlichen Gemeinwesens in einen zentralistischen Staat dokumentiert. Bei der Erforschung der Organisation des Verwaltungsapparates muß sowohl die deutsche Verwaltungstradition als auch die analoge Entwicklung in den übrigen Besatzungszonen angemessen berücksichtigt werden. Das Projekt beschränkt sich nicht auf institutionelle Aspekte, sondern bezieht schwerpunktmäßig die Personalpolitik ein. Alexander Fischer (Universität Frankfurt) berichtete über die Forschungsschwerpunkte seines Lehrstuhls:

- 1. Die Fortführung seiner früheren Studie über die sowjetische Deutschlandpolitik für die Jahre 1945-1955.
- Die Geschichte der Nationalen Volksarmee und ihre Einbindung in den Warschauer Pakt.

Geplant ist außerdem eine Geschichte der christlichen Kirchen in der SBZ/DDR: Dieses Vorhaben berührt sich mit einem bereits laufenden Projekt im ZI 6 sowie intendierten Forschungen im IfZ.

Karl-Heinz Ruffmann (Universität Erlangen) skizzierte die abgeschlossenen und die künftigen Forschungen seines Lehrstuhls. Hervorzuheben sind die im Herbst 1980 publizierte Arbeit von Günther Heydemann "Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland" sowie die geplante vergleichende Untersuchung zur "Entwicklung des deutschen Hochschulwesens in den vier

Besatzungszonen und der Konstituierung zweier deutscher Staaten". Ebenfalls komparatistisch verfährt K. H. Ruffmann in seiner bereits begonnenen Studie "Institutionsrolle und Funktion des Sportes in beiden deutschen Staaten".

Zusammen mit dem Institut für Gesellschaft und Wissenschaft in Erlangen führen K. H. Ruffmann und G. Heydemann alle zwei Jahre Tagungen über die Geschichtswissenschaft der DDR durch.

Über die einschlägigen Arbeitsvorhaben des IGW Erlangen sprach Eckart Förtsch. Der dortige Schwerpunkt liegt im Bereich der Wissenschaftsgeschichte, der Wissenschaftstheorie und der Wissenschaftsbeziehungen der DDR. Das Thema des IGW-Projekts lautet: "Geschichte des Wissenschaftssystems in der SBZ/DDR von 1945-1980".

An der Ruhr-Universität Bochum existieren inzwischen zwei Projekte zur Geschichte der DDR: Über die soziologische DDR-Forschung berichtete Dieter Vogt. Anhand einer außerordentlich umfangreichen biographischen Materialsammlung ist die Analyse der Laufbahn von Wissenschaftlern nach 1945 geplant.

Am Lehrstuhl von Dietmar Petzina sind wirtschafts- und sozialgeschichtliche Untersuchungen begonnen worden. Über diese Arbeiten berichteten Werner Abelshauser und Wolfgang Zank. Umfangreichstes dortiges Vorhaben ist die bereits in Angriff genommene Dissertation "Arbeitskräftepotential und Arbeitsmarktpolitik in der SBZ 1945-1949".

Nach dieser der gegenseitigen Information dienenden Tagung sind weitere Kolloquien geplant; sie sollen jeweils einem bestimmten Arbeitsthema gewidmet sein.

Horst Möller



MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Christopher R. Browning, Associate Professor of History an der Pacific Lutheran University Tacoma, Washington (zur Zeit Herderstraße 57, 5300 Bonn-Bad Godesberg 2), veröffentlichte u. a. "The Final Solution and the German Foreign Office" (New York 1978) und "The Government Experts and the Holocaust", in: Henry Friedlaender u. Sybil Milton (Hrsg.), "The Holocaust. Ideology, Bureaucracy and Genocide" (New York 1980); derzeit mit einer Studie über die Vernichtung der serbischen Juden beschäftigt.

Dr. Dieter Gessner, von 1972 bis 1978 Dozent am Institut für Geschichte der TH Darmstadt, 1979 Mitarbeiter des Bundesarchivs Koblenz, 1980 mit der Wahrnehmung einer Vertretung am Seminar für mittlere und neuere Geschichte der Universität Göttingen beauftragt (Dr.-Kornmesser-Str. 39, 6128 Höchst), veröffentlichte u. a. "Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933" (Düsseldorf 1976), "Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930-1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik" (Düsseldorf 1977), "Das Ende der Weimarer Republik. Fragen, Methoden und Ergebnisse interdisziplinärer Forschung" (Darmstadt 1978); arbeitet gegenwärtig an Untersuchungen zur Geschichte der Industrialisierung im Rhein-Main-Raum.

Seev Goshen, Mitarbeiter des Institute for the Research of the Holocaust Period, Universität Haifa (27000 Kiryat Bialik, Habroshim 15), hat selbst zu den 1939 nach Nisko Deportierten gehört; zur Zeit mit Studien zu Holocaust-Problemen befaßt. Dr. Peter Krüger, von 1962 bis 1974 Mitarbeiter und Mitherausgeber der Editionen "Dokumente zur Deutschlandpolitik" und

"Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945", seit 1974 Professor für Neuere Geschichte an der Philipps-Universität Marburg (Krummbogen 28, 3550 Marburg), veröffentlichte u. a. "Deutschland und die Reparationen 1918/19. Die Genesis des Reparationsproblems in Deutschland zwischen Waffenstillstand und Versailler Friedensschluß" (Stuttgart 1973), "Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Bernhard Wilhelm v. Bülow im Frühjahr 1933" (VfZ 20, 1972), "Friedenssicherung und deutsche Revisionspolitik. Die deutsche Außenpolitik und die Verhandlungen über den Kellogg-Pakt" (VfZ 22, 1974), "Die Reparationen und das Scheitern einer deutschen Verständigungspolitik auf der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919" (HZ 221, 1975), "Zu Hitlers nationalsozialistischen Wirtschaftserkenntnissen'" (Geschichte und Gesellschaft 6, 1980); arbeitet an einer Gesamtdarstellung der deutschen Außenpolitik zwischen 1918 und 1933.

Dr. Bernd Martin, Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br. (Werthmannplatz, 7800 Freiburg), veröffentlichte neben zahlreichen Aufsätzen zur deutschen und zur japanischen Zeitgeschichte "Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg" (Göttingen 1969), "Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939-1942" (Düsseldorf 1976) und (als Hrsg.) "Die deutsche Beraterschaft 1927-1938. Militär - Wirtschaft - Außenpolitik" (Düsseldorf 1981); zur Zeit Arbeit an einer Monographie über die deutsche Großmachtpolitik im 20. Jahrhundert und an einem sozialgeschichtlichen Abriß des Weges Japans in die Moderne.

Dr. Adrian F. Manning, Professor für neuere Geschichte an der Universität Nijm-



wegen (Bosweg 27, 6571 CD Berg en Dal, Niederlande), mit A. E. Kersten Hrsg. der "Documenten betreffende de buidenlandse Nederland, 1940-1945" (I, Den Haag 1976; II, Den Haag 1977; III, Den Haag 1980), ferner Hrsg. "Onze Jaren 1945-1970" (7 Bde., Amsterdam 1972-1974), veröffentlichte u. a. "De betekenis van C. R. A. van Bommel, Bishop van Luik, voor de Noordelijke Nederlanden" (Utrecht/Antwerpen 1956), "Der Verein Deutscher Ingenieure und der Nationalsozialismus" (Acta Historiae Neerlandica II, Leiden 1967), "Op zoek naar het alledaagse vaderland" (Amsterdam 1975), "The position of the Dutch Government in London up to 1942" (Journal of Contemporary History 13, 1978), "Reports of the British Embassy in Rome on the Rise of Fascism" (Risorgimento 1, 1980), "Koningin Wilhelmina", in: C. A. Tamse (Hrsg.), "Nassau en Oranje" (Alphen a. d. Rijn 1979); gegenwärtige Forschungsgebiete: Außenpolitik der Niederlande im 20. Jahrhundert, die Restauration in den Niederlanden 1944/45, Katholiken und politisch-gesellschaftliche Probleme in den zwanziger und dreißiger Jahren, Freizeit und Alltag 1880-1930.



Jahrgang 29 (1981), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de